

Brauchen wir das ganze Theater überhaupt noch? 106,1

Intrigen, Spatzwang, Zickenkriege und Liebesgeschichten: In Frankreich werden Zweifel an der Notwendigkeit eines Kulturministeriums laut.

15.09.2014, von JÜRIG ALTWEGG, GENÈVE



© AFP  Keine Fans: Beschäftigte der Festspiele in Avignon legten sich im Juli Masken mit dem Porträt der damaligen Kulturministerin Aurelie Filipetti an.

Der Staatspräsident ist eine traurige Gestalt. Auf den Fotos ist er mit verregneten Brillengläsern zu sehen. Alles läuft schief. Tapfer betreibt er eine Rhetorik der ideologischen Rückzugsgefechte von den sozialistischen Dogmen. Er steht im Konflikt mit den Genossen, welche die alten Überzeugungen nicht verraten wollen und sich als Dissidenten aufspielen. Ganz besonders unerbittlich bekriegen ihn die Frauen mit ihren Abrechnungen - nicht nur die grüne Ex-Ministerin Cécile Dufflot mit ihrem Buch. Als Pantoffelheld unter Merkels Fuchtel wird er vorgeführt. Doch von der Opposition, deren liberale Politik er nach Ansicht seiner abtrünnigen Freunde übernommen hat, bekommt er kein einziges Wort der Aufmunterung oder Zustimmung.



Autor: Jürg Altwegg, Jahrgang 1951, Kulturkorrespondent mit Sitz in Genf. Folgen:

François Hollande und seine letzten linken Getreuen müssen sogar so tun, als ob es keine Alternative gäbe. Die Belohnung für seine Selbstverleugnung bleibt aus: Trotz eines Sparpakets von fünfzig Milliarden Euro und eines „Pakts der Verantwortung“ mit der Wirtschaft läuft das Defizit des Staatshaushalts aus dem Ruder. Und mit dem Loch im Staatshaushalt wächst die Arbeitslosigkeit. Das kann nicht nur am Arbeitsrecht und an der Fünfunddreißig-Stunden-Woche liegen.



© AFP  Einander nicht so sehr zugeneigt: Ex-Kulturministerin Aurelie Filipetti und ihre

Nachfolgerin im Amt Fleur Pellerin

Die Neurose, die Frankreich seit Jahren lähmt und in die Depression gestürzt hat, ist für Hollande zu einer Schizophrenie geworden. Brüssel und Berlin rügen und bevormunden ihn wegen der ausbleibenden Reformen. An Schröder solle er sich ein Beispiel nehmen. Zu Hause droht ihm wegen der selben Reformen eine Revolte wie einst im Mai 1968. Die unteren Schichten leiden unter dem Sozialabbau. Der Mittelstand kann die Steuern nicht mehr zahlen - mehr als eine Million Franzosen haben das Finanzamt um einen Zahlungsaufschub bitten müssen. Die Reichen fliehen vor dem Verräter am Sozialismus ins Ausland, und bekannte Intellektuelle

fordern die Jungen auf, es ihnen gleich zu tun. Jetzt führt auch noch die Lebensgefährtin des Präsidenten während eines Jahrzehnts ihren Rachefeldzug für seinen Ehebruch als Klassenkampf: Der linke Präsident verachtet die Armen und verhöhnt sie als „Zahnlose“.

Mehr zum Thema

- Pariser Kulturpolitik: Weichenstellerin

All diese Ingredienzien finden sich auch in der französischen Kulturpolitik, die über ein Ministerium verfügt, dessen Bedeutung sehr viel größer ist als sein Anteil am Staatshaushalt – weniger als ein Prozent. Es hat, seit es von de Gaulle für André Malraux geschaffen wurde, eine identitätsstiftende Funktion. Trotz der ständigen Psychodramen um Sex- und Steueraffären, von denen kaum ein Politiker und keine einzige Partei verschont bleibt, spricht der frühere französische Kulturminister Jean-Jacques Aillagon angesichts des üppigen Kulturbetriebs von der „Reife der französischen Gesellschaft“. Kinos, Museen, Festivals im ganzen Land von beachtlicher Qualität und mit ständig neuen Besucherrekorden: Für die Bürger und die Gesellschaft ist für den rechten Aillagon „die Kultur als Ort der Selbstverwirklichung und der Kommunion an die Stelle der Religion getreten“. Diese Entwicklungsstufe verdanke Frankreich seiner Kulturpolitik seit sechzig Jahren.

Versailles als Pfründe

Unter Hollande unterliegt sie dramatischsten Sparzwängen, selbst Sarkozy hatte in der Finanzkrise ihr Budget nicht anzutasten gewagt. Sie steht vor den selben Herausforderungen wie die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Sozialisten. Doch noch schmerzhafter als das Sparen sind die ideologischen Rückzugsechte. Die „intermittents du spectacle“, die im Sommer beim Theaterfestival in Avignon streikten, profitieren von einer Sonderregelung bei der Entschädigung für Arbeitslosigkeit, die ein Milliardenloch reißt. Dafür haben die Gewerkschaften, deren Solidarität mit den privilegierten Kulturschaffenden als „Avantgarde“ bröckelt, manchmal weniger Verständnis als die Verbände der Arbeitgeber, die sich der Kultur verbunden fühlen und von ihr profitieren. Sie billigen mehr oder weniger, dass die Produzenten - Film, Fernsehen, Bühnen - die generöse Regelung skrupellos missbrauchen.



© AFP  Einander tatsächlich sehr zugeneigt: Aurelie Filipetti und Arnaud Monteblanc, hier

beide noch in ihren Ministerämtern auf den Stufen des Elysée-Palasts

Der Kulturminister darf – auch wenn der Präsident immer das letzte Wort hat – in der Republik des Geistes einige der herrlichsten Pfründe vergeben. Besonders begehrt ist das Schloss Versailles, das an verdienstvolle Diener der Partei geht. Der Intendant der Pariser Oper hat gleich zwei Dienstwagen mit Fahrer. In der Villa Medici in Rom veranstaltete der Direktor - ein berühmter Schriftsteller - Maskenbälle, bei denen der Champagner in Strömen floss. Sein Nachfolger war Frédéric Mitterrand, der danach Kulturminister wurde. Auch François Hollande hat seinen Aufstieg vom Parteisekretär zum Staatspräsidenten in den Jagdgründen der Kulturszene standesgemäß inszeniert: Er tauschte die Literaturkritikerin der Illustrierten „Paris Match“ als Lebensgefährtin gegen eine Filmschauspielerin aus.

Filipettis Bilanz

Aurélie Filippetti, Verfasserin von zwei Romanen, war als Kulturministerin eine frische Hoffnungsträgerin in Hollandes Kabinett – bis sie Ende August aussortiert wurde. Doch schien die Kultur von Anfang an keine Priorität für sie zu haben. „Sie geht viel zu wenig ins Theater und Museum“, lästerte Vorgänger Mitterrand. Mehrere Theaterdirektoren und Spitzenbeamte hat sie aus politischen Gründen abgesetzt. Der Sparzwang verstärkte die Bürokratie. Projekte von Sarkozy wie sein Haus der Geschichte wurden sinnvollerweise abgewickelt.

Eigene Prioritäten konnte Filippetti nicht setzen. Beim Louvre wie bei der Oper wurden die Preise erhöht und die Kommerzialisierung vorangetrieben. Das Chaos und den Streit im Picasso-Museum hat sie nicht zu beenden vermocht. Beim Verleger Antoine Gallimard intervenierte sie in einem Anflug von Machtmissbrauch vergeblich gegen den Schlüssel- und Ehebruchroman „Moment d'un couple“ der Schauspielerin Nelly Alard, der den Literaturpreis Interallié bekam. Alard schreibt aus der Perspektive der verlassenen Gattin. Gallimard hatte ein paar Jahre zuvor bereits Filippettis Roman über die selben Affäre - aus der Sicht der Geliebten - veröffentlicht.

Im Sommer 2013 widmete der kulturpolitische Leitartikler von „Le Monde“, Michel Guerrin, seine Kolumne der Ministerin: „Wozu ist Filippetti gut?“ Die Bilanz fiel nicht gut aus, nur ein paar Fortschritte bei der „kulturellen Ausnahme“ erwähnte Guerrin als Pluspunkte. Der Autor stellte - wie andere auch - die ketzerische Frage nach der Notwendigkeit eines Kulturministeriums. „Filippetti diene

zumindest dazu, das Leben der Genossen zu vergiften“, kommentierte Guerrin ein Jahr danach ihren Rücktritt, den sie in einem offenen Brief an den „Cher François“ mit „der Treue zu meinen Idealen“ begründete. Als ob diese Frau, die bei der ersten Regierungsumbildung im Frühjahr um ihren Verbleib kämpfte, „Überzeugungen und Ideale haben könnte“, höhnte Guerrin.

„Paris Match“ ist wieder dabei

Er beschreibt Filippettis Werdegang als Karriere eines Wendehalses von den Grünen über Ségolène Royal bis zu Hollande. Und jetzt werfe sie sich Arnaud Montebourg in die Arme, schrieb Guerrin. Nur Insider konnten diese enigmatische Formulierung verstehen. Wie wörtlich sie zu nehmen ist, enthüllte die Klatschillustrierte „Paris Match“ in ihrer jüngsten Ausgabe: Der für seine Germanophobie bekannte Arnaud Montebourg, dessen letzte öffentliche Partnerin die Journalistin Audrey Pulvar war, und Filippetti sind ein Liebespaar. Ihre „Lovestory“ („Paris Match“) gab den Ausschlag für den Wechsel im Kulturministerium und erhellt die Verschleppung der Einladung aus Frankfurt, wo die Buchmesse Frankreich 2017 als Gastland präsentieren möchte (F.A.Z. vom 13. September).

Auch die Ernennung von Filippettis Nachfolgerin Fleur Pellerin trägt Züge eines Racheakts. In Cannes oder wenn es um Google ging hatten sich die beiden Frauen einen Zickenkrieg geliefert, der immer wieder öffentlich geführt wurde. Pellerin, von französischen Eltern in Korea adoptiert, hat am Deutsch-Französischen Gymnasium das Abitur erworben. Sie war bisher in der Regierung für die digitale Ökonomie zuständig. Dem Antiamerikanismus, der den Kampf um die kulturelle Ausnahme seit Jack Lang beflügelt, huldigt sie in keiner Weise. Mit den deutschen Gesprächspartnern kann sie sich bestens verständigen. Die Kulturpolitik wird an Leidenschaft verlieren und pragmatischer werden müssen - wie der französische Sozialismus.

Der Horizont für die Kultur verdüsterst sich immer weiter. Am 14. Januar zum Beispiel wird die Pariser Philharmonie eröffnet. 150 Millionen sollte sie kosten, 381 werden es sein. Anfangs September hat Anne Hidalgo, die Bürgermeisterin von Paris, erklärt, dass sie für die zusätzlichen Kosten kein Geld habe und nicht zahlen werde. Auch ihren Anteil an Unterhalt und Betrieb will sie nicht leisten. Dem Geldmangel muss bereits die Zweckbestimmung der Philharmonie geopfert werden. Von den 270 Konzerten pro Jahr soll nur die Hälfte von Sinfonieorchestern bestritten werden. Jazz, Worldmusic und Familienkonzerte kommen billiger. Frankreich zweifelt nicht mehr nur an der Existenzberechtigung seines Kulturministeriums. Es fürchtet den Abbau des Kulturstaats.

Wo bleibt die Menschlichkeit? 106,4

François Hollande hatte sich der totalen Politik verschrieben. Seine ehemalige Lebensgefährtin präsentiert ihm in Form eines Buchs dafür die Rechnung. Das menschliche Versagen des Präsidenten nützt den Rechten.

12.09.2014, von NILS MINKMAR



© AFP  Nasser Mann: Hollande am 25. August

Ein Mann muss in einem dunklen Anzug zur Arbeit. Doch es beginnt zu regnen. Erst einige Tropfen, die sich zum Schauer auswachsen, schließlich gießt es hemmungslos. Aber es gibt keinen Schirm, kein Zelt, bloß ein Pult und ein Manuskript. Der Mann muss im Regen, in vollem Guss, eine Rede halten, und er hält sie. Das Wasser rinnt seine Brillengläser herab, es fließt ihm in den Mund, von seiner so sorgsam komponierten Rede hört man nur noch ein Blubbern.



Autor: Nils Minkmar, Jahrgang 1966, verantwortlicher Redakteur für das Feuilleton. Folgen:

So erging es François Hollande am 25. August auf der Insel Sein, eine der vielen Gedenkveranstaltungen des Sommers. Sempé hätte kein ergreifenderes Bild für einen Mann auf verlorenem Posten zeichnen können. Es war eine unvergessliche Szene, der Verzicht auf jeglichen Regenschutz wirkte wie eine hemmungslose öffentliche Selbstbestrafung. Kann man sich die Kanzlerin so vorstellen? Und spätestens mit diesem nassen Moment war es auch vorbei mit der zentralen Hoffnung, dem wichtigsten Versprechen Hollandes, nämlich ein „normaler“ Präsident sein zu wollen. Wenn es sich ein überzeugter Anarchist zur Aufgabe gemacht hätte, die Sozialistische Partei, das Amt des Präsidenten, die politischen Institutionen und auch noch die persönliche Integrität aller an der Ära Hollande beteiligten Personen restlos zu ruinieren, er hätte sich keinen größeren Erfolg erträumen können.

Am Ende eines Märchens

Und es wird immer schlimmer. In diesen Tagen lesen Hunderttausende von Französisinnen und Franzosen „Merci pour ce moment“, das Buch von Hollandes ehemaliger Lebensgefährtin Valérie Trierweiler. Sie verleihen es, erzählen sich davon, gerade entfaltet es seine Wirkung. Sie wird verheerend sein. Es wäre ein Fehler, das schnell, aber ergreifend geschriebene Buch zu unterschätzen. Stilistisch changiert es zwischen klassischen Memoiren, Tagebucheinträgen und pathetischer Bekenntnis- und Selbsthilfeliteratur.

Dem Wesen nach aber ist „Merci pour ce Moment“ ein Märchen. Eine hübsche junge Frau aus einer großen, aber bitterarmen Familie bringt es zu einem schönen Beruf, einem netten Mann und drei gesunden Söhnen. Dann aber verliebt sie sich, „wie sie sich noch nie verliebt hatte“, und lässt alles hinter sich: erst den Mann, dann das kleine Haus in der Provinz mit dem geliebten Garten und am Ende sogar den Beruf, und das alles nur, um ihrem Traummann zu folgen. Den beiden gelingt, was keiner für möglich gehalten hatte: Sie werden ein Paar, ziehen zusammen und später sogar in den Elyséepalast um.

Wo das Märchen enden müsste, beginnt Trierweilers Geschichte erst: Ihr Traumprinz lässt sie unter entwürdigenden Umständen wieder hinauswerfen aus dem Palast. Sie schildert ein alpträumhafte Szene voller Kälte und Verachtung. Nachdem er ihr die Affäre mit der Schauspielerin gebeichtet hatte, schlägt sie eine öffentliche Beichte und Entschuldigung vor, „wie bei den Clintons“. Doch er will davon nichts wissen, sondern sie sofort loswerden. Man verfrachtet die verzweifelte, einsame Frau, die doch alles aufgegeben hatte, in eine psychiatrische Klinik.

Anhaltende Reproduktion der französischen Eliten

Trifft Valérie Trierweilers Schilderung zu, dann ist das ein Fall für Staatsanwaltschaft und ärztliche Standesorganisationen. Einige Tage nach ihrer Einlieferung findet in Tulle, Hollandes einstigem Wahlkreis, eine Preisverleihung für gute Zwecke statt. Noch nie hat sie diesen Termin verpasst. Trotz oder gerade wegen der Trennung möchte sie auch in diesem Jahr nach Tulle reisen, notfalls mit ihrem eigenen Auto. Doch sie wird nicht fahren, sondern das Datum verschlafen, den ganzen Tag. Auf Anweisung des Präsidenten, schreibt Trierweiler, wurden ihre Beruhigungsmittel an jenem Tag so hoch dosiert, dass sie nicht in der Lage war, ihr Bett zu verlassen. Das wäre, wenn es sich beweisen ließe, eine schwere Straftat.



© REUTERS  Ihre Geschichte gleicht einem Märchen ohne Happy End. Jetzt rächt sie sich: Valérie

Trierweiler

Es ist nicht die einzige Passage, die man mit Bestürzung liest. Deutlich werden zwei Dinge: Hollande wurde seine Partnerin los, als sie ihm zur politischen Last wurde, denn in den Umfragen erhielt sie immer sehr schlechte Werte. Und er kennt keine Verbindlichkeiten außerhalb der Politik. Sein Leben ist, wie es Dirk Kurbjuweit einmal in Bezug auf Angela Merkel formuliert hatte, „totale Politik“. Doch im Unterschied zu Merkel umgibt Hollande ein selbstbezogener und einigermaßen inkompetenter Beraterkreis, bewegt er sich in einer hoffnungslos abgekoppelten, betriebsblinden Partei, die ohne den Einspruch einer New Yorker Hotelangestellten sogar den wenig empfehlenswerten Dominique Strauss-Kahn zum Präsidenten der Republik gemacht hätte.

Doch es ist nicht der Abrechnungscharakter, der das Buch gefährlich macht, obwohl die Geschichte von Trierweilers Abfertigung selten widerlich ist. Der ehemalige Präsident Mitterrand hat es immerhin fertiggebracht, sein kompliziertes Privatleben so zu führen, dass die Würde und die berufliche Existenz seiner Frauen nicht tangiert waren. Trierweiler bestätigt stattdessen als Kronzeugin, was viele Landsleute vermuten: dass die Eliten kalt und selbstbezogen agieren und dass die einzigen wirklichen Menschen unter den kleinen Leuten zu finden sind, den Köchen, Dienstboten und Gärtnern der Paläste. Ihre Geschichte ist der beste Beleg dafür, dass der Aufstieg in die Eliten des Landes nicht mal mehr durch Familien oder Liebesbande gelingen kann. Trierweilers Buch ist der Beleg für die Validität der Studien von Pierre Bourdieu über die Reproduktion der französischen Eliten.

Der Adel verspottet die „Zahnlosen“

Als wäre all dies nicht genug, offenbart sich darin aber auch noch eine bedenkliche Labilität des normalen Präsidenten, an dessen Zurechnungsfähigkeit man nach der Lektüre zweifeln möchte. Denn nach dieser Darstellung, deren Autorin und Verlag sich gegen Klagen gewappnet haben müssen, schickt er Trierweiler ohne Unterlass Kurznachrichten, welche die auf so widerliche Art Entsorgte zur Rückkehr bewegen sollen. Die politische Orientierungslosigkeit des Präsidenten wurde in den vergangenen zehn Tagen deutlich – nun aber wird klar, dass der Mann in wirklich jeder Hinsicht den Faden verloren hat.



© DPA  Trierweilers Buch bricht in Frankreich derzeit alle Verkaufsrekorde.

Auch die bürgerliche Opposition bleibt einstweilen ohne Handlungsoption: Was soll es bringen, dem durchnässten Mann noch einen Eimer über den Kopf auszukippen? Man kann „Merci pour ce Moment“ nicht lesen, ohne an die von Robert Darnton untersuchten philosophischen Romane des späten achtzehnten Jahrhunderts zu denken. In ihnen führte besonders ein Aspekt zur Delegitimierung

der Herrschaft, nämlich die Beschreibung, wie sich die regierenden Adligen insgeheim über ihr Volk lustig machten. Genau das unterstellt Trierweiler auch dem Präsidenten, und genau dieses Zitat aus dem Buch, dass er die Armen insgeheim die „Zahnlosen“ nennt, verbreitete sich besonders schnell. Hollande wird es nicht mehr loswerden

Die Rechte profitiert

Jeder Tag bringt der von Sorgen und Arbeitslosigkeit geplagten französischen Bevölkerung neue Belege dafür, dass jene, die ihre Interessen verfolgen sollten, mit anderen Dingen und vor allem mit sich selbst beschäftigt sind. Während die Familien eine schwierige Rentrée mit weiter gestiegenen Preisen meistern müssen und sich anstrengen, damit ihre Kinder eine gute Ausbildung bekommen, deren Nutzen ungewiss ist, erscheinen die ehemaligen Minister Arnaud Montebourg und Aurélie Filippetti, Hoffnungsträger der Linken, als neues Liebespaar in San Francisco in den Illustrierten – in jeder Hinsicht weit weg.

Symbolisch und politisch nutzt jede Zeile des Bestsellers einer Frau, die die französische Politik, das Parteiensystem und die ganze Gesellschaft verändern möchte, einer Frau, die ihren Weg gegen viele Männer macht und sich nicht abhängig gemacht hat: Marine Le Pen. Hätte sie sich einen Bestseller wünschen können, in denen für alle deutlich wird, wie verkommen die da oben sind, wäre „Merci pour ce Moment“ dabei herausgekommen. In glänzender Stimmung absolvierte die Partei der Umfragen-Königin ihre Sommerakademie, auf Anwesenheit kritischer Journalisten wurde kein Wert gelegt. Dennoch fand der „Canard Enchaîné“ heraus, dass dort die apokryphe rechte Theorie vom Bevölkerungsaustausch ein Thema war, nach der die französische Urbevölkerung durch Migranten ersetzt werden solle, wogegen man sich als guter Franzose natürlich wehren müsse. Mit solchen Gerüchten lassen sich Bürgerkriege anzetteln.

Der Front National hätte solch eine radikal symbolische Delegitimierung der Regierenden allein nie hinbekommen. Gleichwohl wird er sie nutzen.

Das Dilemma der Konservativen 106,7

Die CDU vergleicht die AfD gerne mit den „Republikanern“. Wenn sie sich da mal nicht täuscht. Der Gegenbeweis wird allerdings erst in zwei Jahren angetreten. Eine Analyse.

15.09.2014, von JASPER VON ALTENBOCKUM



© REUTERS  Blumen für die Spitzenkandidaten: Thüringens Ministerpräsidentin Lieberknecht, Kanzlerin Merkel, Brandenburgs Spitzenkandidat Schierack

Die „Altparteien“ werden sich mit ihrer Antwort auf die AfD noch Zeit lassen. Im kommenden Jahr wird in Hamburg und in Bremen gewählt. Da lassen sich Erdrutsche wie die in Sachsen, Thüringen und Brandenburg noch einmal als Ausrutscher und stadtstaatspezifisch deklarieren. Erst im Jahr darauf wird es dann wieder ernst mit Wahlen in vier Ländern und in Berlin. Sehen die Parteien dann, im Jahr vor der Bundestagswahl, wieder so alt aus wie jetzt?



Autor: Jasper von Altenbockum, Jahrgang 1962, verantwortlicher Redakteur für Innenpolitik. Folgen:

Nach den Wahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg hat eine seltsame Auseinandersetzung begonnen. Was eigentlich Gegenstand des Wahlkampfes hätte sein müssen, wird erst jetzt, nach der Wahl, rauf und runter diskutiert, dass nämlich die Fragen, die der AfD die Wähler in die Arme getrieben haben, endlich ernst genommen werden müssten: innere Sicherheit, Familie, Einwanderung, Schule, Sparsamkeit. Das ist für alle Parteien eine recht peinliche Feststellung. Sie geben damit unfreiwillig zu, dass es ihnen bislang nicht ernst genug damit gewesen ist. Dabei geht es nicht um Pillepalle. Sondern um so gut wie alle Fragen, die im Politikersprech gewöhnlich doch die „allerhöchste Priorität“ haben.

Wodurch sich AfD und Republikaner unterscheiden

Das, die Routine, ist wiederum der Grund, warum alle Parteien ihre ganze Hoffnung darauf setzen, dass sich die AfD von selbst erledigt. Bei der CDU und CSU ist diese Hoffnung weit stärker ausgeprägt als bei SPD, Linkspartei und Grünen. Zwar sammelt die AfD ihre Wähler aus allen Lagern, auch aus dem der Nichtwähler. Aber Schaden tut sie vor allem der Union, weil sie in deren programmatischem Garten wildert und Ausschau hält nach den Gewächsen, welche die Unionsparteien veranachlässigt oder gar für Unkraut hält. Die CDU denkt, um eine Strategie dagegen zu entwickeln, besonders an die „Republikaner“, die Abspaltung von der CSU, die Anfang der neunziger Jahre überregional ähnliche Erfolge erzielte und dann wieder in der Versenkung verschwand. In Baden-Württemberg hatte sie das Glück, dass sie 1996 noch einmal mit einem achtbaren Ergebnis den Einzug in den Landtag schaffte. Sonst wäre schon früher Schluss gewesen.

Es gibt aber zwei Unterschiede zur AfD, und Volker Kauder wird deshalb noch viele Talkshows erleben, in denen sich die CDU mit AfD-Politikern auseinandersetzen darf. Der eine Unterschied besteht in der schieren Masse der jeweiligen Erfolge. Die AfD hat die Republikaner schon jetzt überholt. Denn die Republikaner, eine One-Man-Show, schafften es in relativ kurzer Zeit in nur zwei Landesparlamente und in das Europäische Parlament. Das lag nicht nur an der Konkurrenz zur DVU, deren regionale Erfolge sich an

die der Republikaner anschlossen. Das lag auch am zweiten Unterschied zur AfD. Die Republikaner hatten, ähnlich wie DVU und NPD, nur ein Thema, das bei ihren Wählern zog: die Einwanderung. Nachdem der „Asylkompromiss“ vor zwanzig Jahren beschlossen worden war, ging den „gemäßigten“ Republikanern allmählich die Munition aus, und nur DVU und NPD konnten noch, vor allem in Ostdeutschland, in Wählerschichten weiterwirken, die empfänglich waren für extremistische Botschaften.

Zwar ist auch jetzt die Einwanderung wieder ein Dauerthema. Die AfD nutzt es aber nur als eines unter vielen Themen. Vor dem Hintergrund „Europa“ und „Globalisierung“ schüren diese Themen gleichermaßen Ressentiments gegen die Parteien, die in den Augen vieler Wähler (und Nichtwähler) allzu eilfertig bereit sind, dem „Fortschritt“ einfach nachzugeben oder Veränderungen auch noch zu befördern. Allein der Euro und die Schuldenkrise, die allenfalls schlummert, sich aber so schnell nicht „lösen“ lässt, sind für die AfD jenseits aller tagesaktuellen Themen eine sichere Bank. Die AfD ist deshalb viel mehr ein deutscher Ableger der Euroskeptiker in der EU als ein Nachfahre der „Republikaner“.

Das macht es für die CDU so schwierig. Sie hat es besser als die SPD geschafft, als Partei der Mitte den Niedergang der Volksparteien aufzuhalten. Ähnlich wie die CSU leidet sie aber unter den Schüben, in denen sie, das ist der Preis der Mitte, programmatischen Ballast abwerfen muss. Tut sie es nicht, setzt sie sich der Gefahr aus, von der Mitte aus gesehen als „reaktionär“ wahrgenommen zu werden - vor allem in der Gesellschaftspolitik. Tut sie es aber, wird ihr, von rechts her gesehen, Opportunismus, Sozialdemokratisierung oder, mittlerweile das Markenzeichen der Merkel-CDU, Unverbindlichkeit vorgeworfen.

Das ist das Dilemma der Konservativen, dem sich die AfD durch ihre schwarz-alternative Oppositionsrolle entziehen kann. Die CDU kann zwar froh sein, dass sich die Frage einer Koalition mit der AfD so schnell nicht stellen wird. Nur eines ist vor den nächsten Landtagswahlen in sicherer Entfernung aber jetzt schon klar: Wahlkämpfe mit einer „asymmetrischen Demobilisierung“ machen das Dilemma nur noch schlimmer. Denn die Demobilisierten aller Länder haben eine Alternative.

Quelle: F.A.Z.

<http://www.wsj.de/nachrichten/SB10001424052970203622804580121523413048094?mg=reno64-wsjde>

Sinn: „Die EZB hat ihr Pulver längst verschossen“ 106,9

Von HANS BENTZIEN

Freitag, 29. August 2014, 14:50 Uhr

Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn wirft der EZB im Interview vor, ihr geldpolitisches Pulver vorschnell verschossen zu haben. Jetzt, wo die Konjunktur eine Lockerung notwendig mache, habe die Zentralbank keine Munition mehr.

Herr Professor Sinn, die Inflationsrate im Euroraum ist im August auf 0,3 Prozent gesunken. Für wie ernst halten sie die Deflationsrisiken?

Hans-Werner Sinn: Noch ist das keine Deflation, sondern Inflation, und die Kerninflationsrate liegt deutlich höher. Hier zeigt sich im Wesentlichen der Effekt der fallenden Energieeinfuhrpreise. Das ist nichts, was in irgendeiner Weise beunruhigend ist.

Aber die Inflation im Euroraum sinkt nun schon seit drei Jahren...

[Bild vergrößern](#)



Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn hält nichts von Wertpapierankäufen der EZB. *Bloomberg News*

Das kann man auch gut finden. Immerhin ist die EZB verpflichtet, für Preisstabilität zu sorgen.

Die EZB definiert Preisstabilität aber mit knapp 2 Prozent Inflation ...

Ich habe ja Verständnis dafür, dass die EZB knapp 2 Prozent Inflation anstrebt, um die Änderung der relativen Preise zu erleichtern. Aber dann soll sie bitte nicht von Preisstabilität sprechen. Ich mag diese semantischen Verdrehungen nicht.

Wenn wir uns darauf einigen, dass knapp 2 Prozent Inflation als Ziel der EZB akzeptabel sind, sind es dann auch groß angelegte Wertpapierankäufe, um dieses Ziel zu erreichen?

Nein – denn das ist keine Antideflationspolitik. Das ist einfach eine fiskalische Rettungspolitik. Geldpolitik zu machen heißt Zinsen zu senken und Liquidität im Sinne kurzfristiger Kredite an die Banken gegen erstklassige Sicherheiten bereit zu stellen. Wenn die EZB jetzt private Schuldtitel aufkauft, dann betreibt sie direkte Kreditfinanzierung maroder Firmen und Staaten, vor allem in Südeuropa. Es werden Kreditrisiken auf die Steuerzahler übertragen. Das ist jenseits dessen, was das Mandat der EZB hergibt, und das verbietet auch der Vertrag von Maastricht. Wenn man so etwas will, dann muss man diesen Vertrag ändern.

Und wenn eine Antideflationspolitik nur noch über solche Wertpapierkäufe möglich ist? Die EZB hat ihre Möglichkeiten zur Senkung von Leitzinsen schließlich ausgereizt.

Dann hat die EZB ihr Pulver verschossen.

Ein Zentralbank, die zugibt, dass sie nicht mehr handlungsfähig ist – wäre das nicht ein verheerendes Signal?

Das entzieht sich meiner Beurteilung. Ich bin kein Psychologe, sondern Ökonom. Irgendwann ist man bei null, und dann ist Ende. Jetzt rächt es sich eben, dass die EZB ihr Pulver viel zu früh verschossen hat.

Manche Ökonomen sagen genau das Gegenteil – dass die EZB zu zögerlich war. Können sie das nachvollziehen?

Nein, denn die EZB ja frühzeitig gehandelt. Sie hat 2008 richtigerweise Liquidität zur Verfügung gestellt. Aber als die Wirtschaft 2009/2010 wieder anzog, da hat sie den Ausstieg aus dieser Liquiditätspolitik nicht gefunden. Deswegen hat sie jetzt, wo eine geldpolitische Reaktion auf die konjunkturelle Abschwächung nötig wäre, keine Munition mehr, auf die sie legitimerweise zugreifen darf.

AUG 21, 2014 9

Italy's Downward Spiral 106,11

MUNICH – Italy is now in a triple-dip recession. But it didn't get there by itself. Yes, the economy's long slide reflects Italian leaders' failure to confront the country's loss of competitiveness; but it is a failure that is widely shared in Europe.

When the financial crisis erupted in the fourth quarter of 2007, [Italy's GDP](#) plummeted by 7%, then picked up by 3%, dropped again by 5%, rebounded by a measly 0.1%, and lately, during the first half of this year, shrank again, this time by 0.3%. Altogether, Italian GDP has contracted by 9% during the past seven years.

[Industrial production](#), moreover, has plunged by a staggering 24%. Only thanks to stubbornly persistent [inflation](#) has Italy's nominal GDP managed to remain constant. Overall [unemployment](#) has climbed to 12%, while the rate for youth not attending school has soared to 44%.

Italy has tried to counteract the economic contraction by increasing its [public debt](#). With the European Central Bank and intergovernmental rescue operations keeping interest rates low, Italy's public debt has been able to rise by one-third from the end of 2007 to the spring of 2014.

Italy's new prime minister, Matteo Renzi, wants to stimulate growth. But what he really intends to do is accumulate even more debt. True, debt spurs demand; but this type of demand is artificial and short-lived. Sustainable growth can be achieved only if Italy's economy regains its competitiveness, and within the eurozone there is only one way to accomplish this: by reducing the prices of its goods relative to those of its eurozone competitors. What Italy managed in the past by devaluing the lira must now be emulated through so-called real depreciation.

The era of low interest rates that followed the decision in 1995 to introduce the euro inflated a massive credit bubble in southern eurozone countries, which was sustained until the end of 2013. During this time, Italy became 25% more expensive (on the basis of its [GDP deflator](#)) than its eurozone trading partners.

Seventeen percentage points of this rise can be accounted for by higher inflation, and eight percentage points through a revaluation of the lira conducted prior to the introduction of the euro. Relative to Germany, Italy became a whopping 42% more expensive. That price differential – and nothing else – is Italy's problem. There is no other solution for the country than to correct this imbalance by means of real depreciation.

But accomplishing that is easier said than done. Raising prices is almost never a real problem. Lowering them or making them rise more slowly than prices in competing countries is painful and unnerving.

Even if a country's trade unions enable such a policy through wage moderation, debtors would run into difficulties, because they borrowed on the assumption that high inflation would continue. Many companies and households would go bankrupt. Given that disinflation or deflation leads through a valley of tears before competitiveness improves, there is reason to doubt whether election-minded politicians, with their short-term orientation, are capable of staying the course.

Former Prime Minister Silvio Berlusconi wanted to solve the problem by withdrawing Italy from the eurozone and devaluing the new currency. He conducted exploratory conversations with other eurozone governments in the autumn of 2011, and had sought an agreement with Greek Prime Minister George Papandreou, who proposed a referendum that effectively would have meant choosing between strict austerity and exiting the eurozone.

But both leaders had to resign, only three days apart, in November 2011. Higher political considerations, as well as the interests of the banking system, militated against an exit.

The economist Mario Monti, who followed Berlusconi as Prime Minister, attempted a real depreciation, introducing greater flexibility into the labor market in order to force the unions into wage concessions. But Monti's efforts came to naught; among other problems, the ECB, with its generous financial help, removed the pressure from both unions and companies.

Enrico Letta, who followed Monti as the head of Italy's government, lacked a clear concept for reform, and in turn was followed by the charismatic Renzi. But, though Renzi expends much verbal energy on the economy, so far he has given no indication that he understands the nature of Italy's problem.

Renzi is not alone in this. On the contrary, virtually the entire European political elite, from Brussels to Paris to Berlin, still believes that Europe is suffering from a mere financial and confidence crisis. The underlying loss of competitiveness is not discussed, because that is a problem that discussion alone cannot resolve.

Read more at <http://www.project-syndicate.org/commentary/hans-werner-sinn-argues-that-the-economy-s-long-slump-reflects-the-failure-of-officials-to-address-the-real-problem#kLz17AocjPwddrHv.99>

L'Italie est au cœur d'une récession en triple creux 106,12

Par Hans-Werner Sinn

BY [THE WOLF LUPUS](#) ON [31/08/2014](#) • ([2 COMMENTAIRES](#))

L'Italie est au cœur d'une récession en triple creux Par Hans-Werner Sinn

Ce que l'Italie a réalisé grâce à la dévaluation de la lire doit être reproduit au moyen de la dépréciation réelle.

L'Italie se trouve aujourd'hui au cœur d'une récession en triple creux. Cependant, elle n'y est pas arrivée par elle-même. Il est vrai que la longue glissade de l'économie reflète le fait que les dirigeants italiens ne soient jamais parvenus à trouver une solution à la perte de compétitivité du pays; néanmoins, il s'agit d'une défaillance qui est largement partagée en Europe.

Lorsque la crise financière a éclaté au cours du quatrième trimestre de 2007, le PIB de l'Italie a chuté de 7%, pour ensuite regagner 3%, rechuter de 5%, rebondir d'un maigre 0,1% et, plus récemment, au cours du premier semestre de cette année, se contracter à nouveau, cette fois de 0,3%. Au total, le PIB italien s'est contracté de 9% au cours des sept dernières années.



La production industrielle, en outre, a plongé à un rythme stupéfiant de 24%. Ce n'est que grâce à une inflation obstinément persistante que le PIB nominal de l'Italie a réussi à rester constant. Le taux de chômage global a grimpé à 12%, tandis que celui des jeunes non scolarisés a bondi à 44%.

Italian annual wage inflation

Contractual hourly wage growth: 1.1%
Italy inflation rate: 0%
Real wage growth: 1.1%

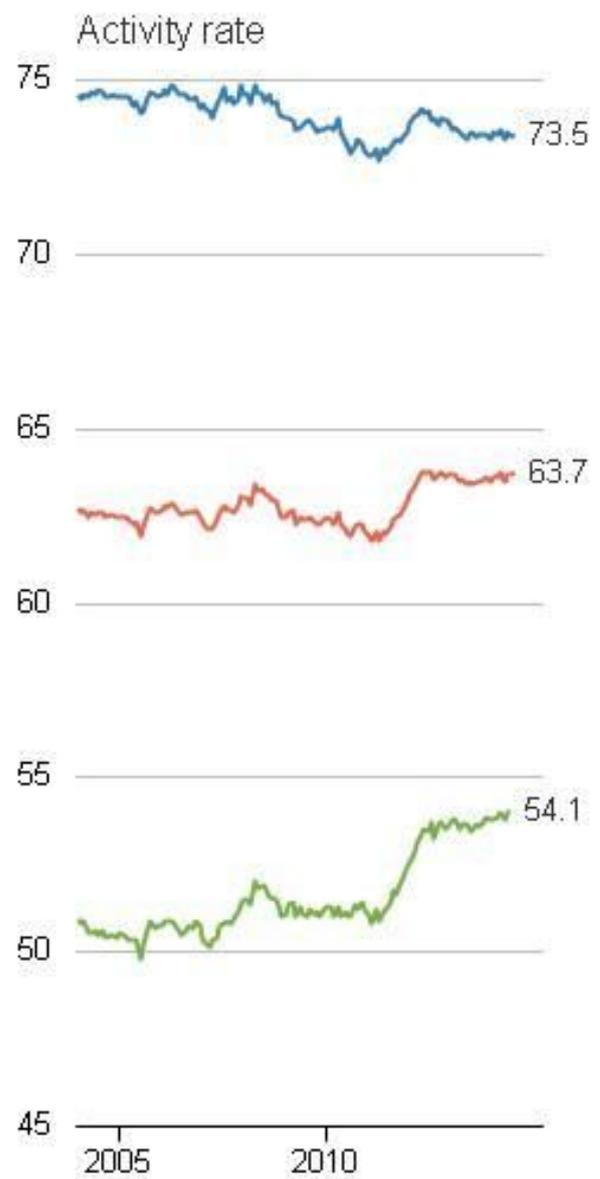
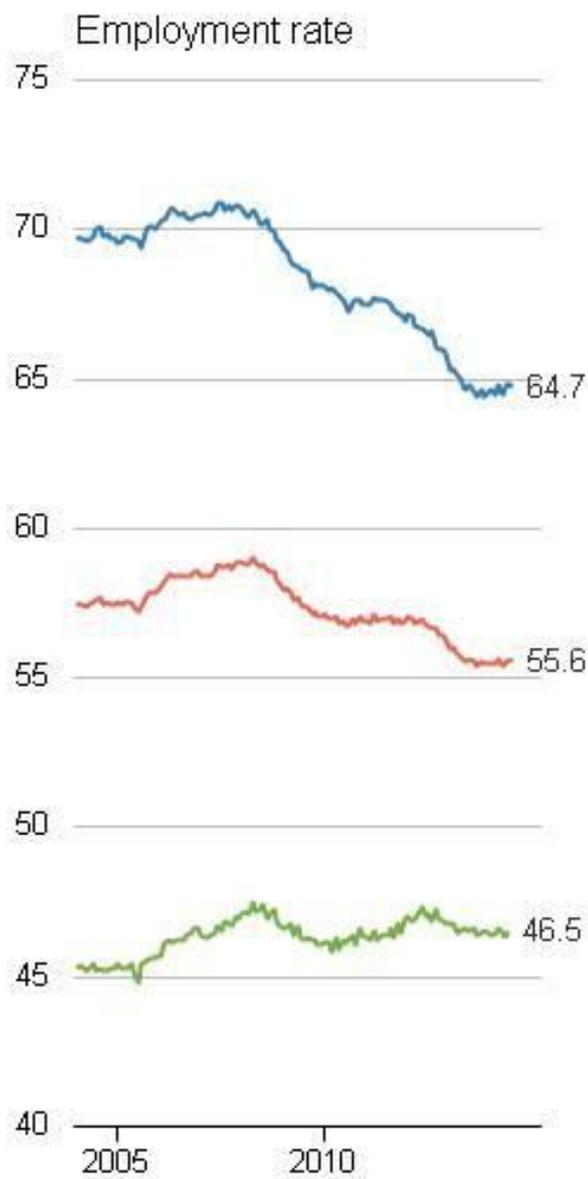


Source: Thomson Reuters Datastream, data to Jul 14

Vincent Flasseur @ReutersGrap

Italy employment & activity rates

Male Total Female



Source: Thomson Reuters Datastream

V. Flasseur, data to Jul 14

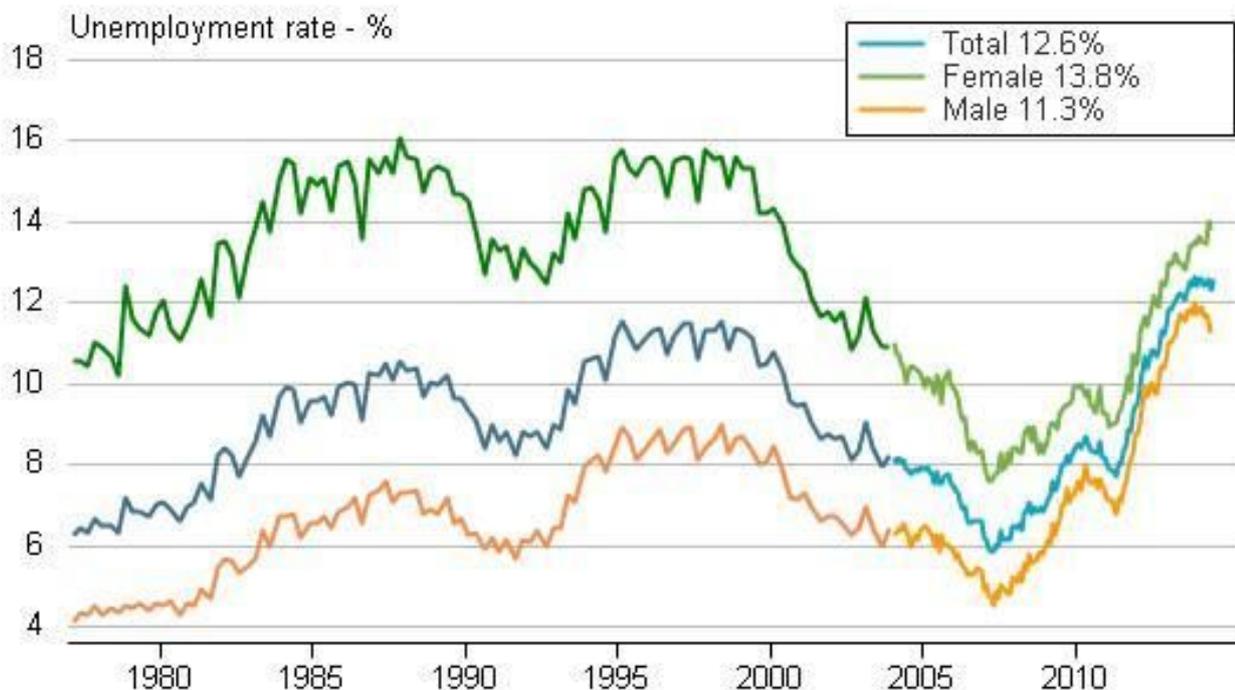
Italy youth unemployment rate



Source: Thomson Reuters Datastream

V. Flasseur, data to Jul 14

Italy unemployment rate



Source: Thomson Reuters Datastream

V. Flasseur, data to Jul 14

L'Italie a tenté de contrecarrer la contraction de l'économie en augmentant sa dette publique. Grâce aux opérations de sauvetage intergouvernementales et de la Banque centrale européenne et qui ont maintenu les taux d'intérêt bas, la dette publique de l'Italie a pu augmenter d'un tiers entre la fin 2007 et le printemps 2014.

Le nouveau Premier ministre italien, Matteo Renzi, veut stimuler la croissance. Mais ce qu'il a vraiment l'intention de faire est d'accumuler encore plus de dette. Certes, la dette encourage la demande; mais ce type de

demande est artificiel et éphémère. Une croissance durable ne peut être atteinte que si l'économie de l'Italie retrouve sa compétitivité. Or, dans la zone euro, il n'y a qu'une seule façon d'y parvenir: réduire les prix de ses produits par rapport à ceux de ses concurrents de la zone euro. Ce que l'Italie a réalisé dans le passé grâce à la dévaluation de la lire doit maintenant être reproduit au moyen de ce qu'on appelle la dépréciation réelle.

L'ère des faibles taux d'intérêt qui a suivi la décision en 1995 d'introduire l'euro a formé une bulle de crédit massive dans les pays de la zone euro du sud, qui s'est maintenue jusqu'à la fin 2013. Pendant ce temps, l'Italie est devenue 25% plus chère (sur la base de son déflateur du PIB) que ses partenaires commerciaux de la zone euro.

Dix-sept points de pourcentage de cette hausse peuvent s'expliquer par une inflation plus élevée et huit points de pourcentage par une réévaluation de la lire menée avant l'introduction de l'euro. Par rapport à l'Allemagne, l'Italie est devenue 42% plus chère, un différentiel énorme. C'est bien ce différentiel de prix – et rien d'autre – qui est le problème de l'Italie. Il n'y a pas d'autre solution pour le pays que de corriger ce déséquilibre par le biais d'une dépréciation réelle.

Mais cela est plus facile à dire qu'à faire. Augmenter les prix n'est presque jamais un réel problème. En revanche, les réduire ou les faire augmenter moins vite que les prix dans les pays concurrents est douloureux et perturbant.

Même si les syndicats d'un pays permettent une telle politique via la modération salariale, les débiteurs se heurteraient à des difficultés, car ils ont emprunté sur l'hypothèse que la forte inflation se poursuivrait. Beaucoup d'entreprises et de ménages feraient faillite. Étant donné que la désinflation ou la déflation demande de traverser une vallée de larmes avant de connaître une amélioration de la compétitivité, il y a lieu de douter que les politiciens, qui pensent aux prochaines élections et ont un biais pour le court terme, soient capables de maintenir le cap.

L'ancien Premier ministre Silvio Berlusconi a voulu résoudre le problème en retirant l'Italie de la zone euro et en dévaluant la nouvelle monnaie. Il a mené des conversations exploratoires dans ce sens avec d'autres gouvernements de la zone euro à l'automne 2011. Il a cherché un accord avec le Premier ministre grec George Papandreou, qui a proposé un référendum qui aurait effectivement signifié de choisir entre austérité stricte et sortie de la zone euro.

Cependant, les deux dirigeants ont dû démissionner, à seulement trois jours d'intervalle, en novembre 2011. Des considérations politiques supérieures, ainsi que les intérêts du système bancaire, se sont opposés à une sortie de l'euro.

L'économiste Mario Monti, qui a suivi Berlusconi en tant que Premier ministre, a tenté une dépréciation réelle, introduisant plus de flexibilité dans le marché du travail afin de forcer les syndicats à faire des concessions salariales. Mais les efforts de Monti n'ont abouti à rien; entre autres problèmes, la BCE, avec son aide financière généreuse, a enlevé la pression pesant sur les syndicats et les entreprises.

Enrico Letta, qui a suivi Monti à la tête du gouvernement de l'Italie, n'avait pas une idée claire de réforme, et à son tour, a laissé la place au charismatique Renzi. Or, bien que Renzi dépense beaucoup d'énergie verbale à propos de l'économie, jusqu'à présent il n'a donné aucune indication qu'il comprenne la nature du problème de l'Italie.

Renzi n'est pas le seul. Au contraire, presque toute l'élite politique européenne, de Paris à Berlin en passant par Bruxelles, croit toujours que l'Europe souffre d'une simple crise financière et de confiance. La perte sous-jacente de compétitivité n'est pas discutée, parce que c'est un problème que la discussion seule ne peut résoudre.

Hans-Werner Sinn *Président de l'Institut de recherche économique Ifo* *Project Syndicate 21/8/2014*

Der Islamismus gehört längst zu Deutschland

106,17

Die "Scharia-Polizei" in Wuppertal ist kein Einzelfall. Auch in anderen Städten testen Islamisten die Toleranz unserer Gesellschaft. Dieses Milieu bietet den Nährboden für Dschihadisten.

Von Per Hinrichs, [Freia Peters](#), Christian Unger, Hannelore Crolly und Kristian Frigelj



In migrantisch geprägten Stadtteilen wenden sich mehr Menschen dem Islamismus zu. Sozialarbeiter, Lehrer und Sicherheitsbehörden stehen vor großen Problemen. Foto: PA/DPA; Montage Wams

Berlin am vergangenen Donnerstag. Vor dem Friseursalon "Salin" in Kreuzberg sitzen drei bärtige Männer mit Pluderhosen auf Bierbänken. Aufmerksam mustern sie vorbeigehende Passanten. "Bedecke deine Beine, oder willst du in der Gosse landen?", rufen sie einem Mädchen zu, das im Minirock vorbeigeht. Die junge Frau reagiert nicht. Die Männer vor dem Friseursalon sind arabische Salafisten. Sie sind jetzt öfter hier.

In der vergangenen Woche hat es bereits eine Schlägerei gegeben, ein Salafist schlug einem Anwohner auf den Hinterkopf. "Das ist jetzt das dritte Opfer in einer Woche", sagt eine Anwohnerin. "Seit Kurzem haben die Männer Tische vor den Laden gestellt und pöbeln vorbeigehende Menschen an, sie seien Ungläubige." Ausgerechnet im multikulturellen Kreuzberg versuchen die Islamisten, andere Menschen einzuschüchtern, bedrohen sie sogar.

Die Anwohner haben reagiert. In den Läden und an Laternenpfählen hängen nun Zettel, die vor "rassistischen Salafisten" warnen. "Sie wollen unseren Kiez zum heiligen Land mit Schariarecht machen. Wehret den Anfängen!" Die jüngste Entwicklung ist sogar den Anwohnern in Kreuzbergs linkem Osten zu viel, der als Klein-Istanbul bekannt ist.

Etwas hat sich hier verändert. In Klein-Istanbul leben Studenten, Touristen, Alt-Hausbesetzer, Kiez-Veteranen und zugewanderte Migranten, hauptsächlich Türken, miteinander. Gemüseladen und Döner-Imbiss, Dritte-Welt-Initiative und Eckkneipe. Kreuzberg war immer auch ein Signal: Multikulti funktioniert. Niemand muss befürchten, dass er nicht so leben darf, wie er möchte.

Islamisten testen die Grenzen der Toleranz

In ganz Deutschland testen Islamisten gerade die Grenzen der Toleranz. Seitdem vor zehn Tagen ein paar selbst ernannte Sittenwächter in Wuppertal in orangenen Warnwesten mit der Aufschrift "Scharia Polizei" auf Streife gingen, empört sich das Land über die dreisten Islamisten-Apostel. Und selbst wenn der Wuppertaler Auftritt nur eine aus dem Ruder gelaufene PR-Nummer gewesen sein sollte, so spielen sich Szenen wie in Kreuzberg oder im Ruhrgebiet auch in vielen anderen deutschen Städten ab.

Selin zum Beispiel würde gern das Leben eines ganz normalen Hamburger Mädchens führen. Selin hat sich für das Interview zurechtgemacht, sie hat sich den Nagellack von ihren Fingern entfernt, hat ein helles T-Shirt angezogen, das sie sonst nie trägt. Sie hat ihr Armband abgenommen. Die 15-Jährige, die die zehnte Klasse einer Hamburger Schule besucht, hat Angst, dass sie jemand aus ihrem Jahrgang oder aus dem Stadtviertel erkennen wird. Auch wenn der Fotograf nur ihre Hände fotografiert. "Vielleicht ist das alles ein bisschen verrückt", sagt sie. "Aber man muss das hier erleben, um es zu verstehen."

Angst hat Selin vor den Jungs, die sie nur "die Extremen" nennt. Junge Männer, die sich Bärte wachsen lassen und lange weite Röcke tragen, so wie einst der Prophet Mohammed es getan haben soll. Manche von ihnen treffen sich vor der Schule oder abends an der Hauptstraße, in 20-Mann-Cliquen, erzählt sie. Viele seien älter und schon nicht mehr Schüler, andere sogar noch jünger als sie. Was sie dort genau machen, weiß Selin nicht. "Ich traue mich nicht, vorbeizugehen."

Das Problem ist den Behörden bekannt. Ein Papier des Hamburger Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung nennt sieben Schulen in der Stadt, an denen junge radikale Muslime für Unruhe und auch Angst sorgen.

Muslimische Mädchen nehmen religiöse Regeln ernster

Einige von ihnen sind an Selins Schule. Und in ihrer Klasse. Einmal habe sie auf dem Schulhof gehört, wie ein Mädchen als "Schlampe" beschimpft wurde, weil sie kein Kopftuch getragen hat. Sie selbst wurde auch schon angemacht. "Wieso bist du nicht zu?", hat ein Junge Selin gefragt. "Zu" heißt hier im Viertel verschleiert. "Ich mische mich nicht bei euch ein, also mischt euch nicht in mein Leben ein", hat Selin geantwortet.

Sie hat wache dunkle Augen und langes Haar. Ihre Eltern sind vor vielen Jahren aus der Türkei nach Hamburg gekommen, Selin selbst ist hier geboren. Die Familie ist muslimisch, aber Politik war zu Hause immer wichtiger als Religion. Selin kann kurze Oberteile tragen, sie braucht ihren Körper nicht zu verstecken, sie betet nicht fünfmal am Tag. "Jeder soll doch leben, wie sie oder er möchte", sagt sie. Wenn Selin jetzt manche ihrer Freundinnen zu Hause besucht, zieht sie sich extra ein längeres T-Shirt an. "Wir können nicht mehr ins Kino gehen, weil manche lieber mit den Jungs in der Moschee sind."



Foto: picture alliance / dpaZwei weibliche "Fans" bei einer Kundgebung des Salafisten Pierre Vogel auf dem Marktplatz in Pforzheim

Ihre beste Freundin geht nicht mehr mit ihr ins Schwimmbad, weil dort auch Männer schwimmen. Eine Schülerin trug vor den Ferien noch Make-up und kurze Röcke. Nach den Sommerferien zog sie verschleiert durch das Viertel. Selin erzählt von Jungs, die sich auf YouTube nicht mehr Internetvideos ihrer Lieblingsband anschauen, sondern Filmchen von Pierre Vogel, dem bekanntesten islamistischen Prediger. Vor einiger Zeit haben die "Extremen" Plakate in der Schule aufgehängt, in denen sie um Spenden für Syrien warben. Und da sind noch die Gerüchte im Viertel. Dass junge Männer für ihre Religion nach Syrien in den Krieg ziehen wollen.

Säkulare Muslime haben Angst um ihre radikalen Kinder

Ein anderer Stadtteil, im Osten Hamburgs. Frauen zwischen 40 und 60 Jahren sitzen gemeinsam in einem Café, viele von ihnen sind Mütter, fast alle kamen einst aus der Türkei in den Norden Deutschlands. Sie seien Aleviten oder Atheisten. Und sie haben Sorge um ihre Kinder. Eine Frau erzählt, dass ihr Mann eines Abends von der Arbeit nach Hause gekommen sei. Ein Kollege habe erzählt, dass dessen Sohn in Syrien im Kampf gefallen sei. Der Vater sei aber nicht erschüttert gewesen. "Er hat gesagt, dass sein Sohn nun im Paradies ist", sagt die Frau. "Mich und meinen Mann hat diese Reaktion geschockt."

Dass sich junge Menschen [islamistischen Gruppen](#) anschließen und dann womöglich in den "Heiligen Krieg" ziehen, haben die Frauen hier nur von entfernten Freunden oder Nachbarn gehört oder in der Zeitung gelesen. Schon die Gerüchte machen den Frauen Angst. "Wir reden nicht mehr nur von Kriegen ganz weit weg. Es geht um unsere Nachbarschaft", sagt eine. Eine andere, ältere Frau berichtet von jungen Männern, die andere Jugendliche angesprochen hätten, einfach so auf der Straße. Da sei den Jungs ein Handy oder Geld angeboten worden, damit sie sich der Clique anschließen.

Torsten Voss, der Chef des Hamburger Verfassungsschutzes, kennt diese Geschichten. Bei ihm rufen Lehrer und Eltern an, die sich fragen, wie sie damit umgehen sollen, dass Jugendliche offen Sympathie mit IS-Kämpfern äußern. Die Verfassungsschützer nehmen solche Anrufe ernst. Die wenigsten, die sich nach außen hin verändern, mutieren gleich zu Dschihadisten. "Doch wir beobachten, dass die Radikalisierungsverläufe in einigen Fällen sogar innerhalb weniger Wochen stattfinden", sagt Voss. Viel Zeit, die Gehirnwäsche zu verhindern, bleibt nicht.

In Hamburg leben zehn Rückkehrer aus dem Syrien-Krieg

Schon heute leben in Hamburg etwa 70 gewaltbereite Dschihad-Salafisten. Sorgen bereiten dem Verfassungsschutz die Syrien-Rückkehrer. Derzeit zählen die Geheimdienstler der Hansestadt zehn Veteranen. "Wir gehen davon aus, dass einige wenige dort auch Kampferfahrung gemacht haben und dadurch der Radikalisierungsgrad noch weiter zugenommen hat", sagt Voss. Andere kehren traumatisiert oder desillusioniert zurück (siehe unten).

Gerade sind sie in Hamburg froh, den Neu-Bürger Pierre Vogel gleich wieder vergrault zu haben. Der Salafist wollte in der Hansestadt Fuß fassen, bezog auch eine Wohnung im Stadtteil Wilhelmsburg, flüchtete aber nach ein paar Wochen wieder ins Rheinland. Mit Vogel wollten die Moscheen, die der Verfassungsschutz ohnehin im Blick hat, nicht auch noch in Verbindung gebracht werden.

Denn wo Vogel und sein Komplize [Sven Lau](#) auftauchen, gibt es Ärger. Wilfried Schultz kennt die beiden Islamisten gut. Er hat sich vor vier Jahren mit einer Bürgerinitiative dagegen gewehrt, dass die beiden mit dem Verein "Einladung zum Paradies" eine "Islamschule" mit Moschee in Mönchengladbach ansiedeln. "Sie haben versucht, einen klaren Herrschaftsanspruch durchzusetzen, und verkündet, dies sei ihr Grund und Boden", sagt Schultz. Und er erzählt, dass er damals bedroht und beschimpft worden sei. Schließlich gaben die Salafisten ihr Vorhaben auf.

In Frankfurt bedrohten Islamisten eine Sozialarbeiterin

Die Sorge um die Hass-Propaganda treibt auch die Einwohner im Frankfurter Stadtteil Gallus um, einem schwierigen, lange Zeit vernachlässigten Viertel unweit des Bahnhofs. Im Mai stürmten 20 Männer in den AWO-Jugendtreff, den viele Migranten besuchen, und beschimpften eine Sozialarbeiterin heftig, weil sie angeblich nicht "züchtig" gekleidet war. Die Angreifer zerrissen Broschüren zur Gewaltprävention und schimpften heftig über den geplanten Ausbau der Mädchenarbeit. Nachdem sie der AWO-Beschäftigten noch vor die Füße gespuckt und salafistische Propaganda verteilt hatten, zogen sie wieder ab.

Weil sie nicht gewalttätig wurden und die Sozialarbeiterin auch keine Anzeige erstattete, konnte die Polizei laut Innenministerium nicht gegen die Männer ermitteln. In sechs der 144 Jugendeinrichtungen von Frankfurt sei es zu ähnlichen Vorfällen "mit religiösem Hintergrund" gekommen, hieß es darauf bei der Stadtverwaltung.



Foto: picture alliance / Robert B. FisJunge Muslime verteilen den Koran auf Deutsch in der Fußgängerzone in Bielefeld

Die AWO wusste sich nicht anders zu helfen, als den Treff für mehrere Wochen zu schließen, um ihre Mitarbeiter zu schützen. Ende Juni wurde das Haus zwar wiedereröffnet, nun gleicht es aber einer Festung. Mit einer gesicherten Schließanlage, einer neuen Tür und Videoüberwachung ist der Treffpunkt nun sicher, wenn auch weniger einladend. Im Landtag jedoch bekam die AWO heftig Schelte für ihre Reaktion. Die Schließung sei "das völlig falsche Signal" gewesen, sagte der CDU-Innenpolitiker Alexander Bauer; der Grüne Jürgen Frömmrich sprach vom "Zurückweichen".

Aber was soll man tun? Gefährdet seien vor allem junge Männer ohne Ziel und Perspektive, meint der Frankfurter Sozialberater Fatih Lütfi Dogan von Ditib, dem Dachverband türkisch-islamischer Gemeinden. "Die ziehen sich gegenseitig runter. Wir müssen sie mit langem Arm rausziehen."

In vielen Großstädten bilden sich Scharia-Gerichte

Womöglich ist es dafür mancherorts schon zu spät. Das Misstrauen gegen den Staat und die freiheitliche Gesellschaft spiegelt sich auch in Phänomenen wie den Scharia-Gerichten wider, die sich in vielen Großstädten herausgebildet haben. Neben der Justiz hat sich dort ein eigenes religiöses Rechtssystem entwickelt, das bei Streits, vornehmlich zwischen Clans, zum Einsatz kommt. Es sind Leute wie Hassan Ali Allouche, 61, gebürtiger Libanese und ein selbst ernannter "Friedensrichter", die in Berlin zwischen arabischen Clans Recht sprechen – unter Umgehung der Gerichte. Das "Amt" hat er im Libanon von seinem Vater geerbt, der wiederum übernahm es bereits von seinem Großvater.

Beinahe jeder Araber in Berlin habe seine Telefonnummer, sagt Allouche. "Wenn zwei Araber sich streiten, holt meistens jeder seine Familie zur Unterstützung für eine Schlägerei." Das sei der Zeitpunkt für ihn, sich ins Auto zu setzen und loszufahren. "Ich habe schon viele Massaker verhindert", behauptet er. Allouche ist nun bereits seit 14 Jahren deutscher Staatsbürger. "Ich tue das alles für Deutschland und für Allah", sagt er. Bezahlt werde er von den Familien nicht. Geschenke aber nehme er gern an.

Empfindlich reagieren Richter auf die religiöse Konkurrenz. "Ich habe erhebliche Bedenken an der Arbeit eines solchen Friedensrichters", sagt ein Jugendrichter am Amtsgericht Berlin-Tiergarten, der nicht namentlich genannt werden möchte. Das sei Selbstjustiz und trage zur Entstehung von Parallelgesellschaften bei.

Libanesen fünfmal häufiger kriminell als Deutsche

In Berlin-Neukölln leben viele arabische Großfamilien, Gettos haben sich gebildet. Im Gerichtssaal sitzen oft Jugendliche aus arabischen Großfamilien. In den Statistiken der Polizei wird der [Migrationshintergrund](#) nur bei Jugendlichen und Heranwachsenden erhoben. Libanesische junge Männer und Frauen zwischen 18 bis 21 Jahren werden mehr als fünfmal häufiger kriminell als deutsche Heranwachsende. Oft hat es die etablierte Justiz schwer, sich durchzusetzen. "Im Zweifel muss das Jugendamt so weit gehen und den Eltern das Sorgerecht entziehen", sagt der Jugendrichter. Jüngst hatte er den Fall eines Jugendlichen, der in der Schule erst gute Noten erzielte, als er aus dem familiären Umfeld herauskam und in einem geschlossenen Heim die Einhaltung bestimmter Regeln lernte. "Man muss sich auch mal trauen, solche Maßnahmen anzuwenden", sagt der Richter.

"Doch ich habe den Eindruck, dass einige Jugendamt-Mitarbeiter Angst davor haben, in arabische Großfamilien zu gehen. Das ist natürlich eine Kapitulationserklärung."

In der kommenden Woche beschäftigt sich der Deutsche Juristentag in Hannover mit dem Phänomen der Paralleljustiz. Etwa 2500 Richter, Staatsanwälte und Verteidiger kommen zusammen, um über aktuelle Probleme der Rechtsprechung zu diskutieren. Tatjana Hörnle, Strafrechtsprofessorin an der Humboldt-Universität Berlin, hat sich bereits mit dem Thema befasst und wurde als Gutachterin des Juristentages benannt.

Alleine gegen die "Extremen"

"Diese systematische Umgehung des deutschen Rechtssystems zeigt tief gehendes Misstrauen. Das ist Grund zur Beunruhigung", sagte sie der "Legal Tribune Online". Die Gerichte sollten Übereinkünfte, die unter Mitwirkung von Friedensrichtern zustande gekommen sind, nicht anerkennen, fordert Hörnle.

Die Justiz hat eine mächtige Lobby. Fast 200.000 Menschen arbeiten in Deutschland als Anwalt, Staatsanwalt oder Richter. Juristen sitzen als Abgeordnete in Parlamenten, arbeiten in Ministerien und im Justizapparat. So einfach lässt sich das Recht nicht aushebeln.

Schwieriger ist es, wenn man beinahe allein ist und sich wehren möchte. Die Hamburgerin Selin möchte einfach so leben, wie sie will. Ohne Einschüchterungen, ohne Beschimpfungen. Ihr Leben hat sich verändert, weil sich viele Freunde um sie herum verändert haben. "Es geht mir nicht um das Kopftuch oder den Bart. Es geht um das Denken dahinter", sagt sie. "Man weiß nicht mehr, wem man vertrauen kann."

Manchmal fragt Selin ihre Freundinnen, was sie denn über den Koran wüssten, wenn sie nun schon ein Kopftuch tragen. "Da kommt dann oft nichts", sagt Selin. Im Moment halte sie den Mund. "Ich sage lieber nichts mehr." Morgen aber plant sie ihre kleine Revolution. Da wird sie wieder mit lackierten Fingernägeln in die Schule gehen. Egal, was die "Extremen" sagen.

Escape From France 106,21

15 septembre 2014

Natacha Bouchart this month declared a state of emergency. The Gaullist mayor of the port of Calais says her town has been "taken hostage" by an estimated 1,000 to 1,200 African migrants, mostly from Eritrea, who are stuck in camps as they try to get across the Channel aboard U.K.-bound trucks. We suppose that's one way of looking at her problem.

Ms. Bouchart's theatrical flair, including a threat to form a "human shield" to close the route to Britain, has made her an unlikely hero to immigration opponents in the U.K. Yet neither she nor her supporters on either side of the Channel seem to be asking themselves why it is that the refugees wouldn't rather stay in France. After all, these men have escaped one of the world's most oppressive countries, trekked across the perilous and militia-infested deserts of North Africa, and crossed the Mediterranean on rickety boats in order to reach Europe. Isn't France good enough for them?

Apparently not. Though Ms. Bouchart claims that Westminster has made it too easy to immigrate to the U.K., David Cameron has tightened immigrant inflows as part of his plan to reduce net migration to "tens of thousands" from 212,000 currently. The relative generosity of the British and French welfare systems varies according to the immigration status of the applicant and the type of benefits under question, but on the whole Britain generally spends less per recipient than France and many other Continental states.

The harder truth, at least for Ms. Bouchart and the French political establishment, is that Eritreans are determined to cross the Channel despite those strictures because the U.K. still represents economic openness, dynamism and opportunity. Unemployment in Britain hovers at 6.5%, and the economy is forecast to grow at 2.5% this year. Compare that to moribund France, where there is 10.2% unemployment and zero growth.

As for a solution, Ms. Bouchart is demanding the British government finance her efforts to bar the migrants from reaching the U.K. A better idea would be for France to emulate neighbors like Britain and Germany that have implemented pro-growth reforms, especially those that relax labor-market rules that entrench union interests at the expense of job seekers.

Immigration is often treated as a cultural problem or a fiscal drag, especially in economically stagnant nations. But immigrants could add a lot to France's economy -- and its culture -- if only politicians in both Paris and Calais fashioned laws that encouraged work and investment and harnessed entrepreneurial drive. Progress will come to France when it isn't the sort of place from which even desperate African refugees wish to flee.

License this article from Dow Jones Reprint Service

Europe's New Balancing Act 106,22

By Jyrki Katainen

12 septembre 2014

The weaker than expected economic situation in several [European Union](#) countries this summer has brought one question back to the center of the European political debate: What is the right balance between supporting growth and pursuing necessary fiscal consolidation? It will be at the forefront of the minds of EU finance ministers meeting Friday and Saturday in Milan. Far from being a black-and-white choice, this is a complex issue, which we must approach calmly and constructively, avoiding damaging divisions between member states.

Euro-zone countries have a shared responsibility to each other. We have a common currency and a common interest in generating sustainable growth and jobs. Sound public finances are a precondition for that. Interest rates will surely not stay at record lows forever. Once they rise, public debt will become more costly, again crowding out more valuable public spending and undermining the market confidence we have all worked so hard to regain. Vulnerable countries would be the hardest hit by any [new](#) financial-market instability.

All EU members and the Commission agree that rather than changing our fiscal rules, we should make the best use of the flexibility they already offer. These rules underwent a major reform only three years ago, making them both stronger and smarter. One of the key changes was a greater focus on structural rather than nominal fiscal targets, to avoid pro-cyclical fiscal policies.

The flexibility in the rules should be applied because it makes economic sense to do so, not because of political pressure. Many EU countries have benefited from such flexibility in recent years, when more time was granted to reduce deficits for countries that were making the agreed structural fiscal effort but were hit by an unexpected downturn that put the nominal fiscal targets out of reach. Between 2012 and 2013, Spain received an extra three years to bring its deficit below 3% of GDP, France and Slovenia an extra two years. Overall, the pace of fiscal adjustment has eased substantially since the most acute phase of the crisis. This year the fiscal stance of the euro area as a whole is broadly neutral.

Using its enhanced scrutiny powers for euro-zone countries, the Commission will look closely at the budgetary situation in each member state in the coming weeks. We will take into account economic developments and the efforts each country is making to reach its budgetary targets. There will be fair treatment for all countries, large or small, northern or southern. The same principles will apply to all.

To ensure that fiscal policies are both sustainable and growth-friendly, governments must focus on improving the quality of public spending. When money is tight, there is little choice but to make savings. But there is always a choice as to how to make those savings. By cutting spending rather than raising taxes, and by reducing inefficient current expenditure rather than future-oriented investments in research and innovation or key public works, countries can mitigate the short-term impact of fiscal consolidation on growth while also improving their medium-term growth prospects.

To support investment, we need to work at both national and European levels, and on both the demand and supply sides. At the national level, countries with large current-account surpluses should invest more. At the European level, we will work hard in the coming months to deliver the goal set by Jean-Claude Juncker, the Commission's president-elect, of mobilizing up to 300 billion euros (\$388 billion) in additional private and public investment in the coming three years.

A key challenge is to ensure that public resources do not crowd out, but actually draw in more private investment, which our economies urgently need. That's why we must focus in parallel on reducing the regulatory and administrative burdens that discourage companies from investing and creating jobs in Europe.

That means stepping up growth-enhancing structural reforms. Without real reforms, effectively implemented, we will not deliver growth and a lasting fall in unemployment. Some countries certainly have more urgent reform needs than others, but none is immune.

Our fiscal rules do not prevent countries from reforming -- far from it. Look at the impressive reforms adopted in Spain in recent years, or in Latvia, in parallel with a major fiscal adjustment. Nonetheless, there is scope to use our existing economic governance framework more effectively to support countries in their reform efforts, in a way that leaves the ownership with national capitals but reflects the cross-border impact of economic policies.

We need to find a constructive way forward on these issues, one that upholds the credibility of the fiscal framework we have put in place, supports investment and underpins efforts to reform. The European reform agenda, as endorsed by our member states themselves, is essential for every member state and reinforces measures that are being taken at the national level. Only through competitive economies and sound public finances can we sustain the inclusive societies of which Europeans are justly proud.

Mr. Katainen is the European Commission vice president responsible for economic and monetary affairs and the euro.

Allemagne : les eurosceptiques s'ancrent à l'Est 106,24

Publiée le 15/09/2014 à 20:15



Le jeune parti de l'AfD a fait son entrée dimanche dans les Parlements régionaux de Brandebourg et de Thuringe, en ponctionnant notamment des voix à l'extrême gauche comme à l'extrême droite.

Petit à petit, l'Alternative pour l'Allemagne (AfD) fait son nid dans le paysage politique allemand. Le «phénomène AfD», comme le titrait lundi le quotidien *Handelsblatt*, réussit, un an et demi après sa naissance, sa troisième entrée dans un Parlement régional. En Thuringe et dans le Brandebourg, ce mouvement de protestation réussit même le tour de force, élection après élection, d'augmenter encore son score. À Erfurt (Thuringe), son résultat de 10 % des suffrages lui fait talonner les sociaux-démocrates (12,5 %) et à Potsdam (Brandebourg), le parti eurosceptique a rassemblé 12 % des voix. Ce qui lui permet de continuer d'exciter la sphère médiatique et d'être au centre des commentaires des lendemains d'élection. Angela Merkel a ainsi consacré à «l'Alternative» une bonne partie de son analyse post-scrutin. Pour la chancelière, la meilleure réponse à opposer est «le bon travail que nous pouvons fournir partout où nous sommes aux responsabilités gouvernementales».

Les pronostiqueurs divisés

La CDU, aiguillonnée par les eurosceptiques, sent le coin AfD s'enfoncer plus profondément dans son flanc droit. L'aile droite du parti conservateur, le «cercle berlinois», appelle sa direction à mener des discussions officielles avec le parti. «Nein» catégorique de Merkel, qui exclut «toute alliance régionale» et qui souligne que «ce parti prend des électeurs à tous les partis». «C'est exact, confirme Werner Patzelt, politologue à l'université de Dresde, des voix de la droite de la droite jusqu'à l'extrême gauche. Dans le Brandebourg, l'AfD a même ramené vers les urnes 18.000 électeurs qui n'avaient pas voté la dernière fois. Alors même que le taux de participation a été d'un électeur sur deux. Cette formation porte un espoir diffus chez les électeurs, lassés des partis établis à peine différenciables, et qui traite des questions que les autres négligent: valeurs familiales, immigration, avenir de l'Europe, délinquance transfrontalière...»

Son leader, Bernd Lücke, veut gommer l'étiquette d'extrémiste pour mieux rassembler. Ce professeur d'économie se permet même de répondre par un pied de nez à la «femme la plus puissante du monde»: «Plus ils nous excluent du débat et plus nous progressons. Notre partenaire naturel de coalition n'est pas du tout la CDU. Plutôt les sociaux-démocrates avec lesquels je m'imagine mieux travailler.» Une «défense de rupture» pour le chef d'un mouvement que beaucoup classent comme national conservateur. L'AfD divise les pronostiqueurs: certains la voient se nourrir des désillusions sur l'Europe et s'installer dans le paysage politique; d'autres lui prédisent une destinée identique à celle des «Pirates» moribonds. Début de réponse début 2015 après le scrutin régional de Hambourg, et la première opportunité pour l'AfD d'entrer dans un Parlement de l'Ouest.

L'extrême gauche a aussi confirmé son ancrage à l'Est, lors de ces scrutins. En fonction des négociations, Die Linke pourrait poursuivre son rôle de partenaire de coalition dans le Brandebourg. Et même se permettre le luxe, 25 ans après la chute du Mur, d'avoir un président de région en Thuringe. Parmi les raisons du succès invoquées par Werner Patzelt: «la guerre en Ukraine qui a réveillé les réflexes antiaméricains très puissants chez les électeurs».

La lutte contre le réchauffement n'est pas l'ennemie de la croissance 106,25

LE MONDE | 16.09.2014 à 06h00 • Mis à jour le 16.09.2014 à 06h24 | Par [Laurence Caramel](#)

Abonnez-vous

à partir de 1 € Réagir Classer

Partager facebook twitter google + linkedin pinterest

« *Lutte contre le changement climatique et croissance économique peuvent aller de pair* » : l'idée prend à rebrousse-poil l'opinion généralement admise qui fait de la protection de l'environnement et du climat en particulier l'ennemi de la prospérité. A une semaine du sommet extraordinaire sur le climat convoqué mardi 23 septembre à New York par le secrétaire général des Nations Unies, c'est pourtant la thèse défendue par le célèbre économiste Nicolas Stern et l'ancien président mexicain, Felipe Calderon dans un rapport intitulé « Une meilleure croissance pour un meilleur climat ».

Depuis la publication de sa première somme sur l'économie du climat en 2006 dans laquelle il prédisait un effondrement du PIB (produit intérieur brut) mondial de 5 % à 20 % à l'horizon de quelques décennies si les gouvernements ne s'attaquaient pas au réchauffement, le lord anglais, ancien économiste en chef de la Banque mondiale a acquis une notoriété peu contestée parmi ceux, de plus en plus nombreux, qui considèrent que le réchauffement n'est plus une question scientifique – les travaux du GIEC (groupe intergouvernemental d'experts sur l'évolution du climat) ayant démontré la réalité et l'origine anthropique du phénomène – mais une question économique.

Comment convaincre les gouvernements d'agir alors que tout – chômage, pauvreté et conservatisme des intérêts en place – les poussent à différer des politiques de décarbonisation perçues comme trop douloureuses.

« PLAN D'ACTION EN DIX POINTS »

Il y a un an, lord Stern et Felipe Calderon, entourés d'une commission composée d'anciens responsables politiques, de dirigeants de grandes entreprises tel Paul Polman, le pdg d'Unilever ou des banquiers comme Chad Holliday, le président de Bank of America, avaient promis de faire la démonstration inverse en travaillant « *l'esprit ouvert* » et « *en écoutant sérieusement ceux qui nous disent que la transition énergétique peut faire du mal* ».

Le rapport de 70 pages remis mardi aux sept pays (Colombie, Ethiopie, Indonésie, Corée du sud, Norvège, Suède et Royaume-Uni) qui ont financé ce projet, ne promet pas le paradis à bon compte mais trace un chemin dans lequel la réduction des émissions de gaz à effet de serre est possible sans mettre à terre les pays déjà prospères ni hypothéquer les rêves de développement des plus pauvres. Ce scénario vertueux, que les auteurs jugent nécessaire de mettre en place dans les quinze années à venir pour conserver des chances de contenir le réchauffement en deçà de 2°C, suppose toutefois de profondes transformations. Elles sont résumées dans un « plan d'action en dix points ».

Le plus déterminant d'entre eux porte sur l'introduction d'un prix du carbone. « *Il faut taxer la pollution en faisant payer chaque tonne de CO₂ relâchée dans l'atmosphère* » plaide Nicolas Stern en

expliquant que c'est à cette seule condition que les investissements publics et privés se porteront sur destechnologies propres. Sur l'énergie éolienne plutôt que sur le charbon, sur la voiture électrique plutôt que sur le diesel, etc... le rapport ne fait pas de recommandation sur le prix qu'il faudrait appliquer.

Il ne se prononce pas non plus sur l'instrument à privilégier, une taxe – comme l'applique par exemple la France à travers la contribution climat énergie ou un marché de quotas d'émissions de CO₂ comme celui en vigueur dans l'Union européenne pour les installations industrielles. Pour les économistes, ils sont équivalents. L'essentiel est que chaque pays mette en place un dispositif qui disqualifie les activités polluantes.

VOLONTÉ DES ETATS

D'ici 2030, la production mondiale, du fait notamment de la démographie, devrait augmenter de près de 50 %. Cela nécessitera pour équiper les villes qui accueilleront l'essentiel de cette population, satisfaire les besoins alimentaires et en énergie, des investissements évalués à 90 trillions de dollars (69 trillions d'euros). Une somme colossale. Mais il n'en coûterait pas beaucoup plus cher de réaliser ces investissements en faisant les meilleurs choix pour le climat : 4 trillions supplémentaires, 5 % de plus, selon la commission Stern qui plaide également pour la création d'instruments financiers donnant un avantage aux investissements bas carbone ainsi que pour l'élimination progressive des 600 milliards de dollars annuels de subventions accordées aux énergies fossiles.

L'incidence de ce big bang sur la croissance n'est pas nulle mais il est jugé largement surmontable – de l'ordre de 1 à 4 % du PIB au cours des quinze prochaines années : « *C'est comme si nous atteignons l'objectif que nous nous étions fixés avec six mois ou un an de retard* ». Les perdants – car il y en aura – pourraient être dédommagés sur les revenus tirés de la taxation du carbone. Mais là encore, le rapport estime qu'il y aura peu de pertes d'emplois. « *Les modèles économétriques classiques ont jusqu'à présent surestimé les impacts négatifs de la transition énergétique comme ils en ont minimisé les bénéfices* », insiste-t-il.

Reste d'autres conditions qui ne relèvent pas modèles mathématiques : elles s'appellent volonté des Etats et coopération internationale et figurent dans les premières recommandations du Plan d'action. « *Il est indispensable que cette transition s'inscrive dans un accord international sur le climat* » qui garantisse que chaque Etat, de manière équitable prend sa part du travail. A quinze mois de la conférence de Paris où pourrait être scellé le premier accord mondial sur le climat, c'est précisément pour rappeler à ce devoir d'engagement que Ban Ki Moon réunit les chefs d'Etat à New York.

106,27

Debatte zum AfD-Wahlsieg: **Nicht schön, aber ganz normal**

Ein Kommentar von [Christian Rickens](#)



Getty

AfD-Wahlplakat: Sehnsucht nach klaren Regeln

Ewiggestrige Protestpartei, die sich von selbst entzaubern wird: So lautet das gängigste Urteil über die Alternative für Deutschland. Doch im internationalen Vergleich hat dem bundesdeutschen Parteienspektrum eine Partei wie die AfD gefehlt.

Wie sollen wir es halten mit der Alternative für Deutschland? Wie sollen wir umgehen mit ihren plötzlichen Wahlerfolgen, zuletzt in Thüringen und Brandenburg? Veit Medick [plädiert auf SPIEGEL ONLINE für Entzauberung durch Einbindung](#): "Besserwisser enttarnt man am besten, indem man sie selbst mal richtig arbeiten lässt." Nikolaus Blome [prognostiziert im SPIEGEL](#): "Die AfD bleibt eine kurzlebige Protestpartei. Es sei denn, die CDU macht alles falsch." Beide Kommentatoren sprechen der AfD ab, dass sie langfristig eine ernsthafte politische Alternative für einen nennenswerten Teil der Deutschen bilden könnte. Denn, so Veit Medick: "Diese Partei passt nicht ins Deutschland des 21. Jahrhunderts. Das muss ja wohl jedem klar sein, der halbwegs bei Sinnen ist."

Wirklich jedem?

Natürlich, niemand kann ausschließen, dass sich die AfD binnen kürzester Zeit selbst zerlegt, weil sie von Querulanten und Spinnern überrannt wird. Dieses Schicksal droht jeder neuen Partei. Doch im Unterschied zu vielen anderen Protestparteien spricht die AfD tatsächlich relevante gesellschaftliche Milieus an, die in den vergangenen Jahren keine politische Heimat (mehr) hatten. Zu diesen Milieus zählt der selbsternannte Leistungsträger, dem die FDP-Sozialpolitik bereits zu verweichlicht erscheint. Dazu zählt der Handwerksmeister, der sich über immer neue Umweltauflagen für seinen Betrieb ärgert. Dazu zählt der Rentner, der mit Europa vor allem Kriminalität verbindet und mit dem Euro Inflation. Und schließlich zählt dazu die Hausfrau und Mutter, die ihr traditionelles Lebensmodell entwertet sieht, seit selbst CDU-Politiker von Gender Mainstreaming reden und beim Christopher Street Day das Grußwort halten.

Man muss die potentiellen AfD-Wähler nicht mögen. Aber es gibt sie, und sie sind viele. Die Sozialforscher des Sinus-Instituts schätzen, dass die Milieus der "Traditionellen" und der "Konservativ-Etablierten" gemeinsam knapp ein Viertel der deutschen Bevölkerung ausmachen. Eine Partei, die konsequent diese - und nur diese - Milieus anspricht, kann niemals Volkspartei werden. Aber sie kann es stabil über die Fünf-Prozent-Hürde schaffen. Und zwar auch ohne die Stimmen der versprengten Protestwähler, die vor allem in Ostdeutschland ihr Kreuzchen überall machen, wo "dagegen" draufsteht.

In vielen Staaten hat die Mischung aus gesellschaftspolitisch konservativen und wirtschaftspolitisch liberalen Positionen einen festen Platz in der Parteienlandschaft. Die britischen Tories funktionieren nach diesem Muster und die Republikaner in den USA. Dass solch eine ideologische Melange nun auch in der AfD eine Heimat findet, macht Deutschlands Parteienspektrum zwar nicht schöner - aber ein Stück normaler.

http://online.wsj.com/articles/sophie-pedder-in-france-the-left-leaves-itself-in-the-lurch-1410806687?mod=rss_Opinion?mod=hp_opinion

106,28

The French Left Leaves Itself in the Lurch

The mood in Paris right now could scarcely be more bleak. "Journey to the depths of Hell" reads the cover story of L'Express magazine's current issue about the state of François Hollande's presidency. The daily newspaper Le Figaro splashed one word on its front page: "Shipwreck." Rebels from the governing Socialist majority are now threatening to abstain from a parliamentary vote of confidence on Tuesday in protest at what they consider excessively harsh austerity and the end of tax-and-spend economics. At play here is not just the immediate future of the government, but the battle for ideas on...

106,29

Discontent Fuels Election Gains for European Fringe Parties

Gains by Anti-Establishment Parties in Sweden, Germany Raise Prospect of More Fractious Political Landscape

By [MATTHEW KARNITSCHNIG](#) in Berlin and [ANNA MOLIN](#) in Stockholm

A surge of support for fringe parties in a string of European elections underscores growing resentment of a governing class many voters feel is deaf to their concerns over immigration and the economy.

That friction was on full display Sunday in Sweden, a country known the world over for its moderate politics and beneficent attitude toward public welfare. Swedes ousted the ruling center-right government, casting many of their votes...

106,30

Gastbeitrag James Kirchick **Die Opfer des Kommunismus verdienen ein Denkmal**

Der Kommunismus ist die tödlichste Ideologie der Geschichte. Es ist an der Zeit, endlich mit dem linken Mythos aufzuräumen, er sei nur falsch verstanden worden - und könne nichts für die Millionen Toten, die er gefordert hat.

16.09.2014, von JAMES KIRCHICK



© DPA  Idol des linken Mythos: Ernesto „Che“ Guevara auf einem T-Shirt: Warum vergessen die Menschen, dass der Mann ein Soziopath war, der Massenmord beging?

Vor nicht allzu langer Zeit habe ich das Denkmal für die Opfer des Kommunismus gegenüber einem Bekannten erwähnt. Es ist ein Bronzemedallion der Statue, die chinesische Studenten 1989 auf dem Tiananmen-Platz errichteten, kurz bevor die Volksbefreiungsarmee dort tausende friedliche Demonstranten hinrichtete. Diese Statue steht auf einem kleinen Fleckchen in der Nähe der Union Station in Washington, D.C. Zahllose Menschen laufen jeden Tag daran vorbei. Wahrscheinlich nehmen sie das Denkmal aber gar nicht wahr oder wissen nicht, warum es dort steht. „Der Kommunismus war nicht für irgendjemandes Tod verantwortlich“, sagte mein Gesprächspartner. „Sondern die beknackten Anführer.“

Wie oft haben Sie diese Aussage schon in anderen Formulierungen gehört? „Der Kommunismus ist eine großartige Theorie, er funktioniert nur in der Praxis nicht.“ Ich wünschte, das wäre die einzige Meinung dazu, die mir noch aus Diskussionsrunden im Studentenwohnheim in Erinnerung ist. („Gut“, antwortete ich ungläubig, „wie viele Menschen müssen denn noch sterben, bevor wir das kapierten?“)

Weltweites Wiederaufleben des Marxismus

Die Auffassung, dass marxistisch-leninistische Ideologie nicht für die 100 Millionen Toten verantwortlich sei, die durch kommunistische Regime angeordnet wurden, gehörte unglücklicherweise lange zum guten Ton in breiten Teilen der intellektuellen Elite. Wie die Bemerkung meines Freundes und zahlreiche andere Beispiele beweisen, hält sich diese Weltanschauung auch unter den Millennials (den jungen Menschen, die zwischen dem Ende der 80er und den 2000er Jahren geboren wurden).

© WHITENIGHTPRESS  Zwangsarbeit für die sozialistische Rekonstruktion Moskaus: Die Häftlinge des Lagers Dmitlag beim Bau des Moskauer-Wolga-Kanals. Er war eines der größten Vorhaben im Fünfjahresplan 1932-1937. Das Lager Dmitlag war damals das größte innerhalb des Gulag.

Das Wiederaufleben des Marxismus ist schwer in Zahlen zu fassen. Dennoch kann man es deutlich sehen: an den populistischen Reaktionen auf die weltweite Finanzkrise, am Aufstieg der Parteien des äußeren linken Spektrums rund um den Globus (zum Beispiel die Entwicklung der Linken zur Oppositionspartei in Deutschland), und an der wachsenden Popularität einst obskurer Figuren wie Slavoj Žižek, einem marxistischen Kultur-Kritiker aus Slowenien. Im vergangenen Jahr schrieb die New York Times über eine Zeitschrift mit dem passenden Namen „Jacobin“: „ein Magazin, das sich der Aufgabe widmet, neomarxistisches Denken frei von Jargon

unter die Massen zu bringen“. Im Januar veröffentlichte der Rolling Stone – herrlich ahnungslos gegenüber seiner eigenen Rolle in der Verbraucherwirtschaft – ein Stück, das überall diskutiert wurde. Darin wurde die Regierung aufgefordert, die Jobs für jedermann zu sichern, Privateigentum abzuschaffen und „das Land zurückzuerobern“. Das einzige, was in diesem Gesetzentwurf noch fehlte, war die Auslöschung der Bourgeoisie.

Gedächtnisschwund einer ignoranten Gesellschaft

Die steigende Sorge über die Einkommensungleichheit in Amerika, die sich in Form von Occupy Wall Street und Präsident Barack Obamas Herumreiten auf diesem Thema ausdrückt, ist allein noch kein Anzeichen dafür, dass sich eine Generation nach dem Kommunismus sehnt. Trotzdem spielt sich all dies schon auf der Skala ab, die im Extremfall dazu führen kann, dass die Schrecken des Kommunismus vergessen werden. „Der Schlüssel dazu, die Wiedergeburt des Marxismus im Westen zu verstehen“, hieß es 2012 in einem Artikel des „Guardian“, liegt darin, dass er „für junge Menschen nicht mit den Assoziationen von Stalins Gulags befleckt ist“. Dieser rückblickende Gedächtnisschwund offenbart zum einen die Ignoranz einer Generation gegenüber der Ideologie und Natur des Kommunismus, zum anderen zeigt sie die Notwendigkeit, die Öffentlichkeit über dessen Schrecken zu unterrichten.



© PICTURE-ALLIANCE



Noch immer wacht er auf dem Kreml in Moskau: der Rote Stern

Genau das ist das Ziel der „Stiftung zum Gedenken an die Opfer des Kommunismus“ („Victims of Communism Memorial Foundation“). Sie will 2017, zum 100. Jahrestag der bolschewistischen Revolution, die Errichtung eines „Weltklasse“-Museums in der Nationalpromenade in Washington in die Wege leiten. Das Museum soll Zeugenaussagen, Exponate und interaktive Ausstellungen vereinen und so aufzeigen, welchen Tribut der Kommunismus in rund 40 Ländern seit seinem Bestehen gefordert hat. Ähnlich dem Holocaust-Gedenkmuseum der Vereinigten Staaten soll auch dieses Museum zukünftigen Generationen beibringen, in welchem Ausmaß die Menschheit zur Unmenschlichkeit fähig ist.

Tödlichste Ideologie der Geschichte

„Es ist vielleicht die größte Lüge, die in unserer Kultur heutzutage besteht, dass die tödlichste Ideologie der Geschichte nicht für die Regime verantwortlich ist, die sie hervorgebracht hat - geschweige denn für die Todesopfer“, sagt Marion Smith, die Geschäftsführerin der Stiftung. „Ideen haben Konsequenzen. Es gab bisher noch kein kommunistisches Regime, das nicht mit dem Ziel endete, das eigene Volk umzubringen.“

Smith hat recht. Von Stalins Gulags über die Schlachtfelder Kambodschas bis hin zu den Hungernöten unter Mao gab es nicht eine einzige kommunistische Regierung, die nicht sowohl tyrannisch gewesen wäre als auch Tod und fürchterliche Zerstörung mit sich gebracht hätte. Nach dem Schwarzbuch des Kommunismus sind die vom Marxismus-Leninismus inspirierten Regime verantwortlich für den Tod von rund 100 Millionen Menschen (diese Zahl ist noch nicht endgültig). Das macht den Kommunismus zur fatalsten Ideologie des 20. Jahrhunderts.

Immer noch Trottel mit Che-Guevara-T-Shirts

Dennoch bleibt der Mythos bestehen, dass es von Natur aus nichts Böses an einer Ideologie gebe, die zum Diebstahl von Privateigentum aufruft und einen Einparteiensstaat, die Diktatur des Proletariats und die wirtschaftliche Gleichheit aller Bürger erzwingen will (wobei diese Bürger, wie Smith sagt, eher als „Nebensächlichkeiten beim Streben nach der ideologischen Mission“ gesehen

werden). Diese Doppelmoral im Umgang mit dem Kommunismus zeigt sich auch in der großen Zahl von Universitätsprofessoren, die sich stolz das Etikett Marxist anheften. Professoren, die sich freiwillig als „Faschist“ bezeichnen, finden sich hingegen nicht. Man sieht es auch an den Trotteln, die Che-Guevara-T-Shirts tragen. Ihnen ist es entweder nicht bewusst oder aber gleichgültig, dass der Mann ein Soziopath war, der Massenmord beging.

„Es wäre unentschuldig zu sagen, (...) dass Faschismus als Idee nichts mit den Regimen zu tun hatte, die der Faschismus hervorgebracht hat“, merkt Smith an. „Trotzdem ist es eine akzeptierte Meinung, dass Marxismus nicht für die Sowjetunion oder Maos China verantwortlich ist.“

Es sollte überall Denkmäler für die Opfer des Kommunismus geben

Als Hauptstadt eines Landes, das den Kommunismus niemals erlebt hat, mag Washington als seltsamer Ort für ein Museum erscheinen, das sich mit der Geschichte des marxistisch-leninistischen Glaubensbekenntnisses beschäftigt. Dass so eine Institution dort aufgebaut wird, hat mit der amerikanischen Neigung zu tun, sich selbst als alleiniger „Bezwinger“ des Kommunismus zu sehen. Es hängt aber auch mit dem wenig triumphalen, sondern eher idealistischen Impuls zusammen, der Not der leidenden Menschen auf der Welt zu gedenken. Ein weiterer Grund für die amerikanischen Wurzeln dieses Museums lässt sich aus dem einzigartigen Status unseres Landes als Nation von Einwanderern erklären. Es waren Emigranten der früheren „gefangenen Nationen“, die den kommunistischen Panzertruppen entkamen und in den Vereinigten Staaten Zuflucht fanden. Ein Großteil des amerikanischen Selbstverständnisses - und seiner finanziellen Säulen - geht auf sie zurück.

© DPA  Holzbretterzaun und Stacheldraht am ehemaligen Straflager Perm 36, heute Gulag-Museum, das bis 1989 von der Sowjetunion als Gefängnis für Dissidenten und andere Häftlinge benutzt wurde

Im Idealfall sollte es auf der ganzen Welt Denkmäler für die Opfer des Kommunismus geben, so wie es sie für den Holocaust gibt. Berlin, wo der Kampf zwischen kommunistischem Totalitarismus und liberaler Demokratie von Angesicht zu Angesicht stattfand, wäre ein idealer Ort für solch einen Gedenkplatz. Sicher, die Stadt brüstet sich bereits mit zwei hoch angesehenen Museen, die die Verwüstungen der Stasi aufzeigen (eines ist im ehemaligen Hauptquartier der Geheimpolizei eingerichtet worden, das andere im alten Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen). Außerdem gibt es das kitschige „DDR Museum“, das jedoch mehr Ostalgie-Gefühle hervorruft als Abscheu vor der Unterdrückung in Ostdeutschland. Doch diese kollektiven Bemühungen, an die DDR-Zeit zu erinnern, zeigen die Toten eher als Opfer einer Regierung – des SED-Regimes – denn als Opfer der kommunistischen Ideologie selbst. Die andauernde Unsicherheit gegenüber dem Erbe des Kommunismus zeigt sich auch darin, dass eine große Straße im ehemaligen Ostberlin noch immer den Namen von Karl Marx trägt. Straßen nach Hitler oder Goebbels zu benennen, ist hingegen illegal.

Kein Wettkampf um die Opfer

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Wenn es darum geht, die Verbrechen des Kommunismus zu dokumentieren und seiner Opfer zu gedenken, darf niemals der Gedanke an einen Wettkampf zwischen den Opfern beider totalitärer Regime aufkommen. Auch sollte ein Denkmal nicht dazu dienen, den Holocaust zu „minimieren“ oder „verschleiern“, so wie es einige nationalistische, revisionistische Geschichtswissenschaftler und Politiker (meistens aus Zentral- und Osteuropa) versuchen, die Untaten der Sowjetunion mit dem einmaligen Verbrechen gleichzusetzen, das den Namen Endlösung trägt.

Deutschland und besonders die deutschen Historiker haben solchen Trends bisher immer standgehalten, besonders im akademischen Bereich und in der Politik. Dennoch geht eine große Wachsamkeit für gewöhnlich damit einher, die Verbrechen der Sowjetunion herunterzuspielen. Solche Ansichten sind zum Teil für das große „Putin-Verständnis“ verantwortlich, das auf die Ukraine-Krise folgte.

Deutschland sollte seine historische Schuld wegen des Nationalsozialismus einer ehrlichen Bewertung der DDR nicht im Weg stehen lassen. Das würde den längst überholten ostdeutschen Ideologen einen späten Sieg verschaffen, die, immerhin, die antisemitische Natur der Nazi-Verbrechen ihrer eigenen Leute verschleierte, während sie für sich den Deckmantel des „Antifaschismus“ beanspruchten.

Kommunismus als mystisches Relikt

Wir Amerikaner, die sich selbst als Gewinner des Kalten Krieges sehen, tendieren wiederum dazu, den Kommunismus als vergangen zu betrachten; als mystisches Relikt des 20. Jahrhunderts, das die Menschheit längst auf der Müllhalde der Geschichte abgeladen hat - zusammen mit Magnettonbändern und Asbest. Nun ist der Kommunismus keine Gefahr mehr für den Weltfrieden wie noch zu Zeiten der Sowjetunion. Doch die modernen Vertreter seiner revolutionären Ideologie ziehen von Afghanistan bis Zimbabwe noch immer bewaffnet umher und machen so das Leben von rund 1,5 Milliarden Menschen elender. Noch immer regiert die Kommunistische Partei in China, dem bevölkerungsreichsten Land der Welt. Chinas fast marktorientierte Ökonomie kann nicht überdecken, welche Rolle die marxistische Ideologie, die gegenüber den Rechten des Individuums gänzlich respektlos ist, in der Verwaltung der chinesischen Gesellschaft spielt. Nur 90 Meilen vor der amerikanischen Küste herrscht die Castro-Familie über die Gefängnisinsel Kuba und lässt

sich dabei von kommunistischen Grundsätzen leiten. Und das kommunistische Nordkorea schließlich bleibt ein riesengroßes Gefängnislager.



Bewunderung für Lenin und Stalin: Szene aus dem Mai dieses Jahres in Moskau

„Es ist beschämend, dass wir nicht mehr dafür getan haben, die wichtige Rolle Amerikas bei der Überwindung des Kalten Krieges zu erkennen“, sagt Arch Puddington, der Vizepräsident der Forschungsabteilung von Freedom House. Er hat über die Geschichte von Radio Free Europe/ Radio Liberty geschrieben und eine Biographie über Lane Kirkland verfasst, den antikommunistischen Führer der AFL-CEO (American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations, der Gewerkschaftsdachverband der Vereinigten Staaten und Kanadas, Anm. des Übersetzers). Über Jahrzehnte war der Antikommunismus das Glaubensbekenntnis der zwei Parteien Amerikas. Er war das moralische Bindeglied zwischen ideologisch so unterschiedlichen Personen wie Kirkland und dem republikanischen Revolutionär Ronald Reagan. Trotz ihrer Differenzen erkannten beide, dass der Kommunismus die Rechte der Arbeiter erdrückt und unterstützten jeder für sich die polnische Gewerkschaft „Solidarnosc“.

Demokraten waren die größeren kalten Krieger

In den ersten Jahrzehnten des zwielichtigen Kampfes gegen die Sowjetunion waren die Demokraten die restriktiveren kalten Krieger. Es war der Demokrat Harry Truman, der erkannte, welche Gefahren der Kommunismus für die Zivilisation mit sich brachte. Das ließ ihn die Erschaffung der Nato überwachen und jene Doktrinen verfassen, die es ermöglichten, dass die Vereinigten Staaten die Freiheitskämpfer in Griechenland und in der Türkei mit Waffen für den Kampf gegen die kommunistische Zersetzung kämpften. Auch John F. Kennedy zog in seiner Außenpolitik noch rechts an Richard Nixon vorbei.

Umso mehr fällt beim Blick auf den Stiftungsrat und Beirat für ein Museum der Opfer des Kommunismus auf, dass fast ausschließlich konservative Menschen und Stiftungen ihre Kraft in die Kampagne stecken. Prominente Liberale oder Demokraten sucht man hingegen vergebens - und es bleibt unklar, ob das daran liegt, dass sich die Stiftung nicht genügend ins Zeug gelegt hat oder ob die Liberalen keine Lust haben, für ein Thema zu kämpfen, das man heutzutage für eine ausschließlich rechte Sache hält.

Selbst Carter erkannte spät die sowjetische Bedrohung

Vielleicht kann das Fehlen von Liberalen in der Debatte über ein Denkmal für die Opfer des Kommunismus aber auch dadurch erklärt werden, dass die Konservativen die Lorbeeren für den Sieg über den Kommunismus selbst einheimsen wollen. Nach dieser Lesart geht der ganze Ruhm an Reagan und die Zuarbeit der Demokraten wird vernachlässigt. Dabei hat selbst Jimmy Carter in seinem letzten Jahr als Präsident sein Bild von der sowjetischen Bedrohung revidiert, die er vorher als überbewertet abgetan hatte. Nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan erhöhte er seine Verteidigungsausgaben massiv, erhob ein Getreide-Embargo und ordnete den Boykott der Olympischen Spiele in Moskau 1980 an.



© AFP Mitglieder

der kommunistischen Partei in Russland gedenken in Simferopol auf der Krim Lenins

Auf der anderen Seite unterschätzten auch viele Republikaner lange die Sowjet-Macht oder hatten einfach keine Ahnung von ihr. Dafür muss man sich nur Gerald Fords unerklärlichen Fauxpas bei einer Debatte im Jahr 1976 in Erinnerung rufen. Damals bestand er darauf, dass es „in Osteuropa keine sowjetische Vorherrschaft“ gebe. Und das zu einer Zeit, als dort bereits Hunderttausende Sowjettruppen stationiert waren.

Einige der eloquentesten antikommunistischen Intellektuellen waren sozialistische Demokraten; sie waren die ersten, die in den kommunistischen Regimen vor das Erschießungskommando kamen. Auch ehemalige Kommunisten waren darunter; Männer und Frauen, die um die Arbeitsweisen und Rücksichtslosigkeit ihrer ehemaligen Kameraden wussten, aber nie völlig zum politischen Konservatismus übertragen. Jede Beschäftigung mit dem amerikanischen Antikommunismus muss diese Nuancen mit berücksichtigen.

Wo sind die Kämpfer gegen die kommunistische Unterdrückung?

Ob das fehlende liberale Engagement für ein Museum für die Opfer des Kommunismus nun Auftrag oder Unterlassung ist, bleibt derweil ungeklärt. Wo sind die Arbeiterführer, die die kommunistische Zersetzung zuhause und die kommunistische Unterdrückung im Ausland bekämpften? Wo sind die jüdischen Anführer, die eine ökumenische Kampagne für ein freies sowjetisches Judentum führten, die Menschen weltweit inspirierte? Wo sind die Autoren, die dabei halfen, Samisdat aus den Ländern des Eisernen Vorhangs hinaus zu schmuggeln?

„Die Mehrheit der Stifter des Museums hat eine Beziehung zu einem kommunistischem Regime“, sagt die Geschäftsführerin der Stiftung, Marion Smith. „Sie wünschen sich, ihr Heimatland hätte einen ähnlich gesunden politischen Diskurs wie wir in Amerika.“

Angesichts des Stillstands und des Gezänks in der Debatte um das Museum für die Opfer des Kommunismus verwundert diese Bewunderung für das amerikanische System. Es wäre eine Schande, wenn etwas so Monumentales, so durch und durch Amerikanisches wie die Erinnerung an den Widerstand gegen den kommunistischen Totalitarismus ein Opfer von politischer Parteinahme würde.

James Kirchick ist Mitglied der Außenpolitischen Initiative in Washington. Der Artikel wurde zuerst auf [The Daily Beast](#) veröffentlicht und für FAZ.NET überarbeitet.

[Zur Homepage](#)

Quelle: FAZ.NET

106,35

L'avenir d'un bénéficiaire de contrat aidé dans le public ? Le chômage...

- —
- —
- —



Un rapport officiel démontre que les bénéficiaires d'un contrat aidé dans le secteur marchand ont plus de chances de trouver un emploi que les bénéficiaires de contrat aidé dans le secteur public. Une tendance qui se confirme mais avec des taux d'insertion en baisse dans les deux catégories.

Les années passent et les tendances demeurent. Pis, elles s'aggravent même... Selon une [étude du ministère du Travail](#) publiée ce mardi matin qui porte sur le devenir de près de 300.000 bénéficiaires de contrats aidés, 36 % des personnes sorties en 2012 d'un [contrat aidé dans le public](#) et 66 % des personnes sorties d'un [contrat aidé dans le privé](#) étaient en emploi (CDI, CDD, intérim...) six mois après. Des taux d'insertion dans l'emploi en baisse par rapport à 2011 respectivement de 5 et 3 points. Les autres, ceux qui ne sont donc pas en emploi, sont soit au chômage (le cas pour 30 % des ex-bénéficiaires d'un contrat aidé privé et... 56 % des ex-bénéficiaires d'un contrat aidé public), soit en formation (les proportions sont très basses, de l'ordre de 2 à 4 %), soit inactifs (idem).

Comme à l'accoutumée, les bénéficiaires d'un contrat aidé dans le privé s'en sortent mieux. Cela tient essentiellement aux caractéristiques de leur contrat (la plupart des personnes en CDI ont été embauchées dans l'entreprise où elles ont été accueillies) et aussi à la nature des populations visées. Et pour cause: les contrats aidés dans le secteur non marchand (collectivités, hôpital, associations...) bénéficient d'abord aux personnes les plus éloignées du marché du travail, et donc de ce fait moins employables.

Malgré le renforcement des exigences en matière d'accompagnement et de formation dans le cadre du contrat unique d'insertion, seulement un tiers des sortants déclarent avoir suivi une formation

Le ministère du Travail

Ceux qui s'en sortent le mieux sont, toutes choses égales par ailleurs, les femmes (on note un écart de 8 points dans le public), les «diplômés» (l'écart d'insertion est en moyenne de 28 points dans le secteur non marchand entre les moins et les plus diplômés) et les jeunes. En revanche et sans surprise, les bénéficiaires de minima sociaux s'intègrent moins bien.

Question formation, seul un tiers des bénéficiaires d'un contrat public et un quart des bénéficiaires d'un contrat privé ont eu droit de suivre un cursus de réinsertion. Pour une raison simple: le tutorat est la voie privilégiée pour accompagner ces publics en difficulté (la moitié des contrats publics et un quart des contrats privés). Seul un tiers des bénéficiaires sortis en 2012 estiment que leur situation professionnelle s'est améliorée six mois après, 16 % qu'elle s'est détériorée. Bref, pour la moitié d'entre eux, leur passage en contrat aidé n'a absolument rien changé à leur vie...

106,36

Valls Regierungserklärung

Schuld sind die Deutschen

In seiner Regierungserklärung poltert Premierminister Manuel Valls: „Ich habe genug von der ständigen Kritik an Frankreich. Frankreich ist ein großes Land und verdient Respekt.“ Wie erklärt er sich die wirtschaftliche Schwäche?

16.09.2014, von **MICHAELA WIEGEL**, PARIS



© DPA  Regierungserklärung vor der Vertrauensfrage: Manuel Valls

Der französische Premierminister Manuel Valls gilt als Reformier; in seiner zweiten Regierungserklärung am Dienstag lehnte er jedoch ein beschleunigtes Reformtempo für Frankreich ab. Einschnitte im Staatshaushalt, Lohnsenkungen für Staatsbedienstete, eine Reduzierung des staatlich festgelegten Mindestlohns oder die Abschaffung der 35-Stunden-Woche seien ausgeschlossen, bekundete der 52 Jahre alte sozialistische Premierminister in der Nationalversammlung. Wie er den französischen Haushalt sanieren will, darüber machte er nur vage Angaben. Er versprach hingegen Steuersenkungen für sechs Millionen Haushalte sowie eine Erhöhung der Mindestaltersrenten auf 800 Euro monatlich.



Autorin: Michaela Wiegel, Politische Korrespondentin mit Sitz in Paris. Folgen:

Valls verknüpfte diese Ankündigungen mit der Vertrauensfrage, die er am Dienstagabend knapp gewonnen hat. Nach einer Generaldebatte votierte die Mehrheit des Parlaments für die neue Regierung des dem rechten Lager zugerechneten Sozialisten. 269 Abgeordnete sprachen Valls das Vertrauen aus, 244 votierten gegen ihn. Die Gruppe der Sozialisten verfügt aktuell über 289 Sitze in der französischen Nationalversammlung. Valls hatte das Vertrauensvotum nach einer Regierungsumbildung eingefordert.

Empfehlungen aus Brüssel und Berlin verbat sich Valls: „Frankreich entscheidet allein darüber, was es zu tun hat“, sagte Valls. Obwohl die Neuverschuldung Frankreichs 2014 nicht – wie bislang angekündigt – 3,8 Prozent, sondern 4,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen wird, wehrte sich Valls gegen „vorgefertigte Meinungen aus dem Ausland“. Die Franzosen, die angesichts der Rekordarbeitslosigkeit und der schlechten

Wirtschaftsaussichten verdrießlich sind, forderte er auf, ihr Land nicht schlechtzumachen. „Ich habe genug von der ständigen Kritik an Frankreich. Frankreich ist ein großes Land und verdient den Respekt“, sagte der Premierminister.

„Deutschland muss sich voll seiner Verantwortung stellen“

Er erwähnte ausdrücklich seinen für nächsten Montag bei Bundeskanzlerin Angela Merkel geplanten Antrittsbesuch in Berlin. Er wird dann um Aufschub für Frankreich bitten müssen, das die im Maastrichter Vertrag vereinbarte Dreiprozentmarke statt 2015 frühestens 2017 erreichen wird. Dennoch gab sich Valls in der Nationalversammlung kämpferisch und erweckte den Eindruck, es sei an der Bundesregierung, Frankreichs Wachstumsschwäche zu überwinden.

„Wir brauchen einen ernsthaften und anspruchsvollen Dialog zwischen Frankreich und Deutschland“, bekundete er vielsagend. Europa müsse neu ausgerichtet werden. „Deutschland muss sich voll seiner Verantwortung stellen“, sagte Valls. „Die Verantwortung Deutschlands“ gilt als Höflichkeitsformel für die im linken Flügel der Regierungsfraktion verbreitete Denkweise, Frankreichs Wirtschaft kranke vor allem an dem von Deutschland ausgehenden Wettbewerbsdruck. Zudem wird der Bundesregierung vorgehalten, die europäische Konjunktur nicht genügend zu beleben. Bisher hatte Wirtschaftsminister Arnaud Montebourg diese Thesen am Kabinetttisch vertreten. Nach dessen Ausscheiden aus der Regierungsverantwortung distanziert sich Valls nicht von der Deutschland-Kritik, sondern versuchte in der Nationalversammlung damit den Linksflügel gnädig zu stimmen. Der Ende März ernannte Valls stellte sich nun als behutsamen Reformier dar, der Berlin die Stirn bietet und „unser Sozialmodell nicht zerstört“.

Er zählte die „Errungenschaften“ seit dem Machtantritt der Linken im Mai 2012 auf: die Rückkehr zur Rente mit 60 für Millionen von Franzosen, die Erhöhung um zehn Prozent der Sozialhilfeminima, die Schaffung von 30.000 Stellen im Schulwesen, bei Polizei und Justiz. Den Sparplan der Oppositionspartei UMP, der Einschnitte zwischen 100 und 150 Milliarden Euro vorsieht, prangerte Valls als „unverantwortlich“ an. „Wie viele Lehrer werden dann fehlen, wie viele Stellen in den Krankenhäusern und bei Polizei und Justiz?“, fragte er und rief dazu auf, den Prognosen entgegenzutreten, wonach Frankreich „unfähig ist, sich zu reformieren“. „Ich habe die Nase voll davon“, sagte er.

Was die Schotten wollen

Das Gespenst eines rückschrittlichen Nationalismus und des Endes der EU wird beschworen. Aber es sind nicht die Anhänger der Unabhängigkeit Schottlands, die Europa gefährden.

16.09.2014, von THOMAS WEBER



© DPA  Mit Schottenmützen in die Unabhängigkeit: Diese drei Männer werben für ein „Yes“.

Der drohende Zerfall des Vereinigten Königreichs nahm nicht im Amtssitz des schottischen Nationalistenführers Alex Salmond ihren Ursprung. Der Geburtsort der „DeMacAlypse 2014“, wie der amerikanische Satiriker Jon Stewart die Disintegration Großbritanniens nennt, liegt einzig und allein in der Downing Street No. 10, im Arbeitszimmer des britischen Premiers David Cameron. Dabei war nicht einmal die Unbeliebtheit der konservativen britischen Regierung in Schottland der entscheidende Geburtshelfer. Cameron hat sich schlicht und einfach verzockt.

Egal, wie das Referendum jetzt ausgehen wird – David Cameron hat bereits verloren. Nach dem Triumph der Scottish National Party (SNP) bei der schottischen Wahl 2011 forderte deren Führer Salmond die Durchführung eines Referendum über Schottlands Unabhängigkeit. Mit einem Blick auf die damaligen Umfragewerte wollte der brillante Taktiker Salmond aber kein Referendum mit einer einfachen Wahl zwischen Unabhängigkeit und Status Quo. Es sollte auch eine „Devolution Max“, also die weitgehende schottische Steuerhoheit, zur Abstimmung stehen.

Der britische Premier meinte den schottischen Nationalistenführer ausgetrickst zu haben, als er ein Jahr später einen Deal mit Salmond einging. Das Edinburgh Agreement gab Salmond zwar sein Referendum, aber nur unter dem Preis einer einfachen Wahl zwischen Unabhängigkeit oder Status Quo. Ein solches Referendum schien ungewinnbar, da sich mehr als zwei Drittel der Befragten damals in Meinungsumfragen entweder für ‚Devolution Max‘ oder den Status Quo ausgesprochen hatten.

Panische Versprechen

Die Taktik der britischen Regierung im Vorfeld des Referendums war einfach: Keine positive und emotionale Kampagne über gemeinsame Errungenschaften sollte es geben, sondern einen negativen, die wirtschaftlichen und sozialen Gefahren einer Unabhängigkeit hervorhebenden Feldzug. Im Anbetracht der Risikoscheu der schottischen Gesellschaft war dies keine dumme Strategie. Aber deren Umsetzung war dann selten dumm, denn sie ignorierte den Bravehart-Impuls der schottischen Gesellschaft.

Die Botschafter der Nachricht, dass eine Unabhängigkeit gefährlich sein würde und dass die Schotten keine erfolgreiche Unabhängigkeit hinbekommen würden, waren Londoner Eliten, Banker und Wirtschaftsführer. Egal wie richtig oder falsch deren Nachricht war, gibt es nichts, was viele Schotten mehr hassen als von „denen da im Süden“, von Bankern und von reichen Kapitalisten gesagt zu bekommen, was sie zu tun und zu lassen haben.

So schossen über den Spätsommer auf einmal die Umfragewerte der Unabhängigkeitsbefürworter nach oben. In großer Panik begaben sich nun die Führer der drei größten britischen Parteien vor einer Woche nach Schottland und versprachen den Schotten im Falle der Ablehnung des Referendums weitgehende Steuerhoheit. Nun werden die Schotten zumindest genau das bekommen, was die SNP im Jahre 2011 für nur machbar hielt. Und vielleicht gibt es sogar die ganze Unabhängigkeit. Vielleicht sollte die SNP David Cameron zu ihrem Ehrenvorsitzenden ernennen.

Nur kurzfristiges Chaos

Beim Blick in den deutschen Blätterwald erscheinen aber nicht nur Cameron, sondern wir alle als Verlierer. Es wird ein Porträt aus wirtschaftlichem Chaos, der Rückkehr eines atavistischen Nationalismus in Europa und dem drohenden Zerfall der Europäischen Union in einer gefährlichen Welt an die Wand gemalt. Man muss kein Befürworter schottischer Unabhängigkeit sein, um festzustellen, dass hier in Wahrheit deutsche Kommentatoren lediglich den Wahlkampfschall und -rauch der Unabhängigkeitsgegner vermischt mit einem grundsätzlichen Unwohlsein gegenüber nationaler Identität reproduzieren.

Gleichzeitig bleibt unbesprochen, dass die Unabhängigkeitsgegner ununterbrochen einmal Hü und einmal Hott sagen: So wird der Wunsch der schottischen Nationalisten, auch bei einer Unabhängigkeit nicht alle Bande zu kappen und eine Währungsunion einzugehen und andere panbritische Institutionen zu schaffen, durch die Unabhängigkeitsgegner mit dem Argument rundum abgelehnt, dass Währungsunionen ohne Fiskalunionen nicht funktionieren. Gleichzeitig wird den Schotten im Falle einer Ablehnung der Unabhängigkeit eine weitgehende Steuerhoheit unter Beibehaltung des britischen Pfunds versprochen.

Wie viel wirtschaftliches und soziales Chaos schottische Unabhängigkeit wirklich zur Folge hätte, wird an uns allen liegen. Kurz- und mittelfristig werden das Chaos und die negativen Folgen einer Disintegration Großbritanniens unweigerlich groß sein. Langfristig gibt es aber keinen Grund, wieso ein Land der Größe und Struktur Schottlands nicht erfolgreich sein kann, zumal wenn es Teil einer sich vertiefenden Europäischen Union ist.

Kleinstaatliche Horrorvisionen

Ob es auch erfolgreich sein wird oder ob es tatsächlich eine „DeMacAlypse“ geben wird, wird von zwei Dingen abhängen: zum einen, ob es die schottischen Nationalisten vermögen, von ihrer Einstellung zu lassen, wonach immer die anderen für Schottlands riesige Probleme verantwortlich sind; zum anderen, ob die Restbriten und wir Europäer an einem Erfolg interessiert sind.

Beide Dinge sind mehr als fraglich. Dies liegt vor allem auch daran, dass sich die Befürworter weiterer europäischer Integration taktisch und strategisch etwa so klug wie David Cameron verhalten. Europa kann nur gerettet werden, wenn das Aufkommen neuer Nationalismen in Europa eingedämmt wird, so lautet das Argument. Denn ansonsten sagten sich als nächstes die Katalanen, Basken, Flamen und Südtiroler von ihren Staaten los; dies sei dann erst der nächste Schritt auf dem Weg zu einer unregierbaren Kleinstaaterei, wie wir sie aus dem Heiligen Römischen Reich kennen.

Tatsächlich beruhen die atavistischen und kleinstaatlichen Horrorvisionen über die Zukunft Europas auf Fehlschlüssen. Die Zahl der nach Unabhängigkeit strebenden Nationalbewegungen ist begrenzt. Die Vereinigten Staaten funktionieren konstitutionell trotz ihrer fünfzig Bundesstaaten ganz ordentlich. Selbst bei einer Verdoppelung der Staaten der EU spricht daher nichts Grundsätzliches gegen die erfolgreiche Etablierung einer funktionierenden Union. Natürlich sind die heutigen Institutionen nicht für eine solche Anzahl von Staaten gewappnet. Aber dies sind sie ja auch nicht für die bestehende Anzahl der EU-Mitgliedsstaaten.

Nationale Identität als Chance

Auch sind die meisten Befürworter einer schottischen Unabhängigkeit linke und sozialliberale, europhile Schotten, die mit einem Blut und Bodennationalismus der Vaterlandspartei oder der Nationalsozialisten nullkommanichts anfangen können. Auch wenn sie mit ihrer Kritik an England häufig etwas ungerecht und wirklichkeitsfremd sind, haben sie eine andere Vision von Staat und Gesellschaft als viele der politischen und wirtschaftlichen Eliten Londons. Ferner ist ihnen die Einstellung zu Krieg und Frieden von Tony Blair verhasst. Und sie möchten als Schotten und nicht als Provinz eines euroskeptischen Staates Teil einer sich vertiefenden EU sein.

Daher gilt es schottische Nationalisten mit offenen Armen in Europa aufzunehmen und nationale Identitäten als Chance und nicht als Risiko für Europa zu verstehen, auch wenn uns selbst persönlich nationale Identität als zweit- oder dritrangig erscheint. Dies würde uns davor wappnen, uns taktisch und strategisch weiterhin wie David Cameron zu verhalten und so ungewollt das Europa zu zerstören, welches wir bewahren und stärken wollen. Ansonsten steuern wir in den Worten Michael Ignatieffs auf ein Europa mit „Souveränität, aber ohne Macht und Integration ohne Legitimität“ hin.

*Thomas Weber ist Professor of History and International Affairs an der University of Aberdeen und Gastwissenschaftler in Harvard.
Quelle: F.A.Z.*

106,40

TV-Kritik: „Maischberger“

Depression als Unterhaltungsformat

Sandra Maischberger redete mit ihren Gästen über Depressionen - und wie man diese Krankheit mit Elektroschocks behandeln kann.

Die Sendung grenzte an Desinformation.

17.09.2014, von FRANK LÜBBERDING



© DPA  Die „Maischberger“-Sendung über Depression grenzte an gezielter Desinformation

Sind Sie heute gut gelaunt? Immer fröhlich, optimistisch und der Zukunft zugewandt? Alles andere gilt in modernen Gesellschaften bisweilen schon als ein Sakrileg. Jener alte Begriff der Schwermut, der Menschen scheinbar grundlos wie auch mit guten Gründen befallen kann, ist schon fast verschwunden. An seine Stelle trat das medizinische Fachvokabular der Depression, die zwar schwierig zu diagnostizieren ist, aber den pathologischen Ausnahmezustand vom wünschenswerten Normalfall trennt.

Insofern war es am Dienstagabend interessant zu hören, wie manche Mediziner offenkundig heute Trauerarbeit eingrenzen. Laut Frau Maischberger soll es Ärzte geben, die die Trauer über den Tod eines geliebten Menschen als Depression kategorisieren, wenn sie länger als 14 Tage dauert. Das ist allerdings keine Wissenschaft, sondern schlechte Ideologie, die sich nichts anderes mehr vorstellen kann als das zur Grimasse erstarrte ewige Grinsen für die soziale Normalität zu halten.

Selbstdiagnose im Internet

Insofern stellte Frau Maischberger in ihrer Sendung die richtige Frage nach der „Diagnose Depression: Bin ich nur unglücklich oder schon krank?“ Zwar gilt jeder Mensch nur solange als gesund, wie ein Arzt noch nichts gefunden hat, um ihn als krank zu deklarieren. Die Schauspielerin und Sängerin Dagmar Koller erläuterte aber bei Frau Maischberger, wie dieser Mechanismus funktioniert. Sie war nach dem Tod ihres Mannes, des ehemaligen Wiener Oberbürgermeisters Helmut Zilk, in eine tiefe Lebenskrise gestürzt. Ihr blieb Monate lang sprichwörtlich die Stimme weg. Sie versank in eine tiefe Melancholie, um mit der Trauer nach dem Tod eines geliebten Menschen umzugehen.

Es dauerte Jahre, um wieder in ein neues Leben zurückzufinden. Als sie in diese Sendung eingeladen worden sei, habe sie aber erst im Internet angefangen, sich mit der Depression zu beschäftigen. Dort fand sie alle Symptome wieder, die sie auch bei sich erlebt hatte. Es war die klassische Selbstdiagnose, die es in dieser Form erst mit der digitalisierten Wissensgesellschaft gibt. Die Psychotherapeutin (und Moderatorin) Angelika Kallwass versuchte diese nachträgliche Pathologisierung eines nachvollziehbaren Gemütszustandes allerdings zu relativieren. Frau Koller fand aus dieser Situation heraus, drohte wohl auch nicht in jenen Teufelskreis namens Ausweglosigkeit zu geraten, der Depressionen erst kennzeichnet.

Früher nannte man das Respekt

Depressionen sind das Gegenteil von Glück. Aber um zu wissen, wann man unglücklich ist, müsste man wissen, was Glück ist. Dieses Glück zu definieren, ist aber eine zutiefst individuelle Erfahrung jedes Menschen. Das Unglück beginnt in dem Moment, wo die eigenen Erwartungen mit der Wirklichkeit in einen unauflösbaren Widerspruch geraten. Das kann, wie bei dem Sänger und Star der „Neuen Deutschen Welle“ Hubert Kemmler („Hubert Kah“) ein Bruch in der Karriere, oder wie bei dem Vater der Schauspielerin (und Moderatorin) Nova Meierhenrich der Konkurs der Firma sein. Das eigene Bild von der Welt und der Rolle, die man dort hat, bricht zusammen und damit schließlich das eigene Selbstwertgefühl. Das kann plötzlich kommen, wie bei Kemmler, der auf einmal bemerkte: „Du bist ja gar nicht glücklich“. Oder in einem langen Prozess der Enttäuschung, wie bei Meierhenrich, der „nicht mehr die einfachsten Aufgaben schaffte“.

Ihr Vater war nach gescheiterten Therapieversuchen in jene Lage geraten, die Frau Kallwass als „Bilanz-Selbstmord“ definierte. Gegen diese Verbindung aus Aussichts- und Hoffnungslosigkeit ist jeder Versuch der Intervention sinnlos geworden, so Frau Kallwass. Sie fragte, ohne das Wort aber auszusprechen, ob Frau Meierhenrich nach dem Tod des Vaters nicht auch Erleichterung verspürt habe,

dessen Krankengeschichte für die Familie zu einer kaum zu ertragenden Belastung geworden war. Das auszusprechen, wäre aber in diesem Moment wie ein Verrat an einem trotz allem geliebten Menschen erschienen. In Talk Shows muss man wirklich nicht alles mitteilen, was letztlich nur die Betroffenen angeht. Früher nannte man das Respekt.

Depression als Unterhaltungsformat

In einer Gesellschaft, die diese Differenz zwischen Privatsphäre und Öffentlichkeit vergessen hat, ist es nicht mehr überraschend, wenn Kemmler seinen Auftritt bei „Promi Big Brother“ als eine Form der Therapie betrachtet hat. Er sei überrascht gewesen, wie positiv er in der Öffentlichkeit wahrgenommen worden sei. Seine Depression, und die erfolgreiche Therapie durch seinen ebenfalls eingeladenen Arzt, Prof. Dr. Martin Keck vom Max-Planck-Institut für Psychiatrie, war auf diese Weise zum integralen Bestandteil eines Unterhaltungsformats geworden.

Der Erfolg des Menschenzoos „Promi Big Brother“ war offensichtlich die Motivation von Frau Maischberger gewesen, die Depression überhaupt zu thematisieren. Deswegen kamen alle Gäste aus der Unterhaltungsbranche, was Frau Koller auch erst motivierte, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Selbst der Schweizer Kommunikationsmanager Daniel Göring gehört mittelbar dazu, weil er als Buchautor seine eigene Erschöpfungsdepression und seinen gescheiterten Selbstmordversuch verarbeitet hatte. Eines seiner Probleme war allerdings die Rolle als öffentliche Person gewesen, in die er im Rahmen seiner Arbeit für die Schweizer Flugaufsicht geraten war.

Was Maischberger nicht zur Sprache brachte

Nur in dieser Logik des Unterhaltungsfernsehens ist es möglich geworden, diese Sendung als Werbeveranstaltung zu konzipieren. Es ging um den von Keck vertretenen Therapieansatz der „Elektrokonvulsionstherapie“, früher auch Elektroschock genannt. Der Patient Kemmler gilt jetzt als der Beweis für den Erfolg dieser Behandlungsmethode. Diesen Eindruck musste jedenfalls der unbedarfte Zuschauer bekommen. Keck hat einen naturwissenschaftlichen Ansatz, der die Ursachen der Depression zum einen an der genetischen Disposition und zum anderen an ein außer Kontrolle geratenes Stresshormonsystem im Gehirn festmacht. Der Elektroschock habe, so Eck, heute keine negativen Nebenwirkungen mehr und könne dazu auf eine hohe Erfolgsquote verweisen. Es sei, so musste ihn der Laie verstehen, die Ultima Ratio nach ansonsten gescheiterten Therapieversuchen der klassischen Psychotherapie.

Die „Elektrokonvulsionstherapie“ müsse allerdings mit jenem Misstrauen kämpfen, der diese Behandlungsmethode aus der Medizingeschichte mit guten Gründen entgegenschlägt. Keck nannte als Beispiel den Film „Einer flog über das Kuckucksnest“, der das hinreichend dokumentierte. Zwar deutete Frau Kallwass eine gewisse Skepsis an. Sie verwies etwa auf fehlende Langzeitstudien über die Erfolgsquote dieses Ansatzes. Zudem hatte sie wohl Zweifel daran, ob Keck diesen Ansatz tatsächlich als Ergänzung zu den klassischen Therapieansätzen begreift. Hier spiegelt sich der alte Konflikt in der Psychologie wieder, der sich an der Bedeutung naturwissenschaftlicher Methoden festmacht. Es war kein Zufall, wenn Frau Kallwass auf das Charakteristikum solcher Krankheitsbilder wie der Depression hinwies, nämlich nur selten mit kurzfristigen Therapieerfolgen rechnen zu können. Das ist ohne eine klare Vorstellung über den Zusammenhang zwischen Ursache einer Depression und Wirkung einer Therapie auch nicht möglich. Allerdings beruht darauf der Ansatz von Keck.

Unterhaltung und Wissenschaft

Dieser Kontext der Sendung ist dem Zuschauer nicht deutlich geworden. Frau Maischberger brachte ihn nämlich nicht zur Sprache. Letztlich ist diese Frage nach dem Sinn der „Elektrokonvulsionstherapie“ nur in einem wissenschaftlichen Kontext zu klären. Ob es Hubert Kah nach der Behandlung besser geht, ist kein Argument, das in der Psychologie irgendeine wissenschaftliche Relevanz hat. Aber offensichtlich können auch Wissenschaftler wie Prof. Dr. Martin Keck der Versuchung nicht widerstehen, solche Unterhaltungsformate wie „Maischberger“ für ihre wissenschaftspolitischen Zwecke zu instrumentalisieren, um deren Akzeptanz zu erhöhen.

Ob der Ansatz dabei richtig ist oder nicht? Das kann weder im Menschen-Zoo von SAT 1 geklärt werden, noch in dieser Sendung von Frau Maischberger. Talk Shows, die diesen Unterschied zwischen Unterhaltung und Wissenschaft nicht mehr kennen und deutlich werden lassen, betreiben am Ende Desinformation. So kommt wahrscheinlich auch die Logik zustande, den Menschen, die für ihre Trauer länger als 14 Tage brauchen, eine Krankheit namens Depression anzudichten.

106,42

Discours de politique générale du Premier ministre

Seul le prononcé fait foi

[Voir le PDF de la déclaration de politique générale du Premier ministre](#)

Monsieur le président,
Mesdames, messieurs les députés,

Il est rare sous la Ve République, à cinq mois d'un précédent vote, de solliciter à nouveau la confiance du Parlement. C'est pourtant ce que je fais, aujourd'hui, en me présentant devant vous.

Avec le Président de la République, nous avons fait ce choix exigeant, dès la constitution du nouveau gouvernement. Car la clarification apportée au sein de l'exécutif devait trouver sa traduction, ici même, à l'Assemblée nationale. Par respect à votre égard. Par respect pour le peuple français. Par respect de l'éthique de responsabilité qui m'anime.

Dans ce moment de vérité pour la France, je viens, avec mon équipe gouvernementale, rechercher votre confiance pour poursuivre notre action. Et cela, compte tenu de **l'évolution exceptionnelle de la conjoncture économique européenne**. Elle se caractérise par une croissance faible et **un risque de déflation inquiétant** qui remettent en cause nos **prévisions les plus raisonnables**. J'y reviendrai. Voilà l'exigence que je me suis fixée : la clarté, la cohérence et la vérité vis-à-vis du Parlement et donc des Français.

Voilà pourquoi le vote de confiance d'aujourd'hui n'est pas un vote banal. C'est un vote déterminant. Il engage chacun d'entre nous.

La gauche gouverne, depuis le 6 mai 2012, depuis que les Français, par leurs suffrages, ont porté à la tête de l'Etat, François HOLLANDE, et lui ont donné une majorité, notre majorité.

Oui nous gouvernons. C'est un honneur. C'est une immense responsabilité.

Et l'importance du moment nous oblige, tous ici, à nous hisser à la hauteur des événements.

Le contexte international est rempli de menaces. La crise en Ukraine, les tensions avec la Russie ramènent l'Europe aux heures de **la guerre froide**. Cet été, la guerre à Gaza a repoussé encore plus loin les perspectives de paix entre Israéliens et Palestiniens. En Afrique de l'ouest, les ravages d'**Ebola** éreintent des Etats déjà fragiles. Et la Méditerranée est toujours un cimetière pour des milliers de migrants.

Le monde est d'abord confronté à une **menace terroriste** dont l'ampleur et l'évolution sont inédites. Aujourd'hui même, **en Syrie et en Irak**, les groupuscules éclatés d'hier sont en passe de s'accaparer des Etats et de l'ensemble des moyens qui vont avec, dans le seul but de démultiplier leur capacité d'action et leur logique de terreur.

Au moment où je vous parle, **930 Français ou résidents sur notre territoire sont impliqués dans le terrorisme en Syrie et en Irak**. Ils représentent une menace majeure pour la France.

La France – le Chef de l'Etat, sa diplomatie, ses armées – est pleinement mobilisée pour répondre à **ce défi de sécurité, certainement le plus grand de ce début de XXIe siècle**. Elle assume totalement ses responsabilités, celles que l'Histoire lui a données, celles d'un membre permanent du Conseil de sécurité. Elle porte assistance aux Chrétiens d'Orient et aux minorités victimes de la terreur. Elle travaille à une riposte globale sur le plan intérieur comme sur le plan extérieur. C'est l'enjeu du plan de lutte contre les filières djihadistes qui vous est présenté en ce moment. C'est aussi l'un des enjeux de la conférence sur l'Irak, organisée hier à Paris.

Et dans ces moments, face à ces menaces, l'unité nationale s'impose. Je ne doute pas qu'elle sera au rendez-vous.

Il y a aussi la crise économique. Cette crise qui frappe l'Europe et la France depuis 6 ans. Elle brise toutes les certitudes et alimente tous les malaises. Malaise social, malaise démocratique, malaise identitaire. La crise économique ne se résume pas

qu'à des chiffres, qu'à des indicateurs, elle tourmente les vies, les quotidiens, les repères, les familles, les quartiers populaires, les territoires ruraux, les liens qui nous unissent.

Et je comprends les impatiences, les doutes, les colères. Ils sont légitimes quand le chômage atteint des niveaux aussi élevés, et depuis si longtemps.

Mais face à cela, quelle attitude faut-il adopter ?

La fébrilité ? Le virage ? Le zigzag ? Le renoncement ? Non !

Gouverner, c'est résister. Gouverner, c'est tenir. **Gouverner, c'est réformer.**

Gouverner, c'est dire la vérité.

Gouverner, c'est aller chercher la confiance surtout quand c'est difficile...

Je sollicite votre confiance afin de poursuivre notre politique économique.

Je sollicite votre confiance car **la politique de mon gouvernement est guidée par les valeurs de la République, des valeurs chères à la gauche, – la Nation, le principe d'égalité et de justice – qui s'adressent à tous les Français.**

Une politique budgétaire calibrée

Personne ne l'ignore sur ces bancs. **La France et la zone euro font face à une situation exceptionnelle. La croissance ne redémarre pas. Et s'ajoute à cela une quasi absence d'inflation que personne n'avait anticipée.**

Pour 2014, en ce qui nous concerne, **l'inflation très faible de 0,5% et une croissance tout aussi faible de 0,4% conduiront à des recettes publiques moins élevées qu'attendues.**

Cet été, nous avons fait **un choix clair : ni hausse d'impôts, ni économies budgétaires supplémentaires.** C'est un choix politique. C'est un choix économique, car nous ne voulons pas entrer dans une spirale dépressive. C'est un choix social, parce que les efforts demandés sont déjà considérables.

Nous adaptons donc le rythme de réduction des déficits à cette situation.

Par conséquent, **le déficit des administrations publiques devrait se situer à 4,4 % du PIB cette année.** Nous avons comme objectif de le ramener à **4,3% en 2015.**

Mais rien ne doit nous faire dévier de notre engagement à réaliser 50 milliards d'euros d'économies en trois ans, dont 21 milliards en 2015. **Il faut maîtriser l'évolution des dépenses publiques. Leur niveau trop élevé a nourri, depuis des années, l'augmentation du déficit et de la dette.** Et nous le savons tous, il y a des marges pour **rendre la dépense plus efficace.**

Réduire la dépense, plutôt qu'augmenter les impôts ! Nous baissons la pression fiscale, car **les impôts, par leur accumulation depuis 2010, ont atteint un niveau insupportable pour les Français.** Un premier pas a été accompli en direction de plus de 4 millions de ménages, dès cette rentrée. Et nous poursuivrons ce mouvement en 2015 : 6 millions de ménages seront ainsi concernés par la baisse de l'impôt sur le revenu. Ce choix tire aussi les conséquences de la décision du Conseil constitutionnel sur les charges salariales.

Relance de la croissance en Europe

Le rythme de réduction du déficit doit être aussi adapté en Europe. Ceci suppose d'utiliser toutes les flexibilités du Pacte de stabilité et de croissance.

Soutenir la croissance en Europe nécessite également une politique monétaire adaptée.

Il y a cinq mois, à cette même tribune, **je dénonçais les conséquences d'un euro trop cher.** Les réactions ont été très vives. Mais je constate aujourd'hui que cette idée a fait son chemin. Les choses bougent ! Nous les avons fait bouger !

Les décisions de la Banque Centrale Européenne ont permis d'amorcer une baisse de 10 centimes de l'euro par rapport au dollar. Appliquée à toutes nos entreprises exportatrices, cette baisse représente des dizaines de milliers d'emplois préservés. Il faut aller plus loin encore car il y a urgence. La zone euro décroche par rapport au reste du monde.

Le président de la BCE, lui-même, **Mario DRAGHI a déclaré qu'il était prêt à d'autres types d'intervention pour soutenir la croissance.** Il a aussi recommandé que les politiques nationales structurelles soient accompagnées au niveau européen par une **politique globale de la demande.** Ces positions, ce sont celles que n'a cessé de porter le Président de la République depuis 2012. **Le FMI, l'OCDE, de nombreux économistes, les syndicats européens ne disent pas autre chose.**

C'est par l'investissement que l'Europe retrouvera une croissance solide et durable.

Jean-Claude JUNCKER a annoncé un plan de 300 milliards d'euros pour l'investissement en trois ans. Annoncer est une chose ; le concrétiser en est une autre. Nous travaillons donc pour obtenir **une action puissante en matière d'infrastructures, de grands projets, de numérique, ou encore de formation des jeunes.**

Mesurons le chemin parcouru !

Cette action pour réorienter l'Europe est vitale. Car nous le voyons bien, le projet européen est menacé de toute part, dans tous les pays, par la défiance, par les populismes, par le rejet de cette grande aventure qui a uni des peuples, qui a garanti la paix.

L'engagement de l'Europe doit répondre à l'attente des peuples. **Cela impose un dialogue sincère et exigeant entre la France et l'Allemagne.** Nous ne demandons aucune facilité ; **la France décide elle seule de ce qu'elle doit faire.** Mais l'accord entre nos deux pays est indispensable pour relancer la croissance et redonner au projet européen sa véritable ambition.

L'Allemagne est une grande nation que nous respectons. Je rencontrerai la Chancelière Angela MERKEL la semaine prochaine. Notre message doit être entendu. L'Allemagne doit assumer pleinement ses responsabilités. Notre responsabilité commune est donc historique.

Remettre notre industrie et nos entreprises en mouvement

Mesdames, messieurs les députés,

La principale faiblesse de notre économie, c'est la perte de compétitivité de nos entreprises. Comme l'a relevé le rapport GALLOIS, dès novembre 2012, **un véritable décrochage est intervenu il y a dix ans : perte de parts de marché à l'export, et dégradation continue des marges de nos entreprises industrielles. Ainsi, il n'y a pas eu de création d'emplois nette dans l'industrie depuis 2001.**

C'est pour cela que, par vos votes, vous avez engagé, dès décembre 2012, le Crédit d'impôt pour la compétitivité et l'emploi, puis, il y a quelques semaines, **le Pacte de responsabilité et de solidarité,** annoncé par le président de la République. Ces dispositifs commencent à produire leurs effets. Au 1er janvier prochain, le coût du travail baissera d'environ 10 points de cotisations pour de nombreuses entreprises, et il n'y aura plus aucune cotisation de sécurité sociale au niveau du SMIC. Mais soyons lucides, ces mesures nécessiteront du temps pour porter pleinement leurs fruits.

Oui nous devons être aux côtés de toutes nos entreprises, de nos entrepreneurs, nos PME, nos PMI, nos artisans, nos commerçants. Car enfin, **ce sont les entreprises qui créent des richesses, de l'emploi. Et dans une concurrence mondiale qui ne fait aucun cadeau, pourquoi serions-nous le seul grand pays à ne pas aider nos entreprises pour qu'elles innover, qu'elles partent à la conquête de nouveaux marchés ?**

Les entreprises ce ne sont pas que des actionnaires. Ce sont des ouvriers, des salariés, des cadres, des ingénieurs qui travaillent ensemble. **Aider nos entreprises, ce n'est pas un choix idéologique, c'est un choix stratégique.** Je n'ai jamais cessé de le dire quel que soit le lieu où je me suis exprimé.

Oui, la Nation consent un effort sans précédent de 40 milliards sur trois ans. Mais cet effort exige que chacun soit à la hauteur de ses responsabilités. Le pacte, ce n'est pas un moyen d'augmenter les dividendes ou les plus hautes rémunérations. **Le pacte est là pour créer un climat de confiance et pour redonner des marges de manœuvre aux entreprises. Elles en ont besoin. Et il doit se traduire en termes d'investissement, d'embauches, de formation ou d'accueil de jeunes en apprentissage.**

Les partenaires sociaux ont décidé d'en discuter au niveau de chaque branche. Aujourd'hui, la majorité des branches professionnelles a engagé ou va engager les négociations. Mais pour 17 grandes branches, les discussions n'ont pas encore démarré ! Il faut donc que les choses avancent ! La confiance doit être réciproque.

Personne – et je le dis clairement au patronat – ne doit prendre le risque d'affaiblir, par je ne sais quelle provocation, par je ne sais quelle surenchère, l'indispensable dialogue social qui est la marque de ce quinquennat. Dans ce domaine, comme dans bien d'autres, il faut savoir faire preuve de constance et respecter les règles du jeu.

Je présiderai dans quelques semaines le nouveau comité de suivi des aides publiques. Il associera partenaires sociaux et parlementaires. Et je souhaite alors que nous fassions ensemble le constat qu'aucune des grandes branches professionnelles ne manque à l'appel, pour nos jeunes, pour l'emploi. Je sais que la représentation nationale est particulièrement engagée et vigilante sur ce point, notamment à travers la mission sur le CICE.

Redresser notre économie passe aussi par un soutien direct à notre industrie. Moi, je crois à la main visible de l'Etat. Notre Etat a son rôle à jouer dans une économie de marché. Et c'est ce qu'il a fait dans le cas d'ALSTOM.

L'Etat agit en aidant à l'émergence de leaders français, compétitifs au niveau mondial, dans des secteurs stratégiques. Dans les domaines du TGV du futur, des textiles intelligents, de la chimie verte, du big data, la France a des cartes en main. C'est vrai **pour la transition énergétique** qui est une avancée majeure – et impérieuse – pour la préservation de notre environnement, mais aussi **un formidable relai de croissance pour des emplois durables et non délocalisables**. Elle fait l'objet d'un projet de loi que vous examinerez début octobre. L'avenir, c'est bien sûr le numérique, pour lequel s'ouvre une grande concertation, elle aussi préalable à un travail législatif.

Enfin, l'Etat doit agir en orientant l'épargne des Français vers l'économie réelle et en favorisant le financement de l'innovation. Le crédit impôt recherche, le programme d'investissement d'avenir, la BPI ont fait leurs preuves.

L'investissement, c'est la clef de la reprise. Un pays qui investit moins, ou qui n'investit plus, ne pourra pas trouver sa place dans la mondialisation.

Lever les blocages

Redresser notre économie, c'est aider nos entreprises, notre industrie, notre agriculture, notre recherche, notre université, nos scientifiques. C'est favoriser aussi l'économie sociale et solidaire ; elle représente un formidable gisement d'emplois.

C'est également mener les réformes nécessaires.

Elles commencent bien entendu par les administrations publiques. Nous venons de lancer un exercice de revue des missions de l'Etat. Il associera les collectivités locales et les usagers, particuliers et entreprises, sans oublier bien sûr les fonctionnaires eux-mêmes.

Nous réformons l'Etat. Nous réformons les entreprises publiques, comme nous venons de le faire avec succès pour la réforme ferroviaire. Nous réformons aussi les collectivités locales.

Vous avez déjà voté le passage de 22 à 13 régions. Ce qui, hier, semblait infaisable est donc en passe d'être accompli aujourd'hui. Ces nouvelles régions, plus grandes, plus fortes sont nécessaires pour répondre aux défis de l'aménagement et du développement du territoire. Les intercommunalités seront renforcées car elles sont à même de mener les politiques publiques de proximité qu'attendent les Français. Quant aux départements, vous le savez, le pragmatisme nous guide vers trois solutions.

Dans les départements dotés d'une métropole – c'est l'exemple de Lyon –, la fusion des deux structures pourra être retenue.

Lorsque le département compte des intercommunalités fortes, là, les compétences départementales pourront être assumées par une fédération d'intercommunalités.

Enfin dans les départements – notamment ruraux – où les communautés de communes n'atteignent pas la masse critique, le Conseil départemental sera maintenu, avec des compétences clarifiées.

Je ne doute pas que le Parlement apportera toute son expertise dans ce débat. Les Assises des ruralités que nous venons de lancer y contribueront également.

Dès lors, la concomitance des élections départementales et régionales n'est plus une obligation. Précisons le calendrier : les élections départementales sont maintenues en

mars 2015 conformément à la loi votée en 2013. Les élections régionales, avec la nouvelle carte auront bien lieu fin 2015.

Réformer, c'est aussi libérer toutes les énergies créatives de ce pays, simplifier les normes.

Le projet de loi « croissance » permettra de simplifier les formalités, les procédures et la vie quotidienne des Français. Ce n'est pas une loi qui stigmatise. Elle n'est pas contre les professions réglementées ; elle agit pour leur fournir les outils juridiques pour se moderniser.

Elle stimulera l'investissement en rendant plus lisible et plus stable l'environnement législatif et réglementaire. **Elle contribuera également à l'attractivité de la France dans le monde avec l'ouverture des magasins le dimanche et en soirée dans les zones touristiques**, en nous appuyant notamment sur le rapport BAILLY.

Concernant la politique de l'emploi, il est possible de donner de la souplesse et de la visibilité aux entreprises, tout en améliorant les droits réels des salariés. Nous l'avons montré, au cours de deux dernières années, avec plusieurs lois issues d'un accord entre partenaires sociaux. Une nouvelle négociation, vous le savez, vient d'être lancée sur ce que l'on appelle les seuils. Il y a, d'ici la fin de cette année, un chemin à trouver qui permette d'avoir un véritable dialogue social dans l'entreprise, en fonction de sa taille, sans entraver leur croissance. Progrès économique et progrès social sont intimement liés.

Une politique de l'emploi plus efficace, c'est aussi un soutien plus fort et un suivi plus personnalisé, exigeant même, pour les demandeurs d'emploi, qui, cependant, ne doivent pas être stigmatisés. Personne n'aspire à devenir chômeur, ni à la rester. Une nouvelle convention tripartite Etat/Unedic/Pôle emploi doit être signée d'ici la fin de l'année : elle devra améliorer l'action de Pôle emploi pour mieux connaître les besoins des entreprises et utiliser toutes les potentialités du numérique.

Nous devons aussi impérativement encourager l'apprentissage qui recule depuis quelques années. La mobilisation des entreprises est essentielle : même lorsqu'il y a moins d'embauches du fait de la crise, il faut former davantage.

Nous nous retrouverons à la fin de la semaine avec les partenaires sociaux et les régions pour cette relance de l'apprentissage. Et si certains blocages freinent la réussite de notre politique d'apprentissage, nous les lèverons !

Oui nous réformons, et nous allons continuer à le faire.

Mais réformer, ce n'est pas casser. Réformer, ce n'est pas régresser.

Et comme je l'ai déjà dit, il n'y aura pas de remise en cause des 35 heures ni de la durée légale du travail.

Réformer, ce n'est pas réduire le SMIC.

Réformer, ce n'est pas supprimer le CDI.

Réformer, ce n'est pas diminuer les salaires dans la fonction publique.

Réformer, ce n'est pas casser notre modèle social.

Réformer, c'est affirmer des priorités en refusant l'austérité.

Quand nous créons 60 000 postes dans l'Education nationale, près de 5000 dans la Justice, la Police et la Gendarmerie, nous ne faisons pas de l'austérité.

Quand nous préservons le budget de la culture pour la création et le spectacle vivant, nous ne faisons pas de l'austérité.

Quand nous augmentons le RSA de 10% et que nous lançons un grand plan de lutte contre la pauvreté, nous ne faisons pas de l'austérité.

Quand nous créons les emplois d'avenir et une « garantie jeunes » pour aider à débiter dans la vie, nous ne faisons pas de l'austérité.

Quand nous augmentons l'allocation de rentrée scolaire et les bourses pour les étudiants, nous ne faisons pas de l'austérité.

Quand nous permettons à 150 000 personnes depuis 2012 de partir à la retraite dès 60 ans, nous ne faisons pas de l'austérité.

Quand – et je vous l’annonce aujourd’hui – nous revalorisons le minimum vieillesse à 800 euros, et quand, de plus, nous verserons aux retraités qui perçoivent moins de 1200 euros par mois une prime exceptionnelle, malgré la faible inflation, nous ne faisons pas de l’austérité.

Nous protégeons les plus fragiles, les plus modestes.

Nous défendons notre modèle de société !

Quand nous investissons massivement pour réaliser de grandes infrastructures de transports, avec les collectivités territoriales, nous ne faisons pas de l’austérité. Nous préparons l’avenir. Pour cela, il faut des moyens financiers ; et les contrats de projets État-région 2015-2020, seront signés d’ici à la fin de l’année, engageant ainsi 1,8 milliard d’euros de financement de l’Etat. Et nous devons tout faire pour préserver la capacité d’investissement des collectivités territoriales.

Au fond, la seule question qui doit nous occuper, c’est mener les réformes indispensables, avec courage, mais sans remettre en cause notre modèle social. Ce modèle auquel je suis attaché, auquel les Français sont attachés, et qui est même une part de notre identité, l’héritage de deux siècles de conquêtes sociales. Ce modèle, il faut l’adapter, le réinventer, mais il n’a pas vécu, il n’est pas dépassé. **Il est au coeur de notre pacte républicain.**

Ce débat doit s’ouvrir pleinement, devant les Français, y compris avec un ancien président de la République.

Quelle France voulons-nous ?

Quelle France voulons-nous pour nos enfants ?

Quel modèle de société défendons-nous ?

Alors, j’entends les diverses propositions alternatives de l’opposition, notamment celles réclamant 100 ou 150 milliards de coupes budgétaires. Tout est possible... Mais, il faut dire la vérité aux Français et leur expliquer à quel prix et pour quels sacrifices ! Combien de suppressions de postes dans l’Education nationale ? Combien de suppressions de postes dans les hôpitaux ? Combien de suppressions de postes dans la police, la gendarmerie et nos armées !

Ces choix, vous les proposez !

Ces choix, nous les refusons !

Il faut donc assumer ce débat. Projet contre projet. Chiffrage contre chiffrage. Voilà une vraie confrontation démocratique et utile pour les Français.

Mesdames, messieurs les députés,

Gouverner, c’est agir. C’est affronter les difficultés. Y répondre. Et regarder la France telle qu’elle est.

Ce que je ressens profondément, dans le climat actuel, c’est que nous devons nous rassembler autour des valeurs que nous partageons tous, qui dépassent tous les clivages. Chaque mot compte. **Je le dis avec gravité : réclamer la dissolution de l’Assemblée nationale, appeler à la démission du Chef de l’Etat, c’est mettre en cause nos institutions. C’est donc vouloir affaiblir la France.**

Une crise de valeurs, une crise de citoyenneté, des fractures.

Oui, il y a une crise des valeurs, une impression que les règles qui fondent notre pacte républicain ne sont pas respectées. **La société est dure, souvent violente. Elle est marquée par la montée des incivilités, par des défis permanents lancés aux figures de l’autorité : nos enseignants, nos juges, les parents, nos forces de l’ordre. Il y a aussi cette remise en cause de la laïcité et cette montée préoccupante des communautarismes.** Le racisme, l’antisémitisme, l’intolérance, les actes anti-musulmans, anti-chrétiens, l’homophobie gagnent du terrain.

Lorsque nos valeurs vacillent, c’est la République qui recule.

Nous sentons bien, également, que notre pays se fragmente entre les gagnants et les perdants de la mondialisation.

Dans les périphéries, les villes moyennes, les petites villes, les espaces ruraux, la vie de tous les jours se dégrade. Des usines se délocalisent, des exploitations agricoles

disparaissent, des emplois sont détruits. Des familles sont obligées d'aller vivre toujours plus loin des centres-villes. Les trajets en voiture s'allongent et coûtent cher. Les opportunités professionnelles se réduisent, alors que la pauvreté, la précarité s'étendent.

Il y a aussi ces quartiers devenus de véritables ghettos urbains, où l'échec de l'urbanisme dicte bien souvent l'échec social. Très souvent, les trafics, les petits caïds, tentent d'y imposer leur loi, en faisant régner la peur.

Là encore, c'est la République qui recule.

Oui, des citoyens se sentent abandonnés. Alors, de plus en plus nombreux, ils se replient sur eux-mêmes. Ils se désintéressent du débat public, car ils n'y croient plus.

Et si certains font le choix du repli, c'est aussi parce que la République n'a pas su tenir ses promesses. C'est parce que 30 ans de politique d'intégration, en faisant le choix de se diriger vers des populations en fonction de leurs origines, ont fait fausse route.

Ces abandonnés de la République, tous, essayent, comme ils le peuvent, de trouver la protection que nous ne savons plus leur offrir.

Et moi, je crois que c'est là que se trouve notre principal combat ! Le combat qui doit tous nous animer, nous mobiliser sur ces bancs, parce que nous aimons la France, et que nous voulons le meilleur pour elle.

Nous devons retrouver nos valeurs, et notamment la plus essentielle de toutes : l'égalité.

Retrouver les valeurs de la République, c'est rendre concrète, pour chaque citoyen, peu importe ses origines, sa couleur de peau, son sexe, la promesse républicaine. Peu importe aussi qu'il ait ou non une religion. **La laïcité, c'est le droit de croire ou de ne pas croire. Et c'est un bien si précieux dans notre République. Alors arrêtons de stigmatiser les populations en les ramenant constamment à leurs origines, à leur religion. Nous ne pouvons plus tolérer ces propos, ces actes, notamment contre l'Islam. Bien-sûr l'Islam doit s'organiser dans le cadre des valeurs républicaines. Mais les musulmans de France sont des citoyens à part entière et la République doit protéger l'ensemble de ses citoyens.**

C'est cela une politique de citoyenneté qui mobilise, bien sûr, nos politiques de droit commun – l'école, la santé, ... – , la nouvelle géographie de la politique de la Ville, les investissements pour la rénovation urbaine. Mais qui, d'abord, respecte et fait preuve de considération à l'endroit de tous. Que l'on soit Français depuis peu, ou depuis des générations. L'immigration, c'est une chance, une opportunité, un dynamisme pour notre pays. Mais pour réussir, elle doit être organisée, régulée. Nous le devons à tous ces nouveaux arrivants. Nous le devons aussi à la France.

Pour se construire, une nation a besoin de symboles : notre drapeau, notre hymne national. Elle a besoin d'ordre et de règles. Car quand il n'y a ni ordre, ni règles, ce sont toujours les plus faibles qui souffrent en premier. Chaque citoyen de la République a les mêmes droits et les mêmes devoirs. Et c'est à nos policiers, à nos gendarmes, à nos juges, de travailler ensemble pour les garantir et les faire respecter.

Une politique de citoyenneté, c'est aussi une politique qui réaffirme la valeur du travail, de l'effort, du mérite. Et qui reconnaît la créativité et l'innovation. C'est une politique qui défend ceux qui se donnent du mal. Ceux aussi pour qui le travail peut créer des souffrances. Ceux enfin qui aimeraient tant travailler à nouveau.

Le combat pour l'égalité

Enfin, renouer avec les valeurs de la République, c'est reprendre le combat pour l'égalité.

Il doit s'appuyer sur nos administrations, **sur l'Etat, qui est l'incarnation de notre modèle social.** J'entends ceux qui, sans cesse, demandent « moins d'Etat ». **Mais moi, je sais que rien n'est possible sans l'Etat,** sans nos services publics, sans nos fonctionnaires engagés, chaque jour, avec dévouement et compétences, au service des citoyens – enfants, personnes âgées, habitants des quartiers. Jamais « moins d'Etat », toujours « mieux d'Etat ». Un Etat qui n'est pas que redistribution par la fiscalité, mais qui sait accompagner et investir dans chaque citoyen.

Et je pense à nos Outre-mer qui font face à une situation difficile marquée par la vie chère, le chômage et les problèmes de logement. Ils peuvent compter sur mon Gouvernement pour leur développement économique et social.

La République a toujours été le patrimoine de ceux qui n'ont rien. De ceux à qui la vie n'a rien donné, ou qui ont tout perdu. Et la mission de mon gouvernement sera de remettre pleinement la République au service de tous, pour casser les inégalités.

Et d'abord, en agissant avec détermination pour l'égalité homme/femme. C'est le principe même de notre société.

Lutter contre les inégalités, c'est garantir les droits de tous les Français. C'est lutter avec acharnement pour que les enfants aient la même chance de réussir dans la vie, peu importe le quartier ou le village où ils habitent.

L'école de la République est notre priorité. Nous en augmentons les moyens avec les créations de postes, la relance de l'éducation prioritaire, la priorité au primaire, ou encore la réforme des métiers de l'éducation et la formation des maîtres. Mais augmenter les moyens ne suffit pas, et nous devons avoir une réflexion sur la pédagogie.

Nous ne pouvons accepter de voir se multiplier ceux qu'on appelle les décrocheurs. Ces jeunes qui quittent le système scolaire sans avoir obtenu de diplôme. **Tout comme nous n'acceptons pas que 15 % des élèves présentent des difficultés sévères en écriture, lecture, et mathématiques à l'issue du primaire.**

L'école, c'est là où s'apprennent les valeurs de la République. Ce doit être un lieu d'apaisement, avec pour seul but l'intérêt de nos enfants. Et je crois que sur ce point, nous pouvons, nous devons nous retrouver.

Le grand dessein de la République, c'est l'égalité des possibles.

Et l'égalité des possibles, c'est pouvoir débiter dans la vie et avoir une deuxième chance lorsque c'est nécessaire. Emploi d'avenir, contrat de génération, relance de l'apprentissage, droit à la formation professionnelle pour tous les salariés : autant de mesures que nous avons prises.

Renouer avec l'égalité républicaine, c'est faire en sorte que plus aucun de nos concitoyens – parce que c'est trop cher, ou parce c'est trop loin – n'ait de mal à se soigner.

Nous devons garantir l'accès à des soins de qualité, et permettre à chacun de vieillir dignement. Nous le devons à nos personnes âgées, nous le devons à ceux qui souffrent de handicaps. Et pour les familles modestes, la généralisation du tiers payant prévue dans le projet de loi Santé, voilà une avancée décisive ! Rendre accessible la justice du quotidien, la faciliter, l'accélérer : voilà le sens de la réforme en cours. Parce qu'un divorce, une querelle entre bailleur et propriétaire, ou un conflit avec son employeur, cela dure toujours trop longtemps. Et cela fragilise toujours les plus modestes.

Renouer avec l'égalité républicaine, c'est aussi faciliter l'accès au logement. C'est pour cela que j'ai annoncé un grand plan de relance. Construire plus, c'est une priorité sociale pour les familles – et c'est important au regard du dynamisme de notre démographie – mais c'est aussi un impératif économique ! Sur l'encadrement des loyers, il faut là aussi être pragmatique. Pas de faux débat ! A Paris, en petite couronne, à Lille, si les choses peuvent avancer, tant mieux ! Ce qui compte aujourd'hui, c'est que l'on construise. Que la confiance revienne dans ce secteur comme dans bien d'autres. Ce qui compte, c'est l'efficacité. Pas l'idéologie.

Remettre la République au service de tous, c'est aussi un accès pour chacun à l'émotion, à la création, à la culture. Une culture exigeante, populaire.

La culture, c'est un moteur économique pour notre pays, pour son rayonnement – grâce à notre langue, la francophonie – pour son attractivité. Mais c'est aussi et surtout l'ouverture aux autres, la construction de l'individu, son émancipation.

Mon devoir, et notre responsabilité à tous, c'est convaincre chaque Français que la République ne l'a pas abandonné. Que le projet des populistes n'est qu'une impasse. Notre devoir à tous, c'est de cesser de promettre les jours meilleurs, et enfin de les construire. Et moi je sais que nous pouvons y arriver. Que nous allons y arriver, si nous donnons le meilleur de nous-mêmes.

Mesdames, messieurs les députés,

Je suis Premier ministre depuis cinq mois. Je mesure, chaque jour, l'ampleur de la tâche qui m'a été confiée par le Président de la République.

Aujourd'hui, je sais qu'en m'adressant à vous, je m'adresse à l'ensemble des Français.

Je sais que très souvent, ils n'y croient plus. Qu'ils se disent : « à quoi bon ? Ce spectacle de la politique politicienne nous afflige ». Je sais aussi que pour vous élus de la République, le climat des dernières semaines fait d'indignité, de narcissisme, d'irresponsabilité rend la tâche encore plus lourde.

La force d'un engagement politique, la force de l'engagement d'une vie, **l'exemplarité qu'il impose**, je sais ce que cela représente. Je sais ce que cela représente pour vous.

Cette passion que nous avons de la France, cette passion de l'engagement, cette passion de servir, c'est ce qui nous fait tenir. C'est ce qui me fait tenir.

Et face à la responsabilité qui m'a été confiée, je sais quelle est ma mission.

Ma seule mission c'est d'avancer. Avancer contre vents et marées, guidé par une infinie bienveillance pour les Français, guidé par ma passion de la France et le sens de l'Etat. Avancer et gouverner – n'en doutez pas un seul instant – dans la durée.

Notre mission, notre responsabilité, c'est ne pas laisser nos concitoyens tourner le dos à la République. C'est considérer chacun. C'est faire confiance pour redonner confiance.

C'est permettre partout, en métropole et dans les Outre mers, ou à l'étranger, à chaque Français, chaque enfant, chaque étudiant, chaque salarié, chaque retraité, de bénéficier concrètement du progrès.

Notre pays est riche de tous ses talents, de sa jeunesse, mais aussi de tous ces bénévoles engagés dans les associations qui font la force de notre tissu social. C'est aussi cela la générosité et l'optimisme des Français.

Alors, je vous invite à défier la fatalité, les pronostics, les idées reçues qui, à l'étranger ou dans cet hémicycle même, voudraient que notre pays soit incapable de se réformer et de se redresser.

La France n'est pas condamnée à être la nation la plus pessimiste pour peu que nous tordions le cou à la mélodie décliniste.

Questionner, débattre, porter la contradiction, tout cela est légitime. Le dialogue c'est la démocratie. Et moi, je veux dire à la majorité que ce qui nous unit est bien plus fort que ce qui nous distingue. **C'est une gauche moderne, qui a le courage de gouverner, le courage de réformer.** Soyons en fiers ! Et je veux dire, aussi, à l'opposition que je considère l'écoute et le respect comme des principes fondamentaux pour l'accomplissement de notre mission.

Et soyons fiers de cette mission que nous toutes et nous tous, avons reçue des Français !

Soyons fiers de les représenter et de travailler pour eux !

Soyons fiers de ce que nous faisons malgré les difficultés !

Soyons fiers de relever de grands défis !

Soyons fiers de redresser notre pays.

Oui j'ai besoin de votre confiance. Hier. Aujourd'hui. Encore. Toujours. Car cette confiance c'est la force que nous allons redonner à la France !

En 30 ans, le fossé entre CDI et contrat précaire s'est creusé

- —
- —
- —



Les salariés en CDD et intérim signent des contrats de plus en plus courts et décrochent de moins en moins un CDI. Le marché du travail français est de plus en plus dual.

D'un côté des salariés protégés en CDI, de l'autre la masse des précaires: la segmentation du marché du travail français s'est dramatiquement accrue ces trente dernières années. C'est ce que montre un chapitre de l'étude «Emploi et salaires», publiée ce mercredi par [l'Insee](#). En 1982, près de la moitié des embauches se faisaient en CDI. En 2011, cette part est tombée à 5%! Pour autant, la proportion de salariés précaires dans les effectifs du secteur privé n'a pas explosé: 13 % des salariés étaient en «formes particulières d'emploi» en 2011, c'est-à-dire en CDD, intérim, contrats aidés et apprentissage, contre 5 % en 1982.

La contradiction n'est qu'apparente et s'explique par le fait que les recrutements en CDD et intérim se font pour des périodes de plus en plus courtes. En 2011, la durée moyenne des contrats en «forme particulière d'emploi» était de un mois, contre trois mois en 1982. De ce fait, les signatures de contrat de CDD et d'intérim se sont multipliées (une entreprise signant par exemple trois contrats d'une semaine, au lieu d'un contrat de trois semaines) et ont représenté une part croissante des embauches.

Un niveau de précarité qui s'est aggravé

C'est ce même phénomène qui explique la multiplication par cinq de la rotation de la main d'œuvre. En 2011, pour 100 salariés présents à un moment donné, il y a eu en moyenne 177 entrées et sorties sur un an, soit un taux de rotation de 177 %. En 1982, ce taux n'était que de 32 %. Dit autrement, les salariés en situation instable ont vu leur niveau de précarité s'aggraver ces trente dernières années.

Pis, ce sont toujours les mêmes qui subissent les difficultés. «Les emplois instables constituent une trappe pour ceux qui les occupent», écrit l'Insee. En 2011, seulement 22 % des personnes ayant été en CDD, intérim ou stage, étaient en CDI un an plus tard. En 1982, ce taux dépassait les 50 %... Les jeunes peu diplômés sont particulièrement pénalisés par ce système dual.

A trente ans, leur taux de rotation est encore très élevé (261 %), bien plus que pour leurs homologues diplômés (77 %). Mais la précarité s'est également accrue chez les seniors. 5 % des plus de 55 ans étaient en CDD entre 2007 et 2011 (et même 8 % des plus de 60 ans), contre 2 % entre 1990 et 1994. Et 27 % des seniors en CDD avaient, de 2007 à 2011, un contrat de moins d'un mois.

Palme de la précarité dans les milieux artistiques

La précarité se concentre sur certains métiers et secteurs professionnels: manutentionnaires, professionnels des arts et des spectacles, employé de l'hôtellerie-restauration. Et alors que le taux de rotation était déjà fort dans ces secteurs en 1990, il a été multiplié par cinq depuis. La création des CDD d'usage, qui permet de conclure des CDD successifs dans certaines professions, a accentué le phénomène. La palme de la précarité revient aux milieux artistiques: dans le secteur des arts et spectacles, un tiers des salariés a un contrat d'à peine plus d'une semaine! On comprend mieux la crise des [intermittents](#)...

Force est de constater que rien n'a été fait sérieusement ces dernières années pour lutter contre cette dualité du marché du travail français. Le patronat propose, pour y remédier, d'assouplir les conditions de licenciement des [CDI](#). Les syndicats, à l'inverse, demandent que les [CDD](#) soient davantage taxés (un pas, mais minime, a été fait dans ce sens en 2013). En attendant, chacun reste sur ces positions et la situation s'enkyste.

http://www.lepoint.fr/politique/emmanuel-macron-la-france-est-malade-17-09-2014-1863907_20.php

106,53

Emmanuel Macron : la France est "malade"

Le Point - Publié le 17/09/2014 à 09:04 - Modifié le 17/09/2014 à 09:37

Le ministre de l'Économie a par ailleurs critiqué la promesse de Montebourg de "rendre six milliards d'euros de pouvoir d'achat aux Français".



Eric Piermont / AFP

Le ministre de l'Économie s'est exprimé sur la réforme des professions réglementées. ©

SOURCE AFP

La France est "malade" comme en témoigne "le chômage de masse" dont elle souffre "depuis plusieurs années" et n'a d'autre choix que de se réformer, a estimé mercredi sur [Europe 1](#) le ministre de l'Économie Emmanuel Macron. Interrogé sur le climat politique au lendemain d'un vote de confiance au gouvernement arraché à une majorité relative, Emmanuel Macron a répondu : "Ce climat dont vous parlez d'où vient-il ? (C'est) d'abord parce que la France est malade, elle n'est pas bien, il faut nommer la situation dans laquelle on vit."

"Il y a une fièvre depuis plusieurs années dans ce pays qui s'appelle le chômage de masse" et "il n'y a pas d'autre choix qu'avancer, agir pour réformer l'économie", a-t-il affirmé. "L'impopularité qui est la nôtre, il ne faut pas se cacher derrière son petit doigt, c'est une impopularité due au manque de résultats. Pourquoi ? Parce que sans doute on n'est pas allé assez fort et assez loin les deux premières années, parce qu'on n'a pas réformé et parce qu'on paye cash, si je puis dire, une décennie perdue."

Mardi, le Premier ministre [Manuel Valls](#), qui a revendiqué de "chercher la confiance, surtout quand c'est difficile", a rallié 269 voix (contre 244 et 53 abstentions) à l'Assemblée nationale, soit bien en dessous du seuil symbolique des 289 voix de majorité absolue. Les députés lui avaient accordé 306 voix (contre 239 et 26 abstentions) le 8 avril dernier après sa première déclaration de politique générale.

Debt Rattle Sep 14 2014: Draghi To Save Europe With Semantics

September 14, 2014 Posted by [Raúl Ilargi Meijer](#) at 6:24 pm [Finance](#) Tagged with: [ABS](#), [debt](#), [Draghi](#), [ECB](#), [Europe](#), [securities](#)



Harris & Ewing **Children at water fountain, Washington, DC 1922**

Before I get going, let me recommend two wonderful articles I put in today's Daily Links list at The Automatic Earth. Which is updated every day around 8am Eastern Time, located at the top of every TAE page, and in more elaborate form, at bottom of the day's essay; they are links to the things we ourselves read at a daily basis.

The first article is a piece by Umair Haque called The Rupture, in which he tries to put on words what is changing in our lives and our world, and how what we see happen today differs from what we once expected, or what most still expect but can no longer obtain. How our dream of eternal progress and growth has been shattered.

Please don't miss either of the two pieces, you'll find them more than worth your time.

The Rupture

The future isn't one of unalloyed, golden progress anymore. Tomorrow is a tale of decline, degeneration, decay. Rupture. The future isn't flying cars and food pills and a smarthome and a stable career and comfortable prosperity for every family anymore. Rupture.

The future looks more like this. A story of a burning planet, of imploding middle classes, of lost generations, of empty decades, of mass unemployment, of the rule of law breaking, of democracy cracking, of nations splintering, of tribes warring, of broken dreams, of Greater

Depressions, of unending Stagnations, of human possibility itself shattering into a million million pieces. Rupture. The future isn't the steady, forward march of human advancement anymore.

The second, h/t Stockman, is from Peter St. Onge at Mises, in which he presents what I find a lovely take on the Scotland referendum issue. St. Onge, who, like yours truly, was living in Montréal during the last Québec referendum in 1995, draws parallels between the two votes, and suggests two nice lines of thought: 1) smaller countries tend to be richer, and 2) smaller countries tend not to get involved with truly awful ideas – like war-.

Is Scotland Big Enough To Go it Alone?

Even on physical area Scotland's no slouch: about the size of Holland or Ireland, and three times the size of Jamaica. The fact that Ireland, Norway, and Jamaica are all considered sustainably-sized countries argues for the separatists here. So small is possible. But is it a good idea? The answer, perhaps surprisingly, is resoundingly "Yes!" Statistically speaking, at least.

Why? Because according to numbers from the World Bank Development Indicators, among the 45 sovereign countries in Europe, small countries are nearly twice as wealthy as large countries. The gap between biggest 10 and smallest 10 ranges between 84% (for all of Europe) to 79% (for only Western Europe).

[..] Even among linguistic siblings the differences are stark: Germany is poorer than the small German-speaking states (Switzerland, Austria, Luxembourg, and Liechtenstein), France is poorer than the small French-speaking states (Belgium, Andorra, Luxembourg, and Switzerland again and, of course, Monaco). Even Ireland, for centuries ravaged by the warmongering English, is today richer than their former masters in the United Kingdom, a country 15 times larger.

Why would this be? There are two reasons. First, smaller countries are often more responsive to their people. The smaller the country the stronger the policy feedback loop. Meaning truly awful ideas tend to get corrected earlier. Had Mao Tse Tung been working with an apartment complex instead of a country of nearly a billion people, his wacky ideas wouldn't have killed millions. Second, small countries just don't have the money to engage in truly crazy ideas.

When it comes to the going going gone European economy – or economies -, all we can really say is that Europe only goes through the motions by now, because that's all that it's got left. Essentially, the old continent now scrambles to find ways to borrow money without adding debt.

And that idea, absurd as it is, apparently seems attractive to the 'leadership', edged on by ultra low interest rates. If Draghi can solemnly declare that the ECB funds rate is now 0.05%, they all start concocting plans to borrow. Because without borrowing, without added debt, they know they're, for lack of a better term, screwed. Whereas at 0.05%, would could go wrong?

And that's how you get to these, for lack of a better term, kinds of weird things:

Show Us The Money: EU Seeks Billions Of Euros To Revive Economy

*The European Union sought ways on Saturday to **marshal billions of euros into its sluggish economy without getting deeper into debt** [...] EU finance ministers tasked the European Commission, the EU executive, and the European Investment Bank (EIB) to draw up a list of projects that would create growth and decide how to finance them.*

*"We have given a mandate to the Commission and the EIB to swiftly present an initial report on practical measures that can be taken, **onprofitable investment projects that are justifiable**," Italy's economy minister, Pier Carlo Padoan, said.*

To finance them, the ministers discussed four ideas: an Italian paper on new financing tools for companies, a Franco-German proposal on how to boost private investments, a Polish proposal on creating a joint EU fund worth €700 billion (\$907 billion) and a call from incoming European Commission President Jean-Claude Juncker for a €300 billion investment program to revive the European economy.

The European Central Bank's plan to resurrect a market for asset-backed securities would be another financing tool. **"We don't have a magic wand but we need growth, we need to stimulate demand without taking on debt,"** France's finance minister, Michel Sapin, told reporters. "We need the right mix of public and private money."

That is a real desperate statement, "We don't have a magic wand but we need growth", only it's not presented as such. It's presented as just another difficulty that those smart boys who floated to the top will solve for you, you being the much less smart 'people'. The problem, though, is not just that they can't generate growth, and it's not just that they don't have a magic wand, the problem is they're so desperate they're more than willing to lie outright to their voters until the cows come home, and then sacrifice them on the altar of their own blind ambitions. It's all just words, and then you die.

Investment is the new buzz word among ministers, overriding the German mantra of budget cuts. [...] German Finance Minister Wolfgang Schaeuble strongly supports the search for investment, but this week rebuffed calls for Berlin to spend more to boost the euro zone economy...

In a speech to the EU finance ministers in Milan on Thursday, ECB President Mario Draghi described business investment as "one of the great casualties" of the financial crisis, saying it has fallen 20% since 2008. "We will not see a sustainable recovery unless this changes," he said.

Poland wants a 'European Fund for Investments' that would be able to finance, through leveraging its own capital, €700 billion worth of investment. The fund could be a special-purpose vehicle under the umbrella of the European Investment Bank, the EU bank owned by European governments.

Italy's proposal is a pan-European market, where smaller companies can raise capital, building on its "minibond" legislation in 2012 that allows unlisted companies to issue. That could be part of a EU capital-market union, building on the eurozone's banking union, but that will need to closely involve London, the leading financial center in Europe.

Did you catch that? "Leveraging its own capital". That means going to the casino, having \$1 in your pocket and putting \$1000 on red. That's what that means. We need growth, and we don't have a magic wand, but we know a casino. It's 2014, and when I hear European officials mention terms like "special-purpose vehicle", I get chills down my spine.

These guys have no idea what they're doing, but they do it anyway. Because they can. And because there's nothing else in sight that would let them keep their jobs. They'd rather take your money and put it down at the crap table, than lose their own jobs and cushy plush positions. That is all this is really about.

Europe sees plummeting investments, refuses to wonder why that is happening, and goes to the slot machines to achieve growth, whatever it may mean and however long it may last. Even 5 minutes is deemed acceptable.

And lo and behold, from the deep burrows of highly indebted nothingness, they pretend they've found \$1.3 trillion. Which they don't have. But hey, we need growth, right?

[ECB Cash Boost May Near \\$1.3 Trillion, Ex-Official Says](#)

Banks are likely to take close to €1 trillion (\$1.3 trillion) in cash auctions at the European Central Bank that begin this year, former Executive Board member Jose Manuel Gonzalez-Paramo said. "I would not be surprised if we see between €700 billion and €900 billion," in the so-called TLTRO (Targeted Long Term Refinance Operation) operations that start on Sept. 18, said Gonzalez-Paramo [..]

"The banks are quite happy to request this money, and they are willing to lend. The take-up in Spain could be big." [..] After a rate cut this month, the TLTRO offer, which is tied to banks' lending performance, became even more attractive as the funds are lent for four years at the rate prevailing on auction day plus 10 basis points.

The first of two initial operations is allotted on Sept. 18, the second on Dec. 11, and thereafter banks can bid in quarterly operations until June 2016. "You see demand for credit increasing in the case of Spain," Gonzalez-Paramo said in a Sept. 11 interview in Milan. The ECB's latest rate cut is "positive, in terms of making the TLTROs more of a success, because now the takeup I think is assured to be on the high side."

If by now you're thinking this is absolute gibberish, don't think there's anything wrong with you. It is gibberish. Europe's in a deep debt hole, and all this stuff will achieve is to dig it in deeper. It's just that to acknowledge that would cost all these primate clowns their coveted seats high up there in the most coveted trees.

The TLTROs are the first shot in a volley of stimulus driven by ECB President Mario Draghi this year. In addition to the liquidity support, the ECB will also start buying asset-backed securities and covered bonds. Draghi said yesterday that the aim is to return the central bank's balance sheet to the early-2012 level of about €3 trillion.

Right. The central bank balance sheet. It's how Japan, China and the US keep their economies 'presentable' despite the mountains of debt they're buried in, so why not Europe? Well, maybe because Germany, the only country left that's not gone full retard Keynes, doesn't want it.

But Germany may soon be moved out of position by a 'clever' redefining of terms, by Mario Draghi, jockeying for position to become Italy's next best duce, in what can only be described as pure semantics.

Draghi Says ABS Plan Will Proceed Without Government Guarantees

Mario Draghi said his plan to purchase higher quality asset-backed securities will proceed even if support from EU leaders to extend it to riskier debt isn't forthcoming. "The program is primarily oriented to the purchase of senior tranches; only if it's going to be extended to mezzanine tranches is there going to be a need for guarantees," he said at a press conference ...

Translation: the ECB doesn't need permission for what is still considered good assets. But they are actively thinking about moving into toilet paper. Why? Because that's all there's left. But they need governments (yes, that would be taxpayers) to guarantee losses on soiled toilet paper.

"It's going to be much more effective at facilitating credit expansion with also the mezzanine component, and for that we'll need a guarantee." To boost slowing euro-area inflation and spur credit, the ECB said this month it will buy ABS and covered bonds in the latest of a series of stimulus measures that included rate cuts and cheap loans to banks. Draghi pledged to buy senior tranches of "simple" and "transparent" ABS, adding that lower-ranking mezzanine tranches could also be part of the purchase plan provided public guarantees were in place.

Translation: without toilet paper, no growth.

Draghi has said details of the ABS plan will be announced after the next monetary policy meeting on Oct. 2. While euro-area governments have expressed support for reviving securitization in the region, they've stopped short of pledging new fiscal backing for the ECB's plan. "If I understand the program correctly, it's non-discriminatory, it's open to all countries and all financial institutions, so it could also open to Dutch banks," Dutch finance minister Jeroen Dijsselbloem said at the same press conference. "Do I support additional guarantees from the government on these products? The answer would be no."

Translation: Holland doesn't want to buy used toilet paper.

*If the central bank were to buy mezzanine tranches, it could mean **banks have to hold lower provisions against the asset, increasing the amount of cash at their disposal**. European regulators have required banks to treat ABS as relatively high-risk since the asset class was blamed for helping fuel the financial crisis. "In the meantime and independently, there will be some regulatory evolution in the way ABS are treated," Draghi said. "The ABS program will be launched regardless of whether there are guarantees or not."*

But if Draghi buys the stuff, the banks who are loaded beyond their necks with the 'asset', can use it as collateral to borrow even more. And then house prices across Europe drop. And then all those rich people in Greece, Spain, Portugal etc. will have to make up the difference.

Sounds like a plan to me. All it takes is semantics: what you need is someone to change the definition of what a central bank, or pension fund, can buy, and you're off to the races. In the end, everything is just semantics. As long as Draghi is willing to buy worthless paper from banks, why would anyone think there's a crisis at all?

For a while, it is indeed possible to transfer private debt to the public sector (and that's what this is, obviously). You just call a spade a dinner table, and a cow a bathroom mirror. Semantics. But only the very thick amongst us will think that doesn't make problems much worse down the road.

Draghi simply changes the definitions of what he can buy or not, and Angela Merkel lets it go until some clever kraut picks up on it and protests. Great basis for a strong and decisive economic policy. If and when Mario claims that something, anything, is a 'security', it magically is. It's the emperor's new clothes all over again. And why does it work? Because the US, China and Japan do it too. All it really takes is access to your taxpayers' wallets.

Salafisten in NRW: Selbst ernannte "Scharia-Polizei" patrouilliert in Wuppertal



Bericht über "Scharia-Polizei": "Das Empfehlen religiöser Regeln ist nicht strafbar"

In Wuppertal sorgen mutmaßliche Islamisten für Aufsehen, die als "Scharia-Polizei" nachts durch die Stadt streifen. Die echte Polizei hat keine Handhabe, denn: "Das bloße Empfehlen religiöser Regeln ist nicht strafbar."

Wuppertal - Sie tragen orangefarbene Westen mit dem Aufdruck "Sharia Police": In Wuppertal sind mehrfach Männer als selbst ernannte "Scharia-Polizei" aufgetreten und nachts durch die Straßen patrouilliert - der Polizei zufolge soll es sich um radikalislamische Salafisten handeln. Man habe ein Verfahren gegen elf Männer wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz eingeleitet und dazu ihre Personalien aufgenommen, sagte ein Polizeisprecher.

Die drei mutmaßlichen Islamisten im Alter von 19 bis 33 Jahren seien aber nicht festgenommen worden - es habe rechtlich auch keine Handhabe gegeben, ihre Westen sicherzustellen. Diese werte man allerdings als unerlaubte Uniformierung, sagte ein Sprecher der Wuppertaler Staatsanwaltschaft. Die Auftritte waren zudem nicht als Versammlung angemeldet. "Das bloße Empfehlen religiöser Regeln ist aber nicht strafbar", sagte der zuständige Staatsanwalt. Die Scharia, in deren Namen die Männer auftreten, ist das islamische Recht. Salafisten legen es extrem konservativ aus.

Die selbst ernannten Sittenwächter erheben mit gelben Verbotshinweisen den Anspruch auf eine "Shariah Controlled Zone" (Scharia-kontrollierte Zone). Darauf sind Verhaltensregeln der radikalen Muslime festgehalten: kein Alkohol, kein Glücksspiel, keine Musik und Konzerte, keine Pornografie und Prostitution, keine Drogen.

"Sie wollen uns ihre Ideologie aufzwingen"

Für den Wuppertaler Integrationsbeauftragten Hans-Jürgen Lemmer ist der Auftritt eine "gezielte Provokation". "Das ist eine höchst gefährliche Truppe, die für den Heiligen Krieg rekrutiert", sagte er der "Westdeutschen Zeitung". Die Wuppertaler Polizei verstärkte ihre Präsenz in der Innenstadt und rief die Bevölkerung dazu auf, bei verdächtigen Beobachtungen den Notruf zu wählen. Zudem wurde ein Bürgertelefon eingerichtet, bei dem sich bereits zahlreiche besorgte Bürger gemeldet hätten.

"Das Gewaltmonopol liegt ausschließlich beim Staat", sagte die Wuppertaler Polizeipräsidentin Birgitta Radermacher. "Ein Auftreten, das einschüchtern, verunsichert oder provoziert, wird nicht geduldet", erklärte sie. Wuppertals Oberbürgermeister Peter Jung (CDU) verurteilte die Aktion. "Diese Personen wollen bewusst provozieren und einschüchtern und uns ihre Ideologie aufzwingen. Das lassen wir nicht zu."

Ein Sprecher des nordrhein-westfälischen Innenministeriums lobte das "konsequente Vorgehen" der Wuppertaler Polizei. Die oppositionelle FDP-Landtagsfraktion kündigte an, die "Scharia-Polizei" auf die Tagesordnung einer Aktuellen Stunde im NRW-Parlament zu setzen. Die CDU-Opposition regte Gesetzesverschärfungen an: Ein wehrhafter Rechtsstaat dürfe sich dies nicht bieten lassen.

106,60

Salafisten: Merkel verlangt hartes Vorgehen gegen "Scharia-Polizei"



Video ▶

DPA

Jetzt hat sich die Kanzlerin zur selbsternannten "Scharia-Polizei" in Wuppertal geäußert. Sie forderte ein entschiedenes Vorgehen. Die Koalition diskutiert schärfere Gesetze - die SPD ist dagegen.

Berlin - Bundeskanzlerin [Angela Merkel](#) hat ein entschiedenes Vorgehen gegen die selbsternannte "Scharia-Polizei" verlangt. "Es gibt ein Gewaltmonopol des Staats", sagte die CDU-Vorsitzende dem Fernsehsender Sat1. "Niemand anderes ist befugt, sich in die Rolle der Polizei hineinzuschleichen."

In der Union wurden wegen des Auftretens von Salafisten in Wuppertal Gesetzesverschärfungen ins Gespräch gebracht. Bayerns Innenminister [Joachim Herrmann](#) (CSU) forderte gar einen Sondergipfel der Innenminister von Bund und Ländern.

Die SPD sieht allerdings keinen Anlass für Gesetzesänderungen. "Aufgrund dieses Videos mit einer angeblichen selbsternannten Polizei sehe ich im Augenblick keinen Handlungsbedarf", sagte Fraktionschef [Thomas Oppermann](#). Grundsätzlich gelte, dass es in Deutschland keine Paralleljustiz und keine Parallelpolizei geben dürfe. "Aber man muss auch nicht auf jede Provokation hereinfliegen", sagte Oppermann.

"Rechtsstaat hat ausreichend Instrumente"

Auch der nordrhein-westfälische Innenminister [Ralf Jäger](#) (SPD) vertrat im Südwestrundfunk die Ansicht, der Rechtsstaat habe "ausreichend Instrumente, um gegen diese paar Verwirrten, die da in Wuppertal aufgetreten sind, vorzugehen".

Radikale Islamisten hatten in Wuppertal als "Scharia-Polizei" vor Diskotheken und Spielcasinos Passanten [angesprochen und sie aufgefordert, die Scharia zu befolgen](#).

[Salafisten](#) legen die Scharia - das islamische Recht - extrem konservativ aus. Wuppertal gilt als eine Hochburg der salafistischen Szene. Die Staatsanwaltschaft hat nach eigenen Angaben inzwischen Ermittlungen wegen eines Verstoßes gegen das Versammlungsverbot gegen die Gruppe eingeleitet.

fab/AFP/Reuters

106,61

Muslimin über Salafisten in Deutschland: "Herr Augstein, Sie irren"

Ist die Aufregung um die Scharia-Polizei übertrieben? Das sagt Kolumnist Jakob Augstein. Ihm widerspricht die muslimische Journalistin Sounia Siahi: Sie schildert ihre Erfahrungen mit Salafisten - und fürchtet um ihre deutsche Heimat.

In seiner aktuellen Kolumne auf SPIEGEL ONLINE warnt Jakob Augstein vor übertriebener Hysterie ob der Patrouille sogenannter Scharia-Polizisten in Wuppertal. "Je dümmmer die Provokation, desto eher fallen wir darauf herein", so sein Urteil. Auf diesen Text hat die marokkanisch-deutsche Journalistin Sounia Siahi mit einer besorgten Zuschrift reagiert. Ihren Beitrag - und Augsteins Replik - dokumentieren wir hier im Wortlaut.

Zur Person



Sounia Siahi, 1977 als Tochter marokkanischer Gastarbeiter in Neuss auf die Welt gekommen. Studium der Germanistik und Politikwissenschaften, diverse Praktika und Hospitanzen bei Zeitungen, Radio und Fernsehen. Seit März 2000 als freie Autorin beim ZDF, seit April 2005 zudem beim WDR.

"Hallo Herr Augstein, ich bewundere Sie als Journalisten sehr. Ob im SPIEGEL, beim Schlagabtausch mit Ihrem Kollegen Nikolaus Blome oder bei anderen Medienauftritten: Überall äußern Sie sich intelligent, reflektiert und sehr menschenfreundlich.

Doch jetzt bin ich wegen Ihrer Kolumne zwiegespalten:

Im weitesten Sinne bin ich Ihre Kollegin: Ich arbeite als freie TV-Journalistin für den WDR und das ZDF. An sich nichts Spektakuläres, wenn man außer Acht lässt, dass ich aus einem sehr strengen muslimischen Haushalt komme. Und mein Leben lang musste ich als muslimische Frau gegen solche, mit Verlaub, Vollidioten ankämpfen.

Es ist schon immer so gewesen, dass ich mich als Marokkanerin in meinem Heimatland anders kleiden und verhalten muss, um nicht angespuckt, angefasst oder vergewaltigt zu werden. In Deutschland trage ich normale europäische Kleidung, aber in Marokko verlasse ich das Haus nicht ohne einen dünnen Sommermantel und oft auch nicht ohne Kopftuch. Je nachdem, wo ich mich gerade aufhalte.

Sie müssen den Code verstehen, nach dem gelebt und der von der Gesellschaft gefordert und erkannt wird. Es ist, als würde sich über die arabische Welt, die Sie als europäischer Mann wahrnehmen, ein Schleier legen oder eine Parallel-Welt öffnen, die nur wir muslimischen Frauen wahrnehmen: Es sind Blicke, Gesichtszüge, Bewegungsabläufe und Zuflüsterungen die Ihnen komplett entgehen. Das führt dazu, dass ich mich unwohl fühle und mich oft nur verkrampt durch die Stadt bewege.

Ich liebe meine Heimat, aber ich kann dort nicht leben, weil ich dort nicht frei bin. Diese Welt akzeptiere ich so, wie sie ist, und lasse sie dort, wo ich nichts dagegen ausrichten kann: in Nordafrika, hinter dem Mittelmeer.

Jetzt aber greifen diese Anmaßungen, Bedrängungen und Nötigungen aus Ländern, die ich meinte, hinter mir gelassen zu haben, in mein wunderbares Deutschland.

Herr Augstein, Sie irren, wenn Sie von ein paar Leuten in Wuppertal sprechen: Diese Jungs sind auch in Düsseldorf angekommen. Genauer gesagt: in Düsseldorf-Oberbilk. Ich persönlich wurde von dreien von Ihnen angesprochen mit den Worten: "Schwester, worauf wartest du? Warum trägst du kein Kopftuch? Du bist doch auch Muslimin. Schämst du dich nicht so herumzulaufen?"

Zu meinem Outfit: Ich trug dunkelblaue Chinos, ein buntes Shirt, darüber einen langärmligen, langen Cardigan und Ballerinas. Außerdem kamen mir die Männer körperlich sehr nah: Ich wurde regelrecht umzingelt. Wissen Sie, was das für eine normale

muslimische Frau bedeutet? Es ist in Worte nicht zu fassen: Es bedeutet das fundamentale Angreifen meiner Person. Physisch und psychisch. Denn die Salafisten gehen mit uns arabischen Frauen ganz anders um, als mit einer deutschen Frau.

Natürlich gibt es solche und solche Muslime. Und natürlich darf man nicht alle über einen Kamm scheren. Schließlich bin ich ja selber Muslimin und habe persönlich und beruflich sehr viel mit Muslimen zu tun. Aber vielleicht bin ich damit für diese "Zeichen" einfach anfälliger und sensibler.

Bitte verstehen Sie mich nicht falsch: Ich freue mich darüber, dass Sie eine mögliche Hysterie verurteilen. Aber darin steckt auch ein dickes Körnchen Wahrheit.

Ich selbst bin, wie angesprochen, zwiegespalten: Natürlich ist diese Aktion eine bewusste Provokation. Aber wo ziehen Sie die Grenze? Nach den ersten Schlägen oder Steinigungen?

Aus eigener Erfahrung kann ich Ihnen sagen, dass man mit diesen Leuten nicht reden kann. Sind sie erst mal auf dem "einzigsten richtigen Pfad zu Allah", können sie nichts mehr tun.

Herr Augstein, ich will mich hier in meinem deutschen Zuhause nicht wie in einem arabischen Land bewegen müssen.

Ich fühle mich hier frei, geschützt und in jeder Hinsicht gesegnet. Und dieses Gefühl möchte ich mir um nichts in der Welt nehmen lassen.

Wenn der deutsche Staat dafür tut, was er tun muss, kann ich es verstehen.

Herzliche Grüße,

Sounia Siahii"

Auf die Anmerkungen der jungen Journalistin reagierte Jakob Augstein mit dieser Antwort:

"Liebe Sounia Siahii,

haben Sie herzlichen Dank für Ihre Zeilen. Mich beunruhigt die Zuspitzung des Anti-Islamismus in Deutschland. Ebenso wie der Import des islamisch-westlichen Konflikts aus dem Nahen Osten. Ich möchte nicht, dass wir alle gezwungen werden können, Seiten zu beziehen. Das ist der Weg in die Unfreiheit.

Ich möchte auch nicht, dass jede Szene, die sich in einer deutschen Stadt abspielt - und es gibt viele Städte, wie Sie sagen, wo sich solche Szenen abspielen können - als Signal dafür gewertet wird, es gehe wieder einmal um alles. Es ist sehr gefährlich, wenn man den Leuten immerzu sagt, dass es um alles geht.

"Islamischer Staat"? Es geht um alles. Ukraine? Es geht um alles? Wuppertal? Es geht schon wieder um alles.

Das ist nicht gut.

Aber Sie haben natürlich recht: Für wen schreibe ich das und von welchem Standpunkt aus. "Check your privilege", sagt man im Amerikanischen. Ich schreibe natürlich für eine autochthone, hauptsächlich weiße, bürgerliche Leserschaft, die sich darüber Gedanken machen muss, wie sie die offene Gesellschaft am Leben erhält. Und das eigene Ressentiment, die Vorurteile gegen Ausländer, gegen andere Religionen sind ein alter Feind der offenen Gesellschaft.

Sie kennen andere Feinde - weil Ihr Hintergrund ein anderer ist, Ihr Blickfeld ist anders.

Das bedeutet, Sie sehen mich gegen die Gegner vorgehen, die ich kenne und beklage, und dass ich denen, die Sie kennen, dabei den Rücken zukehre.

So ist das aber, wenn man in einem Gefecht ist, wo die Feinde von zwei Seiten kommen können - wenn ich das mal so militärisch sagen darf.

Was ist die Lösung? Ich weiß es nicht.

Viele Grüße, Ihr Jakob Augstein"

http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/warum-bruessel-das-schottische-referendum-fuerchtet-13157099.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2

106,63

Ausschluss bei Abspaltung

Das schottische Referendum wird für das Vereinigte Königreich eher geringfügige Folgen haben. Die Kaste der europäischen Bürokraten in Brüssel indes versetzt es in Panik. Sie werden umdenken müssen.

17.09.2014, von LUC ROSENZWEIG



© DPA  Demonstrieren für die Unabhängigkeit: Auch die Katalanen fordern ein Referendum.

Eine Umfrage Anfang September, die erstmals ein knappes Ja der Schotten für die Unabhängigkeit der Heimat von Braveheart und Walter Scott ergab, hat gereicht, um die Kaste der europäischen Bürokraten in Panik zu versetzen. In den höchsten Sphären, in Brüssel wie im Elysée, versucht man verzweifelt, die Unruhe zu kaschieren: Was nicht sein darf, kann nicht sein. Eine Woche später bewirkte eine ganze Reihe von Umfragen, die jetzt einen Verbleib Schottlands im Vereinigten Königreich versprochen, keinerlei Rückkehr zur Gelassenheit. Denn inzwischen, am 11. September, hatte in Barcelona eine Massendemonstration, die sich auf das schottische Beispiel stützte, von Madrid eine Abstimmung gefordert.

An deren allfälligem Ausgang bestehen, anders als in Schottland, kaum irgendwelche Zweifel. Zu stark hat sich die Idee der Unabhängigkeit in Katalonien durchzusetzen vermocht. Gleichzeitig sind die flämischen Separatisten von Bart De Wever relativ lautlos, aber hartnäckig dabei, den belgischen Staat im Rahmen der Verhandlungen über eine neue Regierung weiter auszuhöhlen.

Paradoxerweise wird das schottische Referendum, auch wenn es eine paneuropäische Bewegung auslöst und ganz unabhängig von seinem Ausgang, für das Vereinigte Königreich eher geringfügige Folgen haben. Das in jedem Fall zu erwartende knappe Resultat - so in der Größenordnung 51:49 - wird es Alex Salmond nicht ermöglichen, mehr als einen Operettenstaat zu errichten. Westminster und Downing Street werden die Kontrolle über die Diplomatie, die Armee, die Währung behalten - und Elisabeth II. die Krone wie das Wohnrecht im Schloss Balmoral.

Das Modell Schweiz

Im Übrigen hat Salmond bereits erreicht, was er will: mehr Kompetenzen für seine regionale Regierung, die sich auf die starke Mehrheit der Autonomisten unter der Führung der Scottish National Party (SNP) stützen kann. Ob das Ja oder das Nein siegen wird: Der Pragmatiker Alex Salmond wird mit London einen Weg des Ausgleichs finden, und die ganze „Affäre“ wird verpuffen. Es gibt eine schottische Identität, sie gründet auf dem historischen Roman und der Religion; aber der gemeinsame britische Kulturraum (die Sprache und die Insel, welche die Beziehung zum Rest der Welt prägt) ist genauso eine Realität.

Doch in Flandern und Katalonien wird die Forderung nach einem „Recht der Völker auf Selbstbestimmung“ wohl noch stärker werden. Das könnte auch auf weitere Regionen mit ausgeprägter Identität zutreffen. Oder für Bevölkerungsgruppen, die in Nationen leben, zu denen sie sich nicht zugehörig fühlen: zum Beispiel die Ungarn in Rumänien und der Slowakei. Man war in Europa zu sehr der Überzeugung, dass die europäische Vereinigung, die Aufhebung der Grenzen und der freie Personenverkehr diese „Anachronismen“ und überwunden geglaubten Identitäten in die Rumpelkammer der „Welt von gestern“ verdrängen würden.

Aber ganz im Gegenteil: Die Globalisierung und die Wirtschaftskrise haben die Nationalismen geweckt. Dahinter steckt die Überzeugung, dass es eine wirkliche Solidarität nur in geschlossenen geographischen, kulturellen und politischen Räumen geben kann, in denen man sich über die Klassenkonflikte und die Kirchturmpolitik hinweg versteht. Zudem macht sich in breiten Schichten die

Versuchung breit, nicht mehr Bürger einer „grande nation“ mit ihrem universellen, weltweiten Anspruch sein zu wollen. Ihr zieht man die Zugehörigkeit zu einer „kleinen Nation“ vor, die Ruhe und Wohlstand verheißt. Das Modell dafür ist die Schweiz.

Unveränderliche Grenzen

Das Beispiel der mitteleuropäischen Länder (mit Ausnahme von Polen) und der baltischen Staaten, die sich in sicherheitspolitischer Hinsicht dem amerikanischen Schutz unterstellen und bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung auf Deutschland setzen, zeigt deutlich, dass „die Kleinen“ für die Bewältigung der gegenwärtigen Herausforderungen keineswegs schlechter gewappnet sind als „die Großen“.

Dieser Nationalismus ist nicht aggressiv: Er ist, wie die Deutschen sagen, „spießbürgerlich“, leicht egoistisch und für romantische Seelen wenig aufregend. Aber er ist nichtsdestotrotz ein starker Antrieb, der auf die Veränderung der herrschenden geopolitischen Ordnung abzielt. Die Europäische Union reagiert gegenüber diesem Phänomen starr und ohne Phantasie: Nichts darf sich bewegen! Die Grenzen der Mitgliedstaaten sind unveränderlich!

Diese Auffassung wird als absolutes Dogma verteidigt. Die sture Haltung wird verstärkt durch die bestehenden Verträge, denen zufolge die Sezessionisten ein eigenes und neues Aufnahmegesuch an die Union stellen müssten. Das Verfahren ist langwierig, der Ausgang ungewiss. Die Regel der Einstimmigkeit schließt von vornherein aus, dass ein neues Mitglied gegen den Willen seines „Mutterlandes“ aufgenommen werden könnte.

Eine Europäische Verfassung

Der Konflikt zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und der territorialen Unantastbarkeit der Staaten, welche den Vereinten Nationen angehören, wird im Voraus entschieden: einseitig zugunsten von Brüssel. Seine Botschaft lautet: „Macht eine Abstimmung, wenn euch das gefällt, aber ihr habt nur eine Wahl: den Status quo oder den Auszug aus Europa.“ Die brutale, unnachgiebige Haltung der hohen Tiere in Brüssel erzeugt bei den betroffenen Völkern Frustrationen und ein Gefühl der Ungerechtigkeit.

Nirgendwo stellen die unterschiedlichen Separatismen die Institutionen der Union in Frage, ihr Programm hat nichts mit der Ablehnung oder Überwindung Europas zu tun. Und sie entsagen jeglicher Gewalt, um ihr nationales Projekt zu verwirklichen. Sie verlangen nur, dass Brüssel den Willen einer Mehrheit zur Kenntnis nimmt.

Die demokratische Legitimität der Europäischen Union ist angeschlagen. Auf dem Weg durch die Hintertür kehrt die Vorstellung einer Europäischen Verfassung zurück, die 2005 von den Franzosen und den Niederländern abgelehnt wurde. Es wäre paradox, wenn die Union, eine freie Vereinigung der Völker und der Mitgliedstaaten, die Züge des zaristischen Russlands annehmen würde, das einst als „Gefängnis der Völker“ bezeichnet wurde.

Luc Rosenzweig war von 1987 bis 1991 Deutschlandkorrespondent von „Le Monde“.
Aus dem Französischen von **Jürg Altwegg**.

Quelle: F.A.Z.

<http://www.causeur.fr/union-europeenne-prison-des-peuples-29273.html>

L'Union européenne, prison des peuples?

L'Ecosse, la Catalogne et la Flandre défient Bruxelles

Publié le 17 septembre 2014 à 9:00 dans Monde Sport

Il aura suffi [d'un sondage publié début septembre](#), indiquant pour la première fois qu'une courte majorité d'Écossais serait favorable à l'indépendance du pays de *Braveheart* et Walter Scott pour que la caste européiste soit saisie d'affolement. Dans les plus hautes sphères de Bruxelles comme à l'Élysée, on tente de masquer son inquiétude en pratiquant l'autosuggestion : cela ne doit pas être, donc cela ne sera pas ! Une semaine plus tard, une nouvelle batterie de sondages, cette fois-ci plus favorable aux partisans du maintien de l'Écosse dans le Royaume-Uni, ne suffisait pas à ramener la sérénité : à [Barcelone, le 11 septembre, une manifestation monstre](#) s'est appuyée sur l'exemple écossais pour exiger de Madrid la tenue d'un référendum dont l'issue serait beaucoup moins incertaine que le scrutin écossais, tant la cause indépendantiste a progressé en Catalogne. Pendant ce temps-là, sans bruit, mais avec constance, [les séparatistes flamands de Bart de Wever s'emploient à vider encore plus la coquille Belgique](#) dans le cadre des négociations pour la formation du nouveau gouvernement du royaume.

Paradoxalement, même s'il est le déclencheur d'un phénomène paneuropéen, le référendum écossais, quel qu'en soit le résultat, n'aura, pour le Royaume-Uni, que des conséquences mineures. Ce n'est pas avec un vote ric-rac, genre 51/49, en faveur de l'indépendance, qu'Alex Salmond pourra mettre en place plus qu'un Etat d'opérette, Westminster et Downing street conservant la haute main sur la diplomatie, l'armée, la monnaie, et Elizabeth II la couronne commune et l'usage du château de Balmoral. D'ailleurs, Salmond a déjà obtenu ce qu'il souhaitait, la promesse d'une dévolution élargie des compétences pour son gouvernement régional appuyé sur une forte majorité autonomiste conduite par le Scottish National Party (SNP). Solide pragmatique, Alex Salmond, saura trouver les moyens de parvenir à un accommodement avec Londres, que le oui ou le non l'emporte. Cette affaire va faire donc pschitt ! : si l'identité écossaise est incontestable, fondée sur un roman historique partagé et une religion presbytérienne majoritaire, l'espace culturel britannique commun (langue, insularité, rapport aux autres) est également un fait incontournable.

En revanche, pour la Flandre la Catalogne et peut-être demain d'autres régions à forte identité, ou pour des populations enfermées dans des nations qu'elles récusent, comme les Hongrois de Roumanie et de Slovaquie, la mise en avant de revendications relevant du « droit des peuples à l'autodétermination », ne devrait que s'amplifier. On pensait jusque-là, à tort, que la construction européenne, l'abaissement quasi-total des barrières frontalières, et la liberté générale de circulation allaient remiser ces vieilles au rayon des accessoires défraîchis du « monde d'hier ». Or, il n'est en rien : la mondialisation et de la crise économique ont provoqué un réveil des nationalités fondé sur le sentiment qu'il n'est de solidarité réelle que dans un espace géographique, culturel et politique homogène, où l'on se comprend au delà des conflits de classe et des querelles de clocher. À cela s'ajoute dans de larges couches des populations concernées, le souhait de d'abandonner la statut de citoyen d'une « grande nation », à vocation mondiale sinon universelle, pour se réfugier dans l'appartenance à une « petite nation » tranquille et prospère, dont la Suisse est le modèle. L'exemple des pays d'Europe centrale (à l'exception de la Pologne), et des pays baltes, qui s'accrochent d'une double allégeance, aux Etats-Unis pour leur sécurité, à l'Allemagne pour leur développement économique et leur prospérité, montrent que les « petits » ne sont pas moins bien armés que les « grands » pour faire face aux défis du moment. Ce nationalisme n'est pas agressif : il est boutique (les Allemands diraient *Spiessburger*), un tantinet égoïste et peu exaltant pour les âmes romantiques, mais il est néanmoins un puissant moteur de changement de l'ordre géopolitique en place.

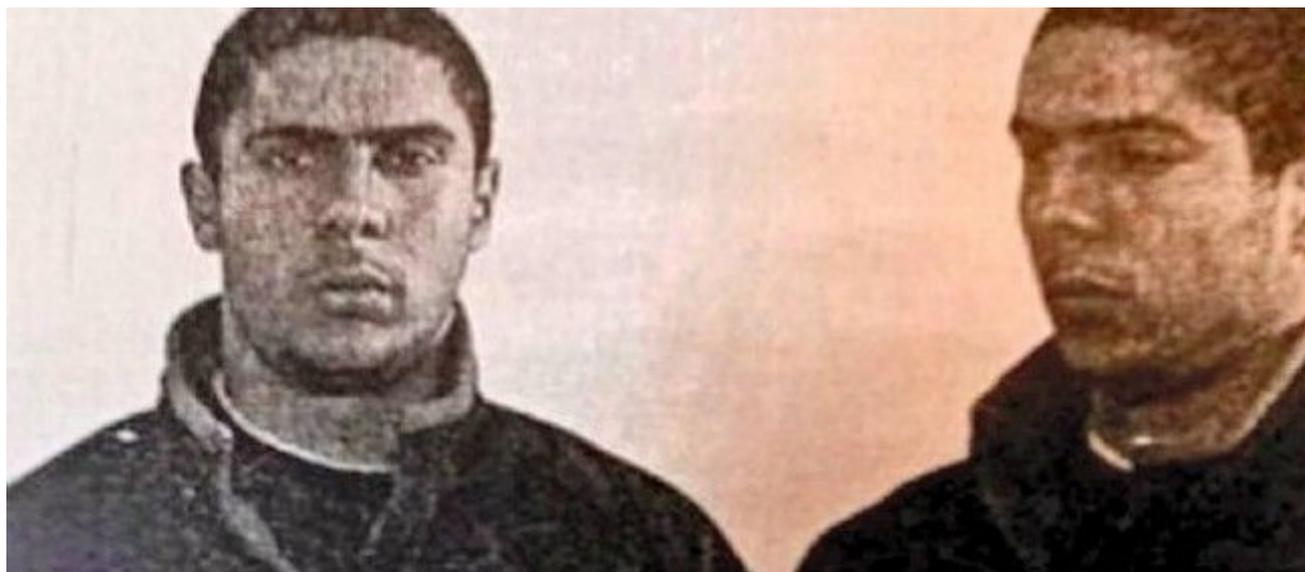
L'Union européenne, face à ce phénomène, adopte pour l'instant une attitude disciplinaire : rien ne doit bouger ! L'intangibilité des frontières des pays adhérents est un dogme absolu, conforté par des traités qui contraindraient les sécessionnistes potentiels à refaire une demande d'adhésion à l'UE, processus long et aléatoire. La règle de l'unanimité pour l'intégration exclut d'autre part l'admission d'un nouveau membre à laquelle s'opposerait la « maison mère » de la nouvelle entité. Le conflit récurrent, en droit international, entre le principe du droit des peuples à l'autodétermination et celui du respect de l'intégrité territoriale des Etats membres de l'ONU est tranché en faveur exclusive du second par Bruxelles. «Votez si cela vous chante, mais sachez que c'est le *statu quo* ou la porte ! », tel est le message, brutal et sans équivoque, des pontes de l'UE. Cela induit, chez les peuples concernés, un sentiment de frustration et d'injustice : les séparatistes divers et variés ne remettent pas en cause les institutions de l'UE, n'ont pas pour programme de la quitter, et se refusent à la violence pour faire triompher leur projet national. Ils demandent seulement que Bruxelles prenne acte de l'expression majoritaire d'un choix populaire. Déjà fortement entamée par l'entourloupe du retour, par la fenêtre, du projet de Constitution européenne rejetée par le suffrage universel, en France et aux Pays-Bas, en 2005, la légitimité démocratique des institutions de l'UE se réduit comme peau de chagrin. Il serait paradoxal qu'une Union, fruit du libre consentement des peuples et des Etats membres, devienne l'avatar tardif d'une Russie tsariste qualifiée jadis de « prison des peuples ».



Tahar Ben Jelloun : comment on fabrique un djihadiste

Le Point - Publié le 18/09/2014 à 06:03 - Modifié le 18/09/2014 à 07:14

Pour se prémunir de la folie meurtrière d'un Merah ou d'un Nemmouche, il faudra plus qu'une loi antiterroriste estime Tahar Ben Jelloun.



Mehdi

Nemmouche est suspecté d'avoir commis la tuerie du Musée juif de Bruxelles après avoir combattu en Syrie aux côtés des djihadistes de l'EI. © Sipa

Par TAHAR BEN JELLOUN

Certains considèrent que ce qu'on appelle déjà la "Troisième guerre d'Irak" est "absurde" et "inutile". Peut-être. Il est vrai que le réveil de l'Amérique et de l'Europe est tardif, que le fait de bombarder des blindés appartenant à des mercenaires fanatisés ne va pas éradiquer un califat autoproclamé dont les racines viennent de très loin. Combattre les gens de Daech - l'État islamique en arabe - est plus que nécessaire. Je me demande pourquoi les États du Golfe ne participent pas militairement à cette lutte. Ils auraient dû le faire ne serait-ce que pour se faire pardonner le fait d'avoir aidé et financé de manière privée ou officieuse certains combattants au nom de l'islam.

La France a peur du retour de ceux qui se sont engagés en Syrie et en Irak aux côtés des djihadistes dont la haine de l'Occident n'a d'égal que leur détermination à imposer un "État islamique" partout où leur fureur parvient à s'installer.

Comment faire la chasse aux "contaminés du djihad" ? Il faudra d'abord les repérer, les connaître et pouvoir les arrêter, les inculper et les juger. Et puis après ? En aura-t-on fini avec cette aberration née sur le sol français ? Rien n'est moins sûr. Certains politiques demandent à ce qu'on leur retire la nationalité française. Non seulement cela n'est pas facile, mais ne résoudrait pas le problème. Des "fous de Dieu", il y en aura toujours.

L'ignorance et la mauvaise foi

La tête du jeune Français d'origine immigrée ou récemment converti qui, tenté par l'aventure du djihad, fait le pas de suivre un recruteur au point de se retrouver dans un territoire où l'instinct de vie a été remplacé par celui de la mort, la mort donnée et la mort acceptée, cette tête-là souffrirait d'un vide sidéral doublé d'une perturbation sérieuse. Un vide qui a été vite rempli par tout ce dont il rêvait : avoir une identité, pouvoir la consolider sur le terrain, avoir des repères spirituels, idéologiques, donner un sens à sa vie même s'il est disposé à la perdre dans le combat et retourner "au pays des mécréants" faire le malheur de ceux qui ne pensent pas comme lui, ceux qu'on lui a appris à haïr au point de trouver leur disparition nécessaire, normale. C'est la tête de Mohamed Merah, c'est aussi celle de Mehdi Nemmouche.

Traquer ce genre d'individus rassurera quelques citoyens. Mais le fond du problème restera intact. Émile Cioran disait que c'est tout à fait naturel que la jeunesse soit attirée par les idées radicales et tombe dans le fanatisme (lui-même n'y a pas échappé). Les convertis sont connus pour en rajouter. Mais que dire de ceux qui sont nés dans un milieu musulman où les parents pratiquent un islam tranquille, modéré et paisible ? Ce sont souvent des victimes qui ont fait de mauvaises rencontres et qui suivent ces prétendus imams qui les dirigent ensuite vers l'aventure djihadiste en utilisant des arguments puisés dans l'ignorance et la mauvaise foi (sur le drapeau noir de cette armée est écrit en arabe "Allah Messenger Mohamed", ce qui est aussi incorrect en arabe qu'en Français).

Des banlieues pathogènes

Tous les enfants français issus de l'immigration ne tombent pas dans ce piège. Mais pour la minorité qui est partie se battre pour l'établissement d'un État islamique (ils sont un millier sur environ deux millions), ce n'est pas une nouvelle loi sur le terrorisme qui règlera le problème de fond. À la limite, ceux-là sont perdus. Soit ils mourront en "martyrs" sur le front, soit ils rentreront à la maison, vidés de leur humanité et prêts à exécuter n'importe quel ordre, même celui de tuer des enfants d'une école juive. Le cas Merah est vif dans certaines mémoires. Il est considéré par certains comme un héros d'une cause non dite, non proclamée. Non seulement il faudra

redoubler de vigilance afin de les empêcher à leur retour, si toutefois on les repère, de commettre des attentats commandités par al-Qaida ou le pseudo calife al-Baghdadi, mais il faudra aussi essayer de les désintoxiquer, de les remettre sur le chemin du droit.

Le travail qui doit être entrepris sera long. Il faudra creuser en profondeur. Attaquer le problème à la racine plutôt qu'à la surface pour se dédouaner. Car il s'agit des banlieues pathogènes, malsaines, productrices de vide et d'aberrations. Si aujourd'hui des jeunes trouvent leur salut au sein d'une armée de mercenaires égorgeurs d'innocents, ce n'est pas par hasard. Depuis la Marche des Beurs contre le racisme il y a 30 ans, de nombreuses alertes ont été lancées. Aucun gouvernement, de droite ou de gauche, n'a pris les mesures déterminantes qui s'imposaient. Il faudra revisiter notre politique de la ville, faire en sorte que la mixité sociale soit une réalité, éliminer les lieux de relégation. Permettre une vraie adhésion identitaire aux valeurs de notre république. Remplir tout le vide. Le chemin est long. Et je ne vois rien, à ce stade, qui soit entrepris qui puisse nous y conduire.

http://www.lepoint.fr/economie/depenses-sociales-la-charge-severe-de-la-cour-des-comptes-17-09-2014-1864093_28.php

106,68

Dépenses sociales : la charge sévère de la Cour des comptes

Le Point - Publié le 17/09/2014 à 17:57 - Modifié le 17/09/2014 à 18:03

Les magistrats tirent la sonnette d'alarme sur la réduction du déficit des comptes sociaux, et mettent en doute la maîtrise des dépenses affichée.



Le premier président de la Cour des comptes, le socialiste Didier Migaud, n'hésite pas à critiquer en creux l'insuffisance des mesures prises par la ministre de la Santé, Marisol Touraine. © BERTRAND GUAY / AFP

Par **MARC VIGNAUD**

Voilà qui fait planer encore un peu plus le doute sur la capacité du gouvernement à réellement réduire les dépenses. Dans son rapport annuel sur l'application des lois de financement de la Sécurité sociale, la Cour des comptes doute ouvertement de l'effort du gouvernement pour contenir les déficits sociaux (Sécurité sociale et fonds de solidarité vieillesse).

En 2013, première année de gestion totalement imputable à François Hollande, leur réduction a "eu tendance à marquer le pas et, en 2014, cette réduction devrait être des plus limitées", s'est inquiété le premier président de l'institution, le socialiste Didier Migaud, en présentant son rapport à la presse. De près de 30 milliards en 2010, l'écart entre les dépenses et les recettes des comptes sociaux est pourtant redescendu à 16 milliards à la fin de l'année dernière. Mais le rythme de cette "sensible diminution" ralentit chaque année. Il est passé de 7 milliards à 3,1 milliards en 2013 et devrait même être inférieur à 2,4 milliards cette année.

Une réduction du déficit toujours plus difficile

Pire, l'essentiel de ce maigre acquis repose sur des augmentations de recettes et non pas sur une réelle maîtrise des dépenses qui ont continué à augmenter de 2,7 % en 2013 (inflation comprise), soit bien plus que le PIB. La situation est d'autant plus inquiétante que ce déficit peut être considéré, selon les magistrats de la Cour des comptes, comme étant aux trois cinquièmes structurel, c'est-à-dire indépendant de la mauvaise conjoncture économique. La preuve en est que la Sécurité sociale n'a plus été en équilibre depuis 2001. "Le déficit des comptes sociaux est une anomalie, car ce sont des dépenses courantes", a martelé Didier Migaud. L'endettement accumulé par les comptes sociaux ne peut en effet pas être considéré comme sain, car il ne représente pas des investissements pour l'avenir.

D'ici à 2017, le gouvernement a prévu de passer la vitesse supérieure sur la réduction des dépenses, avec 21 milliards d'économies sur la Sécurité sociale sur les fameux 50 milliards promis par rapport à leur évolution tendancielle. La tâche sera particulièrement ardue en 2015, à cause de la faible inflation. Les pistes livrées comme chaque année par la Cour pour maîtriser les dépenses ne seront donc pas de trop pour aider l'exécutif à tenir ses engagements.

Un objectif de dépenses d'assurance maladie surestimé

La Cour des comptes explore par exemple les retraites des artisans et des commerçants, largement sous financées, à cause de la baisse des effectifs, ou encore la fraude des employeurs aux cotisations sociales. Mais ses pistes concernent avant tout l'assurance maladie. "Un effort nettement plus ambitieux de maîtrise des dépenses (...) est possible sans mettre en cause la qualité de soins ou compromettre l'égalité d'accès au système de santé", a souligné Didier Migaud. Sur le papier, le gouvernement affiche un respect de son objectif de progression maximale des dépenses maladies (Ondam) qu'il fixe lui-même chaque année. Mais ce bon résultat serait simplement lié à sa surévaluation, expliquent en substance les magistrats de la Cour, qui appellent à plus de transparence quant à sa fixation.

La charge est sévère. L'efficacité des fameuses agences régionales de santé, instituées par Roselyne Bachelot sous Nicolas Sarkozy pour piloter le système et donc le rationaliser, est remise en question. Les projets régionaux de santé "n'ont pas permis de construire des parcours de soins fluides entre médecine de ville, hôpital, institutions médico-sociales. (...) Leur architecture complexe, leur lourdeur d'élaboration, la superposition des objectifs en ont fait un cadre peu opérationnel", attaque Didier Migaud, au point d'en remettre en cause l'existence même.

Des outils inefficaces

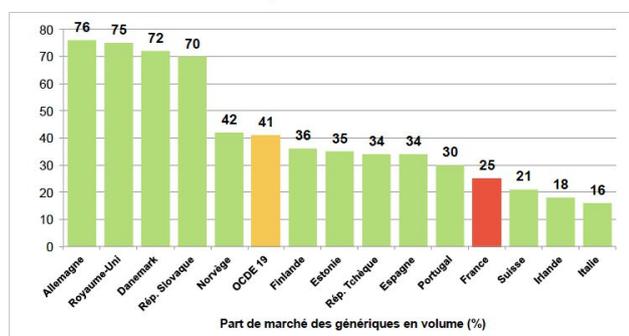
Le système de conventions signées entre l'assurance maladie et les différentes catégories de professions libérales de santé en échange de la fixation d'objectifs précis ne trouve pas plus grâce aux yeux des magistrats. Le constat dressé par Didier Migaud est accablant. "Leur contribution à une meilleure répartition géographique des professionnels libéraux a été tardive et limitée, en particulier pour les médecins. Les dépassements tarifaires ont significativement augmenté et ne paraissent pas pouvoir être endigués", a fustigé le premier président de la Cour des comptes. Pire, l'élargissement de ces conventions "a entraîné des dépenses nouvelles, sous forme en particulier de rémunérations forfaitaires ou à la performance, sans que les obligations définies en contrepartie soient toujours à la hauteur des enjeux ni leur résultat mesurable". En clair, on a distribué des compléments de revenu aux médecins sans réelles contreparties !

L'échec des génériques

Le chapitre consacré aux médicaments génériques est édifiant. En France, ils représentent moins d'une boîte de médicament sur trois, contre trois sur quatre en Allemagne ou au Royaume-Uni ! La faute à une politique de diffusion "peu efficace" et même "à bout de souffle". Face aux réticences des médecins eux-mêmes, les pouvoirs publics ont décidé de passer par les pharmacies pour inciter au remplacement moyennant une carotte pour les officines et pour les patients (le tiers payant). Résultat, pour un euro d'économie lié aux génériques, un euro va dans la poche du pharmacien.



LA DIFFUSION DES GÉNÉRIQUES : DES RÉSULTATS FRANÇAIS TROP MODESTES



Source : OCDE 2013

17/09/2014

Cour des comptes - Le droit social

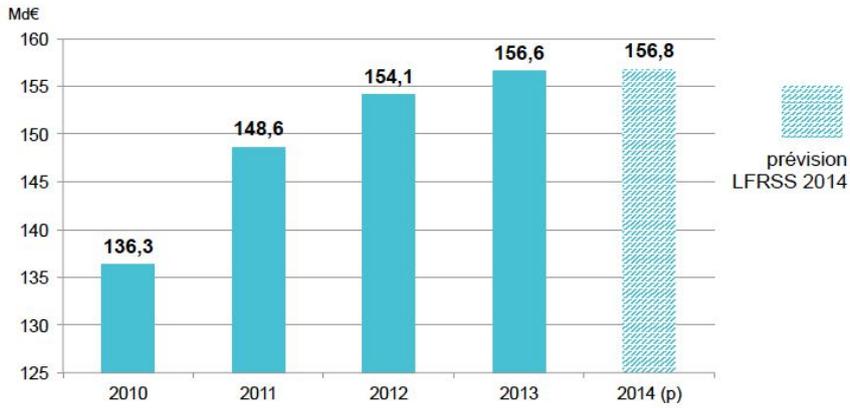
8

Si, sur le papier, le taux de substitution a donc péniblement atteint 82 %, la liste de médicaments substituables reste beaucoup plus étroite que dans d'autres pays européens. Plus d'une boîte sur deux ne l'est pas. Elle n'inclut par exemple pas le paracétamol. Lorsqu'un médecin en prescrit à son patient, le pharmacien n'a par exemple pas le droit de servir autre chose que du Doliprane®! Résultat, même si le taux de substitution atteignait 100 %, le répertoire des génériques n'atteindrait pas plus de 40 % du marché... L'enjeu des génériques est loin d'être anecdotique. Leur meilleure diffusion pourrait rapporter jusqu'à 2 milliards d'euros par an à la Sécu, estiment les magistrats.

Mais c'est loin d'être le seul gisement. La Cour des comptes aborde par exemple cette année l'explosion des dépenses des "dispositifs médicaux", soit "plus de 80 000 produits d'une très grande diversité, allant des pansements aux fauteuils roulants" ; les surcoûts liés à la mauvaise gestion de la maternité (séjour à l'hôpital trop long) ou encore le recours démesuré aux urgences. Cette liste à la Prévert, ajoutée à celle des autres années, apparaît tout d'abord désespérante. Elle ne l'est en fait pas, car elle prouve qu'il est possible de conserver un système très protecteur sans le rendre insoutenable.



UNE DETTE SOCIALE TOUJOURS ÉLEVÉE



Source : Cour des comptes

Schizophren in Paris

Es verheißt nichts Gutes, wenn jetzt auch der französische Premierminister Valls die Mär der Parteilinken verbreitet. Vor fünf Monaten war Valls als entschlossener Reformier angetreten, jetzt bremst sich der Sozialist selbst aus.

18.09.2014, von **MICHAELA WIEGEL**



© AFP  Viel Zeit verloren: Frankreichs Staatspräsident François Hollande und Premierminister Manuel Valls

Die französische Regierung hat eine wichtige Hürde genommen. Premierminister Manuel Valls ist nicht gestürzt, Frankreich droht vorerst kein politisches Chaos. Das Vertrauensvotum ist ein Sieg für die Institutionen der Fünften Republik, die dem Land nach einer langen Phase der Instabilität seit 1958 regelmäßig regierungsfähige Mehrheiten bescherten. Damit enden die guten Nachrichten aus Paris jedoch auch schon. Denn der Preis ist hoch, den der sozialistische Regierungschef für die knappe Mehrheit von zwölf Stimmen gezahlt hat. Vor fünf Monaten war Valls als entschlossener Reformier angetreten, jetzt bremst er sich mit Rücksicht auf den Linksflügel seiner Partei selbst aus.



Autorin: Michaela Wiegel, Politische Korrespondentin mit Sitz in Paris. Folgen:

Trotz der verheerenden wirtschaftlichen Bilanz nach gut zwei Jahren sozialistischer Machtausübung lehnt Valls ein beschleunigtes Reformtempo und eine beherzte Sanierung der Staatsfinanzen ab. Noch immer steht er schneidig hinter dem Rednerpult der Nationalversammlung und spricht feurig, aber sein „Mut zu reformieren“ ist zu einer Worthülse verkommen. Die Grünen, die Kommunisten und die Linkspartei haben ihm auf Dauer die Gefolgschaft versagt. In der Regierungsfraktion gärt es weiterhin. Der 52 Jahre alte Vollblutpolitiker tastet sich nur noch vorsichtig voran.

Valls eröffnet keine Reformbaustellen mehr, sondern führt Bestandsschutzzonen ein. Die 35-Stunden-Woche muss bleiben, eine Senkung des staatlich festgesetzten Mindestlohns ist ausgeschlossen. Die Bezüge der Beschäftigten im öffentlichen Dienst dürfen nicht reduziert, der Staatsapparat darf nicht verschlankt werden. Neue Einschnitte im Staatshaushalt verbittet er sich. Stattdessen feiert er die „sichtbare Hand des Staates“ und „das französische Sozialmodell“. Er verherrlicht „die Rente mit 60“, die für 150.000 Franzosen wiedereingeführt wurde, und die Einrichtung von 60.000 neuen Beamtenstellen. Der „Sarkozy der Linken“ entpuppt sich als Wiedergänger François Hollandes - nur mit katalanischem Temperament.

Mehr zum Thema

- Frankreich macht Schulden und senkt Steuern
- Schuld sind die Deutschen

Noch verkörpert vor allem der Hausherr im Elysée-Palast den wirtschaftlichen Misserfolg sozialistischer Politik. Hollande wird angelastet, dass sein allein über Steuererhöhungen finanzierter Sanierungskurs zu einer Rekordarbeitslosenquote und dem Bruch mit allen europäischen Regeln geführt hat. Mit dem literarischen Rachefeldzug Valérie Trierweilers ist Hollande endgültig als

tragikomische Gestalt in die bewegte Geschichte der französischen Republik eingegangen. Einer seiner Vorgänger im Elysée-Palast schied in den Armen seiner Geliebten dahin. Hollande ließ sich von einer seiner Verflochtenen politisch erdolchen. Seine Parteifreunde behandeln ihn wie eine wandelnde Leiche. Zwar gelingt es Hollande noch, seine Minister an diesem Donnerstag in gaullistischer Tradition als Zuschauer zu seiner Pressekonferenz antreten zu lassen. Aber für die meisten Franzosen ist der Präsident zum hilflosen Zuschauer seines eigenen Scheiterns geworden.

Noch vor der Halbzeit des Präsidentenmandats beschäftigt Frankreich nichts so sehr wie Hollandes Nachfolge. In seiner Regierungserklärung gab sich Valls als Anwärter zu erkennen, der seinen Gesellschaftsentwurf an dem eines ehemaligen Präsidenten messen will. Gemeint war Nicolas Sarkozy, dessen angekündigte Rückkehr die rechtsbürgerliche Opposition endlich aus dem Koma zu reißen verspricht. Es ist höchste Zeit, dass die UMP sich sammelt und einen Gegenentwurf vorstellt. Von der Schwäche der Regierung und der Opposition profitiert nur die Partei Marine Le Pens, die zum Sammelbecken der von den etablierten Parteien enttäuschten Wähler geworden ist. Die Vorsitzende des Front National (FN) steht „vor den Pforten der Macht“, wie es der Premierminister kürzlich treffend bemerkte.

Die Verantwortung der regierenden Sozialisten für das Erstarken des Front National bekümmert Valls nicht. Stattdessen nimmt er Deutschland in die Pflicht, das angeblich für die europäische und damit auch für die französische Wachstumsschwäche verantwortlich sein soll. **Kurz vor seinem Antrittsbesuch in Berlin erweckt er den Eindruck, dass es vor allem das deutsche „Spardiktat“ sei, das Frankreich in die Rezession getrieben habe.** Es verheißt nichts Gutes, wenn jetzt auch der Premierminister die Mär der Parteilinken verbreitet. Regierungserklärungen sind nicht für das Ausland geschrieben.

Aber Valls hat sich ohne Not in Widersprüche verstrickt. Er behauptete, „Frankreich entscheidet allein, was es zu tun hat“. Zugleich erteilte er Deutschland unverfroren Lehren, wie es sich seiner Verantwortung in Europa zu stellen habe. Das zeugt bedauerlicherweise von der europäischen Schizophrenie, die in der französischen Staatselite vorherrscht. Sie nörgeln „zum Wohle der EU“ an der deutschen Politik herum, empören sich aber, sobald ein kritischer Blick von außen Frankreich trifft. Auch Valls scheint nichts Besseres eingefallen zu sein, als sich seiner Partei über die Konfrontation mit der Bundeskanzlerin anzubiedern. Angela Merkel ist gut beraten, sich auf dieses Spiel nicht einzulassen.

La France, pays où l'on travaille le moins ?

Le Monde.fr | 18.09.2014 à 10h09 • Mis à jour le 18.09.2014 à 11h45 | Par [Alexandre Pouchard](#), [Samuel Laurent](#) et [Delphine Roucaute](#)



Revoilà le temps de travail. Le Medef s'apprête à rendre publiques une série de propositions pour relancer l'économie, très commentées avant même leur publication.

C'est ainsi qu'Hervé Mariton, député UMP de la Drôme et candidat à la présidence de son parti, a été amené lundi 15 septembre à évoquer la durée de travail des Français, sur i-Télé. Avec une « jolie » formule, qui emprunte de gros raccourcis.

Ce qu'il a dit :

« *On est le pays où l'on travaille le moins dans la semaine, dans l'année et dans la vie* »

La France, pays qui travaille peu, le refrain est connu. Néanmoins, comme bien souvent en matière de comparaisons internationales, on obtient des réponses bien différentes selon ce que l'on compte.

1. La semaine de travail la plus courte d'Europe ?

C'EST FAUX.

Tout d'abord le temps de travail hebdomadaire. Où se situe la France parmi ses voisins ? La réponse dépend de ce que l'on regarde dans les données d'Eurostat, organisme de statistique de la Commission européenne sur lequel se fonde notamment l'Insee :

- **Travailleurs à temps plein uniquement** : la France en queue de peloton. Selon cette statistique, les Français salariés à temps plein travaillent 40,7 heures par semaine, soit moins que la moyenne européenne (41,5 heures) et que de grands voisins comme l'Allemagne, l'Espagne(41,7 heures) et le Royaume-Uni (42,8 heures), mais plus que l'Italie(40,4 heures), la Finlande (40 heures) ou le Danemark (38,8 heures).
- **37,5 H Temps plein ET temps partiel** : la France en tête de peloton. La situation est totalement différente si on prend en compte les temps partiels – massivement utilisés dans certains pays comme l'Allemagne ou le Royaume-Uni. Dans ce cas, avec 37,5 heures de travail par semaine en

moyenne, les Français se situent légèrement au-dessus de la moyenne européenne (37,2 heures) et devant... les Allemands (35,3 heures), les Italiens (36,9 heures), les Néerlandais (30 heures) ou encore les Britanniques (36,5 heures). Bref, pas vraiment la dernière position.

- **Travailleurs indépendants : la France en 4^e position.** Le classement est encore différent pour les non salariés. Cette fois, avec 48 heures, la France est... en quatrième position en Europe, derrière la Belgique (52 heures), la Turquie (48,7 heures) et la Grèce (48,4 heures), mais devant tous les autres.

Bref, sur une semaine « normale », sans prendre en compte donc congés ou absences, notre pays n'est pas en bas du tableau, et est même plutôt en haut pour les non salariés.

Il en est de même avec les données de l'Organisation de coopération et de développement économiques (OCDE), qui placent elles aussi la France (38 heures), tous travailleurs confondus et pour l'année 2011 (derniers chiffres disponibles), devant l'Allemagne (35,5 heures), le Royaume-Uni (36,4 heures) ou la Belgique (36,8 heures). Sur le temps de travail hebdomadaire, Hervé Mariton a donc clairement tort.

2. Le temps de travail annuel le plus faible en Europe ?

C'EST FAUX.

Oui mais voilà, le temps hebdomadaire est à mettre en regard du temps de travail annuel. Pour affirmer que la France « est le pays où l'on travaille le moins dans l'année », Hervé Mariton s'appuie probablement sur une étude de Coe-Rexecode (pour « Centre d'observation économique et de recherche pour l'expansion de l'économie et le développement des entreprises »), un cabinet proche du patronat.

Publiée en juin 2014, elle affirme qu'« en 2013, la durée effective annuelle de travail des salariés à temps complet reste en France la plus basse d'Europe après la Finlande » : 1 536 heures pour l'ensemble des salariés (contre 1 580 heures en Allemagne et en Belgique, 1 637 heures au Royaume-Uni, 1 643 heures en Espagne...) et 2 372 heures pour les travailleurs indépendants (contre 2 015 heures en Espagne, 2 038 heures au Royaume-Uni, 2 151 heures en Italie ou encore 2 399 heures en Allemagne).

Mais la méthodologie de cette étude est décriée, car d'une part, elle ne prend en compte que les travailleurs à temps plein – alors que le temps partiel, comme nous l'avons précisé plus tôt, est massivement utilisé chez certains de nos voisins – et, d'autre part, parce qu'elle multiplie les temps de travail hebdomadaire par 52 semaines sans prendre en compte de manière précise les congés payés, les absences pour formation, pour maladie, etc. dans chaque pays.

Marianne et Alternatives économiques avaient notamment expliqué dans le détail les incohérences de cette étude lors de sa première publication, en janvier 2012.

1 478 Les chiffres publiés par l'OCDE, qui concernent les travailleurs à temps plein mais également à temps partiel et incluent heures supplémentaires (payées et non payées), congés payés ou encore jours de grève, situent eux aussi la France en queue de peloton en Europe avec 1 478 heures travaillées par actif en 2013.

Mais notre pays n'est pas celui « où l'on travaille le moins dans l'année », comme l'affirme Hervé Mariton, car on trouve notamment, plus bas dans le classement... l'Allemagne là encore (1 387 heures), les Pays-Bas (1 380 heures) ou encore la Norvège (1 407 heures).

3. Le pays où l'on travaille le moins dans la vie ?

C'EST FAUX.

Erreur sur le travail hebdomadaire, erreur sur le travail annuel... et erreur là encore sur le travail dans la vie pour Hervé Mariton.

Avec 34,6 années travaillées en moyenne, le Français se situe légèrement en dessous de la moyenne européenne (35 ans), selon [les statistiques fournies par Eurostat](#). Et on trouve, plus bas dans le classement, des pays comme l'Italie (30,5 ans), la Grèce (32 ans) ou encore la Belgique (32,2 ans).

Nos grands voisins que sont l'Espagne, l'Allemagne et le Royaume-Uni se situent respectivement légèrement au-dessus (34,7 heures) pour le premier et largement au-dessus pour les deux suivants (37,5 ans et 38,1 ans).

Pour [fonder](#) son affirmation, Hervé Mariton s'appuie peut-être sur le taux d'[emploi](#) des seniors (travailleurs âgés de 55 à 64 ans), qui a été l'un des plus faibles en Europe mais a récemment progressé pour [atteindre](#) 45,6 % en 2013 (contre 41,5 % en 2011) [selon les statistiques d'Eurostat](#).

Dans ce domaine, la moyenne européenne s'établit à 50,1 %, nos voisins allemands (63,5 %) et britanniques (59,8 %) faisant mieux dans ce domaine que les Espagnols (43,2 %) et les Italiens (42,7 %).

4. L'un des pays les plus productifs d'Europe

Si Hervé Mariton évoque le temps de travail, il se garde bien de [mentionner](#) le taux de productivité des Français, qui est l'un des plus élevés d'Europe, après le [Luxembourg](#), l'[Irlande](#) et la Belgique.

Selon une productivité calculée à [partir](#) du produit national brut ([PNB](#)), divisé par le nombre de personnes employées et rapportée à la productivité européenne, la France aurait un taux de 125,5, contre 106,3 pour l'Allemagne ou 109,6 pour le Royaume-Uni. A temps de travail égal, la France produit donc plus de richesses que la plupart de ses voisins européens.

Voir notre infographie : [Les Français travaillent moins mais sont plus productifs](#)

61,2 \$/HD'autres classements le prouvent. Si l'on compare les chiffres du produit intérieur brut ([PIB](#)) par heure travaillée, là encore, la France arrive dans les meilleurs élèves de la productivité.

[Selon des chiffres de l'organisation de coopération et de développement économiques \(OCDE\)](#), les Français produisaient, en 2013, 61,2 dollars (47 euros) par heure travaillée, soit 13,8 dollars (10,7 euros) de plus que la moyenne de l'OCDE. Quant à la productivité globale, c'est-à-dire [la valeur ajoutée brute](#), elle a augmenté d'1 % l'an dernier, à 1 896,9 euros.

Die Bevölkerungsexplosion wird afrikanischer

Das Wachstum der Weltbevölkerung kommt doch nicht zum Stillstand: Die Zahl der Menschen auf dem Planeten wird bis 2100 auf mehr als zwölf Milliarden Menschen steigen, sagen neue Berechnungen. An Asien liegt das nicht.

18.09.2014, von JOACHIM MÜLLER-JUNG



© DPA  In Afrika wird die Bevölkerung wohl weiter massiv zunehmen.

Die Anzeichen verdichten sich, dass das lange angekündigte Ende des weltweiten Bevölkerungswachstums bei etwa neun Milliarden Menschen tatsächlich ausbleibt. Schon Mitte Juli hatten die Vereinten Nationen (UN) aktualisierte Bevölkerungsdaten vorgelegt, die auf ein Wachstum über die Mitte des Jahrhunderts hindeuteten. Jetzt legen Experten der UN und der University of Washington in Seattle in der Wissenschaftszeitschrift „Science“ neue Analysen vor, die mit einiger Wahrscheinlichkeit für eine anhaltende Bevölkerungsexplosion bis mindestens Ende des Jahrhunderts sprechen. Schauplatz wird allerdings dann fast nur noch ein Kontinent sein: Afrika.

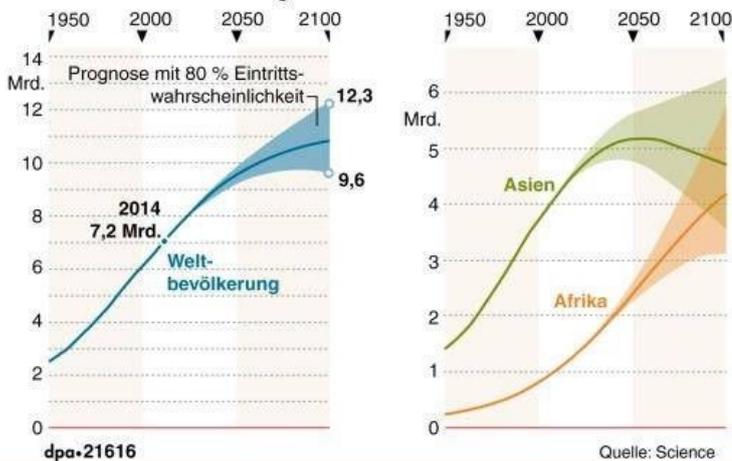


Autor: Joachim Müller-Jung, Jahrgang 1964, Redakteur im Feuilleton, zuständig für das Ressort „Natur und Wissenschaft“. Folgen:

Wenn die neuen Berechnungen zutreffen, werden bis 2100 rund 9,6 bis 12,3 Milliarden Menschen auf dem Globus erwartet. Das wären dann im extremen Fall deutlich mehr als zwei Milliarden mehr als erwartet und mindestens ein Drittel mehr als die heute rund sieben Milliarden. Der Grund, warum sich die Bevölkerungsforscher berichtigen müssen, liegt in der Methodik. Zum ersten Mal haben sie eine auf Wahrscheinlichkeitsberechnungen basierte sogenannte Bayessche Statistik verwendet, in der die Verlässlichkeit der Daten und die Unsicherheiten stärker als bisher einfließen.

Das Wachstum der Weltbevölkerung

Nach Berechnungen von UN-Wissenschaftlern könnte die Weltbevölkerung zum Ende des Jahrhunderts auf bis zu 12,3 Milliarden Menschen anwachsen. Allein in Afrika soll sich die Bevölkerungszahl vervierfachen.



Bislang hatten sich die UN vor allem auf die Einschätzungen und Hochrechnungen von Populationsexperten verlassen. Diese berücksichtigten zwar einige Faktoren wie Lebenserwartung und Reproduktionsraten, aber die einzelnen Länderdaten wurden nur

unzureichend in ihrer Zuverlässigkeit gewichtet. Außerdem gingen einige demographische Faktoren wie sich verändernde Sterberaten und Wanderungsbewegungen nicht ein.

Dem neuen Bevölkerungsmodell zufolge gibt es eine Wahrscheinlichkeit von 70 Prozent, dass sich das Bevölkerungswachstum entgegen früherer Annahmen doch nicht stabilisieren wird. Mit einer noch höheren Wahrscheinlichkeit, nämlich 80 Prozent, wird demzufolge die Zahl der Menschen in Afrika südlich der Sahara bis 2100 von heute einer Milliarde auf vier Milliarden quasi explodieren. Damit spielt sich die Entwicklung vor allem auf dem afrikanischen Kontinent ab. Insgesamt könnten in Afrika dann an die 5,1 Milliarden Menschen leben. Die Bevölkerung Asiens wird danach dagegen kaum noch zunehmen, von heute rund 4,4 auf eine stabile Bevölkerungszahl von 5 Milliarden. Nordamerika, Europa und Lateinamerika werden zusammen genommen unterhalb der Schwelle von einer Milliarde bleiben.

Die Ursache für die teils drastischen Korrekturen sind Erkenntnisse des letzten Jahrzehntes. In dieser Zeit hat die Zahl der Kinder, die afrikanische Frauen gebären, deutlich weniger abgenommen als erwartet. Ursprünglich hatte man gedacht, dass sich die Reproduktionsrate wie in Asien entwickeln würde, wo man seit 1950 einen sukzessiven Rückgang beobachtet. Vor allem in den siebziger Jahren ging mit wachsendem Wohlstand einiger großer Länder die Zahl der Geburten rasch zurück. In Afrika ist diese Entwicklung ausgeblieben. Obwohl man einen leichten Knick registriert hatte, beträgt der Rückgang der Reproduktionsrate weniger als ein Viertel des asiatischen Wertes. Zudem leben die Menschen auch in Afrika mittlerweile länger.



Die Experten sehen keine Anzeichen, dass sich die Situation in Afrika dramatisch entspannen würde, zumal sich die Armut und die Bildungssituation insbesondere für Frauen nicht durchgreifend zum Besseren entwickeln. Zwar könnte man die Lage durch gewaltige Investitionen der Weltgemeinschaft in den kommenden Jahrzehnten noch etwas entschärfen. Es überwiegt bei den Wissenschaftlern aber der Pessimismus. Das gilt auch im Hinblick auf die Demographie der etwas wohlhabenderen Länder. Schwellenländer mit gewaltigen Populationen werden zunehmend die Alterung der Bevölkerung spüren. Länder mit einem aktuell großen Anteil einer jungen Bevölkerung wie China oder Brasilien werden das Alterungsproblem verschärft erfahren, mitsamt der damit einhergehenden sozialen Belastungen.

Auch Deutschland wird in der Studie erwähnt: Danach wird der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter im Verhältnis zu den Rentnern von 2,9 auf 1,7 im Jahr 2035 fallen und dann weiter auf 1,4 bis zum Ende des Jahrhunderts. In den Vereinigten Staaten ist das ähnlich: von heute 4,6 auf 1,9 im Jahr 2100.

Die Märchenstunde eines verzweifelten Präsidenten

François Hollande bittet zur Pressekonferenz. Er findet, er hat jetzt genug reformiert, und spricht lieber über die Außenpolitik. Und außerdem: Frankreich sei weltweit immer noch "eine Referenz".

Von Sascha Lehnartz



François Hollande hat als französischer Präsident nicht mehr viel Rückhalt in der Bevölkerung. Bei der halbjährlichen Pressekonferenz umschiffte er so manches schwierige ThemaFoto: REUTERS

François Hollande wird den [Kampf gegen die islamistische Terrorgruppe Islamischer Staat \(IS\)](#) mit Luftschlägen im Irak unterstützen, er will zwecks Eindämmung der Ebola-Epidemie in Westafrika ein Feldlazarett in Guinea errichten lassen – und er ist der Meinung, dass die bislang von ihm angestoßenen Reformmaßnahmen ausreichen müssten. Mehr könne man den Franzosen eigentlich nicht zumuten. Das sind, grob zusammengefasst, die wesentlichen Aussagen, die der französische Präsident am Donnerstagnachmittag auf seiner halbjährlichen Pressekonferenz im Élysée-Palast vor 341 Journalisten machte.

Ungewohnt direkt spielte [Hollande](#) während seiner Rede auf die wachsende Unruhe in Berliner Regierungskreisen an, wo man das schleppende französische Reformtempo mit wachsender Sorge betrachtet. "Man sagt uns, ‚macht es wie Schröder in Deutschland‘. Aber man kann von uns nicht verlangen, in fünf Jahren das zu tun, wofür man in Deutschland zehn Jahre gebraucht hat – unter angenehmeren wirtschaftlichen Bedingungen und ohne den Zwang, die Defizitgrenze einzuhalten." Dabei unterschlug Hollande allerdings, dass Gerhard Schröder und Jacques Chirac die Defizitgrenze bereits 2003 gemeinsam "flexibel" ausgelegt hatten – just mit demselben Argument, das auch Hollande heute anführte: Man dürfe das Wachstum nicht durch Sparpolitik gefährden.

Der Präsident übertreibt also geringfügig, wenn er so tut, als verlange irgendjemand von Frankreich, "besser zu sein als die Deutschen und doppelt so schnell". In Wahrheit haben es rechte wie linke Regierungen in Frankreich seit 13 Jahren nicht geschafft, wirksame Reformmaßnahmen einzuleiten, um den Verfall der französischen Wettbewerbsfähigkeit aufzuhalten.

Globale Bedrohungen

Bevor Hollande jedoch auf die kontinuierlich deprimierende französische Wirtschaftslage einging, entwarf er das Bild diverser globaler Bedrohungen, die auch vor den Grenzen Europas nicht haltmachten und deshalb bekämpft werden müssten. Es gäbe eine Bedrohung durch Terroristen, "die noch nie so große Mittel hatten". Hollande wies darauf hin, dass die Situation in Syrien sich auch deshalb verschlechtert habe, weil die "internationale Gemeinschaft untätig geblieben ist". Das war eine kaum verhohlene Kritik an der Haltung der USA, die nach dem Einsatz von Chemiewaffen durch das syrische Regime vor einem Jahr schließlich doch auf Luftschläge verzichtet hatten. Hollande hatte diese befürwortet.

Bislang hätten sich etwa 2000 französische Staatsbürger dem IS angeschlossen – den er und die französischen Regierungsmitglieder seit Kurzem bei seinem arabischen Namen "Daesh" nennen, weil sie dessen Anspruch, einen "Staat" zu bilden, sprachlich nicht anerkennen mögen. Rückkehrende Dschihadisten, die nach ihrem Aufenthalt in Syrien oder dem Irak Attentate auf europäischem Boden ausüben wollten, gelte es aufzuhalten. Die Bilder des Anschlags auf das jüdische Museum in Brüssel im Juni – bei dem ein französischer Staatsbürger arabischer Herkunft vier Menschen getötet hatte – seien noch allen präsent.

Nach seinem Besuch im Irak in der vergangenen Woche, so Hollande weiter, habe er nun entschieden, der Bitte des irakischen Premierministers nachzukommen und den Kampf gegen die Terroristen aus der Luft zu unterstützen. Von der französischen Luftwaffenbasis in den Vereinigten Arabischen Emiraten – wo sechs Rafale-Jagdflugzeuge stationiert sind – seien bereits erste Aufklärungsflüge unternommen

worden. Angriffe würden in Kürze geflogen, "sobald die Ziele identifiziert sind", so Hollande. Darüber hinaus wolle sich Frankreich jedoch nicht engagieren. Weder will man auf syrischem Gebiet Einsätze fliegen – noch zieht Hollande den Einsatz von Bodentruppen im Irak in Betracht.

Fragen, die Hollande nicht aufwirft

Neben dem Terrorismus drohe der Welt Gefahr von einer anderen Seuche – Ebola. "Auch hier muss Frankreich Verantwortung übernehmen", sagte Hollande und kündigte an, ein Militärhospital im westafrikanischen Guinea errichten zu lassen.

Ernste Probleme existierten jedoch auch in Europa, so leitete Hollande zur Ukraine-Krise über, in der Frankreich gemeinsam mit Deutschland seit dem Treffen der Staats- und Regierungschefs zum 70. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie am 6. Juni immer wieder versucht habe, zu vermitteln. Diese Bemühungen würden fortgesetzt. Die Sanktionen schadeten Russland, täten aber auch Europa weh. Der französische Präsident bekräftigte, dass die Lieferung der von den Russen bestellten, in Frankreich gebauten Flugzeugträger der Mistral-Klasse "aktuell nicht möglich" sei. Wenn der Prozess des Waffenstillstands eingehalten werde, könnten die Kriegsschiffe jedoch durchaus noch geliefert werden, sagte Hollande. "Aber so weit sind wir noch nicht."

Die grundsätzliche Frage, wieso man in dieser Lage überhaupt noch in Betracht zieht, Russland Helikopter- und Panzerträger zu liefern, die ideal sind, um bei entsprechendem Hormonspiegel kleinere Nachbarländer spontan zu überfallen, warf Hollande vorsichtshalber nicht auf.

Wachstumsprogramme und lockere Notenpresse

Stattdessen forderte er zum wiederholten Male eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik sowie eine "gemeinsame europäische Verteidigungsindustrie". Europa müsse seinen Bürgern "Schutz bieten". Diesen biete es derzeit weder vor den "Exzessen der Globalisierung noch im Bezug auf die Zuwanderung noch vor den sozialen Verwerfungen". Doch wenn das europäische Projekt sich auflöse, warnte Hollande, dann sei der Weg frei für nationale "Egoismen, Populismus und Separatismus".

Hollande wiederholte dann sein Mantra, das er auch auf dem Europäischen Gipfel am 24. Oktober anstimmen wird: Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit könne sich Europa nicht bei derart schwachen Wachstumsraten erholen. Im Klartext bedeutet dies: Hollande will weitere Wachstumsprogramme und eine lockere Notenpresse, ohne zusätzliche Reformmaßnahmen durchzuführen. Frankreich spreche dabei "im Interesse Europas" behauptete Hollande. Man werde "50 Milliarden einsparen", das sei "nicht einfach". "Mehr wird Frankreich nicht machen, denn das würde das Wachstum gefährden." Hollande sagte dabei nicht, dass die 50 Milliarden Einsparungen auf drei Jahre gestreckt werden. Er hält also 16 bis 18 Milliarden Euro Einsparungen pro Jahr für ausreichend bei einer Schuldenquote von knapp 90 Prozent und einem Staatsanteil an der Wirtschaftsleistung von 58 Prozent.

Es ginge ihm jedoch bei seinem Versuch, die Defizitgrenzen erneut zu überschreiten, nicht darum "die festgelegten Regeln infrage zu stellen, sondern darum, sämtlichen Bewegungsspielraum zu nutzen, den die Verträge bieten", behauptete Hollande.

Eine Art wirtschaftspolitische Kapitulationserklärung

Frankreich hat von der Brüsseler Kommission bereits zweimal einen Aufschub erhalten. Ursprünglich hatte Hollande angekündigt, bis 2015 die Drei-Prozent-Grenze zu erreichen. Nun "wünscht" er sich, das Ziel bis 2017 zu schaffen. Angesichts der Tonlage der Holländischen Ausführungen fällt es schwer zu glauben, dass diese Regierung das Ziel der Haushaltskonsolidierung überhaupt noch ernsthaft verfolgt. Der Spread – also die Differenz in den Zinssätzen – zu denen Deutschland und Frankreich sich Geld leihen können – habe sich in den vergangenen Monaten ja sogar von 1,2 auf 0,4 Prozentpunkte verringert, bemerkte Hollande und wirkte dabei ziemlich zufrieden. Für Frankreich bedeutet das nämlich, dass man sich weiterhin zu ziemlich günstigen Konditionen verschulden kann. Und solange dies so ist, wird diese Regierung keinen zusätzlichen reformerischen Ehrgeiz mehr entfalten.

Seit zwei Jahren setze er auf die "Reorientierung Europas" – versicherte Hollande. Das ist Hollandes Formulierung für seinen Kampf gegen jede Form von Haushaltsdisziplin, die in Frankreich als "Austeritätspolitik" gebrandmarkt wird. Auch die drohende erneute Abstufung durch die Ratingagentur Moody's, über die man am Donnerstag in Paris spekulierte, wird Hollande von diesem Kurs nicht abbringen. Nüchtern betrachtet waren die Ausführungen dieses Präsidenten während der dritten großen Pressekonferenz seiner Amtszeit, deren erste Hälfte im Dezember abgelaufen sein wird, eine Art wirtschaftspolitische Kapitulationserklärung.

Gut, wenn man noch Hugo und Lamartine hat

Heiterer waren seine Bemerkungen zu seiner Wetterfestigkeit – vor Kurzem hatte er sich bei einem Auftritt vor Veteranen auf der Atlantikinsel Sein bemitleidenswert nass regnen lassen. Als Präsident könne er leider weder Regen bestellen noch verbieten, scherzte Hollande. Einer Journalistin, die sich unter Einsatz sämtlicher Körperkräfte das Mikrophon sicherte, um Hollande eine Frage zum Enthüllungsbuch der ehemaligen Première Dame Valérie Trierweiler zu stellen, antwortete der Präsident, nun verstehe er, warum sie so versessen darauf gewesen sei, eine Frage zu stellen. Er werde diese jedoch nicht beantworten, da er das Amt des Präsidenten nicht beschädigen wolle. Fragen zu seinen grausam niedrigen Beliebtheitswerten (aktuell vertrauen ihm noch 13 Prozent der Franzosen) tat er ebenso ab wie Fragen nach Nicolas Sarkozy, dessen Rückkehr auf die politische Bühne für Sonntag erwartet wird. Auch Fragen danach, ob er 2017 wieder antreten werde, wich er aus.

Er habe "ein einziges Ziel", so Hollande, nämlich "dass Frankreich all seine Kräfte wiederfindet, um voranzukommen". Dann schwärmt Hollande noch ein bisschen von diesem Frankreich, das so viele Vorzüge und kulturelle Reichtümer zu bieten habe. Man sei weltweit immer noch "eine Referenz". Neulich habe ihn sogar der irakische Premier auf die romantischen Dichter Victor Hugo und Alphonse de Lamartine angesprochen.

Was den kulturellen Reichtum und die historische Strahlkraft betrifft, hat der Präsident sicher recht. Allerdings mag man bezweifeln, ob man allein mit Hugo und Lamartine Wettbewerbsfähigkeit im 21. Jahrhundert wiederherstellen kann.

"Verbrecher, Mörder, die den Islam kidnappen"

Deutsche Muslime wollen heute zeigen, dass der IS-Terror nicht im Namen ihres Glaubens legitimierbar ist. Im Gespräch mit Islamverbandschefs nennt de Maizière die Mahnwachen eine "großartige Aktion".

Von [Manuel Bewarder](#), Fatih Cekirge, Celal Özcan und Freia Peters



"Wir haben bereits eine Kooperation für Zusammenhalt": Thomas de Maizière (M.) mit Aiman Mazyek (l.) und Zekeriya Altug im InnenministeriumFoto: Jannis Chavakis

Unter dem Motto "Muslime stehen auf gegen Hass und Gewalt" rufen die großen muslimischen Verbände an diesem Freitag zu einer Mahnwache auf. In sieben deutschen Städten werden Muslime aus mehr als 2000 Moscheegemeinden nach dem Freitagsgebet auf die Straße gehen, um sich vom Terror des [Islamischen Staats](#) (IS, auch Isis) zu distanzieren und gegen die Anschläge auf Moscheen in Deutschland zu protestieren.

Mitinitiatoren sind Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime und Zekeriya Altug, der den Landesverband Hamburg der Türkisch-Islamischen Union (Ditib) leitet. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) wird an der Mahnwache in Hannover teilnehmen. Gemeinsam haben sie sich den Fragen der Journalisten von "Hürriyet" und der "Welt" gestellt.

Die Welt: Am Freitag wollen zum ersten Mal die muslimischen Gemeinden in Deutschland eine Aktion gegen Hass und Unrecht organisieren. Was wollen Sie damit erreichen?

Zekeriya Altug: Uns sind insbesondere die Opfer wichtig, wir wollen uns solidarisch zeigen mit allen Opfern, die Vertreibung, Gewalt und Terror ausgesetzt sind. Es soll ein Friedensgebet sein, wo wir auch Allahs Gnade und Unterstützung für alle unterdrückten Menschen erbitten wollen.

Die Welt: Aber was wollen Sie damit erreichen?

Altug: Wir wollen unsere eigene Gemeinde sensibilisieren und eine einheitliche Haltung der Muslime in Deutschland dadurch erreichen, dass jeder in unseren Gemeinden weiß, wofür wir einstehen. Gleichzeitig wollen wir uns in der Gesellschaft positionieren.

Wir wollen deutlich machen, dass Hass und Gewalt nicht im Namen des Islam legitimierbar sind. Wir wollen die Deutungshoheit der Religion diesen wenigen Extremisten entreißen und sehr deutlich sagen, dass wir, die Mehrheit der Muslime, diese Deutungshoheit haben. Das soll mit dieser Aktion in die Mehrheitsgesellschaft hineingetragen werden, damit auch die deutsche Bevölkerung weiß, wofür wir einstehen.

Die Welt: Wir hören in der Türkei sehr oft die Aussage, dass der Islam gegen den Terror ist. Aber einige Gruppen sind so radikal, dass sie Menschen den Kopf abschlagen. Und in Europa beteiligen sich die Jugendlichen an Isis. Warum haben Sie nicht vorausgesehen, dass diese Jugendlichen so radikalisiert werden? Dass die Terroristen sich vor den Moscheen eingenistet haben, um sie zu rekrutieren?

Altug: Diese extremistischen Gruppen sind eine verschwindend kleine Minderheit, vielleicht ein Promille der Muslime in Deutschland.

Die Welt: Eine kleine Minderheit, deren Wirkung ist so groß, dass die Nato zu diesem Problem tagt.

Altug: Das stimmt. Seit Jahren findet diese verschwindend kleine Minderheit in Deutschland mehr Gehör als die vier größten Verbände, die über 90 Prozent der organisierten Muslime vertreten. Die meisten radikalen jungen Menschen kommen nicht, um in unseren Moscheen ihre Religion zu lernen, sondern binden sich im Internet an diese Gruppen, die in den Medien präsenter sind. Wir erreichen sie in unseren Gemeinden nicht!

Wenn wir bereits radikalisierte Menschen in unseren Gemeinden sehen, dann ist es meistens zu spät; die sind nicht mehr überzeugbar. Viele dieser Kämpfer, die nach Syrien oder in den Irak reisen, sind von ihrem Umfeld her gar nicht so nah mit dem Islam verbunden. Sie finden erst in späten Jahren zum Islam, meist übers Internet, aber nicht über einen kompetenten Imam in einer Moscheegemeinde. Wir erreichen vielleicht 30, 40 Prozent der Muslime in Deutschland. Deswegen diese öffentlichen Aktionen, um auch diesen Menschen zu zeigen, wo wir stehen.

Aiman Mazyek: Dieser Tag ist für uns ein Tag, wo wir bei den Opfern sind, und dabei spielt es keine Rolle, ob sie Muslime, Juden, Jesiden, Christen oder andere sind. Wir wollen nicht schweigen zu diesem Unrecht und dem, was diese Menschen vorgeben, im Namen des Islam zu tun. **Sie sind Verbrecher, Mörder, die den Islam kidnappen.** Wir wollen deutlich machen, dass die Mehrheit der Muslime nicht nur hierzulande, sondern weltweit anders denkt und handelt.

Sie haben recht, wenn Sie sagen, wir distanzieren uns immer wieder, reicht das denn, und wir sind der Meinung, nein. Es reicht nicht. Wir brauchen proaktive Veranstaltungen, wo wir deutlich machen, für welche Werte wir stehen. Deswegen wird der Charakter dieses Tages auch ein religiöser sein, es wird ein Gebet für Frieden in der Welt und in unserem Land stattfinden.

Wir werden auch auf Gewalt aufmerksam machen, die Muslime erfahren. Die [Brandanschläge auf Moscheen](#), die in den letzten Wochen zugenommen haben, sind bedrohliche Zeichen, dass etwas nicht in Ordnung ist. Wir wollen, dass in unserer Gesellschaft kein Hass ist zwischen den Völker- und Religionsgruppen. Wir verstehen uns als Teil dieser Gesellschaft. Wir sind sehr dankbar, dass der Minister sprechen wird, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden und der evangelischen Kirche.

Die Welt: Wie knüpfen Muslime in Deutschland Kontakt zur Isis?

Thomas de Maizière: In Deutschland leben rund vier Millionen Muslime, und wir beobachten mit Sorge, dass die Zahl der radikalisierten Menschen aus dem Bereich des Salafismus steigt. 6000 Radikalisierte sind nicht wenig, aber im Verhältnis zu vier Millionen Muslimen eine kleine Zahl. Die Aktion der Muslime gegen Extremismus ist großartig. Sie zeigt, dass sich die Mehrheit der Muslime von jeder Form der Gewalt distanzieren.



"Scharia-Polizei"

Juristen befürchten Parallel-Justiz

Ich unterstütze ausdrücklich, dass mit diesem Friedensgebet auch darauf hingewiesen wird, dass Muslime in Deutschland Opfer von Gewalt und Islamfeindlichkeit sind. Wir haben seit Anfang 2012 knapp 80 Straftaten rund um Moscheen, und wir haben in den letzten Monaten fünf Brandanschläge gehabt.

Wir haben die Blutspur, die die Mörderbande vom [NSU](#) in Deutschland hinterlassen hat, nicht vergessen. Und wir haben letzten Sonntag zusammengestanden, als es um Rassismus und Anschläge gegen Juden in Deutschland ging. Religion soll Frieden stiften und nicht Hass säen. Das ist eine gemeinsame Überzeugung von Christen, Juden und Muslimen.

Die Welt: Andererseits kämpfen und töten radikale Muslime aus Deutschland in den Kriegsgebieten.

de Maizière: Wir schätzen, dass sich ungefähr 400 junge Menschen aus Deutschland so radikalisiert haben, dass sie unter einer fälschlichen Berufung auf den Islam aus Deutschland Krieg und Terror nach Syrien und in den Irak tragen. Und möglicherweise einige davon auch wieder zurück. Die Ausgereisten sind überwiegend Männer, aber auch ein paar Frauen. Deutsche, Menschen mit doppelter Staatsangehörigkeit und Ausländer.

Die Reisen in Dschihadgebiete sind kein neues Phänomen, denn wir hatten schon den Export von Terroristen aus Deutschland in Afghanistan und Pakistan. Das Erstaunliche ist, dass die Prozesse der Radikalisierung zum Teil in Wochen oder Monaten geschehen. Wir müssen verstehen, woran das genau liegt.

Vielleicht finden diese jungen Menschen keine Antworten auf Fragen wie: Was ist der Sinn meines Lebens? Welche Bedeutung habe ich? Warum bin ich in der Schule oder im Job nicht erfolgreich? Es gibt Menschen, die einfache Antworten auf diese Fragen anbieten. Islamische Propaganda im Internet gibt solche Antworten. Das führt bei eher nicht so gefestigten Menschen zu einer Faszination.

Die Welt: Was tun Sie dagegen?

de Maizière: Dagegen muss man hart auch polizeilich vorgehen. Ich habe am vergangenen Freitag jedwede Betätigung von und für IS in Deutschland [verboten](#). Das ist eine der schärfsten Maßnahmen, die unser Rechtsstaat vorsieht. Aber alleine mit der Polizei bekommt man das nicht in den Griff. Wir brauchen staatliche Maßnahmen der Vorbeugung und Deradikalisierung, die wir zum Teil auch schon haben. Aber wir brauchen auch die Hilfe der Gesellschaft, der Nachbarn, der Freunde, der Eltern. Und auch insbesondere der Muslime in Deutschland.

Die Welt: Haben die muslimischen Verbände nicht versagt? Fünf Selbstmordattentate im Irak und in Syrien wurden von Deutschen verübt.

Mazyek: Die Brutalität der Kriege, die Anzahl der Opfer hat zugenommen. Wir haben eine neue Dimension erreicht. Die Radikalisierung von Jugendlichen erfolgt durch das Internet heute schneller. Wir sprechen viele Muslime an und betreuen sie.

Etwa 30, 35 Prozent der vier Millionen Muslime in Deutschland besuchen regelmäßig eine Moschee. Radikalisieren tun sich meist Personen, die gar nicht in die Gemeinden gehen, die das Gefühl haben, dass in den Moscheen ein weich gespülter Islam vermittelt wird. Die gehen direkt den Weg des Internets.

Die Welt: Wie kann man sie aufhalten?

Mazyek: Wir brauchen ein Klima in Deutschland, das den Familien dieser Jugendlichen und auch den Gemeinden die Möglichkeit bietet, junge Leute, die dabei sind, sich zu radikalieren, wieder zurückzuholen. Das geht zunächst nur mit religiöser Ansprache. Polizeiliche Maßnahmen sind wichtig. Verfolgung, Verbote, Passentzug, um die Ausreise zu verhindern. Aber zusätzlich müssen wir Imame und Vorstände qualifizieren.

de Maizière: Die Zahl der gewaltbereiten Islamisten hat im vergangenen Jahr dramatisch zugenommen. Bei aller Besorgnis über das Schicksal der Menschen vor Ort und auch der Sicherheit in Deutschland, sehe ich für uns auch eine große Chance. Wenn wir ehrlich sind, gab es bei einem beträchtlichen Teil der nicht muslimischen Bevölkerung in Deutschland einen Generalverdacht. Wir können jetzt damit aufräumen. Es ist sehr überzeugend, wenn sich die Muslime in diesem Land vom Terror distanzieren und verurteilen, dass die IS ihre Religion missbraucht.

Altug: Ich stimme unserem Minister zu. Nach dem [11. September](#) mussten wir Muslime in Deutschland uns das erste Mal fragen: Wofür stehen wir? Zu wem gehören wir? Bis dahin haben wir uns als Gäste gefühlt, und wir wurden auch als Gäste behandelt. Danach haben sich die muslimischen Verbände neu positioniert – zunächst intern. Heute sagen wir klar: Deutschland ist unsere Heimat.

Allein DitiB hat 24.000 ehrenamtliche Mitarbeiter, als Jugendleiter, als Kassenwart, wir erreichen rund 500.000 Muslime in Deutschland. Wir klären auf. Aus unseren Gemeinden gehen diese Radikalen nicht hervor. Dennoch müssen wir selbstkritisch sein. Nach 50 Jahren Migrationsgeschichte müssen wir uns fragen: Wieso hat das 40 Jahre gedauert, bis wir als Muslime wahrgenommen wurden?

Uns fehlte der Schulterschluss mit der Gesellschaft. Nicht, dass wir das nicht gewollt haben – wir haben es nicht geschafft, die Mehrheitsgesellschaft zu erreichen. Das machen wir jetzt besser! Unser Innenminister und viele deutsche Politiker unterstützen nun unser heutiges Friedensgebet. Es wird nicht das letzte sein.

Die Welt: Vor allem Muslime können Islamisten wieder einfangen. Es gibt in deutschen Moscheen Prediger, die dem Salafismus nahestehen, aber der Gewalt abschwören. Müsste man mit denen stärker zusammenarbeiten?

Altug: Man kann aus theologischer Perspektive eine salafistische Grundhaltung haben, solange man sich zur freiheitlich-demokratischen Grundhaltung bekennt und die Rechte der Menschen respektiert. Wir wissen aber, dass in solchen Moscheen – auch wenn der Imam von der Kanzel aus gemäßigt spricht – außerhalb der Gebetsräume ganz andere Töne anklingen. Bei diesen Gruppen genießen die großen muslimischen Gemeinden keinen guten Ruf.

de Maizière: Ich bin beeindruckt von der Zahl Ihrer ehrenamtlichen Mitarbeiter: 24.000. Ich wünsche mir, dass sich diese Menschen nicht nur in den Moscheegemeinden der DitiB engagieren, sondern gleichzeitig Elternvertreter in der Schule ihrer Kinder werden, beim Technischen Hilfswerk mitmachen, sich mit den Kirchenvorständen treffen. Ich als evangelischer Christ würde mir wünschen, dass die Kirchenvorstände in Stadtteiltreffs etwa auch auf muslimische Gemeinden zugehen.

Wir haben Tausende Moscheen in Deutschland. Mein Verständnis eines friedlichen Zusammenlebens ist, dass wir aufeinander zugehen und miteinander sprechen. Um der Radikalisierung zu begegnen, gibt es Beratungsangebote. Jeder Bruder, jede Freundin, jeder Vater eines Betroffenen, der droht, abzugleiten, kann sich an das Bundesamt für Migration in Nürnberg wenden. Wir haben bisher 250 solcher Betreuungsfälle. Aber das staatliche Angebot ersetzt nicht die gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir alle müssen frühzeitig Zeichen erkennen, wenn Menschen abgleiten und sie von solchen Irrwegen zurückführen.

Mazyek: Imame brauchen ein Rüstzeug, Schulungen in Rhetorik, Antiideologie. Das fehlt bislang. Ich trenne nicht zwischen der Moschee und dem sonstigen Leben. Für mich ist das ein und dieselbe Gemeinschaft. Die meisten Muslime sehen das heute so.

Aber leider nicht alle. Einige unterscheiden doch zwischen "Moschee" und "der Welt da draußen". Wenn sich ein Extremist oder Neosalafist zu erkennen gibt, haben die Gemeinden Angst, am Pranger zu stehen. Aber eigentlich hätten sie eine kleine Chance, ihn zurückzugewinnen. Deswegen müssen wir diese Gemeinden in Zukunft stärken.

de Maizière: Das ist ein sehr wichtiger Punkt. Es gibt Schulen, es gibt Bürgermeister, die sagen: Bei uns läuft alles gut, obwohl sie wissen, dass es ein Problem gibt mit Drogen oder Rechtsextremismus. Denn es ist unangenehm, solch Probleme zuzugeben. Wir haben aber gelernt, dass dieses Verhalten das Problem vergrößert.

Wir brauchen den Mut, die Probleme hart und offen anzusprechen, etwa: "In dieser Gemeinde gibt es ein Problem! Wie können wir das gemeinsam lösen?" Wenn wir Muslime alleine lassen, die nicht den Mut haben, das Problem der Radikalisierung offen anzusprechen, werden wir es nicht in den Griff bekommen.

Die Welt: Der Türkei wird vorgeworfen, dass sie Transitland und Rückzugsraum für Terroristen sei. Sie waren neulich in Ankara und haben Ihren Amtskollegen Efan Ala getroffen. Haben Sie dieses Problem angesprochen?

de Maizière: Natürlich. Wir haben den allergrößten Respekt davor, dass die Türkei Hunderttausende Flüchtlinge aufnimmt. Das verdient Lob und nicht Kritik. Zweitens: Ich begrüße sehr, dass die Türkei mit der kurdischen Seite konstruktive Gespräche für einen Friedensprozess führt. Dass wird jetzt beschleunigt durch die Konflikte mit dem IS, das ist gut. Die Regierung in der Türkei hat sich gerade in den letzten Tagen klar und hart gegen den IS ausgesprochen. Und das begrüßen wir.

Was die Zusammenarbeit im Blick auf die Durchreise von solchen Kämpfern angeht, so ist unsere Zusammenarbeit gut, sie kann noch besser werden. Wir müssen uns über die Reisebewegungen von Dschihadisten austauschen. Das ist aufwendig, da müssen auch Nachrichtendienste zusammenarbeiten. Auch darüber habe ich natürlich im Rahmen meines Besuchs gesprochen.

Die Welt: Aus der deutschen Islamkonferenz wurde der Aspekt der inneren Sicherheit ausgeklammert. In welchem Rahmen werden Sie mit den muslimischen Verbänden nun darüber reden?

de Maizière: In der Islamkonferenz reden wir jetzt über Wohlfahrt und Seelsorge. Das ist aber nicht die einzige Gelegenheit, bei der wir miteinander sprechen. Im Übrigen haben wir bereits eine Kooperation für Sicherheit und Zusammenhalt. Und die bewährt sich gerade jetzt.

Thierry Mandon : une conférence de presse "surréaliste"

Le Point - Publié le 19/09/2014 à 10:53 - Modifié le 19/09/2014 à 11:05

Le secrétaire d'État à la Réforme de l'État s'est dit "consterné" par les questions posées au président, à mille lieues des vrais problèmes.



Le secrétaire d'État à la Réforme de l'État se dit consterné par les

questions posées au président de la République lors de sa conférence de presse. © PATRICK KOVARIK / AFP

SOURCE AFP

"Objectivement, ce n'est pas un exercice d'une modernité stupéfiante", a réagi sur [LCI](#) et Radio Classique Thierry Mandon, secrétaire d'État à la Réforme de l'État et à la Simplification, et qui assistait à sa première conférence de presse présidentielle. Il s'est dit "consterné" par le "surréalisme le plus total" du format de ces rendez-vous solennels.

Le secrétaire d'État a pris le contre-exemple des conférences de presse du président des [États-Unis](#) où "les réponses sont beaucoup plus courtes, les questions beaucoup plus précises, et surtout répondent aux attentes des citoyens". "Là, ce n'était pas le cas. Objectivement, il n'y a pas eu une question sur l'emploi, sur la situation économique, pas une question sur la baisse d'impôt annoncée. On était dans le surréalisme le plus total", a-t-il regretté.

"Je respecte cette profession (les journalistes, NDLR), mais franchement, hier j'étais un peu consterné que l'on soit préoccupé exclusivement de savoir s'il serait ou non candidat en 2017 et ce qu'il pensait de [Nicolas Sarkozy](#). Je pense qu'on attend autre chose d'une conférence de presse", a conclu Thierry Mandon.

Minderjährige aus Deutschland ziehen in den Dschihad

Die Propaganda der Terrormiliz „Islamischer Staat“ zieht auch deutsche Jugendliche in ihren Bann. 24 deutsche Minderjährige sollen sich auf den Weg in das Krisengebiet befinden, sagt Verfassungsschutzpräsident Maaßen in einem Interview. Der Jüngste sei 13 Jahre alt.

20.09.2014



© DPA  Hans-Georg Maaßen, Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz

Die Begeisterung in der deutschen Salafistenszene für die Terrormiliz „Islamischer Staat“ erfasst nach Informationen des Verfassungsschutzes auch Heranwachsenden. „Nach unseren Erkenntnissen sind mindestens 24 Minderjährige nach Syrien und in den Irak ausgereist“, sagte der Präsident Hans-Georg Maaßen der „Rheinischen Post“ (Samstagsausgabe). „Der Jüngste war 13 Jahre alt.“ Fünf Minderjährige mit Kampferfahrungen seien zudem aus dem Kriegsgebiet zurückgekehrt.

Die Mehrzahl der Minderjährigen waren dem Verfassungsschutz und der Polizei vor ihrer Ausreise laut Maaßen unbekannt. Aufmerksam geworden sei man auf sie durch nachrichtendienstliche Erkenntnisse von Partnerdiensten, oder weil die Eltern ihre Kinder als vermisst gemeldet hätten.

Generell fänden sich unter den deutschen Kämpfern des „Islamischen Staats“ (IS) zunehmend junge Menschen, so Maaßen. Für sie sei die Terrormiliz ein Gegenbild zum westlichen Staatensystem, in dem sie oftmals gescheitert seien oder sich in ihrer Familie nicht mehr zu Hause gefühlt hätten. Bei der Terrormiliz würden sie dann erleben, wie sie vom gefühlten „underdog“ zum gefeierten „topdog“ würden. Deshalb unternähmen sie noch mehr Anstrengungen, den IS-Vormarsch finanziell und mit weiteren Kämpfern zu unterstützen. Bishin zum eigenen Tod als Selbstmordattentäter.

Zudem gebe es Menschen, die sich durch die IS-Propaganda im Internet „blitzschnell radikalieren“ ließen. Weil sie es gut fänden, mit beispielloser Grausamkeit für den Islamischen Staat zu kämpfen, würden sie immensen Schaden anrichten.

Der Verfassungsschutz hatte bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass sich unter den Kämpfern des IS zahlreiche Deutsche befänden. Den jüngsten Erhebungen folgend sind es etwa 400. Maaßen geht aber davon aus, dass es mittlerweile mehr sind.

106,85

Des producteurs de légumes en colère incendient le centre des impôts de Morlaix

Publié le 20/09/2014 à 10:01



Une centaine de légumiers ont mis le feu cette nuit au centre des impôts et à la Mutualité Sociale Agricole de la ville bretonne pour protester contre le ras-le-bol fiscal.

Dans la nuit de vendredi à samedi, des légumiers en colère, avec près d'une centaine de tracteurs et de remorques, ont détruit le centre des impôts de Morlaix et le bâtiment de la Mutualité Sociale Agricole (MSA) situé en périphérie de la ville sur la commune de Saint-Martin-des-Champs.

Selon le maire PS de cette commune François Hamon, présent sur les lieux vers 1h30 du matin, les manifestants ont «tout saccagé à l'intérieur». Ils y ont mis le feu à l'aide de palettes et de pneus après avoir déversé devant le bâtiment une partie de leur cargaison de légumes invendus, des pommes de terre et des artichauts.

[Morlaix. Incendie du centre des impôts](#) *par Lettelegramme*

«Le bâtiment est détruit, la charpente à l'intérieur s'affaisse», a-t-il déploré. «C'est le signe d'une grande détresse pour en arriver là. Quelque part, ça fait peur», a ajouté le maire, soulignant que ce bâtiment abritant la MSA avait été construit il y a deux ans sur sa commune. L'incendie de la MSA a été maîtrisé et éteint au cours de la nuit.

Puis, les manifestants ont quitté la MSA pour se diriger vers le centre-ville de Morlaix et se sont regroupés devant le centre des impôts. Outre les légumes invendus, des palettes et des pneus, ils ont aussi déversé du fumier. Cassant portes et fenêtres, ils l'ont alors incendié.

L'hôtel des impôts de Morlaix, un long bâtiment blanc de deux étages, lui aussi récent, est complètement détruit par le feu à l'une de ses extrémités, a constaté l'AFP. A l'extérieur, des tonnes d'artichauts et de pommes de terre jonchaient encore le sol vers 02h00 du matin. D'autres tas de ces légumes étaient également visibles dans plusieurs autres points de la ville.

Les manifestants ont ensuite déversé des tonnes d'artichauts sur la route nationale 12 qui relie Brest à Morlaix. A trois heures du matin samedi les manifestants en étaient repartis, laissant des tas de légumes, des glissières arrachées par endroit, ainsi que des traces de feux de palettes et de pneus, a constaté l'AFP. Au milieu de la nuit les services de la ville s'affairaient pour tout nettoyer.

«C'est une jacquerie, une révolte qui part de la base»

«C'est une jacquerie, une révolte qui part de la base, complètement déstructurée, hors des relations syndicales. Les syndicats sont dépassés par la base», a déclaré Agnès Le Brun, interrogée par l'AFP. «Ce n'est pas un coup de colère, c'est une colère froide», a -t-elle ajouté. C'est «quelque chose qui mûrit depuis des semaines, depuis des mois sur une conjonction d'événements: la baisse de la consommation, la surproduction, la baisse des cours, l'embargo russe, les charges sociales de plus en plus accablantes», a expliqué l'élue, tout en déplorant la violence «toujours contre-productive».

Ce mouvement de colère, «je l'explique, donc tout le monde peut le faire» a poursuivi l'élue. Avec l'incendie du Centre des impôts, «c'est un bâtiment d'Etat» qui a été visé, «à l'Etat d'intervenir».

Jean-François Jacob, président de la Sica (société d'intérêt collectif agricole) de Saint-Pol-de-Léon, premier groupement français de producteurs de légumes, avait prévenu vendredi dans la journée:«Puisque Paris n'arrive pas à mettre en oeuvre les simplifications administratives, nous allons, au niveau agricole et peut-être avec d'autres filières et secteurs de l'économie bretonne, mettre en oeuvre une simplification administrative de nos relations avec les pouvoirs publics». «Ce ne sera peut-être pas très bien perçu», avait-il ajouté, sans plus de précisions.

«L'urgence est aujourd'hui de traiter les problèmes de trésorerie de beaucoup de producteurs en Bretagne», avait encore ajouté Jacob, soulignant que [l'embargo russe](#) avait en outre aggravé leurs difficultés.

Manuel Valls promet des «poursuites judiciaires»

Dans un communiqué, Manuel Valls a condamné «énergiquement les saccages et destructions par incendie cette nuit à Morlaix de deux bâtiments affectés au service public, dont celui de la Mutualité sociale agricole, entièrement détruit alors qu'il n'avait que deux ans. Il est particulièrement choquant que les sapeurs-pompiers aient été empêchés d'accomplir leur mission. Des poursuites judiciaires seront engagées contre les auteurs de ces actes».

«Alors que les pouvoirs publics ont déjà pris des mesures pour soutenir les filières agricoles, rien ne justifie le recours à des méthodes violentes, qui ne résolvent rien et qui pèsent en premier lieu sur les contribuables et les assurés sociaux», écrit le premier ministre.

«Seule la poursuite du dialogue engagé par (le ministre de l'Agriculture) Stéphane Le Foll avec les responsables agricoles nationaux et locaux permettra de répondre aux difficultés que rencontrent les producteurs», ajoute-t-il.

106,87

Celo und Abdi

Goethe war doch auch ein Rapper

Sei nicht schüchtern! Celo und Abdi, zwei der großartigsten Rapper von heute, sollten uns das krasse Getto-Frankfurt ihrer Lieder zeigen. Daraus wurde nichts. Sie wollten viel lieber zum Main.

21.09.2014, von ANTONIA BAUM



© AMADEUS WALDNER  „Wie sind Frankfurter Bürger“: Celo und Abdi sind zwei Brudis im Geiste. Deutsche Dichter

Der Plan ist, dass Celo und Abdi, ein Rapperduo aus Frankfurt, mir ein bisschen ihre Stadt zeigen. Wir sitzen bei „Tatie“, einem marokkanischen Restaurant in der Nähe des Hauptbahnhofs, denn Abdi, der 1987 in Frankfurt geborene Mann mit den schwarzen Haaren und dem Barcelona-Trikot, hat marokkanische Wurzeln und isst gerne. Die Anwesenden sind noch zurückhaltend, Geplapper, Scherze, okay, let's go, fangen wir an. Reden wir über Rapmusik und wie die beiden Männer, deren Rapstil derzeit gewissermaßen der Shit ist in Deutschland, zur Rapmusik gekommen sind.



Autorin: Antonia Baum, Jahrgang 1985, Redakteurin im Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung in Berlin. Folgen:

Das ist einfach, das ist interessant, aber das interessiert Sie, die Leser, jetzt wahrscheinlich kein bisschen, also nur die Highlights: Abdi erzählt, dass er früher gerne die Miniplayback-Show geguckt habe. „Wie jeder, du doch bestimmt auch!“ Nein, antworte ich, wir hatten kein RTL. Abdi nickt. „Ah. Ihr hattet eher so einen Flügel zu Hause stehen, oder? Aber ist doch gut. Dann haben dich deine Eltern erzogen.“

Es muss ballern

Süß, diese Schlussfolgerung, überhaupt angenehm, wie höflich Celo und Abdi sind. Unglaublich zuvorkommend, die Dame zuerst und so weiter. Das Essen kommt, der Fotograf hat nichts bestellt, wird aber von Abdi pausenlos dazu ermuntert, sich bei ihm zu bedienen. „Nimm! Sei nicht schüchtern“, sagt Abdi.

Der Satz mit dem Flügel sagt eine Menge. Er erzählt von zwei sozialen Milieus, die eigentlich keine Berührungspunkte miteinander haben. Von Drogengeschäften, Autodiebstählen und Ausländern in Deutschland auf der einen Seite. Und der F.A.Z.-Flügel-Universitäts-Welt auf der anderen Seite. Wobei diese dogmatische Einteilung natürlich Blödsinn ist, wenn man genau hinsieht, und dennoch markiert sie zwei Realitäten, auf beiden Seiten. Das Phantastische an Celo und Abdis Musik ist aber, dass sie es schaffen, die eine Welt für die andere zu interessieren. Sie haben verstanden, dass sie das, was sie in Frankfurt (Drogenherstellung, Drogentransporte, Drogendealer, Drogenabhängige) sehen, erzählen müssen wie einen Film. Szenisch, übertrieben, spannend. Sie haben verstanden, dass sie unterhalten müssen, wenn sie wollen, dass man sie wahrnimmt, weswegen ihnen nun auch Angehörige der

Flügel-Universitäts-Welt zuhören, denen in ihren beschützten Stress-Leben langweilig ist und die Lust haben auf Unterhaltung, die sich mit etwas anderem befasst als mit Fragen der Selbstsuche und Depressionen. Die Musik von Celso und Abdi ist wie „Goodfellas“ oder „Scarface“ gucken, wobei sich die beiden in ihren Texten auch ausdrücklich auf dieses Filmgenre beziehen. Es muss ballern.

Und genauso rappt Celso in „Nur noch 60 Sekunden“: „Slim Jim und du bist im Film drin / Hudson Hawk, Lagerhaus oder Nostalgie-Schlitten / Steal it, gib ihm, schon seit Mark-Zeiten / M3-Leisten abreißen, Ersatzteile / Zu Sparpreisen Profit mit Boliden / Acht Mille Tankdeckel vom Lamborghini / Celso Torero mitten im Stierkampf / Wenn der Deal platzt, dann ist Krisa“. Als Mensch ohne Ahnung von Frankfurter Straßensprache versteht man bei der Lektüre dieser Zeilen möglicherweise nicht so richtig viel. Was gleichzeitig das Interessante an ihnen ist. Wie der Rapper Haftbefehl, bei dessen Label „Azzlackz“ (steht für asozialer Kanake) Celso und Abdi sind, konstruieren die beiden ganze Szenen nur aus unverbundenen Schlagworten. Dabei verwenden sie unterschiedlichste Sprachen (Türkisch, Arabisch, Jugoslawisch, Albanisch, Französisch, Englisch, Deutsch), komplett verrückte Idiome und hessische Dialektwörter, was dem Zuhörer die unglaublich bereichernde Teilhabe an einer Welt ermöglicht, die er sonst nicht betritt, die aber absolut zu Germany gehört (wobei nicht die Kriminalität, sondern die Menschen, die, äh, Migranten gemeint sind).

Als wäre das echt

„Wir haben einfach so gerappt, wie wir gesprochen haben. Ohne viel darüber nachzudenken. Ist intuitiv passiert“, erklärt Celso den Stil, den sie kanakisch nennen. Der stabile Mann mit der blau-weißen Nike-Jacke und der Glatze hat, Entschuldigung, sanfte Cockerspaniel-Augen und bemüht sich gesprächsmäßig am Ball zu bleiben, was nicht ganz leicht ist, weil sich zwischen den beiden ständig irgendein Wortwechsel entfaltet (über 2Pacs Mutter, über 2Pacs Bruder, „Sie hat Thug Life verkauft, Brate“, Brate ist Bosnisch und heißt Bruder). Celso wurde 1982 in Frankfurt geboren und lebt noch bei seinem Vater, die Eltern sind bosnische Einwanderer. Nach dem Fachabitur hat er seinem Vater zuliebe ein bisschen Informatik und Ingenieurswesen studiert. „Kann sein, dass es anders gelaufen wäre, wenn ich Politik studiert hätte“, sagt er, und dass er dann in einem Callcenter arbeitete, wo er Abdi kennenlernte. Weiter. Es geht nun, fragen Sie mich nicht, wieso, um die absolute Ausnahme-Rapperin Nicki Minaj.

Abdi: Ich kann die nicht leiden.

Celso: Sie ist schon eine gute Rapperin.

Frage: Wieso kannst du sie nicht leiden, Abdi?

Celso: Die ist zu sexistisch.

Abdi: Ja, sie drängt einem das so auf. Irgendein kleines Mädchen denkt dann, sie muss genauso sein. Ich glaube, sie macht jetzt auch Werbung für Arsch-Push-ups.

Frage: Aber dann ist Rihanna doch auch sexistisch.

Celso: Sie ist auch sexistisch. Aber sie ist Sängerin. Sie tut ja nicht so, als sei das, was sie erzählt, echt.

Nichts für zwölfjährige Mädchen

Die Frage was sich gehört und was nicht, spielt eine große Rolle bei Celso und Abdi, jedoch nicht auf so eine didaktisch-bescheuerte Glaub-an-dich-Weise, die viele Rapper drauf haben, sondern eher deskriptiv. In verschiedenen Texten beschreiben sie unbeaufsichtigte Kinder aus schwierigen Familien, die nicht wie Kinder groß werden und denen keiner erklärt, dass das, was sie im Internet sehen, nicht stimmt. Sie beschreiben Kinder, die Realität und Inszenierung verwechseln: „Generation kaputt, verwahrlost, keine Peilung / Die kleine Yasso will so sein wie Miley Cyrus / Sweet eighteen, im AMG vom Brother / Psychose Need for Speed - Paul Walker“.

Diese jungen Menschen, so Abdi einige Zeilen weiter, hätten eine „Mentalität RTL“ in ihren Köpfen, und wahrscheinlich wünscht er sich für sie mehr eine „Mentalität Flügel“, woraus, klar, ein Paradox entsteht, zumindest nach den Maßstäben, die Celso und Abdi im Gespräch für Nicki Minaj geltend machen, nämlich, dass Künstler eine Vorbildfunktion einzunehmen haben. Denn tatsächlich erzählen Celso und Abdi in ihren Texten ja überwiegend von Schusswaffen, Drogen und Action. Aber jene Texte sind behandelt, sie sind stilisiert, entweder durch eine Pengpeng-Inszenierung oder durch kritische Distanz. Trotzdem setzt der Umgang mit diesen Texten eine Rezeptionshaltung voraus, die Abdi kleinen zwölfjährigen Mädchen aus Frankfurt wohl nicht zutraut, weswegen er vielleicht so allergisch auf Nicki Minaj und ihre Arsch-Push-ups reagiert, wenngleich er das bei seinen eigenen Texten wieder nicht so eng sieht.

Dabei sind sie gar nicht kriminell

Die Teller sind inzwischen leer. Wir haben noch die Frankfurt-Führung vor uns, die wir allerdings kaum schaffen werden, weil das Essen viel zu lange gedauert hat. Es macht irre Spaß, den beiden zuzuhören. Die Wörter und wie sie sie gebrauchen zu beobachten. Celso sagt oft „so irgendwas mäßig“, wobei er das scharfe ‚S‘ frankfurterisch weich ausspricht. Außerdem am Ende eines Satzes: Bruder, Brudi, Brate. Abdi hebt die Bedeutung einer Aussage gerne hervor, indem er „also, so ist es nicht“, sagt, was klingt wie alsooisnisch. „Du kannst dir gerne noch was von meinen Pommes nehmen, also so ist nicht.“ Die Teller werden abgeräumt. Kurze Stille. Hm. Was nun? Ist Frankfurt ein Mann oder eine Frau?

Abdi: „Frankfurt ist ein Mann. Ein offener Typ, street- und booksmart. Multikulturell, ein Erbe von Goethe.“

Celso: „Goethe war auch Rapper. Rapper sind Schriftsteller.“

Frage: „Mögt ihr Goethe?“

Celo: „Klar. Der gehört zur Stadt, und wir sind stolz darauf! Wir sind Frankfurter Bürger, verstehst du? Wie findest du ihn?“

„Geht so“, antworte ich.

Celo: „Ich habe auch nicht wirklich was von ihm gelesen. Also mal in der Schule. Das macht man hier so.“

Okay, dann sollen mir beiden jetzt mal die krassen Ecken von Frankfurt zeigen, bitte. Celo und Abdi sehen einander irritiert an.

Abdi: „Aber wir wollen dir doch schöne Sachen zeigen!“

Celo: „Hm. Was kann man denn jetzt roughes zeigen? Okay, also der Typ mit den gelben Schuhen, der hier eben vorbeigegangen ist, macht jetzt Mittagspause, und danach geht er wieder Steine verkaufen.“

Abdi: „Nee, Brudi. Ich hab keinen Bock auf so Gefälligkeiten. Lass mal zum Main gehen.“

Sehr gut. Denn natürlich wäre die medienoptimale Celo-und-Abdi-Geschichte, wenn wir jetzt zusammen Crack kaufen gingen, und wie cool ist es bitte, dass die beiden sich dafür entscheiden, nun am Main spazieren zu gehen. Wir steigen in einen Fünfer Golf, fahren durch Frankfurt (Abdi an einer Kreuzung: „Wenn du jetzt geradeaus fährst, bist du gefickt!“) und halten am Ufer. Um uns herum teure Häuser, Jogger, Mütter mit Kindern, und die Sonne scheint.

Es sei so, erzählen Celo und Abdi, die Medien wollten, dass man kriminell und krass sei. Aber sie seien einfach nicht kriminell, sie seien Rapper und froh darüber, auf diese Weise ihr Geld verdienen zu können. Sie erzählten nur Geschichten, die sie auf der Straße hörten.

Sie sollen am besten am Rand bleiben

Was interessant ist, denn ein Schriftsteller, der aus der Perspektive eines Mörders heraus einen Krimi schreibt, wird ja auch nicht des Mordes verdächtigt, während Rapper nahezu ausnahmslos mit den Protagonisten in ihren Texten gleichgesetzt werden. Rappern wird ein durchdachtes Kunstverständnis einfach nicht zugetraut, Rap ist als Literatur-Medium nicht anerkannt. Mitunter ist das komplett verständlich, weil es wirklich viele dumme Rapper gibt, die überhaupt keine Distanz zu ihren Texten haben. Es gibt aber auch viele dumme Schriftsteller, und das wissen auch alle, aber es ändert nichts daran, dass die Regel, Text und Person zu trennen, allgemein respektiert wird. Der schlechte Effekt dieser Medien-Rapper-Beziehung ist, dass sie die Welten getrennt hält: Straßenrapper misstrauen Medien, und in den Medien bleiben Straßenrapper Straßenrapper, Leute am Rand, die gefährliche Sachen erzählen und die bitte weiter am Rand bleiben sollen, damit sie weiter gefährliche Sachen machen und erzählen können. Und exakt dieser Mechanismus lässt sich im Grunde auf das Verhältnis der Flügel-Welt zur Ausländer-Welt übertragen.

Wir stehen am Wasser. Celo und Abdi werden fotografiert und gucken dabei ernst. Eine Frau, eindeutig aus der Flügel-Welt, fährt mit dem Fahrrad vorbei, hinter ihr ein Junge, vermutlich ihr Sohn. Der Junge sagt irgendetwas Unverschämtes zu ihr und Abdi ruft: „Alter, wie redest du mit deiner Mutter?“ „Das war nicht seine Mutter, das war bestimmt die Freundin seines Vaters, Brudi!“, entgegnet Celo, aber die beiden auf dem Fahrrad haben ohnehin nichts gehört und sind längst verschwunden. Celo lehnt sich an ein Geländer, sieht in die Sonne und zündet sich eine Zigarette an. Und manchmal kommen Menschen vorbei und drehen sich nach den beiden Männern um, die man hier schon kennt, nach Celo und Abdi, den Frankfurter Bürgern, die lieber an schöne Orte gehen.

Quelle: F.A.S.

LYRICS

Celo & Abdi 106,90

Ft: Haftbefehl

PYONG!

[Part 1: Abdi]

Hör zu, was Abdi sagt, Hunger in Afrika

Parallel dazu isst du Hummer und Kaviar

In Bavaria vor Sony Bravia

Parallel dazu jagen Tommys Al-Quaida

Al-Fatiha für die toten Brüder

Parallel dazu regieren oben Lügner

Führer, die blenden: Ich krieg' Sonnenbrand

Parallel dazu bombt die IRA Scotland Yard

Parallel dazu rotzen Stars in Miami

Parallel dazu bunkern Kanacks bei Penny

Parallel dazu beginnt am Bahnhof heute Jenny

Parallel dazu bin ich in Planung mit Benji

Wir wollen die Weltherrschaft an uns reißen

Parallel dazu stämmt Heisenrath harte Eisen

Parallel dazu siehst du Streifenwagen kreisen

Parallel dazu will ein Rapper es allen zeigen

Ich brauch mich nicht beweisen, knocker

Parallel dazu stirbt ein Vater in Kambodscha

Ich bin kein Hodza, will nicht predigen

Doch werde mich mit meiner Meinung verewigen

Parallel dazu werden die Dinge ihren Lauf nehmen

Parallel dazu werden weiter Achis draufgehen

Aufgeben, nö, kommt nicht in Frage

Parallel dazu zähle ich die Tage

[Hook: Abdi] (2x)

Es geht ums nackte Überleben

Eine Welt, zwei Parallelen

Ich will Para sehen oder Plan B

Mit dem [Geräusch] letztes Gebet

[Part 2: Celo]

Bundeswehr, Kamerad, Kugelhagel, Kandahar

Parallel dazu knallt seine Frau ein anderer

Feinde lauern überall, Rasterfahndung, BND

Parallel dazu googlen Rentner nach Neunjährigen

Ihr Ekligen, diejenigen, die es zulassen

Parallel dazu sitzt der Dealer in der U-Haft

Ausländerzuwachs, Menschenrechtgrundsatz

Parallel dazu Gesetzstruktur sagt Kurac

Die Würde des Menschen unantastbar

Parallel dazu Genozid in Ruanda

Afrika, Srebrenica, Palästina

Parallel dazu tankst du deinen Siebener

Parallel dazu platzt im Puff dein Gummi

Parallel dazu schnappt die Nutte Hunni

Parallel dazu unterzeichnet Putin

Parallel dazu Unschuldige bluten

Verhungern und verdursten, viele, die umkommen

Parallel dazu Touchdown beim Superbowl

Parallel dazu Schulden und Hungerlohn

Parallel dazu sagt einer Hurensohn

NWO, Amis auf dem Mond

Parallel dazu gib Aids keine Chance

Integration, Kontra Deutsche Leitkultur

Parallel dazu boxt Felix Sturm

[Hook: Celo] (2x)

[Part 3: Haftbefehl]

Okay, Abderrahim verkauft Hazro am Hauptbahnhof

Parallel dazu sein Bruder hungert grad in Marokko

Cousin Hasso sitzt im Flieger, wird grad abgeschoben

Parallel dazu die Schwester wird gecasht beim Haschtransport

120 Kilo, vier Taschen Hasch, ah, Cho

Endet beim Passaport, also nicht ab nach Nador

Ihr kleiner Sohn kennt nichts außer Hass und Zorn

Liebe bleibt ein Fremdwort, denn vor Jahren ging schon Papa fort

Schon als Kind gestorben, Oma nennt sie Hundesohn

Parallel dazu Mutter putzt im Knast für Hungerlohn

Erträgt im Knast vom Wärter den Mundgeruch

Parallel dazu sagt Rachid: Ich gehe nicht zum Besuch

Ein Paar Socken, ein Pullover, eine Unterhose

Und auch die Schuhe von Rachid sind 5 Nummern zu groß

Hoffnung Tod, Para wello

Egal, eacho

Parallel dazu dein Kopf hoch, Cho

Gott ist groß

106,92

Valls in Berlin

Paris braucht Druck

In Berlin wirbt Premierminister Valls um Verständnis dafür, dass Frankreich erneut von den europäischen Defizitzahlen abweicht. Er sollte diese Nachricht nicht bekommen.

22.09.2014, von CHRISTIAN SCHUBERT, PARIS



© REUTERS  Will Kanzlerin Merkel auf Augenhöhe begegnen: der französische Premierminister Manuel Valls

Kein Gang nach Canossa, sondern ein Treffen auf Augenhöhe mit dem wichtigsten Partnerland: So wünscht sich der französische Premierminister Manuel Valls seinen Antrittsbesuch bei Bundeskanzlerin Angela Merkel an diesem Montag in Berlin. Im Gepäck hat er einen Forderungskatalog, der es in sich hat. Frankreich will erneut von den europäischen Defizitzielen abweichen, weil es seine Neuverschuldung nicht senken kann. Trotz der unlängst im Euroraum beschlossenen Regelverschärfung hofft die Regierung jeder Art von Zurechtweisung oder Sanktion zu entgehen, denn sie pocht auf „außergewöhnliche Umstände“ angesichts der wirtschaftlichen Stagnation in etlichen Ländern Europas.



Autor: Christian Schubert, Jahrgang 1964, Wirtschaftskorrespondent in Paris. Folgen:

Angela Merkel sollte hart bleiben, denn Frankreich hat sich weitgehend aus eigener Schuld in die missliche Lage manövriert. Die Wachstumsschwäche ist vor allem hausgemacht. Ihre Wurzeln gehen nicht erst auf den Amtsantritt der Sozialisten 2012 zurück. Der nun in die Politik zurückkehrende Nicolas Sarkozy ließ die Neuverschuldung im Zuge der Finanzkrise auf mehr als 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und die gesamte Staatsschuld um 600 Milliarden Euro in die Höhe schnellen. 2010 reagierte er mit einer Steuererhöhungsorgie, welche die nachfolgenden Sozialisten noch verschärften. So ist den Unternehmen und den Haushalten die Lust am Investieren und Konsumieren vergangen, zumal ihre Opfer auch gar nicht fruchten. Die Staatsschulden steigen von Jahr zu Jahr weiter, 2014 nimmt sogar die Neuverschuldung von 4,3 auf 4,4 Prozent zu. Denn die sozialistische Regierung bringt das Wachstum der Staatsausgaben nicht zum Stillstand. Allenfalls dämpft sie mit den versprochenen Kürzungen von 50 Milliarden Euro über drei Jahre die Steigerungen. Und auch das ist nur ein Versprechen: 2013 erhöhten sich die Staatsausgaben noch um 2 Prozent, doppelt so stark wie geplant.

Ausgaben für öffentliche Hand müssen reduziert werden

Besonders beklagenswert ist, dass die Sozialisten ihre schützende Hand über den aufgeblähten Staatsapparat halten, weil dort ihre Stammwählerschaft arbeitet. Sarkozy hatte nur einen von zwei in Ruhestand gehenden Beamten ersetzt; zwei Drittel der Ersparnisse gab er dem öffentlichen Dienst allerdings über Lohnsteigerungen zurück. Doch die Sozialisten schaffen im Bildungswesen, bei Polizei und Justiz noch neue Stellen, die sie anderswo kaum einsparen können. Mehr als jeder Vierte (6,7 Millionen Personen) arbeitet in

Frankreich für den Staat. Beim öffentlichen Dienst im engeren Sinne sind es 5,5 Millionen Menschen. Gut zwei Drittel davon sind Beamte, die sich angesichts der Rekordarbeitslosigkeit in der Privatwirtschaft über eine lebenslange Beschäftigungsgarantie freuen. Besonders in den Kommunen, Departements und Regionen sowie bei staatlichen Sonderbehörden vom Wetterdienst bis zu den Forstämtern stieg das Personal. Wenn Frankreich sich heute damit begnügen würde, auf den Stand des Jahres 2000 zurückzukehren, müssten 700.000 Stellen gestrichen werden. Damit sparte der Staat jährlich rund 18 Milliarden Euro und hätte eine Beamtenversorgung, die, gemessen an der Einwohnerzahl, dem europäischen Durchschnitt entspräche.

Ohne eine Schrumpfung des Beamtenapparates sowie der Sozialausgaben sind die Staatskosten aber nicht zu senken. 57 Prozent der Wirtschaftsleistung fressen sie jährlich auf. Weltweit geben nach Angaben des IWF nur die pazifischen Inselstaaten Kiribati, Tuvalu, Mikronesien, die Marshall-Inseln sowie Lesotho und Dänemark mehr für ihre öffentliche Hand aus.

Konsequente Strukturreformen sind nötig

Der Beamtenabbau könnte durch Mehrarbeit der verbliebenen Beschäftigten locker ausgeglichen werden. Dafür müsste allerdings die 35-Stunden-Woche fallen, die den öffentlichen Dienst etwa in den Krankenhäusern stark belastet. Der Staat lässt jetzt mehr Ausnahmen zu als früher, doch Premierminister Valls schreckt vor einer Abschaffung der Arbeitszeitgrenze zurück, weil er um seine Mehrheit in der Nationalversammlung fürchten muss.

Zögerliche Reformen bei hohen Staatsausgaben und Nullwachstum - dieser explosive Cocktail lässt die französische Staatsschuld bald in die Nähe von 100 Prozent der Wirtschaftsleistung klettern. Dennoch ärgern sich die Franzosen, wenn sie in Deutschland als undiszipliniertes „Club Med“-Land gescholten werden. Dass Frankreich den verschärften Wettbewerb des 21. Jahrhunderts bestehen wird, ist jedoch nicht sicher. Der richtige Club Med, der französische Ferienveranstalter, könnte demnächst in die Hände eines chinesischen Unternehmers geraten. Das wäre ein weiteres Menetekel, nachdem zuvor schon die industriellen Aushängeschilder Peugeot-Citroën und Alstom unter ausländischen Einfluss gerieten.

Nur konsequente Strukturreformen können den Niedergang verhindern. Der Defizitabbau ist daraus nicht wegzudenken. Ansonsten gewinnen die Wirtschaftsakteure niemals Vertrauen, und der Verfall der französischen Wirtschaft setzt sich fort. Deutschland muss aufgrund der engen Verknüpfungen großes Interesse an der Genesung des Nachbarlandes haben. Reformdruck aus Berlin und Brüssel ist daher unverzichtbar.

Quelle: F.A.Z.

106,94

Affaiblié politiquement, Angela Merkel reçoit Manuel Valls

LE MONDE | 17.09.2014 à 17h03 • Mis à jour le 22.09.2014 à 10h55 | Par [Arnaud Leparmentier](#)

C'est un honneur auquel Jean-Marc Ayrault, professeur d'allemand devenu premier ministre, n'avait jamais eu droit : Manuel Valls sera reçu à déjeuner à Berlin par Angela Merkel, lundi 22 septembre. Les deux dirigeants donneront ensuite une conférence de presse à propos de la ligne économique de la France. Manuel Valls compte sur l'indulgence de la chancelière.

Las, les augures ne sont pas favorables. M^{me} Merkel est affaiblie en Allemagne, qui ne va pas pouvoir tenir de discours débonnaire à ces fichus Français, aussi menteurs que les Grecs en ce qui concerne leurs promesses budgétaires non tenues.

SPECTRE DU COMMUNISME

Explication : la chancelière a subi, dimanche 14 septembre, une gifle électorale. D'abord, les communistes rénovateurs (Die Linke) ont obtenu 28 % des voix aux élections régionales de Thuringe, dans l'est du pays, et ils cherchent désormais à s'allier avec les sociaux-démocrates. Vingt-cinq ans après la chute du mur de Berlin, un membre de Die Linke pourrait devenir ministre-président d'un Etat fédéré allemand. Son candidat, Bodo Ramelow, n'avait pas hésité à tenir devant une statue de Marx rouge vif. Cette alliance est peu probable, mais le simple fait de l'évoquer est déjà une victoire pour Die Linke. A la veille du scrutin, Angela Merkel avait accusé par avance les sociaux-démocrates, alliés potentiels de Die Linke, de vouloir « faire entrer Karl Marx à la chancellerie » de Thuringe. Un spectre hante la région, patrie de Goethe, de Bach et de Luther, semble nous susurrer la chancelière. Le spectre du communiste.

Tout cela prête à sourire, mais le propos est sincère de la part d'une fille de pasteur, éduquée sous la dictature de RDA et à l'anticommunisme viscéral. Il est aussi tactique. La gauche ne pourra mettre fin au règne d'Angela Merkel qu'en formant une triple alliance entre le Parti social-démocrate (SPD), les Verts et Die Linke. Le président du SPD, Sigmar Gabriel, ne verrait pas cette hypothèse d'un mauvais œil pour les élections de 2017, mais il devra convaincre ses troupes – ainsi que les Verts, pratiquement aussi anticommunistes qu'Angela Merkel.

La chancelière, elle, a tout intérêt au statu quo, qui lui permet de demeurer éternellement au pouvoir avec le SPD confiné au second plan. Ces scénarios restent bien lointains, même si tout finit par arriver en Allemagne. La preuve, un Vert a pris la direction de la très conservatrice région du Bade-Wurtemberg en 2011.

Mais à court terme, la vraie nouvelle vient d'ailleurs, de la droite de l'échiquier politique. Aux régionales du 14 septembre, le parti anti-euro a fait un tabac. Alternative für Deutschland (AfD), qui souhaite l'abandon de la monnaie unique européenne, a recueilli 10,6 % des voix en Thuringe et 12,2 % dans le Brandebourg, la région autour de Berlin qui organisait des élections le même jour. Un succès qui intervient après celui de Saxe en avril (9,7 % des voix) et des européennes de juin (7,1 %).

POPULISME MUSCLÉ

L'affaire est gênante. Alternative für Deutschland était à l'origine un parti de professeurs allemands, théoriciens de la politique économique, qui expliquaient qu'une union monétaire n'était pas viable sans union politique. Avec 4,7 % des suffrages aux élections fédérales de septembre 2013, il n'était pas parvenu à franchir la barre des 5 % nécessaires pour envoyer des députés au Bundestag. Mais voici que la machine s'emballer. L'AfD s'implante auprès des classes populaires de l'ancienne Allemagne de l'Est. Les motivations sont hétéroclites : contre l'euro, pour la famille traditionnelle, contre les Français mais pour les Russes, contre la criminalité des étrangers. Bref, un populisme de droite bien musclé.

Depuis des décennies, les chrétiens-démocrates allemands (CDU) ont un axiome : ne jamais laisser émerger sur leur droite un autre parti. Traditionnellement, ils chargeaient les Bavarois

de l'Union chrétienne sociale (CSU) – très sociaux, très catholiques, très droitiers – de ramener les brebis égarées dans le giron de la droite démocratique. Par un discours frôlant l'infréquentable.

Mais sur les terres d'Allemagne de l'Est, étrangères aux catholiques bavarois, c'est Angela Merkel qui va devoir faire le travail. Elle l'avait fait avant les élections régionales, critiquant, à une trentaine de kilomètres de la frontière polonaise, la criminalité étrangère auprès d'une population obsédée par les vols d'automobiles. « *Cela ne peut plus durer comme aujourd'hui. Nous sommes un pays accueillant, mais cela veut dire que tout le monde doit respecter nos lois* », avait-elle lancé.

Sur l'euro, surtout, la chancelière va devoir reconquérir la confiance de ses concitoyens. En présentant, début septembre, son budget sous la coupole du Reichstag, elle s'est dite « *fière* » de ses finances publiques à l'équilibre et attend que la France fasse de même. « *Ce qui vaut pour l'Allemagne vaut pour l'Europe* », a-t-elle déclaré. En deux phrases, elle a par avance rejeté les demandes de nouveaux délais français : « *Le financement de l'économie à crédit doit cesser* » et le fait de « *tenir nos promesses doit enfin devenir la marque de fabrique de la zone euro* ».

Au lendemain du scrutin de Thuringe et de Brandebourg, Angela Merkel a choisi de traiter par le mépris le succès de l'AfD, ne mettant pas le sujet à l'ordre du jour de la réunion de débriefing de son parti. Mais ce résultat n'aura certainement pas amadoué la chancelière. *Willkommen in Berlin*, Monsieur Valls !

106,96

Nouveau record des émissions de CO₂ en 2013

Le Monde.fr | 21.09.2014 à 19h29 | Par [Stéphane Foucart](#)

La hausse des émissions de dioxyde de carbone (CO₂) se poursuit à un rythme effréné et coïncide avec le plus pessimiste des quatre grands scénarios de développement imaginés par la communauté scientifique.

Dimanche 21 septembre au soir, [le Global Carbon Project \(GCP\)](#), un consortium d'organismes de recherche internationaux de référence, a rendu public le bilan des émissions anthropiques de CO₂ pour l'année 2013 et confirme que celles-ci sont hors de contrôle.

En 2013, la combustion des ressources fossiles ([pétrole](#), gaz, charbon) et les cimenteries, ont émis 36 milliards de tonnes de CO₂ (GtCO₂), en hausse de 2,3 % par rapport à l'année précédente. Quant à la déforestation, elle a conduit à l'émission de 3,3 GtCO₂. Soit un total de près de 39,3 milliards de tonnes du principal gaz à effet de serre émis en 2013 par l'homme. C'est un nouveau record qui est battu, en dépit d'une augmentation en deçà du niveau moyen des années 2000, soit 3,3 %.

UN CHINOIS EMET PLUS DE CO₂ QU'UN EUROPÉEN

L'examen des données de chaque pays offre un aperçu saisissant de l'inexorable montée en puissance chinoise. La [Chine](#) était devenue, en 2008, le premier émetteur de CO₂, devant les Etats-Unis. Mais, en rapportant ses émissions à sa démographie, elle demeurait loin des pays développés. Dans son dernier bilan, le GCP conclut que la Chine a franchi une nouvelle étape.

Non seulement l'Empire du milieu demeure le principal émetteur en valeur absolue – 28% des émissions mondiales en 2013 –, mais ses émissions par habitant ont désormais surpassé celles de l'[Union européenne](#). En 2013, un Chinois moyen a donc émis plus de CO₂ qu'un Européen moyen – les Américains qui émettent entre deux et trois fois plus par habitant, sont encore assez loin devant.

Paradoxalement, ce seuil est franchi alors que les émissions chinoises n'ont crû « que » de 4,2 % par rapport à 2012, soit « *le plus faible taux d'augmentation depuis 2007-2008* ». Les auteurs attribuent cette situation à deux facteurs : « *une croissance économique plus faible et des améliorations de l'intensité-carbone de l'économie* », c'est-à-dire des efforts conduits en termes d'efficacité énergétique. Au contraire, l'autre grand pays asiatique émergent, l'[Inde](#), a vu ses émissions croître de 5,1 %, porté par une forte croissance économique et une détérioration de l'efficacité énergétique de son économie.

STABILISATION DES ÉMISSIONS EN EUROPE

Quant aux Vingt-huit, leurs émissions décroissent de 1,8 %, « *du fait d'une économie faible, le déclin des émissions de certains pays étant compensé par un retour au charbon conduit par la [Pologne](#), l'[Allemagne](#) et la [Finlande](#)* », écrivent les auteurs. L'Union a connu son pic d'émissions dans les années 1980 et voit sa contribution réduire régulièrement depuis – le fait, aussi, d'un transfert d'émissions vers l'Asie, où une part de l'activité industrielle a été délocalisée. En tenant compte de ces transferts, les émissions européennes « *ne se sont que stabilisées* », notent les auteurs.

La poursuite des tendances actuelles conduirait la Chine à émettre, vers 2019, plus de CO₂ que les Etats-Unis, l'Union européenne et l'Inde combinés.

Autre surprise relevée par les membres du GCP : les Etats-Unis, dont les émissions de CO₂ chutaient depuis 2008 sous l'effet du développement du gaz de schiste, voient celles-ci augmenter à nouveau et de manière significative. Elles ont gagné 2,9 % en 2013 par rapport à l'année précédente, sous l'effet d'un « rebond du charbon », notent les auteurs.

IMPACT CONSIDÉRABLE SUR LE RÉCHAUFFEMENT

Au niveau mondial, les quantités cumulées de dioxyde de carbone émises par l'humanité apparaissent considérables et éloignent toujours plus la perspective d'un maintien du thermostat

terrestre sous le seuil des 2 °C, la limite fixée par la communauté internationale pour éviter une détérioration dangereuse du climatterrestre.

« Nous connaissons à peu près la quantité totale de carbone que nous pouvons émettre dans l'atmosphère en restant 'probablement', c'est-à-dire avec deux chances sur trois, sous la barre des 2 °C, explique le climatologue Philippe Ciais, chercheur au Laboratoire des sciences du climat et de l'environnement et membre du GCP. Or si on fait le compte, on voit que nous avons émis depuis la révolution industrielle les deux tiers de cette quantité. Il ne nous en reste plus qu'un tiers à émettre, ce qui représente environ trente ans d'émissions au niveau actuel. »

Pour l'heure, les premières estimations pour 2014 ne montrent bien sûr pas le début d'une amélioration. Le GCP anticipe une augmentation de 2,5 % des émissions de CO₂ toutes sources anthropiques confondues, ce qui placerait l'année en cours au-dessus du seuil symbolique des 40 milliards de tonnes de CO₂ émises par les activités humaines.



■ [Stéphane Foucart](#)

AfD bundesweit bei zehn Prozent

Der Aufwärtstrend der Alternative für Deutschland hält an. Einer neuen Forsa-Umfrage zufolge käme die Partei derzeit bundesweit auf zehn Prozent der Stimmen. Vor allem aus einem Lager wandern die Wähler ab.

23.09.2014



© REUTERS  Bernd Lucke, AfD-Parteichef

Die Alternative für Deutschland (AfD) liegt einer Umfrage zufolge derzeit bundesweit bei zehn Prozent der Stimmen. Die rechtskonservative Partei legte im Vergleich zur Vorwoche um drei Prozentpunkte zu, wie aus einer am Dienstag veröffentlichten Befragung des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag des Magazins „Stern“ sowie des Fernsehsenders RTL hervorgeht.

„Es sind vor allem frühere Anhänger der SPD, die unter dem Eindruck der katastrophalen Niederlage ihrer Partei in Thüringen ins Lager der Nichtwähler abgewandert sind“, sagte Forsa-Chef Manfred Güllner dem „Stern“. Der Anstieg der AfD komme durch einen Mitläufer-Effekt zustande, der für Parteien nach Wahlerfolgen oft zu beobachten sei. Außerdem sammle sie zunehmend Stimmen vom rechten Rand.

Die FDP bleibt der Umfrage zufolge weiter abgeschlagen und bekäme derzeit nur noch zwei Prozent der Stimmen. Die Unionsparteien CDU/CSU liegen bei 42 Prozent, die SPD bei 22 Prozent. Für die Linke würden neun Prozent der Deutschen stimmen, für die Grünen acht Prozent.

Bei einer am Samstag veröffentlichten Umfrage des Instituts Emnid war die AfD auf acht Prozent der Stimmen gekommen. 59 Prozent der Befragten gaben an, dass die AfD ihrer Meinung zufolge im nächsten Bundestag vertreten sein werde. Jeder fünfte Deutsche kann sich demnach grundsätzlich vorstellen, die AfD zu wählen.

An der Kreuzung zum Heiligen Krieg

Die Debatte über Islam und Gewalt ist mit dem Blutausch des „Islamischen Staates“ neu entbrannt. Bei Plasberg empfiehlt man Härte gegenüber heimkehrenden Gotteskriegerern. Doch wie lässt sich verhindern, dass junge Menschen in den Dschihad ziehen wollen?

23.09.2014, von **THOMAS THIEL**



© AP  Der Blutausch der Terrormiliz „Islamischer Staat“ hat die Debatte über Islam und Gewalt neu entfacht.

Der Islam steht seit dem Aufflammen islamistischer Gewalt in Nahen Osten wieder im Verdacht, eine Religion der Gewalt zu sein. Die entsprechende Debatte hat an Schärfe deutlich zugenommen. Viele stören sich vor allem daran, dass von den großen Islamverbänden klare distanzierende Worte zum Blutausch des Islamischen Staates bisher nur schwach zu hören waren, obwohl es doch im Interesse der hierzulande lebenden Muslime sein müsste, die Linie zwischen Islam und Islamismus klar zu ziehen.



Autor: Thomas Thiel, Jahrgang 1975, Redakteur im Feuilleton. Folgen:

Es geht aber auch um eine konkrete innenpolitische Gefahr. Knapp vierhundert Kämpfer sind laut Sicherheitsbehörden aus Deutschland in den Heiligen Krieg nach Syrien und Irak gezogen, viele von ihnen landeten in den Armen des „Islamischen Staates“. Rund hundert von ihnen vermutet man inzwischen wieder zuhause. Wie sind sie zurückgekehrt? Verroht, traumatisiert, radikalisiert, gar mit konkreten Terrorplänen?

Seit kurzem steht die politische Forderung im Raum, man solle den heimkehrenden Dschihadisten die Wiedereinreise verweigern, den Pass und die Staatsbürgerschaft entziehen. Zu diesen Stimmen zählt auch der bayerische Innenminister Joachim Herrmann. Er saß nun am Montagabend bei Frank Plasberg in der Sendung „Hart aber Fair“, wurde mit seiner Forderung nach schärferen Gesetzen aber sogleich wieder auf das Grundgesetz zurückgeworfen. Ein Entzug der Staatsbürgerschaft und das Verbot der Wiedereinreise sind mit der Verfassung, außer in Fällen von doppelter Staatsbürgerschaft, gar nicht zu vereinbaren. Das reduziert den Kreis der Dschihad-Rückkehrer deutlich, die mit diesen Mitteln gestoppt werden könnten.

Volker Beck, innenpolitischer Sprecher der Grünen, hielt sie auch gar nicht für nötig. Die bestehenden Gesetze reichten aus, um Dschihadisten den Pass zu entziehen, schon bevor sie Deutschland Richtung Nahost verlassen, es fehle nur am Willen sie konsequent anzuwenden. Mit seiner Forderung, den Dschihad-Rückkehrern mit der ganzen Härte des Gesetzes zu begegnen und sie für ihre Verbrechen in Syrien und im Irak vor Gericht zu stellen, traf Beck weitgehend auf Konsens.

Dass diese Mittel nicht ausreichen dürften, um weitere Jugendliche vom Marsch in den Dschihad abzuhalten, war jedoch auch eine geteilte Erkenntnis. Wie geraten die späteren Dschihadisten in die Fänge islamistischer Menschenfischer? Die Islamwissenschaftlerin Lamya Kaddor verwies auf die zahlreichen Diskriminierungen, denen Muslime in Deutschland ausgesetzt seien. Es beginne schon damit, dass zwischen Deutschen und Muslimen immer noch kategorisch unterschieden werde, als könne ein Muslim kein Deutscher sein. Unfreiwillig wurde Kaddor darin von Frank Plasberg bestätigt, der etwas zu lange brauchte, um seine irrtümliche Unterscheidung zwischen Deutschen und Muslimen zu korrigieren.

Meist sind es labile Jugendliche, die, verführt von der Aussicht auf das Paradies und die Geborgenheit in der islamischen Gemeinschaft, den Lockrufen der Extremisten folgen, bevor sie im „Heiligen Kriegs“ als Kanonenfutter verheizt werden. Mittlerweile kämpfen angeblich schon Dreizehnjährige für den Islamischen Staat. Der Islamismus hat es geschafft, sich als alternatives Freizeitangebot, als Pop- und Jugendkultur mit Al Quaida- und IS-Emblemen zu etablieren. Es wird nur durch verstärkte Aufklärung und Sozialarbeit gelingen, die Jugendlichen wieder aus diesen Fängen zu befreien. Hier müssten auch die Imame helfen. Auch darauf konnte man sich noch einigen.

Salafismus nicht pauschal gewaltbereit

Der Konflikt brach erst wieder mit der Frage nach dem Beitrag des Salafismus für den Dschihadismus auf. Fast alle deutschen Gotteskrieger entstammen der salafistischen Szene, die in deutschen Fußgängerzonen unermüdlich missioniert. Salafisten waren auch die selbst ernannten Scharia-Polizisten, die vor wenigen Wochen mit Sittlichkeitsappellen durch Wuppertal marschierten. Wenn diese Aktion ein Witz gewesen sein soll, wie man später behauptete, so war er erfunden, um missverstanden zu werden. Dass Islamisten in deutschen Fußgängerzonen nicht als Dresscode- und Verhaltenspolizisten geschätzt werden, durfte nach der Diskussion als unmissverständlich geklärt gelten. Zumal die Anmaßung der Scharia-Polizisten, wie Lamya Kaddor sagte, wieder auf alle Muslime übertragen würde.

Nach neuen Vorwürfen eines abtrünnigen Mitstreiters ist auch der Initiator der Aktion, der zunächst für relativ harmlos erklärte Sven Lau, gefährlicher als angenommen. Von engen Kontakten zum „Islamischen Staat“ ist die Rede. Der Journalist Ulrich Kienzle warnte trotzdem davor, dem Salafismus in Deutschland pauschal Gewaltbereitschaft zu unterstellen. In der Tat gilt nur eine Minderheit der deutschen Salafisten als militant. Andererseits bekunden erstaunlich viele Salafisten auf den sozialen Netzwerken ihre Sympathie mit dem Islamischen Staat.



© DAPD  Imam der Leipziger Al-Rahman Moschee: Sheik Hassan Dabbagh

Als salafistische Stimme war der Imam der Leipziger Al-Rahman Moschee, Sheik Hassan Dabbagh, geladen. Dabbagh, ein Talkshow-Nomade mit hohem Krawallfaktor, wollte sich aber gar nicht mehr als Salafist vorstellen lassen. Zu negativ sei inzwischen der Beiklang dieses Begriffs. Seinerseits muss sich Dabbagh regelmäßig des Verdachts erwehren, seine Worte vor laufender Kamera anders zu wählen als in der Leipziger Moschee, wo er für staatsfeindliche Hetzreden bekannt ist. Volker Beck nannte ihn einen gefährlichen Mann. Der aber zunächst sichtlich darum bemüht war, sich Zügel anzulegen. Brav verurteilte Dabbagh die Scharia-Aktion und sprach, was die Dschihadisten betrifft, von einigen Leuten, die vom Pfad abgekommen seien. Es fehle an Aufklärung durch Islamwissenschaftler. Dass er selbst für diese Mission der richtige sei, wurde aber mehr als zweifelhaft, als er mit relativierenden Hinweisen auf die westliche Politik gegenüber Syrien und Israel eine implizite Verteidigung des „Islamischen Staates“ versuchte.

Dabbaghs routiniertes Spiel mit den Talkshow-Regeln ist so absehbar, dass es schon wieder langweilig ist. Eine alternative salafistische Stimme würde die deutschen Talkshows beleben. Ohne Antwort blieb bei all dem wieder einmal die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Islam und islamistischer Gewalt. Die religiöse Dimension wurde kaum berührt. Es fehlte auch hier an geeigneten Theologen.

Quelle: FAZ.NET

Valls' Versprechen

Bei seinem Antrittsbesuch in Berlin versucht der französische Premier Manuel Valls Angela Merkel von der Reformwilligkeit seiner Regierung zu überzeugen. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus.

22.09.2014, von **KLAUS-DIETER FRANKENBERGER**



© REUTERS  Frankreichs Regierungschef Manuel Valls bei seinem Besuch in Berlin

Jetzt stattet also der französische Premierminister Valls Berlin einen ersten offiziellen Besuch ab. Hat ja ein paar Monate gedauert; bei dem sozialistischen Präsidenten Hollande war der Antrittsbesuch in der deutschen Hauptstadt, in der damals Schwarz-Gelb regierte, eine Sache weniger Stunden gewesen. Danach ging es freilich (weiter) auseinander: Deutschland ließ die Finanz- und Wirtschaftskrise in guter Verfassung hinter sich, Frankreich durchlebte unter Hollande zwei weitere verlorene Jahre. Valls, der vermeintliche Reformler, hat jüngst gegen Berlin gestänkert und deutlich werden lassen, dass er es mit der Haushaltsdisziplin nicht übertreiben wolle, von wegen „Sozialmodell Frankreich“. Deutschland solle qua Staat gefälligst den Wachstumsmotor anwerfen. Und dann wird alles gut?



Autor: Klaus-Dieter Frankenberger, Jahrgang 1955, verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik. Folgen:

Das glaubt auch Manuel Valls nicht, im Unterschied zu vielen Sozialisten in Paris, die jede noch so kleine Reform als Unterwerfung unter ein deutsches Diktat denunzieren. Valls sucht seine Berliner Gastgeberin Merkel von der Reformwilligkeit seiner Regierung zu überzeugen und von deren Willen zur Haushaltsdisziplin. Doch weil die Wirklichkeit anders aussieht, sind die Zweifel an dieser Absicht ebenso verständlich wie berechtigt. Da braucht Valls gar nicht mit dem Spruch zu kommen, Frankreich sei ein großes Land, jedweder Zweifel quasi unerhört.

Mehr zum Thema

- Französischer Ministerpräsident Valls bei Merkel zu Besuch
- Antrittsbesuch: Paris braucht Druck
- Kommentar: Schizophren in Paris

Die Bundesregierung kennt die französischen Empfindlichkeiten, sie hat sich mit Mahnungen an die französische Adresse zurückgehalten. Es gab europäische Partner, die hat sie ganz anders ins Gebet genommen und daran erinnert, was es für die Währungsunion bedeutet, wenn die Staatsverschuldung weiter steigt und die Wirtschaft verkrustet. Das deutsch-französische Tandem funktioniert nur dann gut und im europäischen Interesse, wenn beide Teile stark sind. Deswegen darf der Abstand zwischen Deutschland und Frankreich nicht immer größer werden. Die deutsche Wettbewerbsfähigkeit muss deswegen nicht abnehmen – die der Franzosen muss zunehmen. Premierminister Valls mag es schwerfallen, europäische Regeln zu erfüllen, etwa durch Rückführung des Haushaltsdefizits. Aber diese Brüsseler Vorgaben fallen nicht vom Himmel. Sie sind das Ergebnis gemeinsamer Beschlüsse. Ihre Einhaltung ist Voraussetzung dafür, dass die gemeinsame Währung dauerhaft stabil bleibt.

106,102

Helmuth Rilling

Das Bild des Dirigenten hat sich erheblich verändert

Helmuth Rilling über die Zukunft geistlicher Musik, den Glauben, Applaus in der Kirche, Bach und nervige Hintergrundmusik



© Holger Schneider

Herr Rilling, Albert Einstein sagte einmal über Johann Sebastian Bach: „Was ich zu Bachs Lebenswerk zu sagen habe: Hören, spielen, lieben, verehren und – das Maul halten.“

Helmuth Rilling: Diese Wortwahl von Einstein, den ich sonst sehr verehere, würde ich für Bach nicht sehr passend halten. Und „das Maul halten“ ist nun gerade das, was ich bei Bach nicht getan habe.

Die „Zeit“ bezeichnete Sie einmal als „Schwäbischen Evangelisten“. Soli Deo Gloria – „Gott allein zur Ehre“ schrieb Bach über jedes seiner Werke. Wäre das ein passender Ausdruck für Ihr eigenes Lebenswerk?

Rilling: Meine Aufgabe ist nicht eine Verkündigung des Evangeliums und der Theologie des Christentums. Auch wenn mir manchmal gesagt wird, was ich für den christlichen Glauben auf der Welt tue, sei sehr wichtig. Die Gesprächskonzerte, die meine Erfindung sind, sind ein Versuch, die Menschen zu einem tieferen Verständnis der Musik zu führen, die wir gerade aufführen.

Sehen Sie sich als Missionar?

Rilling: Ich bin ein Musiker. In den Gesprächskonzerten erkläre ich die Musik. Meine Aufgabe ist es, zu zeigen, wie große Komponisten geschrieben haben und was sie uns damit sagen wollten. Aber wofür sollte ich missionieren?

Kann man den Glauben über Musik besser transportieren als mit Worten, beispielsweise im Ausland?

Rilling: Natürlich nicht besser, aber auf andere Weise. Musik spricht immer für sich selbst.

Bach hat in seinen Kantaten nichts anderes getan, als ein Pfarrer von einer Kanzel mit seiner Predigt. Drei

Viertel seines Werks hat er zu geistlichen Texten verfasst. Das darf man nicht übersehen, und deshalb muss man sich mit diesem Bereich befassen, um Bach verstehen zu können. Man darf an seine Musik nicht ohne christliche Überlegungen heran gehen, man würde Wesentliches vermissen.

Wird eine Aufführung eines geistlichen Werkes besser, wenn bei den Ausführenden oder Zuschauern ein enger Bezug zum Glauben besteht?

Rilling: Ich bin so oft in fremden Ländern unterwegs, in denen der christliche Glaube nicht so verbreitet ist wie bei uns. Den Musikern sage ich dann: Sie müssen nicht an die Inhalte der christlichen Religion glauben, aber sie müssen sich damit befassen und versuchen, sie zu verstehen. Ohne das erreicht man beispielsweise Bach zu wenig in seiner Tiefe.

Macht es für Sie einen Unterschied, ob Sie geistliche Musik in einer Kirche oder im Konzertsaal aufführen?

Rilling: Natürlich. Das Ideal ist, geistliche Musik in einer Kirche aufzuführen, wofür sie entstanden ist. Aber diese Wahl hat man nicht. Nicht in Deutschland, nicht in Europa und schon gar nicht im anderen Ausland, wo es diese Kirchen gar nicht gibt. Da muss die Musik selbst den Raum zur Kirche machen.

Stört es Sie, wenn nach einer Aufführung in der Kirche geklatscht wird?

Rilling: Das ist eine sehr deutsche Mentalität zu sagen, „das war ein so wichtiges Stück, jetzt wird nicht geklatscht.“ Ich habe dazu keine feste Meinung. Ich finde, man kann auch nach einer Matthäus-Passion klatschen, der Beifall gilt ja auch dem Werk und nicht nur den Interpreten. Ich habe in Südamerika so oft erlebt, dass der Beifall schon losging, bevor der Schlussakkord endete. Das zeigt, wie lebendig, spontan und emotional die Zuhörer sind.

Wenn Sie Bach eine Frage stellen könnten, welche wäre das?

Rilling: Ich würde ihn bitten, uns die Passionsvertonungen zum Lukas- und Markusevangelium verfügbar zu machen. Man weiß, dass er eine Markus-Passion geschrieben hat, die leider verloren gegangen ist. Aber hat er eine Lukas-Passion geschrieben? Das wären meine spannenden Fragen.

Wären Bachs Passionen das Letzte, was Sie in Ihrem Leben hören wollen würden?

Rilling: Ich würde durchaus etwas Neues hören wollen, aber nicht von Bach, sondern von einem heute lebenden Komponisten, Musik, die in eine Zukunft weist.

Gibt es heute noch bedeutende zeitgenössische Kirchenmusik?

Rilling: Natürlich. Ich habe mich immer bemüht, der zeitgenössischen Musik eine Plattform zu verschaffen, die Bachakademie Stuttgart hat viele Kompositionsaufträge an bedeutsame Komponisten unserer Zeit vergeben. Erst vor kurzem haben wir ein neues Werk von Wolfgang Rihm aufgeführt, der bereits 2000 eine Lukas-Passion komponiert hat. Mir war es immer wichtig, die schöpferischen Kräfte unserer Zeit für eine Auseinandersetzung mit geistlichen Texten zu gewinnen. Das ist mir in vielen Fällen auch gelungen.

Trotzdem scheint die Institution Kirche als Auftraggeber keinerlei Rolle mehr zu spielen...

Rilling: Dafür habe ich die Kirche in den vergangenen Jahrzehnten immer kritisiert. In der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts ist zu wenig wirklich bedeutsame geistliche Musik entstanden.

Glauben Sie denn, dass Kirche und Religion heute noch genügend Einfluss und Strahlkraft besitzen, um die nächsten Komponistengenerationen zu geistlichen Werken zu bewegen?

Rilling: Das glaube ich unbedingt, es müssten eben Anfragen an sie herangetragen werden.

Warum haben Sie eigentlich nie selbst komponiert?

Rilling: Als Komponist muss man eine Berufung fühlen, etwas sagen zu wollen. Die hatte ich nicht.

ZITIERT

Mir war es immer wichtig, die schöpferischen Kräfte unserer Zeit für eine Auseinandersetzung mit geistlichen Texten zu gewinnen.

Helmuth Rilling

Nikolaus Harnoncourt sagte in einem Interview: „Für viele ist die Musik nur noch eine Kunst des Gefühls, daher wird beim Interpretieren so viel falsch gemacht.“ Stimmen Sie dem zu?

Rilling: Ein Interpret muss die Stücke analysieren um zu verstehen, was der Komponist wollte. Tempo, Dynamik und Artikulation sind eine Frage des ganz genauen und bewussten Nachdenkens, einer genauen Analyse und dem Versuch zu verstehen, was der Komponist wollte. Interpretation ist keine Gefühlsangelegenheit.

Oft hört man bei verschiedenen Aufnahmen große Unterschiede in Bezug auf das Tempo. Wie finden Sie das richtige Tempo?

Rilling: Es gibt in der Musikgeschichte Tempobezeichnungen, die relativ klar scheinen. Aber ein Allegro oder Vivace bei Mozart ist ein ganz anderes als bei Bach. Und es ist wieder anders, wenn wir in die Sinfonien Gustav Mahlers blicken. Man muss also fragen: ist das ein Allegro, das sich von einem vorausgehenden, langsamen Tempo abheben will, oder beschreibt das Allegro den Charakter des Satzes? Da gibt es immer persönliche Entscheidungen, die von Interpret zu Interpret verschieden ausfallen. Es kann auch durchaus sein, dass ich heute ein Allegro langsamer mache, als ich es noch vor zwanzig Jahren gemacht habe, weil meine Bewusstseinsfindung der Musik selbst sich verändert hat.

Sie studieren Werke, die Sie schon hunderte Male aufgeführt haben, wie z.B. Bachs h-moll Messe, immer wieder von neuem. Haben Sie je das Gefühl, mit einem Stück „fertig“ zu sein?

Rilling: Eine Aufführung der h-moll Messe wird heute anders sein, als sie gestern war. Nicht grundsätzlich, sondern in Details. Und wenn Details summiert erklingen, ergeben sich dann doch Veränderungen in Tempi, Dynamik, Satzabständen, Längen von Pausen. Das sind im Endergebnis immer wieder neue Gedanken, die zu einem Stück dazukommen. Deshalb ist es sehr wichtig, dass man immer im Gespräch mit der Partitur und über die Partitur mit dem Komponisten bleibt. Und immer von neuem versucht, seinen kreativen, schöpferischen Gedanken nachzuvollziehen.

Träumen Sie manchmal von Musik?

Rilling: Immer mal wieder. Aber ich träume weiß Gott nicht jede Nacht von Bach.

Die Musik Johann Sebastian Bachs wurde verjazzt und verpoppt. Was halten Sie von den Interpretationen eines Jacques Loussier?

Rilling: Jaques Loussier hat eine wunderbare Art, sich mit Bach auseinander zu setzen. Aber es ist nicht die

meine. Ich kann sie mir mit Vergnügen anhören, aber ich würde sie selbst nicht vertreten.

(Pause) Müssen wir eigentlich nur über Bach sprechen?

Nun, angeblich enthält ja sogar Ihr Autokennzeichen die Initialen von Bach...

Rilling: Das stimmt, nach der Ortskennung steht bei mir „JS-1685“. Aber ich habe auch so viele andere Komponisten aufgeführt.

Dann sprechen wir doch über Mendelssohn-Bartholdy.

Rilling: Mendelssohn ist einer der ganz Großen. Auf so vielen verschiedenen Gebieten. Natürlich will niemand die großen Oratorien Elias und Paulus missen, aber vor kurzem habe ich die „Walpurgisnacht“ nach Texten von Goethe aufgeführt. Ein hinreißendes Stück.

Wird Mendelssohns Musik unterschätzt?

Rilling: Er war in der Nazizeit ein verbotener Komponist. Das hat ihn für eine Generation von Musikern und Zuhörern nicht existent sein lassen. Seine Musik wurde nie mehr gespielt und gehört. Wenn das zwanzig Jahre geschieht, prägt es die Menschen. Ich habe es sehr kritisch gesehen, dass nach dem Zweiten Weltkrieg es so lange Zeit gedauert hat, bis er wieder ganz nach vorne kam. Ich konnte nicht verstehen, dass Musiker, Musikwissenschaftler und Veranstalter nicht sofort gesagt haben, wir müssen wieder mehr Mendelssohn hören.

Sie feiern im Mai Ihren 80. Geburtstag. Gibt es ein bestes Alter für einen Dirigenten?

Rilling: Nein. Es gibt wunderbare Aufführungen von jungen, unerfahrenen Dirigenten, die mit großem Enthusiasmus an eine Partitur herangehen. Und ebenso gute Aufführungen von älteren Dirigenten, die ihre große Erfahrung in die Interpretation einfließen lassen.

Welche nicht-musikalischen Geräusche mögen Sie?

Rilling: Geräusche, die aus der Natur kommen. Wenn ich auf der Terrasse sitze und die Vögel und den Wind höre, finde ich das wunderbar. Was ich überhaupt nicht schätze, ist die musikalische Berieselung in Supermärkten und Flughäfen. Vor allem beim Studium der Partitur. Ich habe gerne beim Warten an Flughäfen meine Noten vor mir und studiere, da stört mich Musik aus dem Lautsprecher sehr.

Sie studieren ausschließlich anhand der Partitur, hören Sie nie in Aufnahmen rein?

Rilling: So gut wie nie. Warum soll ich etwas hören, was ich lesen kann? Ich kann das in der Partitur lesen und mir vorstellen. Das ist für mich viel besser, als etwas zu hören.

Sie pflegen ein enges Verhältnis zu Ihren Musikern, sind mit vielen per „Du“. Warum ist Ihnen das so wichtig?

Rilling: Jeder Dirigent muss es so machen, wie er es für richtig hält. Das Bild des Dirigenten hat sich in den letzten 30 Jahren erheblich verändert. Ich erinnere mich gut an Kollegen, die sehr autoritär vorgingen, wo es keine Möglichkeit gab, gegen eine Anweisung des Dirigenten irgendwie vorzugehen oder etwas nicht machen zu wollen. Heute sind die meisten Dirigenten so eingestellt, dass sie mit ihren Orchestern, ihren Chören zusammen arbeiten wollten, nur dann entsteht ein wirklich gutes Ergebnis. Demokratie kann es nicht geben, aber einen Konsens, was die beste Lösung für eine bestimmte Arbeitssituation ist.

Am 24. August 2013 werden Sie nach 32 Jahren die Leitung der Bachakademie offiziell an Ihren Nachfolger Hans-Christoph Rademann übergeben. Sind Sie wehmütig?

Rilling: Überhaupt nicht. Es ist eine ganz natürlich Sache, dass Wechsel in Ämtern stattfinden müssen. Ich bin dankbar, dass ich so lange Zeit die Gesundheit und die Kräfte hatte, diese Arbeit gut zu leisten und jetzt geht sie an einen jüngeren Kollegen über. Das freut mich, und ich hoffe, dass das Werk, das ich mit der Bachakademie schaffen konnte, in eine gute und erfolgreiche Zukunft geht.

Wird Ihnen langweilig werden?

Rilling: Bestimmt nicht! Ich dirigiere unendlich viel. Im Sommer beim Oregon Bach Festival, das ich seit über 40 Jahren leite, dann bin ich in Korea, Hong Kong, in Mailand, Weimar, Kopenhagen. Ich bin gesund und kann arbeiten, dafür bin ich unendlich dankbar. Es gibt für mich noch so Vieles zu tun.

106,107

Les jeunes immigrés s'insèrent moins bien sur le marché du travail

Par Marc Landré

Publié le 23/09/2014 à 10:44



Une étude du ministère du Travail relève que les jeunes immigrés ou descendants d'immigrés sont moins souvent en emploi durable après leurs études que les jeunes non issus de l'immigration. La résidence, notamment en zone urbaine sensible, est un facteur aggravant de mauvaise intégration.

Dans son célèbre sketch **«le blouson noir»**, Coluche rapporte les propos que Dieu aurait tenus en arrivant sur Terre. «Il y aura des hommes blancs, il y aura des hommes noirs, il y aura des hommes grands, il y aura des hommes petits, il y aura des hommes beaux, il y aura des hommes moches et tous seront égaux, mais ça sera pas facile!», aurait-il ainsi dit. Avant d'ajouter, réaliste: «Y en aura même qui seront noirs, petits et moches, et pour eux ça sera très dur!». L'humoriste, qui n'avait pas son pareil pour pointer les déviances de la société française, ne croyait pas si bien dire. On s'en rend compte d'autant plus compte aujourd'hui avec une **étude du ministère du Travail** sur la première insertion sur le marché du travail des jeunes immigrés et jeunes descendants d'immigrés en France. La conclusion? Pour eux, c'est effectivement très dur.

Selon l'enquête Trajectoires et Origines (TeO) menée en 2008 -les charmes de la statistique publique nous renvoient six ans en arrière... mais il y a peu de chances que les résultats aient évolué positivement depuis-, les jeunes âgés de 18 à 29 ans immigrés ou descendants d'immigrés (ils représentant 23 % de cette tranche d'âge, soit 2,1 millions de personnes) rencontrent à la fin de leurs études plus de difficultés d'insertion professionnelle que les autres. «Après être sortis de l'école, ils sont en effet moins souvent en emploi durable et connaissent plus souvent des alternances en situation d'emploi, de chômage et d'inactivité que les jeunes non issus de l'immigration», pointe la rue de Grenelle dans son étude.

« Les jeunes en ZUS déclarent plus fréquemment avoir subi au cours des cinq dernières années des discriminations liées à l'emploi (refus injuste d'un emploi, de promotion ou licenciement) »

Le ministère du Travail

Ainsi, les personnes non issues de l'immigration ont passé depuis la fin de leurs études (il y avait 4,6 ans pour eux en 2008) près de 77 % de leur temps en emploi de façon continue pendant au moins un an, contre 68 % des descendants d'immigrés (la fin de leurs études remontaient alors à 4,3 années) et 68 % des jeunes immigrés (6,5 ans en moyenne après la fin de leurs études).

Une situation en grande partie due à leur niveau d'études, globalement moins élevé que les autres: plus de la moitié des jeunes immigrés ont ainsi au plus un CAP-BEP, contre 47 % pour les jeunes descendants d'immigrés

et 41 % pour les jeunes non issus de l'immigration. A l'inverse, une part relativement élevée sont très diplômés: 18 % ont un niveau supérieur à bac + 3, contre 17 % des jeunes non issus de l'immigration et 16 % des jeunes descendants.

Le lieu de résidence joue aussi beaucoup. Ainsi, habiter en **ZUS** (zone urbaine sensible) -20 % des jeunes immigrés ou jeunes descendants y résident, contre 4 % des jeunes non issus de l'immigration- est un facteur aggravant de mauvaise insertion. «Globalement, les jeunes de 18 à 29 ans résidant en ZUS ont passé en moyenne 58 % du temps écoulé depuis la fin de leurs études initiales en emploi durable, contre 73 % pour les jeunes résidant hors ZUS», note le ministère du Travail. Toutefois, à caractéristiques égales, le fait de résider en ZUS a un effet sur l'insertion mais moins que le niveau de diplôme ou l'ancienneté de sortie du système scolaire.

Liebe muslimische Mitbürger und Mitbürgerinnen ...

Schön, dass Muslime gegen den Islamischen Staat protestieren. Doch die Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus ist oft spitzfindig. Es sind manchmal zwei Seiten einer Medaille.

•
Von Henryk M. Broder



Foto: dpa Mit einem öffentlichen Friedensgebet und einer Kundgebung demonstrierten vergangenen Freitag mehr als tausend Muslime in Berlin-Kreuzberg gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Extremismus

Liebe muslimische Mitbürger und Mitbürgerinnen, liebe Nachkommen des Propheten Mohammed,

ich weiß nicht, ob das die richtige Anrede ist, sie hört sich etwas sperrig an. Ich würde gerne sagen: Liebe Muselmänner und Muselfrauen, aber das wäre, fürchte ich, politisch nicht korrekt. Und ich will niemand kränken. Zumal wir einiges gemeinsam haben. Auch ich bin ein Bürger mit Migrationshintergrund. Ich war elf und sprach kein Wort Deutsch, als meine Eltern Polen verließen und über Wien nach Köln zogen. Ausgerechnet Köln. Allerdings, Kattowitz, wo wir herkamen, war noch hässlicher.

Wenn ich heute zurückblicke, kann ich nur sagen: Ich hatte eine beschissene Kindheit. Nicht wegen der "Willkommenskultur" aus Kölsch und Karneval, sondern wegen meiner Eltern. Sie hatten die Nazi-Jahre überlebt, aber ihre Seelen waren auf der Strecke geblieben. Unser Zuhause war das Fegefeuer der Erinnerungen. Dennoch wäre ich nie auf die Idee gekommen, mich in die Luft zu sprengen oder einer Terrorgruppe anzuschließen. Obwohl ich nur eines wollte: raus aus diesem Jammertal des ewigen Leidens.

Sogar in Köln hatte das Leben einiges zu bieten. Maastricht lag um die Ecke, nach Amsterdam waren es nur drei Stunden. Ich sage das nur, um klarzustellen, dass ich nicht auf einer Segelyacht mit einer goldenen Visa-Karte in der Hand auf die Welt gekommen bin. So viel zu mir. Und nun zu Euch.

Die Taten lassen sich nicht von den Tätern separieren

Ich fand es gut, dass Ihr vergangenen Freitag "ein Zeichen" gesetzt und gegen Rassismus, Fanatismus und die Barbarei des Islamischen Staates demonstriert habt, der, wie alle Redner unisono versicherten, mit dem "wahren Islam" nichts zu tun habe. Ihr habt Euch von den Verbrechen distanziert, die "im Namen des Islam" begangen werden. Allerdings überkam mich dabei ein Déjà-vu. Wo hatte ich diese Formel schon mal gehört?

Richtig! Bei den Feiern zur Erinnerung an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz, bei den Gedenkfeiern zum Tag der Bücherverbrennung, an jedem 9. November, wenn der "Reichskristallnacht" gedacht wurde, bei allen Staatsbesuchen deutscher Bundespräsidenten in Polen, Frankreich und Griechenland, wenn sie um Vergebung für die Verbrechen baten, die "im deutschen Namen" begangen wurden.

Wie war es möglich, fragte ich mich jedes Mal, halb Europa zu verwüsten, Millionen von Menschen umzubringen und dabei die Taten von den Tätern zu separieren? Hatten die Deutschen irgendeinem Subunternehmer, irgendeiner GmbH eine Handlungsvollmacht gegeben, die Ostmark heim ins Reich zu holen, Polen zu überfallen, Rotterdam und Coventry plattzumachen, während sie selbst mit Kraft durch Freude auf Rügen und im Bayerischen Wald unterwegs waren?

Heute frage ich mich, wie kann man "im Namen des Islam" Verbrechen begehen, die nichts mit dem Islam zu tun haben, die nicht auf den Islam zurückfallen?

Wie unterscheidet man "wahre" von "unwahren" Muslimen?

"Glauben Sie mir, die Terroristen sind keine Muslime", sagte ein junger Mann am Rande einer der Kundgebungen vergangenen Freitag. Woher will er das wissen? Beten sie nicht fünf Mal am Tag? Verneigen sie sich nicht in Richtung Mekka? Essen sie vielleicht Schweinefleisch und spülen den üblen Nachgeschmack mit einer Flasche Jack Daniels runter? Und könnte es sein, dass die Kämpfer des IS sich für die "wahren Muslime" halten und alle anderen, die nicht in der Lage sind, einem "Ungläubigen" den Kopf abzuschlagen, für Weicheier, die dasselbe Schicksal verdienen? Hat irgendjemand einen Lackmustest oder eine Urinprobe entwickelt, um "wahre" von "unwahren" Muslimen zu unterscheiden?

Wenn der IS nicht islamisch ist, dann war die Inquisition nicht christlich. Dann ließ Tomás de Torquemada nur "im Namen des Christentums" foltern, während die "wahren Christen" sich schon auf den nächsten ökumenischen Kirchentag vorbereiteten. Und die Kreuzritter? Das waren die ersten Abenteuerurlauber. All inclusive, sozusagen.

Was mich noch mehr irritiert, liebe Verwandte, ist eine andere Formel, die in den letzten Tagen wie ein Mantra wiederholt wurde. "Der Islam ist perfekt. Nur manche Muslime sind es nicht." Ein Satz, der sich weise und konzilient anhört. Kein Mensch ist perfekt, jeder kann sich irren. Der Subtext freilich ist totalitär. So wenig, wie es einen perfekten Menschen geben kann, kann es auch kein perfektes System, keine perfekte Religion geben.

Jeder Demokrat weiß, dass Demokratie kein finaler Zustand, sondern Work in Progress ist. Sie muss ständig nachgebessert werden. Es ist, als wollte man wissen, was einen hinter dem Horizont erwartet. Man kommt ihm näher, ohne ihn je zu erreichen.

Die Gräueltat als bloßes menschliches Versagen?

Nur Anhänger totalitärer Systeme sind von ihrem Glauben so angetan, dass sie ihn für perfekt halten. Der Kommunismus war perfekt, der Nationalsozialismus ebenso. Kam es bei der Umsetzung in die Praxis zu Problemen, dann lag es nur an den Menschen, die der Aufgabe nicht gewachsen waren. In diese argumentativen Fußstapfen treten jetzt die Anhänger Mohammeds. Er war ein perfekter Mensch, der Islam ist perfekt, nur manche Muslime sind es nicht.

Mit so einer Zauberformel lässt sich jede Gräueltat auf "menschliches Versagen" zurückführen und rechtfertigen. Zu diesem Zweck wurde die Unterscheidung zwischen dem Islam und dem Islamismus erfunden. Der Islam ist eine "Religion des Friedens", das haben in den letzten Tagen Präsident Obama, Ministerpräsident Cameron und der deutsche Innenminister Thomas de Maizière ausdrücklich bestätigt.

Der Islamismus dagegen ist eine "menschenverachtende Ideologie", deren Weg mit Leichen gepflastert ist. Und das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Außer, dass die Verbrechen, die "im Namen des Islam" begangen, auf das Konto des Islamismus gebucht werden.

Ehrlich gesagt, mir ist das zu kompliziert. Ich blick da nicht durch. Vielleicht kann mir jemand helfen, ein wenig Klarheit herzustellen: Fallen die Anschläge vom 11. September in die Zuständigkeit des Islam oder des Islamismus? Das Aufhängen von Homosexuellen an Baukränen, das Steinigen von Ehebrecherinnen und das Abhacken von Händen und Füßen als Strafen bei Diebstahl – entspricht so etwas den Geboten des Islam oder der Praxis des Islamismus? Weisen die Anschläge von London, Madrid, Bali, Pune, Mumbai, Djerba, Ankara, Amman und Nairobi – nur um ein paar zu nennen – in die Richtung Islam oder Islamismus?

Was ist noch Islam, und was schon Islamismus?

Wenn die Hamas ein Dutzend vermeintliche Verräter im Hof einer Gaza-Moschee standrechtlich erschießt – geschieht das im Einklang mit den Regeln des Islam oder nach dem Gusto der Islamisten? Wenn Millionen von Muslimen in der ganzen Welt gegen ein paar Mohammed-Karikaturen demonstrieren, die sie nur vom Hörensagen kennen, und wenn bei diesen Umzügen über 100 Menschen zu Tode kommen, muss man das unter Islam oder Islamismus verbuchen?

Und wenn in einer Berliner Moschee ein aus Dänemark zugeflogener Imam dazu aufruft, die "zionistischen Juden bis zum letzten zu jagen und zu töten", artikuliert sich darin die Nächstenliebe des Islam oder vielmehr der raue Sound des Islamismus?

In jeder Religion gibt es Fanatiker, die ihren Glauben so ernst nehmen, dass Gott, wenn es ihn denn gibt, sich entsetzt abwenden würde. Bei den Protestanten war es der vor Kurzem verstorbene Ian Paisley, der alles tat, um eine Lösung des Nordirland-Konflikts zu verhindern. Bei den Katholiken ist es der britische Bischof Richard Williamson, ein ausgewiesener Antisemit und Holocaustleugner. Bei uns sind es die Irren von der Neturei Karta, die sich für die einzig "wahren" Juden und den Holocaust für eine gerechte Strafe Gottes halten. Sie beten mehrmals täglich für die Ankunft des Messias und wünschen Israel den Untergang, lieber heute als morgen.

In keiner anderen Religion freilich – es tut mir wirklich leid, es sagen zu müssen – sind die Ränge der Fanatiker so dicht besetzt wie bei Euch, liebe Nachbarn und Nachbarinnen im großen Haus des Monotheismus. Und das hat nichts damit zu tun, dass es weltweit etwa 14 Millionen Juden, 800 Millionen Protestanten, 1,2 Milliarden Katholiken und 1,5 Milliarden Muslime gibt.

Wie viele Christen und Juden kämpfen mit Feuer und Schwert?

Jeder praktizierende Christ, jeder gesetzestreue Jude ist natürlich davon überzeugt, dass seine Religion anderen Religionen überlegen ist. Das ist auch der Fall bei Anhängern säkularer Glaubensgemeinschaften, bei Vegetariern, Kernkraftgegnern und Predigern des Weltuntergangs infolge Klimawandels.

Aber wie viele Christen und Juden versuchen, ihren Glauben heute noch mit Feuer und Schwert durchzusetzen? Wann hat zuletzt ein Jude oder ein Christ sich und andere in die Luft gesprengt, weil irgendein Ungläubiger Jesus oder Moses beleidigt hatte? Wann zuletzt, von Irland abgesehen, sind Katholiken und Protestanten aufeinander losgegangen, wie es Sunniten und Schiiten heute noch tun?

Kann schon sein, dass Islam und Islamismus – zu dem es inzwischen auch einen Komparativ gibt: den radikalen Islamismus – nicht ganz deckungsgleich sind. Aber der Übergang ist fließend. Gehören Hamas, die in Gaza das Sagen hat, und Hisbollah, die im Libanon an der Regierung beteiligt ist, zum Islam-Flügel der Umma, während Boko Haram, al-Qaida, al-Nusra, al-Schabaab, die Sauerland-Gruppe und die beiden nigerianischen Konvertiten, die am 22. Mai 2013 den britischen Soldaten Lee Rigby mitten im Londoner Stadtteil Woolwich buchstäblich zu Tode hackten, eher zum Islamismus neigen? Klar ist nur eines: Sie werden alle vom

Islamischen Staat getoppt. Und es wird nicht ewig dauern, bis irgendeine noch radikalere Gruppe den IS toppen wird.

Ich sagte es bereits. Ich finde es gut, dass Ihr letzten Freitag "ein Zeichen" gesetzt habt, gemeinsam mit dem deutschen Innenminister, dem Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland und dem Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, die zu Euch so gesprochen haben, wie man zu begriffsstutzigen Kindern spricht: ganz laaaangsaaaam und jedes einzelne Wort betonend.

Enthauptungen sind wahrlich eine Scheiß-PR

Ihr seid allerdings erst auf die Straße gegangen, um gegen religiösen Fanatismus zu demonstrieren, nachdem zwei Amerikaner und ein Brite von einem IS-Killer enthauptet wurden. Das war natürlich eine Scheiß-PR, sowohl für den Islam wie für den Islamismus. Und es waren nicht die ersten Enthauptungen, die "im Namen des Islam" vollzogen wurden. Daniel Pearl, ein jüdischer Journalist aus den USA, der für das "Wall Street Journal" arbeitete, wurde im Januar 2002 auf die gleiche Weise vom Leben zum Tode befördert, in Karatschi; die Verantwortung für die Tat übernahm eine "Nationale Bewegung zur Wiederherstellung der pakistanischen Souveränität".

Seitdem wurden immer wieder Ungläubige und Verräter geköpft, wie es zu Mohammeds Zeiten üblich war und in Saudi-Arabien noch immer Brauch ist. Vergangenen Freitag wurde der kopflose Körper eines Beduinen in der Nähe der Stadt Sheikh Zuweid im Norden der Sinaihalbinsel gefunden. Der Mann soll für Israel spioniert haben. Da er kein Amerikaner und kein Europäer war und da die "Hinrichtung" nicht auf Video festgehalten wurde, hat sich die Tat auch nicht herumgesprochen.

Ich fürchte, Ihr werdet bald erneut losziehen und wieder "ein Zeichen" setzen müssen. Für das "Heute-Journal", für die "Tagesthemen", für den Innenminister. Es sei denn, es fällt Euch was Besseres ein, um vor allem die jungen Menschen zu erreichen, die es in den Irak und nach Syrien zieht. Darunter auch minderjährige Mädchen, die einen "Märtyrer" heiraten wollen. Wie wäre es mit einem Rockkonzert in der Moschee von Duisburg-Marxloh? Oder einem Dschihad für die freie Liebe?

Salam und Schalom allerseits.

106,113

"Muslime Deutschlands stellen sich gegen Terror"

Bundesweit haben Muslime sich bei Kundgebungen von Gewalt distanziert. EKD-Ratschef Schneider mahnte, die Akzeptanz eines friedlichen Islams müsse noch "in den Köpfen und Herzen" verankert werden.

Von Felix Sternagel

Auch in Berlin mit seinem großen muslimischen Bevölkerungsanteil ist es nicht alltäglich, dass ein ganzer Straßenzug für das Freitagsgebet gesperrt wird. Hunderte Muslime folgten dem Aufruf des Koordinationsrats der Muslime und versammelten sich zum Gebet nahe der Mevlana-Moschee im Stadtteil Kreuzberg – und demonstrierten danach gegen Hass und Gewalt. Die Moschee war im August Opfer eines Brandanschlags geworden, wie zwei weitere Moscheen in Bielefeld.

Islamfeindlichkeit werde derzeit zu oft aus den Gräueltaten der Terrorgruppe Islamischer Staat (IS, auch Isis) hergeleitet, beklagen Muslimverbände dieser Tage. Die Stimmung gegenüber dem Islam sei in Deutschland schlechter geworden, und die Angriffe gegen Moscheen hätten zugenommen. Die Kundgebung sollte daher sowohl ein Zeichen gegen Gewalt im Namen des Islams als auch gegen die Gewalt gegen Muslime setzen – und nicht nur in Berlin: 2000 Moscheen beteiligten sich bundesweit an der Aktion. In insgesamt neun großen Städten traten Politiker und Religionsvertreter für ein friedliches Zusammenleben der Religionen ein.

Hass und Gewalt hätten keinen Platz im Islam, sagte Bekir Alboğa, Generalsekretär der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (Ditib), in Berlin. "Wir, die Muslime Deutschlands, stellen uns klar und deutlich – und das nicht nur in Deutschland, sondern unabhängig von Zeit und Raum – überall und gegen jede Art von Hass, Ungerechtigkeit, Terror und Angriffe auf Menschen."

Mit Blick auf den Nahen Osten und den IS betonte er, diese Gewalt habe nichts mit dem Islam zu tun. Den IS nannte Alboğa zwar nicht namentlich, doch verurteilte er alle, die im Namen des Islams Gewalt ausübten. "Im Nahen Osten gibt es Menschen, die den Namen Allahs missbrauchen, Grausamkeiten begehen, andere Menschen quälen und ermorden." Sie würden vorgeben, im Namen Allahs zu handeln, ihre Taten zeigten aber, dass sie nichts vom Glauben verstanden hätten.

Özdemir: IS-Terroristen lästern Gott

Deutlicher wurde Cem Özdemir, Parteichef der Grünen. "Wer sich wie die Isis auf den Islam beruft, der lästert eigentlich Gott, würde ein Gläubiger sagen, weil er die Religion missbraucht für seine niederen Instinkte, für die barbarischen Taten," sagte Özdemir bei der Berliner Demonstration. Die Kundgebungen in Deutschland seien daher ein richtiges Zeichen. Es müsse aber mehr gemeinsame Aktionen von allen Religionsgemeinschaften geben, forderte der Grünen-Chef. Da in Deutschland Christen, Juden und Muslime zusammenleben, sollten sie auch gemeinsam für gegenseitigen Respekt eintreten.

Um Jugendliche in Deutschland vor Hasspredigern zu schützen, erklärte Özdemir, seien zunächst vor allem Eltern und Lehrer gefragt. Es müsse Beratungsstellen und Hilfen für Aussteiger geben, an die sich die Jugendlichen oder Eltern wenden können. Aufgabe der Politik sei es, vor allem die Moscheen zu stärken, die aktiv Jugendliche vor Extremisten schützen. Entscheidend sei eine klare Positionierung und Abgrenzung der Moscheen vom Extremismus, "und zwar so, dass man das auch hören kann".

Nikolaus Schneider, Vorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland, begrüßte die religiöse Vielfalt, zu der der Islam beitrage. Gleichzeitig mahnte er aber ein Umdenken in der Gesellschaft an. Als friedliche

Religionsgemeinschaft stünde der Islam voll und ganz auf dem Boden des Grundgesetzes. Die Akzeptanz eines friedlichen Islams müsse aber noch "in den Köpfen und Herzen der Menschen verankert werden". Schneider begrüßte zudem ausdrücklich die Distanzierung der Muslimverbände sowohl vom Antisemitismus als auch vom IS.

Dieter Graumann, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, bekräftigte in Frankfurt: "Wir Juden werden immer unsere Stimme erheben, wenn Muslime diskriminiert werden." Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) mahnte: "Religionen sollen Frieden stiften und niemals Hass säen."



*Foto: *0odpa*Dieter Graumann (r.), Präsident des Zentralrats der Juden, mit Aiman Mazyek, Chef des Zentralrats der Muslime, in Frankfurt

AfD-Höhenflug wird zur Gefahr für Euro-Krisenländer

Die eurokritische Partei kommt in Umfragen erstmals bundesweit auf 10 Prozent. Die Ratingagentur Standard & Poor's erwartet einen härteren Kurs der Bundesregierung gegenüber Krisenstaaten.

23.09.2014, von **MARKUS FRÜHAUF** UND **JOACHIM JAHN**



© REUTERS  AfD-Chef Bernd Lucke

Der Höhenflug der Alternative für Deutschland (AfD) bedroht die Euro-Krisenländer. Darauf wies die Ratingagentur Standard&Poor's (S&P) am Dienstag hin. Dies kann nach Ansicht der Bonitätsprüfer zu einem härteren Kurs von Bundeskanzlerin Angela Merkel führen, um so abspenstige Wähler für die CDU wieder zurückzugewinnen.



Autor: Markus Frühauf, Jahrgang 1967, Redakteur in der Wirtschaft. Folgen: Wirtschaft in Berlin, zuständig für „Recht und Steuern“. Folgen:



Autor: Joachim Jahn, Jahrgang 1959, Redakteur der Wirtschaft in Berlin, zuständig für „Recht und Steuern“. Folgen:

In Umfragen hat die AfD weiter zugelegt. **Bundesweit erreichte sie mit 10 Prozent erstmals** einen zweistelligen Wert. Zu diesem Ergebnis kommt das Institut Forsa im Auftrag des Fernsehsenders RTL und der Illustrierten „Stern“.

Die Eurokritiker waren vor einer Woche mit zweistelligen Ergebnissen in die Landtage von Brandenburg und Thüringen eingezogen; zuvor hatten sie auch in Sachsen und bei der Europawahl gepunktet. Forsa-Chef Manfred Güllner sprach am Montag von einem „Mitläufer-Effekt“; dieser sei nach Wahlerfolgen oft zu beobachten. Auch sammle die Partei zunehmend Stimmen vom rechten Rand. Zudem seien in Thüringen frühere Anhänger der SPD unter dem Eindruck der katastrophalen Niederlage ihrer Partei ins Lager der Nichtwähler abgewandert. Güllner macht in Interviews generell keinen Hehl aus seiner eigenen kritischen Haltung zur AfD.

Ratinganalyst: Der Spielraum für Kompromisse schwindet

Der schnelle und nachhaltige Aufstieg der AfD könne die europapolitische Linie der Bundesregierung beeinflussen, erwartet S&P-Analyst Moritz Krämer. Da die Bundeskanzlerin in ihrer Rettungspolitik bislang auf keine schlagkräftige Opposition im Inland gestoßen sei, habe sie Spielraum für Kompromisse gehabt. Sollte die AfD aber in den Umfragen weiterhin hohe Werte erreichen, werde die CDU versuchen, die Wähler wieder anzusprechen, die sie verloren habe. Damit wird laut Krämer auch eine härtere Position der deutschen Regierung gegenüber Kompromisslösungen zur Euro-Rettung wahrscheinlicher.

Dies sei alles kein Problem, wenn die Eurokrise gelöst und beendet worden wäre. Das sei aber nicht der Fall, so Krämer. Die Wirtschaftsleistung, also das Bruttoinlandsprodukt liege im Euroraum noch immer unter dem Niveau des Jahres 2007. Die zaghafte Konjunkturerholung sei zuletzt zum Erliegen gekommen. Die Arbeitslosigkeit verharre auf einem bedenklich hohen Niveau. Die Staatsverschuldung steige in allen großen Euroländern mit Ausnahme von Deutschland. Den Worten von Krämer zufolge spiegeln die gegenwärtigen Bonitätseinschätzungen – unter anderem ein negativer Ausblick für Italien – die finanzielle Anfälligkeit wider.

Bislang hat seiner Ansicht nach die Bereitschaft Deutschlands zur finanziellen Unterstützung die Kreditwürdigkeit der schwachen Euroländer positiv beeinflusst. Eine Änderung der deutschen Linie könne das Vertrauen der Anleger dämpfen und zu weniger günstigen Finanzierungsbedingungen der Krisenländer an den Kapitalmärkten führen. S&P geht davon aus, dass die Unterstützung für die AfD zunehmen wird, wenn der Europäische Gerichtshof oder das Bundesverfassungsgericht die Käufe von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank einschränken würde.

Die Opferrolle der Muslime in Deutschland nervt

Wir Muslime leiden an einem Minderwertigkeitskomplex. Ihn müssen wir dringend überwinden und endlich Verantwortung übernehmen. Zeit wird es auch, gegen Extremisten in den eigenen Reihen vorzugehen.

•
Von Sineb El Masra

Lange wollte ich mich öffentlich nicht zu uns Muslimen in Deutschland äußern. Ich hatte gehofft, andere würden schreiben, was mir auf der Seele liegt. Stattdessen waren die vergangenen Monate von schrillen Tönen erfüllt. [Faschismus-Islam](#) hier, Islamphobie dort. So komme ich nicht umhin, meine Sichtweise der Dinge niederzuschreiben.

Ich bin die Trotz- und Abwehrhaltung in Form von Ausreden und Schuldzuweisungen, die im Namen meiner Glaubensgemeinschaft formuliert werden, leid. Sie wirken sich auf meinen wie auch anderer Muslime Alltag aus. Innerislamisch, von Face to Face, will konstruktive Kritik obendrein nicht ankommen. Daher nehme ich mir die Freiheit heraus, sie öffentlich zu formulieren. Wem das nicht passt, kann weiter in den sozialen Medien sein Leid beklagen.

Wir Muslime haben einen gewaltigen Minderwertigkeitskomplex. In seinen unterschiedlichen Ausprägungen führt er zu unserer derzeitigen Unfähigkeit, die Fehler zur Abwechslung bei uns zu suchen. Leider kann ich nicht einmal sagen, dass es ausschließlich ein Generationenproblem darstellt. Die Alten sind genauso festgefahren wie die Jungen. Bevor sich nun einige Muslime empören und die Zeitung zum Fischeinwickeln nutzen, sei vorausgeschickt, dass dies selbstverständlich nicht für alle gilt.

Gegen Israel protestieren sie, aber wo bleiben Proteste gegen IS?

Denn es gibt Muslime, die ihr Selbstwertgefühl nicht an die islamische Geschichte koppeln, um irgendwann entsetzt bei einem Rundgang in der Alhambra festzustellen, wie zurückgefallen wir Muslime heute sind. Aber für die, die in unserem Namen als Verbandsfunktionäre, als muslimische Jugendorganisationen sprechen oder auf öffentlichen Plätzen orientierungslosen Konvertiten zujubeln, für die scheint es eine Zumutung, sich klar zu positionieren. Als würde man sie zwingen, ein Stück Seife zu verschlingen.



Foto: picture-alliance / Sven Simon Sineb El Masra ist eine deutsch-marokkanische Autorin und Herausgeberin der Frauenzeitschrift "Gazelle". 1981 ist als Tochter marokkanischer Einwanderer in Hannover geboren. El Masra war von 2010 bis 2013 Teilnehmerin der Deutschen Islamkonferenz. 2010 erschien ihr Sachbuch "Muslim Girls - Wer wir sind, wie wir leben".

Mit der jüngsten Haltung, sich nicht vom IS-Terror distanzieren zu müssen, haben sie deutlich gemacht, wie tief das Gefühl der Minderwertigkeit in ihnen steckt. Denn irgendjemand könnte glauben, dass die Grausamkeiten etwas mit uns zu tun hätten. Kaum auszuhalten, wenn dieser Eindruck entstehen würde. Dumm nur, dass er sehr wohl etwas mit uns zu tun hat. Zum einen findet dieser Terror im Namen unserer Religion statt, und zum anderen sind die Männer und Frauen aus unseren Reihen – egal, ob Konvertit oder von Elternhaus – Muslime.

Andererseits war es Muslimen ein großes Bedürfnis, die Straßen in Scharen aufzusuchen, als es um den Gaza/Israel-Konflikt ging. Zum Teil mit beschämenden Parolen. Die Palästinenser, mit denen sie sich solidarisierten, unterstützten sie damit so viel wie die arabischen Staaten Jahrzehnte zuvor. Sollen sie doch weiter Spielball der muslimischen Nationen bleiben und uns hier weit weg vom Konflikt her als Projektionsfläche unseres kollektiven Opfertums dienen.

Wer zum Henker will Opfer sein

Dass es vier muslimische Verbände am Ende geschafft haben, doch noch eine bundesweite Demonstration auf die Beine zu stellen, grenzt fast an ein biblisches Wunder. Haben gerade zahlreiche Muslime genau auf dieses Wunder gewartet. Dass die Verbände eine Demo organisierten, die sich allerdings nicht ausschließlich gegen die extremistischen Ränder innerhalb unserer Glaubensgemeinschaft wandte, ist nur konsequent und passend zu deren Haltung. Nämlich, dass am Übel der Muslime Politik, Medien und der lästige Pollenflug schuld seien. Die Zeit, die in die Abwehrhaltung investiert wurde, hätte locker für drei Demos gereicht.

Mir ist unbegreiflich, was daran so verwerflich sein soll, Stellung zu beziehen. Das erwarten wir schließlich auch von anderer Seite. Dabei wird oft so getan, als würden sich Nichtmuslime nicht auch gegen Muslimfeindlichkeit und Rassismus engagieren. Ich will keineswegs die Lage der Muslime schönreden. Aber wenn ich den Verlautbarungen von Verbandsvertretern und einigen Othman-Normal-Muslimen lausche, habe ich den Eindruck, dass viele Muslime glauben, dass sie mit der gewählten Opferrolle von jeglicher Verantwortung freigesprochen sind.

Man sieht sich sogar schon als die neuen damaligen Juden. Doch wer zum Henker will freiwillig Opfer sein! Wir regen uns darüber auf, wie Kolonialstaaten in unseren Herkunftsländern uns zu Unmündigen machten und später ein Chaos hinterließen, das seinesgleichen sucht. Lassen uns aber zu Untätigkeit animieren, wenn Nichtmuslime uns versichern, wie benachteiligt wir hierzulande sind. Nutzen den grausamen Mord an [Marwa El-Sherbini](#) und die NSU-Hinrichtungen, um Kritik jeglicher Art von uns abzuwenden. Wir sind schließlich Opfer. Diese Verstorbenen und ihre Angehörigen sind Opfer. Nicht wir, die noch am Leben sind und handeln können, statt sie für unsere Belange zu instrumentalisieren.

"God of War"

Obendrein nehmen wir zahlreiche Konvertiten mit offenen Armen auf. Bevor sich hier der ein oder andere Konvertit von mir auf den Schlipps getreten fühlt: Solange Konvertiten im Namen des Islam kein Unheil anrichten oder Diskriminierung muslimischer Einwanderer als ihre eigene ausgeben, interessieren sie mich nicht. Frei nach Friedrich II. soll jeder nach seiner Fassung selig werden. So viel dazu.

Insgeheim geben sie aber zahlreichen Muslimen das Gefühl, dass wir die beste Religion der Welt haben. Denn wenn selbst ein Deutscher – bekannt für Pünktlichkeit, Erfindergeist und irgendwie Überlegenheit – sich für den Islam entscheidet, dann sind wir echt knorke. Deshalb lässt sich ein Teil der Muslime auch von einem Ex-Boxer namens Pierre Vogel unsere Religion erklären. Dass unsere Religion deshalb einen merkwürdigen Schwenk in die Rückständigkeit nimmt und unsere Religion plötzlich Menschen anzieht, die von Freiheit und Eigenständigkeit überfordert sind, finden wir dann weniger knorke.

Weil ich meinen Freunden zu Weihnachten gratuliere und das Kopftuch nicht trage, werde ich zur Abtrünnigen erklärt. Aber das scheint niemanden von unseren Verbandssprechern aufzufordern, sich langsam etwas zu überlegen, wie man das mit den radikalen Rändern in den Griff bekommt. Auch jetzt nicht, wo junge desillusionierte Muslime aufbrechen, um in Ländern wie Syrien oder dem Irak "God of War" im realen Leben nachzuspüren. Es scheint so, als verfolgen wir Muslime ein oft angewandtes Wirtschaftsgesetz: erst Expansion, dann Gewinn. Im Umkehrschluss: Sollen ruhig viele zum Islam konvertieren, um die Chaoten kümmern wir uns später.

Die muslimische Umma am Kiosk

Vielleicht irre ich mich. Ich hoffe es sehr. Doch das, was ich wahrnehme, bestärkt mich eher in meiner Meinung. Oft heißt es von muslimischer Seite, die Medien seien schuld an der einseitigen Berichterstattung über uns. Gleichzeitig sind wir aber in der Lage, jene Medien bewusst zu ignorieren, denen differenzierte Berichterstattung gelingt. Als beispielsweise die "Frankfurter Rundschau" vor zwei Jahren strauchelte, gab es keine Mobilisierung innerhalb der vier Millionen Muslime. Selbst die "Islamische Zeitung" kämpft um ihre Existenz. Offenbar endet die muslimische Umma am Kioskstand. Immerzu wird geklagt, dass Geld in den Gemeinden fehlt.

Viele muslimische Ehrenamtliche leisten unentbehrliche Arbeit. Ihre Anerkennung kann nicht hoch genug gewürdigt werden. Andererseits stelle ich mit Erstaunen fest, dass salafistische Gruppen keine Probleme haben, Spenden zu akquirieren. Damit sind sie in der Lage, ihre Prediger mitsamt technischem Equipment zu bezahlen. Obendrein eine hohe Auflage an Koranen zu drucken, um sie dann mit Autos, kostspieligen Werbeaufstellern und Spritgeld in Einkaufspassagen kostenlos zu verteilen. Irgendwas machen die Verbände eindeutig falsch. Dass die staatliche Seite von den losen Verbänden einfordert, sich langsam verbindlich und verbandsübergreifend zu organisieren, ist deshalb nur eine notwendige Forderung.

Ich möchte, dass wir uns mit diesem [Minderwertigkeitskomplex](#) auseinandersetzen. Denn es wird uns Muslimen endlich helfen, für uns selbst Verantwortung zu übernehmen und die Opferrolle zu überwinden. Denn es gibt so viel zu tun. Das sind wir allein schon unserer eingewanderten Eltern- und Großelterngeneration schuldig, die so viel für uns jüngere hinnehmen mussten und uns hier für eine bessere Zukunft haben aufwachsen lassen.

Ein anderer Islam ist möglich

Warum ist es für deutsche Muslime so schwer, die Hamas oder die Salafisten deutlich zu kritisieren? Und wie ließe sich das ändern?

Ein Plädoyer für einen modernen zivilgesellschaftlichen Islam.

22.09.2014, von EREN GÜVERCIN



© FRICKE, HELMUT  Zeichen gegen Extremisten: Muslime beten in Frankfurt während eines Aktionstages der Muslime im September

Traditionell ist die Moschee die Institution, die das gemeinschaftliche Leben der Muslime prägt. Moscheen sind nicht nur Gebetsräume, sondern lokale Einrichtungen, die den Muslimen bestimmte Dienstleistungen anbieten. Das war in der Geschichte schon immer so: Rund um den Gebetsraum fanden sich im Moscheekomplex Stiftungen, Märkte, Bibliotheken, Armenküchen und andere karitative Einrichtungen. Sie waren Zentren einer lebendigen muslimischen Zivilgesellschaft mit spirituellen, sozialen und vor allem ökonomischen Komponenten.

Die meisten Moscheegemeinden in Deutschland sind heute eingetragene Vereine, oft eingebunden in große, zentral agierende Dachverbände. Dieses Modell des politischen Islams basiert auf der Idee, über möglichst viele Mitglieder zentral zu entscheiden; es folgt der Vorstellung, dass Macht organisierter Wille sei. Die Funktionäre dieses organisierten Islams streben die politische Anerkennung an und den damit verbundenen Zugang zu den Geldtöpfen.

In den letzten Jahren formiert sich hierzulande aber Widerstand gegen diese etablierten Organisationsformen. Manche kritisieren die mangelnde Flexibilität dieser Großvereine, ihre fehlende Transparenz oder auch die wachsende Bürokratie. Neben den Verbänden des organisierten Islams werden darum vermehrt lokale Initiativen gegründet, die in erster Linie von jungen und deutschen Muslimen getragen werden. Diese sind für die großen Verbände eine Herausforderung, in gewisser Weise sind sie es aber auch für die Mehrheitsgesellschaft. Denn sie definieren sich nicht über die Ethnie, die Herkunftsländer ihrer Eltern, sondern betonen, dass sie deutsch und muslimisch sind. Der Islam stellt sich nach diesem Verständnis nicht als Phänomen der Fremde dar, sondern erweist sich kompatibel zur deutschen Kultur.

Bornierte Solidarität

Jenseits der Frage, wie sich Muslime organisieren sollten, gibt es eine andere Grundsatzfrage, der sie sich in Europa stellen müssen. Aufgrund der aktuellen Ereignisse vermissen nicht wenige Deutsche ein stärkeres Engagement des organisierten Islams gegen Antisemitismus oder die salafistisch-wahhabistische Ideologie - auch wenn die Demonstrationen vom Wochenende ein Anfang waren. Aber es war nicht genug, die Kritik wird zu Recht vorgetragen. Denn entweder beruhigen die muslimischen Verbände ihr Gewissen, indem sie sich mit einzelnen Wortmeldungen oder Pressemitteilungen von diesen Gruppen distanzieren, aber nicht wirklich etwas unternehmen. Oder sie lehnen eine Distanzierung mit dem Argument ab, man habe nichts mit diesen Ideologen zu tun.

Weshalb dieser passive Umgang mit Gruppen, die negative Auswirkungen auf das Bild der Muslime insgesamt haben? Es liegt daran, dass Teile des organisierten Islams ihre Ursprünge im islamischen Modernismus haben, der während und nach der Kolonialisierung der arabischen Welt als Reaktion auf ebendiese entstand. Im Denken dieses Modernismus tritt der Islam im „Kleid der Technik“ als Partei, Ideologie, Bewegung oder, in seiner radikalsten Form, als Terrorismus auf. Der Einfluss der modernistischen Ideologie der Muslimbrüder in Deutschland ist nicht zu leugnen.

Daraus resultiert eine bornierte Solidarität etwa mit der Hamas, die ihre Ursprünge ebenfalls in der Muslimbruderschaft hat. Wenn man als Muslim die Hamas-Ideologie, die eher nationalistisch als islamisch ist, kritisiert, wird man nicht selten reflexartig als „Verräter“ oder als „unsolidarisch“ gebrandmarkt. Aber ist es eine Glaubensfrage, wenn man die jahrzehntelang erfolglose Politik einer Bewegung in Frage stellt, für die gerade viele eigene Anhänger mit dem Leben bezahlt haben?

Gegen Terror, gegen Ehrenmorde

Ein zentraler Gedanke des islamischen Modernismus, der immer noch in vielen Köpfen herumspukt, kreist um die Vorstellung eines vermeintlich „islamischen Staates“. Auch diese Idee entstand gegen Ende der Kolonialzeit mit der Gründung der Muslimbruderschaft. Beeinflusst durch das westliche Staatsdenken, prägten Vordenker der Muslimbrüder wie Hassan Al-Banna, Jamal-ad-din Al-Afghani oder Sayyid Qutb die Idee, dass die islamische Welt ihre Unabhängigkeit nur wiedererlangen könne, wenn sie die Techniken und die Staatsstrukturen der überlegenen Kolonialmächte kopieren und mit dem Islam kombinieren würde. Daraus sollte dann der „islamische Staat“ entstehen. Der Islam im Kleid westlich-revolutionärer Ideologien wurde dadurch zur Heilsbotschaft des politischen Islams, der „Wille zur Macht“ dominiert seitdem. Nicht wenige muslimische Organisationen in Europa sind davon beeinflusst.

Eine innermuslimische Debatte über die modernistischen Bewegungen der letzten hundert Jahre und deren Auswirkungen auf das muslimische Denken ist dringend nötig, um den ideologischen Ballast des neunzehnten Jahrhunderts endlich loszuwerden. Der organisierte Islam scheut diese Form der Auseinandersetzung und Selbstkritik. Auch aus Eigeninteresse. Denn der natürliche Feind des organisierten Islams ist eben jene lebendige muslimische Zivilgesellschaft, die auf lokaler Ebene und nicht zentralistisch agiert und somit von der Basis getragen und nicht durch Funktionäre kontrolliert wird. Gerade die Muslime in Europa sind in der Lage, die verheerenden Auswirkungen von Ideologien aufgrund der europäischen Geschichte besser zu kennen und die Lehren daraus zu ziehen.

Was fehlt, ist ein positives, identitäts- stiftendes Engagement, das besonders junge Muslime anspricht. Bisher dominiert die Haltung, dass man klarstellen müsse, wogegen man ist - gegen Terror, gegen Ehrenmorde, gegen die Unterdrückung der Frau, gegen Intoleranz und so weiter. Die Formulierung einer ablehnenden Haltung reicht jedoch nicht aus. Vielmehr müssen die Bedürfnisse der jungen Muslime erkannt und ernst genommen werden.

Brücken zwischen Tradition und Moderne

Daher brauchen wir Moscheen, die etwas Positives stiften, nicht nur eine Ethnie ansprechen und vor allem als „Amtssprache“ selbstverständlich das Deutsche benutzen. Wenn das nicht gewährleistet ist, werden salafistisch-wahhabitische Wanderprediger weiterhin leichtes Spiel bei der Rekrutierung junger Menschen haben, die dann als „Kanonenfutter“ nach Syrien oder in den Irak geschickt werden. Die beste Prävention gegen Radikalisierung ist die Etablierung authentischer muslimischer Gemeinschaften.

Woher kann dieser neue Ansatz kommen? Der momentane Zustand muslimischer Großverbände ist ernüchternd. Auch wenn sie im sogenannten Koordinationsrat der Muslime (KRM) organisiert sind, kocht jeder Mitgliedsverband sein eigenes Süppchen. Koordiniert wird außer dem Versenden von Pressemitteilungen recht wenig. Die Verbände haben heute eine Zwitternatur. Weder sind sie wirklich demokratisch noch traditionell islamisch verfasst. Sie repräsentieren weniger den Islam als vielmehr eine kulturell-nationale Mischkultur unter islamischem Einfluss.

Viele junge Muslime begreifen ihren Islam aber eben nicht mehr nur als Vereinszugehörigkeit. Die ethnische Komponente spielt bei ihnen anders als bei den alteingesessenen Vereinen und Verbänden keine Rolle mehr. Sie sind in Deutschland zu Hause, versuchen durch innovative und kreative Projekte ihren gesellschaftlichen Beitrag zu leisten und schlagen Brücken zwischen Tradition und Moderne.

Lösungen statt Rechtfertigung

Längst wird unter Muslimen in Deutschland leidenschaftlich darüber diskutiert, wie es organisatorisch weitergehen kann. Der deutsch-muslimische Journalist und Autor Khalil Breuer etwa entwarf kürzlich in der „Islamischen Zeitung“ das reizvolle Modell einer „Community 2.0“. Er setzt seine Hoffnungen also auf eine künftige dezentrale, basisdemokratische und lokale Organisationsform der Muslime. Sie bildet keine generelle Opposition zu den bestehenden Verbänden. Doch anders als diese setzt die Community 2.0 auf lokale Freiheiten und auf das Modell unabhängig agierender Stiftungen.

Es wird spannend sein zu beobachten, ob sich da eine lebendige deutsch-muslimische Zivilgesellschaft entwickeln kann und wie die existierenden Verbände darauf reagieren werden. Wenn sie diesen Wandel nicht als gutgemeinten Impuls wahrnehmen und unterstützen, bleibt aus Sicht Breuers nur noch die völlige Emanzipation der muslimischen Zivilgesellschaft von der lähmenden Dominanz der alten Vereinsstrukturen.

Wenn die teilweise hysterisch diskutierte Frage, ob der Islam nun ein Teil Deutschlands sei oder nicht, obsolet werden soll, dann müssen Muslime auch Lösungen präsentieren. Dies ist möglich, indem sie ihr Wissen über eine alternative Ökonomie gerade in diesen Zeiten teilen und vorleben. Die Rechtfertigung gegen Vorwürfe muss einer positiven Haltung Platz machen. Nur so kommt der Islam aus der Ecke heraus, in der er zurzeit steht: ein Problem zu sein, nicht Teil einer Lösung. Nur wer Lösungen und Antworten präsentiert, wird ernst genommen. Und dann kann auch von der verbreiteten Opferhaltung Abschied genommen werden.

Eren Güvercin lebt in Köln und veröffentlichte im Herder-Verlag das Buch „Neo-Moslems“.
Quelle: F.A.Z.

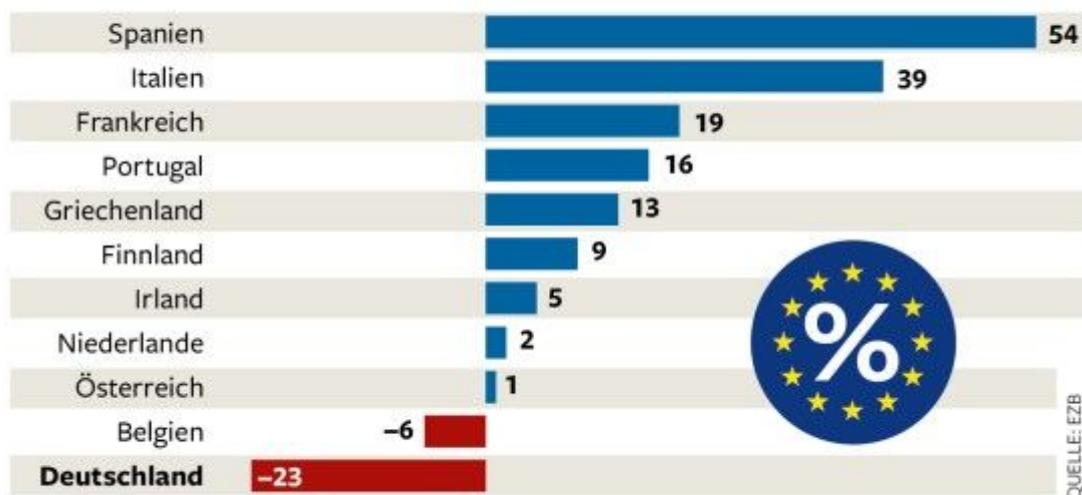
Deutsche Sparer päppeln Europas Krisenstaaten auf

Die niedrigen Zinsen treffen viele Europäer höchst unterschiedlich. Gleichzeitig wächst weltweit die Kluft zwischen Arm und Reich. Vor allem in einem Land ist die Entwicklung besorgniserregend.

Von [Frank Stocker](#) Finanz-Redakteur

„ZINSGEWINNE“ UND „ZINSVERLUSTE“ IM EURORAUM

Angaben in Mrd. Euro, 2010 bis einschließlich 2014



DIE WELT

Foto: Infografik Die Welt Die andauernde Niedrigzinsphase trifft die Anleger in Europa höchst unterschiedlich

Eigentlich war es klar, und offensichtlich ist es auch so gewollt. Doch nun belegt es eine aktuelle Untersuchung auch mit genauen Zahlen: Die Nullzinspolitik in Europa kommt vor allem den südlichen Krisenstaaten zugute, während dafür auf der anderen Seite die deutschen Sparer bluten müssen.

Die Allianz hat dies in ihrem jüngsten "Global Wealth Report" ausgerechnet. Demnach verloren die Deutschen seit 2010 durch die Niedrigzinsen netto rund 23 Milliarden Euro. Andererseits waren Spanier und Italiener die größten Nutznießer mit einem Plus von 54 beziehungsweise 39 Milliarden Euro.

Zur Ermittlung der Zahlen wurden die Zinsverluste, die Sparer aufgrund entgangener Zinsen hinnehmen mussten, mit den Zinsgewinnen verrechnet, die Kreditnehmer andererseits erzielten. Vergleichsmaßstab war dabei das Zinsniveau der Jahre 2003 bis 2008.

Die Belgier zahlten pro Kopf noch mehr drauf

Für die Deutschen bleibt unter dem Strich ein Minus, weil sie einerseits relativ gering verschuldet sind, andererseits aber besonders viel Geld auf der Bank liegen haben. Ganz anders dagegen in Spanien, dort drücken die Menschen enorme Hypotheken. "Und da diese oft mit flexiblen Zinssätzen ausgestattet sind, profitieren die Menschen dort besonders stark von den geringen Zinsen", sagt Michael Heise, Chefvolkswirt der Allianz.

Er weist allerdings auch darauf hin, dass es bei einer Pro-Kopf-Betrachtung gar nicht die Deutschen sind, die die größten Lasten zu tragen haben. Denn die Zinsverluste schlugen seit 2010 hierzulande mit rund 280 Euro pro Person zu Buche. In Belgien ist es mehr als das Doppelte. Denn wie die Deutschen haben auch die Belgier relativ geringe Schulden, aber ihr Geldvermögen ist gleichzeitig noch deutlich größer.

Andererseits haben in dieser Betrachtung auch nicht die Spanier am meisten profitiert, sondern erstaunlicherweise die Finnen. Ihre Zinsgewinne betragen rund 1650 Euro pro Kopf. Der Grund: Die Schulden der Finnen liegen heute etwa doppelt so hoch wie im Jahr 2000, in Deutschland sind sie dagegen seither um fast ein Viertel zurück gegangen. Die Zinsersparnis pro Kopf in Spanien betrug dagegen "nur" 1150 Euro, in Italien 650 Euro.

44.280 Euro besitzt jeder Deutsche im Schnitt

Letztlich sagt jedoch all dies nichts über die Entwicklung der Ersparnisse in den Ländern insgesamt. Denn obwohl den Deutschen viele Milliarden an Zinsen entgangen sind, konnten sie sich in den vergangenen Jahren dennoch über einen deutlichen [Anstieg des Sparvermögens](#) freuen, während die Südeuropäer deutliche Verluste hinnehmen mussten.

So wuchs das so genannte Netto-Geldvermögen der Deutschen, also die finanziellen Ersparnisse nach Abzug der Schulden, gegenüber dem Vorjahr um rund vier Prozent. Seit der Finanzkrise ist dieses Sparvermögen sogar um knapp ein Viertel angewachsen.

Im Ergebnis verfügen die Deutschen heute im Durchschnitt über ein Finanzpolster von 44.280 Euro. Das ist rund doppelt so viel wie in Spanien und drei Mal so viel wie in Griechenland.

Dennoch: Weltweit stehen die Deutschen damit nur auf Rang 16. Ganz an der Spitze rangieren dagegen die Schweizer mit 146.540 Euro, gefolgt von den US-Amerikanern mit 119.560 Euro und den Belgiern (78.300 Euro). Auch Niederländer, Schweden, Briten, Dänen oder Italiener liegen vor den Deutschen.

Die Griechen verloren ein Viertel ihres Ersparten

Allerdings sind diese absoluten Zahlen nur [bedingt vergleichbar](#). Denn es fließen nur Vermögen ein, die auf Konten, in Depots oder bei Versicherungen liegen. Die Ansprüche, die die Deutschen gegenüber der gesetzlichen Rentenversicherung haben, zählen folglich nicht mit. In Ländern, wo das Rentensystem dagegen privat organisiert ist, die Versicherten also individuell ansparen müssen, sind diese Ersparnisse jedoch in der Summe enthalten.

Folglich ist die prozentuale Entwicklung über die Jahre weit interessanter als die absolute Summe. Dabei zeigt sich, dass in kaum einem europäischen Land die Vermögen seit der Finanzkrise so stark gewachsen sind wie hierzulande. Die Niederländer kommen immerhin noch auf ein Plus von 21,6 Prozent, die Österreicher auf 18,2 Prozent.

Viele andere mussten dagegen echte Verluste hinnehmen. So ist das Ersparte der Spanier heute vier Prozent geringer als vor Beginn der Krise, die Italiener verloren 6,9 Prozent, die Finnen 7,1 Prozent und die Griechen sogar mehr als ein Viertel.

Größte Gewinner sind Asiaten und US-Amerikaner

Diese Verluste erscheinen umso dramatischer, wenn man sie mit der weltweiten [Entwicklung der Sparvermögen](#) vergleicht. Denn sie sind im vergangenen Jahr global um satte 9,9 Prozent gestiegen und betragen nun 118,3 Billionen Euro. Besonders stark wuchs das Finanzvermögen dabei in den USA (knapp zwölf Prozent), noch stärker jedoch in Asien (ohne Japan), wo das Plus sogar 17 Prozent betrug.

Vor allem den amerikanischen Sparern kam dabei zugute, dass sie deutlich mehr in Aktien investieren als die Deutschen. So liegen in den USA nur rund 13 Prozent des Finanzvermögens auf Bankkonten, in Deutschland sind es dagegen rund 40 Prozent. Von steigenden Aktienkursen profitieren die Deutschen daher weit weniger als andere, denn auf dem Tagesgeld- oder Festgeldkonto gibt es kaum noch Zinsen.

Kluft zwischen Arm und Reich wird besorgniserregend

Allerdings: In den USA wuchs parallel dazu auch die Kluft zwischen Arm und Reich wesentlich stärker als hierzulande. So besitzen die reichsten zehn Prozent in den USA heute fast zwei Drittel des gesamten Vermögens, und ihr Anteil ist seit dem Jahr 2000 um satte zwölf Prozentpunkte gestiegen. "Diese Entwicklung ist wirklich besorgniserregend", sagt Allianz-Volkswirt Heise.

In Deutschland besitzen die obersten zehn Prozent zwar ebenfalls rund 58 Prozent des Gesamtvermögens – einer der höchsten Werte in Europa. Dies liegt jedoch vor allem an der nach wie vor vorhandenen [Kluft](#) zwischen Ost- und Westdeutschland. Denn die Ersparnisse im Osten sind immer noch deutlich geringer als im Westen, die Vermögen sind dadurch stärker konzentriert.

Immerhin jedoch ist der Anteil der obersten zehn Prozent am Gesamtvermögen in den vergangenen 13 Jahren praktisch konstant geblieben. Die Kluft ist hierzulande also zwar groß, aber wenigstens nicht weiter gewachsen.

http://www.nytimes.com/2014/09/24/world/europe/europes-anti-semitism-comes-out-of-shadows.html?hp&action=click&pgtype=Homepage&version=LargeMediaHeadlineSum&module=photo-spot-region®ion=top-news&WT.nav=top-news&_r=0

106,122

Europe's Anti-Semitism Comes Out of the Shadows

By **JIM YARDLEY** SEPT. 23, 2014

Photo



RECALLING HATE Jewish residents of Mechelen, Belgium, gathered this month to remember the Holocaust. Credit Sergey Ponomarev for The New York Times

SARCELLES, France — From the immigrant enclaves of the Parisian suburbs to the drizzly bureaucratic city of Brussels to the industrial heartland of Germany, Europe's old demon returned this summer. "Death to the Jews!" shouted protesters at pro-Palestinian rallies in Belgium and France. "Gas the Jews!" yelled marchers at a similar protest in Germany.

The ugly threats were surpassed by uglier violence. [Four people](#) were [fatally shot in May](#) at the Jewish Museum in Brussels. A Jewish-owned pharmacy in this Paris suburb was destroyed in July by youths protesting Israel's military campaign in Gaza. A synagogue in Wuppertal, Germany, was attacked with firebombs. A Swedish Jew was beaten with iron pipes. The list goes on.

The scattered attacks have raised alarm about how Europe is changing and whether it remains a safe place for Jews. An increasing number of Jews, if still relatively modest in total, are now migrating to Israel. Others describe "no go" zones in Muslim districts of many European cities where Jews dare not travel.

But there is also concern about what some see as an insidious "softer" anti-Jewish bias, which they fear is creeping into the European mainstream and undermining the postwar consensus to root out anti-Semitism. Now the question is whether a subtle societal shift is occurring that has made anti-Jewish remarks or behavior more acceptable.

"The fear is that now things are blatantly being said openly, and no one is batting an eyelid," said Jessica Frommer, 36, a secular Jew who works for a nonprofit organization in Brussels. "Modern Europe is based on stopping what happened in the Second World War. And now 70 years later, people standing near the European Parliament are shouting, 'Death to Jews!'"

This is not the Europe of 1938. French leaders have strongly condemned the violence. Chancellor Angela Merkel of Germany this month led a rally against anti-Semitism in Berlin at which she told Germans, "It is our national and civic duty to fight anti-Semitism."

Europe has seen protests and outbursts of anti-Semitism whenever the Israeli-Palestinian conflict has erupted, and some analysts say this summer's anger is a cyclical episode that like others will fade away. Some note that the number of reported anti-Semitic incidents this year in France, for instance, is [well below some years](#) in the 2000s.

Yet as European support for the Palestinian cause and criticism of Israel have hardened, many Jews describe a blurring of distinctions between being anti-Israel and being anti-Jew.

With Europe still shaking from a populist backlash against fiscal austerity, some Jews speak of feeling politically isolated, without an ideological home. Many left-wing political parties are anti-Israel. Many right-wing parties, some with anti-Semitic origins, are extremist and virulently anti-immigrant. And many Jews who have voted with the Socialist Party in France and Belgium worry that those parties are weak and becoming more dependent on fast-growing Muslim voting blocs.

Even among those inclined to condemn racism in any form, fighting anti-Semitism is no longer seen as a priority, with Jews often perceived as privileged compared with Muslims and other minorities confronted with discrimination.

Many younger Muslims often seem alienated in Europe. Struggling to find work and frustrated by their lack of acceptance, a small but vocal group of them has become inflamed by the politics of the Middle East, especially the Israeli-Palestinian conflict.

European officials are deeply concerned that radical Islam, nurtured in the Middle East, could take root in Europe. Mehdi Nemmouche, a French Muslim arrested in connection with the killings at the Jewish Museum in Brussels, fought as a jihadist in Syria. A French journalist who was held captive in Syria until April said Mr. Nemmouche had been one of his torturers.

“We are a microcosm of the Middle East,” said Philip Carmel, European policy director for the European Jewish Congress. “The Middle East is being imported into Europe.”

Visits to some of the flash points of the summer violence revealed a picture of what Prime Minister Manuel Valls of France has called a “new anti-Semitism.” In Sarcelles, the Paris suburb where pro-Palestinian protests spiraled into riots, the alienation of France’s immigrants and minorities lies just below the surface. In Brussels, the headquarters of the European Union, some secular Jews described a changing atmosphere and questioned whether it was time to leave.

And in Wuppertal, Germany, a city proud of its commitment to religious and ethnic diversity, the attempted firebombing of a synagogue exposed underlying tensions that became even clearer this month when, unexpectedly, a group of Muslim men patrolled a neighborhood wearing makeshift uniforms that said “Shariah Police.”

The French Melting Pot

On the afternoon of July 20, a siege mentality gripped Little Jerusalem, the Jewish commercial district in Sarcelles. A crowd of young Jewish men had gathered at the synagogue as a pro-Palestinian protest was held a few blocks away. France’s Interior Ministry had tried to ban the protest, which spun into a riot. Cars were burning. Young men were throwing rocks as the police fired tear gas. A Jewish-owned pharmacy was set on fire.

“We were all concentrated here to defend the synagogue,” said Levi Cohen Solal, 21, who joined the human cordon outside the synagogue. “Everybody was scared.”

Blocked by the police, the rioters never reached the synagogue, but Sarcelles became a televised symbol of France’s new anti-Semitism — a depiction many local residents did not recognize. A working-class suburb where generations of immigrants are packed into government housing, Sarcelles is a melting pot of religions and ethnicities, where many people speak of a largely peaceful coexistence.

To many residents, the demonstration, which was organized by outsiders on social media, was an indictment not of Sarcelles, but of France. Youth unemployment is soaring, especially in immigrant havens like Sarcelles, and many French-born children and grandchildren of immigrants have become alienated from French society.

“They have a real hatred against the state,” said Bassi Konaté, a city social worker, who added that many of the protesters came from poorer districts nearby. “A big proportion of these people feel neglected. A lot of these people don’t know anything about Gaza. But they want to confront the police.”

An early sign that these broader resentments were morphing into more open expressions of anti-Semitism came with the emergence several years ago of [Dieudonné M’bala M’bala](#), a French comedian who lashed out at Jews and played down the Holocaust. He has since allied himself with Jean-Marie Le Pen, the 86-year-old founder of the far-right National Front, who this summer used an apparently anti-Semitic pun, which alluded to Nazi crematories, as a riposte to a Jewish critic. Many of the comedian’s shows have since been banned in France, but his popularity has continued to rise, unnerving many Jews.

“For the past four or five years, we have felt a growing insecurity,” said David Harroch, who runs a Jewish bookstore in Little Jerusalem. “My customers tell me how worried they are about the climate here, the situation. A lot of people have left.”

Israeli officials predict that as many as 6,000 Jews will migrate from France this year, a stark reversal from the 1950s, when Sephardic Jews, Arabs and others began arriving in Sarcelles from North Africa. A booming economy made work plentiful.

But during France’s recession in the late 1970s, the city’s ethnic groups became pitted against one another for limited public resources. Rahsaan Maxwell, a political scientist who has studied Sarcelles’s ethnic groups, said the Sephardic Jews had incurred resentment because they were better organized and able to mobilize politically to win certain perks from the elected local council: a special Jewish section in the local cemetery, widening of a road in front of the main synagogue, kosher offerings at an annual city dinner for the elderly, and segregated swimming hours for men and women at a city pool.

In his 2012 book, “Ethnic Minority Migrants in Britain and France,” Mr. Maxwell wrote that Sephardic Jews became so influential that “when Israel was at war with Lebanon in the early 1980s, Sephardic Jewish activists in Sarcelles

were aggressive about using it as a litmus test for local politicians to see whether they supported Israel and the Jewish people.”

Yet many Jews and Muslims born in that era grew up together without rancor in government housing. Not far from one of the city’s storefront mosques is a small Superette grocery owned by a Muslim family. One of the owners, Abdel Badaz, recently stood behind the counter with a childhood friend, Mickaël Berdah, 36, a Jew whose family emigrated decades ago from Tunisia. They both criticized the riot as the work of young troublemakers.

“When you’ve grown up in the neighborhood, and you know everybody, there isn’t that kind of hate,” Mr. Berdah said. “When there is that kind of hate, it is at the roots, something about the way parents have educated their children.”

Later, near the grocery, a tall teenager pedaled his bicycle toward two journalists and shouted at them to leave, saying the media had lied about Sarcelles. The youth, Diakité Ismael, 19, the French-born son of Senegalese immigrants, soon calmed down and, like others, argued that there was no animosity in Sarcelles between local Muslims and Jews.

“Look,” he said, as a bearded Jewish man in a dark suit and skullcap walked by, “there’s one.”

But when asked about Gaza, Mr. Ismael became agitated, rambling and warning that the world was hurtling toward a catastrophe. He said he had seen video of an Israeli bomb hitting a funeral in Gaza. “Somehow, some Jews control politics, information, business and finance,” he said. “I’m not talking about the Jews here. I’m talking about Jews in general.”

“Jews, in general,” he added, “only let you see what they want you to see.”

In Brussels, Heightened Alert

Music rose from the center of Brussels on Sunday, with joggers and bicyclists moving freely down city streets as the seat of the European Union held its annual no-car day. It had the giddy air of a street fair, if less so for the city’s Jewish organizations, which the police had placed under heightened security since two recent incidents.

The first happened the previous Sunday, Sept. 14, which marked the European Day of Jewish Culture. As people gathered to dedicate a plaque at a Holocaust memorial, youths hurled stones and bottles until the police arrived. Three days later, a fire erupted on an upper floor of a synagogue in the city’s Anderlecht district; the authorities are investigating the incident as arson.

It was the May shooting at the Jewish Museum in Brussels — and the subsequent arrest of Mr. Nemmouche — that attracted international attention, as four people were killed, including two Israelis. But there have been smaller incidents that received less notice: a Turkish shop owner in Liège who posted a sign saying he would serve dogs but not Jews, a voice on the intercom of a commuter train that announced a stop as “Auschwitz” and ordered all Jews to get off.

“This summer, I started to see the world in a different way,” said Marco Mosseri, 31, a native Italian who works in the automotive industry in Brussels. “I was scared. I spent several nights without sleep. For the first time, I was thinking that maybe I could die from my religion.”

With its chocolate shops, Trappist beers and gray gloom, Brussels is the center of Europe’s sprawling bureaucracy, a symbol of the loathed policies of austerity. But Brussels also embodies the demographics transforming much of urban Europe, with generations of Muslim immigrants and their descendants now representing roughly a quarter of the population.

The Jewish community is small, about 20,000 people, most of them assimilated, secular Jews like Mr. Mosseri, who usually do not draw attention to their heritage. (A [recent report](#) issued jointly by two European Jewish organizations found that [40 percent of European Jews hide](#) their Jewishness.) Now some secular Jews say they have stopped wearing a necklace with the Star of David, or allowing their children to wear T-shirts for a Jewish summer camp on public buses or trains.

And since the start of the conflict in Gaza this summer, many describe social media, especially Facebook, as a swamp of hatred.

“I have friends who are never political and they are posting things about Gaza every day,” said Ms. Frommer, the employee of the nonprofit organization. “It seems like an obsession. Is your obsession because you want to save children, or because you have a problem with Jews?”

In a city so devoted to politics, the issue of Israel can seem unavoidable to some Jews, even those who strive to be apolitical or tend to be critical of Israeli policy. Ms. Frommer grew up in Brussels, but then left for college in Britain, followed by a long stint working in Cambodia. When she returned to Brussels four years ago, she was struck by how much more polarized life seemed. Her Jewish friends were sticking closer together as office chatter now sometimes bore a sharper edge.

This summer, one of her Belgian colleagues repeatedly mentioned the Israeli-Palestinian conflict. “He would often try to bring up the subject when I tried not to,” she said. “Then the subject would shift from Israel to Jews. Then it was, ‘Were there really six million Jews killed in the Second World War?’ ”

Nor was the comment isolated. There have been signs that anti-Jewish sentiment transcended the immediate backlash against the Gaza war. In Hungary, the rise of the far-right Jobbik party has brought concerns that anti-Semitic views are gaining mainstream traction.

In Italy, extreme right-wing activists were blamed for a flurry of anti-Jewish graffiti, including Nazi swastikas, on buildings in various cities. In Rome, [fliers calling for a boycott](#) of at least 40 Jewish-owned stores appeared last month with the signature of the far-right group Vita Est Militia. Italian investigators were also looking into whether such far-right parties were building alliances with extremist left-wing groups.

In Brussels, several pro-Palestinian marches were held this summer, most of which were peaceful, but a few bore an anti-Semitic edge, including shouts of “Death to Jews!” While Belgian politicians quickly condemned the shooting at the Jewish Museum, some Jews felt the response to the protests, including that of the center-left Socialists, was tepid at best.

“The Socialist Party is afraid, because of the votes here in Belgium,” said Dr. Maurice Sosnowski, an anesthesiologist and prominent Jewish leader in Brussels. “In Belgium, they are not willing to speak loudly, because there are a lot of Muslims.”

In the nonprofit world of Brussels, the politics of Israel, which some on the European left view as essentially the pursuit of racist objectives against Palestinians, have made it difficult to keep the fight against anti-Semitism high on the agenda.

“Some see it in conflict with the anti-racism movement,” said Robin Sclafani, director of the Brussels-based group [A Jewish Contribution to an Inclusive Europe](#). The organization, also known as CEJI, provides anti-discrimination training to teachers, social workers and others. Ms. Sclafani said she now receives numerous requests for training sessions to combat discrimination against Muslims, yet there is little interest in workshops on anti-Semitism.

“Nobody comes,” she said, adding that she has started pairing the sessions together.

Michaël Privot, director of [the European Network Against Racism](#), said that blaming only the Islamic fringe for anti-Semitism discounted academic studies that show how deeply ingrained it remains among all Belgians — as well as other Europeans — and risked giving a free pass to right-wing extremist groups.

“You have, basically, a golden opportunity for the right fringe to blame it on Muslims and claim innocence,” Mr. Privot said.

On Sunday, as much of the city enjoyed the car-free streets of Brussels, a group of secular Jews gathered at the headquarters of CEJI with a visiting journalist to discuss ordinary life for them. Because of the heightened security alert, three plainclothes police officers were stationed in the lobby.

Like others in the room, Ms. Frommer described a growing sense of isolation. As a teenager, she participated in left-wing Jewish youth groups, but she said some of her friends were now attracted to the extremist right-wing party [Vlaams Belang](#). The party is led by Filip Dewinter, an outspoken critic of Muslim immigration who has been courting Jews, despite his party’s past links to anti-Semitism.

“I would never be able to vote for someone like that,” Ms. Frommer said. “But some people are now. It is more and more legitimate to vote right wing.”

She and others said that many friends were talking of moving to Canada or to the United States, if not Israel, even though they are uncertain whether their anxieties are fully justified.

“These are people with good jobs,” she said. “And life is comfortable here. The big question is: Should we be paranoid or not?”

Anxiety in Germany

The news spread quickly in the early morning of July 29 among the Jews of Wuppertal, Germany. Someone had tried to firebomb the city’s synagogue. The devices had failed to ignite, leaving the building with little damage, unlike the collective psyche of its members.

“For Jews in Germany, especially for us, this has very, very deep meaning,” said Artour Gourari, a local businessman and synagogue member. “Synagogues are burning again in Germany in the night.”

Nowhere in Europe has the postwar imperative to fight anti-Semitism been more complete — and more intertwined with national redemption — than in Germany. In Wuppertal, a manufacturing center, the city’s synagogue was burned in 1938 during the two-day rampage known as Kristallnacht, when an anti-Jewish pogrom swept across Nazi Germany.

After the war ended, Wuppertal's Jewish community had no synagogue and, with only 60 members, seemed destined for extinction. But with the collapse of the Soviet Union in the 1990s, the German government opened the country to persecuted Soviet Jews, and soon refugees from Uzbekistan, Belarus, Ukraine and Russia had settled in Wuppertal. The local Jewish population reached 2,500. The presidents of Germany and Israel attended the 2002 inauguration of the new synagogue.

Now a police van is stationed around the clock in a small park across from the synagogue. The police have arrested three suspects in the firebombing attack, all Palestinians, including one from Gaza, as well as a 17-year-old refugee. The refugee has lived in Wuppertal for two years, among the different Muslim communities of Turks, North Africans and asylum seekers from Egypt, Syria, Jordan and Lebanon.

Until the synagogue attack, Wuppertal officials had taken pride in the peaceful coexistence of so many religions and ethnicities. Many of the older Muslims had arrived in the 1960s for work but assumed they would eventually return to their home countries. Now a third generation, born in Germany, is growing up with different expectations, as well as a sense of alienation.

"They have to justify why they don't fully belong to the society," said Samir Bouaissa, a local Muslim leader.

One of the local high schools is named after a famous Jewish poet, Else Lasker-Schüler, and is commonly called "The School Without Racism." Yet two recent graduates described rising tensions in the multiethnic student body, including resentment by some Muslim students over a sister-school arrangement with a school in Israel. This summer, during the Gaza crisis, several Muslim adolescents began circulating anti-Israel posts on social media.

This one "got shot yesterday," said a Facebook post from Gaza shared by a student. It showed a photograph of a female Israeli soldier and added an obscenity. The student added his own postscript: "You get what you deserve."

Antonia Lammertz, 19, a recent graduate, said only a small minority of students were extreme but that a softer bias was common even among the mainstream. "In my school, to be called a Jew was to be cursed, or insulted," she said, noting a problem that officials have tried to root out at many German schools.

City religious leaders reacted quickly after the synagogue attack. Imams and Christian ministers rushed to the building to pledge support. More than 300 people came to a hurriedly organized peace meeting the next day.

"People were shocked," Mr. Bouaissa said. "A threat against one of our religious houses is a threat against all of us."

Earlier this month, the city's religious leaders, including many Muslims, got another shock: a small group of men, one only 19, spent an evening walking through a Muslim neighborhood, lecturing young people about vices like gambling (while apparently not mentioning Jews). They were wearing orange jackets that read "Shariah Police." The leader was a Salafist, Sven Lau, who called the event a one-time publicity move to stir more "Islamic discussion."

That, it did. Local prosecutors filed charges. German officials, including Ms. Merkel, reacted with a blend of shock, indignation and alarm, while mainstream Muslims also protested. And local neo-Nazis responded with their own patrol, dressing in red pullovers and pledging to protect the public from Islamists.

For Leonid Goldberg, the community leader of the Wuppertal synagogue, the emergence of a radical Islamic fringe is less a surprise. Just four days before the synagogue attack, someone had spray-painted "Free Palestine" on the front wall of the building. In recent years, Mr. Goldberg has used a celebration of Rosh Hashana at the synagogue — an event attended by elected officials and religious leaders of the city, including Muslims — to warn about rising anti-Semitism among extremist Muslims in the city.

"No one wanted to hear that," he said.

Aurelien Breeden and Maïa de la Baume contributed reporting from Sarcelles, and Katarina Johannsen from Wuppertal, Germany.

http://www.lemonde.fr/actualite-medias/article/2014/09/25/le-figaro-et-le-sondage-sur-les-musulmans-notre-formulation-etait-maladroite_4494597_3236.html

106,127

Le Figaro et le sondage sur les musulmans : « Notre formulation était maladroite »

LE MONDE | 25.09.2014 à 17h01 • Mis à jour le 25.09.2014 à 17h33 | Par **Alexandre Piquard**

« C'était une formulation maladroite, dès que nous avons saisi qu'elle était mal comprise, nous l'avons retirée », explique au Monde Alexis Brézet, directeur de la rédaction du *Figaro*, à propos d'un sondage en ligne du 25 septembre. Sa question était : « Les musulmans de France manifestent-ils suffisamment leur opposition à la menace terroriste ? »

La phrase a déclenché, notamment sur Twitter, un concert de réactions indignées. La société des journalistes du *Figaro* a même condamné « l'ineptie de cette question » qui « laisse entendre que la communauté musulmane dans son ensemble puisse être complice ou faire preuve de complaisance à l'égard de terroristes ». Un « sous-entendu inacceptable ».

« LA QUESTION DE LA RÉACTION DES AUTORITÉS MUSULMANES SE POSE »

« Sur le fond, (après l'assassinat de l'otage Hervé Gourdel par des djihadistes, N.D.L.R.), la question de la réaction des autorités musulmanes se pose, elle est même posée par des musulmans eux-mêmes, mais notre formulation était maladroite », précise Alexis Brézet, qui prend la responsabilité de la publication du sondage, décidée en conférence de rédaction.

Le dirigeant du *Figaro* rappelle que le titre a publié la tribune d'un groupe de musulmans intitulée « Nous sommes aussi de sales Français » et un entretien avec le recteur de la grande mosquée de Lyon. M. Brézet estime enfin que *Le Figaro* n'est pas « soupçonnable » d'attiser une forme de « choc des civilisations », notant que l'éditorial du journal, jeudi, se conclut ainsi : « [Les terroristes] creusent un fossé de plus en plus profond entre les peuples et les cultures. C'est le défi des sociétés civilisées de se défendre sans se tromper d'adversaire. »

Rue89 s'est amusé sur le sondage du Figaro. Et on rigole > <http://rue89.nouvelobs.com/2014/09/25/les-musulmans-pries-condamner-terroristes-quelle-folie-255074> ... pic.twitter.com/Q0kVnKtOwm

Folie contre folie

Alors, folie contre folie, voici une liste des désolidarisations qui auraient pu être exigées, et ne l'ont pas été, va savoir pourquoi.

- On n'a pas demandé aux Martiens de se désolidariser de Jacques Cheminade ;
- on n'a pas demandé aux chrétiens de se désolidariser du Ku Klux Klan ;
- on n'a pas demandé aux porteurs de prothèses de se désolidariser d'Oscar Pistorius ;
- on n'a pas demandé aux coiffeurs de se désolidariser de celui de Bouteflika ;
- on n'a pas demandé à Rue89 de se désolidariser de [la chemise de Pierre Haski](#) ;
- on n'a pas demandé aux Basques de se désolidariser des actions terroristes de l'ETA ;
- on n'a pas demandé aux chauffeurs de bus de se désolidariser d'Emile Louis ;
- on n'a pas demandé aux homos de se désolidariser de Michou ;
- on n'a pas demandé aux poupées de se désolidariser de Chucky ;
- on n'a pas demandé aux Caennais de se désolidariser de Michel Onfray ;
- on n'a pas demandé aux sandales de se désolidariser des Crocs ;
- on n'a pas demandé à Beaumarchais de se désolidariser du Figaro ;
- on a pas demandé aux frigides de se désolidariser de Barjot ;
- on n'a pas demandé aux Véronique de se désolidariser de Courjault ;
- on n'a pas demandé aux philosophes de se désolidariser de BHL ;
- on n'a pas demandé aux plongeurs de se désolidariser de ceux qui ont coulé le Rainbow Warrior ;
- on n'a pas demandé aux gens qui ont un prénom chelou de se désolidariser d'Aquilino Morelle ;
- on n'a pas demandé aux traders de se désolidariser de Kerviel ;
- on n'a pas demandé aux écrivains de se désolidariser de Paulo Coelho ;
- on n'a pas demandé aux porteurs de Barbour de se désolidariser de la Manif pour tous ;
- on n'a pas demandé aux chanteuses pop de se désolidariser de Miley Cyrus ;
- on n'a pas demandé à Point Soleil de se désolidariser de Christian Estrosi ;
- on n'a pas demandé aux végétariens de se désolidariser d'Aymeric Caron ;
- on n'a pas demandé aux judokas de se désolidariser de David Douillet ;
- on n'a pas demandé aux photographes de se désolidariser de Pascale Clark ;
- on n'a pas demandé aux bidonneurs de se désolidariser de PPDA ;
- on n'a pas demandé aux femmes de se désolidariser de Nabilla ;

Vous pouvez continuer cette liste avec le hashtag #onapasdemandé.

Alexandre Piquard

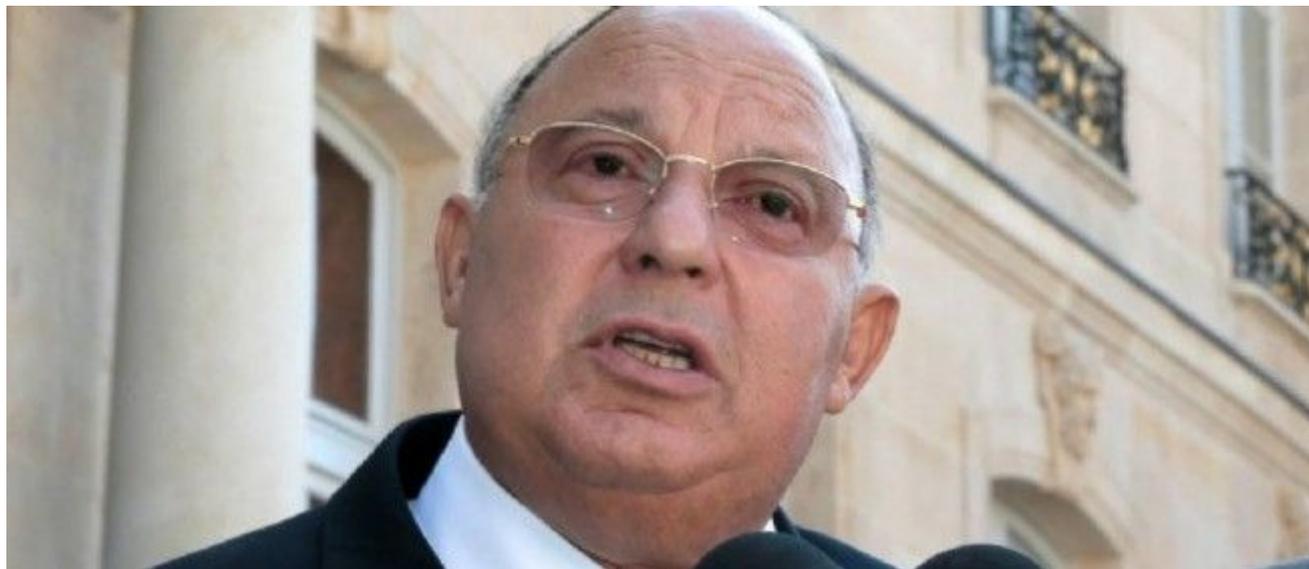
Journaliste médias

106,129

Assassinat d'Hervé Gourdel : "Je trouve insupportable qu'on somme les musulmans de réagir"

Le Point - Publié le 25/09/2014 à 19:50 - Modifié le 25/09/2014 à 19:58

VIDÉO. Spontanément et massivement, les musulmans de France ont fait part de leur horreur devant les agissements de l'EI. Mais en ont assez de devoir se justifier.



Le président du CFCM et recteur de la mosquée de Paris Dalil Boubakeur appelle les musulmans à se rassembler vendredi contre "l'idéologie mortifère des terroristes". © Jacques Demarthon / AFP

Par AYANN KOUDOU

Alors que l'exécution d'Hervé Gourdel plonge la France entière dans le deuil, la campagne britannique #notinmyname, lancée par la fondation Active Change, a divisé, avant de faire polémique. Les musulmans français aussi ont été sollicités pour condamner publiquement la barbarie de l'organisation État islamique. Mais déjà, depuis plusieurs jours, de nombreux internautes et militants s'indignent de devoir affirmer qu'ils n'ont rien à voir avec cette idéologie.

La polémique est montée d'un cran à la suite de la publication sur le site du *Figaro* d'un sondage demandant si la condamnation de l'assassinat d'Hervé Gourdel par les musulmans était suffisante. Une question que le site a supprimée par la suite.

Mais Rue89 n'hésite pas à parler d'islamophobie : "La logique à l'oeuvre dans tout cela présuppose que les musulmans seraient, par défaut, solidaires des actes des terroristes. Elle présuppose que tout musulman est relié au terrorisme islamiste et qu'il doit publiquement couper ce lien." Et le site de poursuivre sur le mode ironique : "On n'a pas demandé aux femmes de se désolidariser de Nabilla" ou "aux martiens de se désolidariser de Jacques Cheminade".

Une condamnation d'une seule voix

Il n'empêche, l'horreur de l'assassinat d'Hervé Gourdel a vu toutes les instances représentatives de l'islam en France condamner d'une seule voix cet acte. Le président du Conseil français du culte musulman (CFCM), Dalil Boubakeur, a invité "les musulmans et leurs amis" à se rassembler vendredi devant la Grande Mosquée de Paris pour dénoncer les "terroristes qui, au nom d'une idéologie mortifère, pervertissent l'islam et ses valeurs".

De Paris, Lyon ou Bordeaux, des recteurs ont dénoncé "la barbarie" des assassins d'Hervé Gourdel tandis que toutes les branches de l'islam de France - de l'UOIF, proche des Frères musulmans, à l'Union des mosquées de France (UMF), de sensibilité marocaine - "refusaient d'être associées" à ces crimes.

Sur Twitter, le mot-clé #PasEnMonNom, déclinaison de la campagne britannique, a suscité une multitude de messages similaires : "Les terroristes ne sont pas des nôtres" ou "J'ai mal à ma religion". "Ces réactions sont spontanées, il y a un mouvement très large" et, pour une fois, tous les responsables parlent d'une même voix, relève une source qui suit les questions musulmanes au ministère de l'Intérieur.

Nous avons demandé à des musulmans ce qu'ils pensaient de la campagne britannique. Leurs réactions ont été diverses :

"On sous-entend que nous sommes louches"

Selon la même source au ministère de l'Intérieur, l'ampleur de la réaction s'explique notamment par le poids de la communauté algérienne en France (plus de 1,3 million de personnes). "Les Algériens sont littéralement traumatisés par cette exécution, ça les ramène 20 ans en arrière", quand des groupes islamistes ont fait des dizaines de milliers de morts dans leur pays. À l'époque, "la mère d'un de mes voisins en Algérie a été décapitée", se souvient Fateh Kimouche, fondateur du site musulman Al Kanz, qui revendique plus de 12 millions de visites en 2013. "Donc je ne peux que condamner totalement ces terroristes", ajoute ce tenant d'un islam orthodoxe.

"Mais je trouve insupportable qu'on somme les musulmans de réagir. Ces assignations me dégoûtent, on sous-entend que nous sommes louches, estime Fateh Kimouche. On est otages des terroristes, car leurs premières victimes sont musulmanes, et on est otage d'une frange islamophobe qui profite de ces crimes pour déverser sa haine." Même analyse au sein du Collectif contre l'islamophobie en France (CCIF), qui s'est désolidarisé des appels à manifester. "Les musulmans ne doivent pas jouer le jeu islamophobe qui consiste à les placer en coupables et suspects idéaux, les poussant sans arrêt à se justifier par rapport aux agissements de tiers", écrit-il.

De telles injonctions ont déjà été entendues après le 11 septembre 2001, ou les assassinats de Mohamed Merah en 2012, souligne Mohamed-Ali Adraoui, politologue à Sciences Po. "Il y a une théâtralisation des débats liés à l'islam, avec les musulmans présentés comme très méchants - les djihadistes - ou très gentils - ceux qui dénoncent", estime-t-il. Pour ce spécialiste de l'islam, la situation est "paradoxale" : "Quand ça nous arrange, on veut que les musulmans soient juste des Français, on refuse les communautés. Mais là, ils doivent partir en croisade d'un seul bloc."

106,131

Pourquoi les musulmans devraient-ils prendre position après la mort d'Hervé Gourdel ?

Le Monde.fr | 25.09.2014 à 19h59 • Mis à jour le 25.09.2014 à 20h44 | Par [Michaël Szadkowski](#)

L'exécution d'Hervé Gourdel en Algérie par le groupe djihadiste Jund Al-Khalifa a été unanimement condamné par la classe politique française, et a suscité une vive émotion en France, en premier lieu dans le village du défunt.

Très tôt après l'annonce de sa mort, les représentants du Conseil français du culte musulman (CFCM) ont aussi fermement condamné cet acte.

« RÉPULSION »

L'organisation a ainsi appelé à un rassemblement, vendredi à 14 h 45 devant la mosquée de Paris, pour « *un moment de recueillement et de solidarité* » entre « *les musulmans et leurs amis* » en hommage au Français tué. « *Je suis dans une colère noire, j'ai la rage contre ces criminels, ces assassins d'une organisation qu'on peut appeler Daech ou Etat islamique, qui n'a rien à voir avec l'islam ni aucune religion* », peut-on lire dans le Libération du 25 septembre, de la part d'un des responsables du CFCM.

C'est également dans ce quotidien qu'avait été lancé, le 16 septembre, un « appel des musulmans de France » signé par une dizaine d'organisations françaises appelant à « *l'unité face au terrorisme et à la barbarie* » de l'Etat islamique. « *Nous, musulmans de France, ne pouvons qu'exprimer notre répulsion et dénoncer avec la dernière énergie des crimes abominables perpétrés au nom d'une religion dont les fondements mêmes sont la paix, la miséricorde et le respect de la vie* », a par ailleurs lancé un collectif dans Le Figaro.

#PASENMONNOM

Dans le même temps, plusieurs Français se joignaient au mouvement « Not In My Name », lancé le 10 septembre par l'organisation britannique Active Change Fondation (ACF). Face à la communication perfectionnée de l'Etat islamique, maniant les réseaux sociaux pour diffuser sa propagande et ses vidéos d'otages exécutés, ACF avait incité la communauté musulmane à se démarquer vigoureusement des djihadistes – en utilisant le mot clé #notinmyname sur Twitter, Instagram et d'autres plateformes.

Après l'annonce de la mort d'Hervé Gourdel, la traduction française du mot-clé (« Pas en mon nom ») a été largement reprise – notamment dans un tweet du rappeur Mokobé, du 113, qui a été partagé des centaines de fois (parmi les 1 500 utilisations du mot-clé #pasenmonnom). Le message du rappeur reprend celui d'une page Facebook, « *Etat islamique d'Irak : Pas en mon nom* », dont le succès et l'audience sont encore limités (250 J'aime).

La démarche ne fait pas l'unanimité. Jeudi 25 septembre, le Collectif contre l'islamophobie en France a diffusé un communiqué dénonçant « *un mot-clé dont le but serait de se 'désolidariser' des crimes commis par le groupe terroriste Daesh et ses alliés. Il serait temps d'arrêter de culpabiliser les musulmans pour des actes dont ils ne sont pas responsables* ».

SONDAGE « MALADROIT » DU « FIGARO »

Pour d'autres, à l'inverse, ces publications dans les médias ou cette utilisation des réseaux sociaux ne sont pas une réponse suffisante. Alors que la députée UMP Nadine Morano exprimait mercredi soir son souhait de voir « *les musulmans (...) entrer en guerre contre les islamistes terroristes qui se*

servent de leur religion pour justifier leur barbarie », un journaliste du Figaro interrogeait : « L'assassinat d'Hervé Gourdel incitera-t-il les musulmans de France à descendre enfin dans la rue pour dénoncer les barbares ? »

Cette réaction est intervenue avant l'appel au rassemblement du CFCM en la mémoire de l'otage français. Le lendemain, la « une » du Figaro.fr affichait toutefois un sondage à la tonalité similaire, demandant aux lecteurs : « Estimez-vous suffisante la condamnation des musulmans de France ? » Une question (également présente dans une interview du Figaro au recteur de la Grande Mosquée de Lyon) à laquelle 1 677 « votants » avaient répondu « non » à 92 %.

Après le tollé suscité par une telle formulation (critiquée sur Twitter par de nombreux journalistes français, des figures comme Maître Eolas – « quelle honte » – et des politiques comme Cécile Duflot – « irresponsable et indécent »–, Le Figaro a décidé de dépublier ce sondage « pouvant prêter à des interprétations regrettables », selon la formule employée par le quotidien sur son compte Facebook.

Lire : Le « Figaro » admet une « formulation maladroite » de son sondage

« SUSPICION »

Rue89 a toutefois profité de l'occasion pour publier un texte dénonçant « l'islamophobie » dans la démarche du site d'information, et en creux, de ceux qui demandent des comptes aux musulmans français après l'exécution d'Hervé Gourdel en Algérie.

« La logique à l'œuvre dans tout cela est terrible. Elle présuppose que les musulmans seraient, par défaut, solidaires des actes des terroristes. Elle présuppose que tout musulman est relié au terrorisme islamiste et qu'il doit publiquement couper ce lien. Elle présuppose une suspicion a priori. Une suspicion qui est parfois explicite mais qui est le plus souvent sourde, voire intériorisée par les musulmans eux-mêmes. »

Sur France 24, on trouve également la réaction d'un étudiant s'interrogeant après la lecture du sondage du Figaro :

« Non, je n'irai pas manifeste devant la Mosquée de Paris. Si je dois y aller, c'est en tant que Français, horrifié qu'on ait égorgé un autre Français. Pas en tant que musulman. Est-ce qu'on demande aux chrétiens d'aller manifester pour dénoncer les crimes du Ku Klux Klan ? »

106,133

Grève des pilotes : la France irréformable

Publiée 25/09/2014 à 18:43



FIGAROVOX/TRIBUNE - Rupture de confiance entre la direction et les salariés, manque de compétitivité, de flexibilité, grève... Pour Nicolas Bouzou, le conflit qui paralyse Air France symbolise l'incapacité française à réformer.

Nicolas Bouzou est un essayiste français spécialisé dans l'économie. Il a été pendant six ans analyste en chef de l'institut de prévisions Xerfi. Il a depuis fondé sa propre entreprise, Asterès, une société d'analyse économique et de conseil. Il est diplômé en économie de l'université Paris X Nanterre et Mastère de Finance, de l'IEP de Paris. Il est l'auteur d'une note pour la Fondation pour l'innovation politique: [Un accès équitable aux thérapies du cancer](#).

La grève à [Air France](#) vient hystériser un peu plus un climat économique et social déjà délétère. Et comme d'habitude, une victime expiatoire a été trouvée. Cette fois ce sont les pilotes qui sont désignés grosso modo comme des privilégiés irresponsables. Passons sur l'accusation de privilégié brandie dès qu'on gagne un peu d'argent, ce qui frise parfois la débilité. Un privilège protège et les pilotes, via les contrôles obligatoires, remettent leur métier en jeu tous les 6 mois. Soyons précis sur les termes. Ces anathèmes soulagent mais cela vaut peut-être le coup d'aller au-delà de cette passion adolescente qu'est l'indignation pour comprendre d'où vient cette situation de blocage qui engage le processus vital de la compagnie. Le sujet, ce ne sont pas les dizaines de millions d'euros que coûte la grève. C'est que cette grève nous a donné une excellente occasion d'essayer d'autres compagnies qui présentent un excellent rapport qualité prix. Désormais, nous n'emprunterons plus Air France par automatisme. Cette rupture de fidélisation est dramatique pour une compagnie financièrement à peine convalescente. Mais là n'est pas l'essentiel. Swiss Air a disparu et la Suisse va bien. Le problème c'est qu'Air France reflète nos comportements collectifs. Air France souffre, comme la France, d'une crise d'adaptation à la mondialisation. Air France souffre, comme la France, d'un retard dans les réformes. Air France souffre, comme la France, d'une rupture de confiance entre la direction (l'équivalent de son Gouvernement) et ses salariés (l'équivalent des citoyens).

Le processus de libéralisation du transport aérien a débuté en Europe à la fin des années 1980. Aujourd'hui, la concurrence dans le secteur est intense. Ce choc concurrentiel mondial a eu comme toujours un impact positif sur l'activité et l'emploi dans le secteur. En revanche, il a généré des effets redistributifs violents au profit des nouveaux entrants. Qu'on en juge: Air France fait voler moins de 150 avions destinés au court et moyen-courrier contre 200 pour Easyjet et plus de 300 pour Ryanair. Air France aurait dû s'adapter il y a 10 ans, en

développant une marque low cost et en montant en gamme pour la clientèle d'affaires. Elle ne l'a pas fait. Aujourd'hui, il semble que la direction tente de rattraper précipitamment le retard en imaginant l'implantation d'une filiale Transavia Europe au Portugal, pays plus attractif que la France (ce n'est pas difficile) pour les entreprises en matière de charges sociales et de droit du travail. Les pilotes ne veulent pas en entendre parler de ce qui s'appelle effectivement une délocalisation. L'opinion publique est sévère avec les grévistes mais personne n'aime voir son entreprise délocaliser une partie de sa production même quand c'est nécessaire. La réaction des pilotes est passionnelle et non intellectuelle exactement comme celle des salariés d'usine qui voient leur site français fermer. Il y a là une leçon générale à en tirer: plus on attend pour faire des réformes, plus le coût à supporter sera pénible. Les conservateurs de toutes eaux, ceux qui nous expliquent que l'éducation nationale et la justice fonctionnent bien ou qu'il n'est point besoin de réformer l'Etat devraient s'en rappeler.

Les pilotes ont vis-à-vis de leur direction le même sentiment que les Français vis-à-vis de leur Gouvernement. Ils sont sans doute conservateurs, regrettent de ne pas avoir subi plus de réformes par le passé et le reprochent à leur direction.

La direction d'Air France semble avoir perdu la confiance des pilotes. C'est ce que le taux de gréviste rappelle. Ce ne sont pas 50 ou 60% des avions d'Air France qui ont été cloués au sol ces derniers jours mais plutôt 80%. La différence entre ces chiffres tient au fait que d'autres compagnies ont été mobilisées pour effectuer une partie des vols prévus. Les pilotes reprochent à la direction de ne pas avoir respecté certains accords signés par les deux parties au sujet du développement de Transavia, ce qui est vrai. Il était notamment prévu qu'au-delà du 14ème avion acheté par Transavia, les pilotes affectés à ces trajets «loisirs» soient ceux d'Air France au statut Air France et non ceux d'une filiale. La direction a fait volte-face exactement comme [François Hollande](#) a minimisé la crise pendant sa campagne avant de découvrir les vertus de la baisse des dépenses publiques et de la compétitivité. De même, la création de Transavia Europe n'a été annoncée au début septembre. En vérité, il me semble que la direction d'Air France veut isoler Transavia pour éviter qu'Air France ne «contamine» la filiale avec des conditions financières et sociales jugées trop avantageuses dans le champ concurrentiel actuel. Pourquoi pas si le redressement le nécessite? Mais le minimum, c'est d'avoir le courage de le dire et de l'expliquer les yeux dans les yeux aux équipes de la même façon que les Français sont en droit de savoir comment on va trouver 50 milliards d'euros pour diminuer la dépense publique, un objectif louable en soi. Le Gouvernement, actionnaire très minoritaire de la compagnie, envenime les choses, apportant son soutien à la direction pour acheter la paix sociale et non pas en expliquant à nos concitoyens les enjeux.

Les pilotes ont vis-à-vis de leur direction le même sentiment que les Français vis-à-vis de leur Gouvernement. Ils sont sans doute conservateurs, regrettent a posteriori de ne pas avoir subi plus de réformes par le passé et le reprochent à leur direction qui tente de rattraper maladroitement le retard perdu sans nommer les choses clairement et tenir les engagements qu'elle avait pris pour conserver la paix sociale. De fait, nous sommes tous un peu des pilotes.

<http://www.lefigaro.fr/actualite-france/2014/09/26/01016-20140926ARTFIG00261-boubakeur-nous-musulmans-de-france-disons-halte-a-la-barbarie.php>

106,135

Boubakeur: «Nous, musulmans de France, disons halte à la barbarie»



Publié le 26/09/2014 à 15:54



Des centaines de «musulmans de France et leurs amis» étaient réunis vendredi après-midi devant la Grande mosquée de Paris pour dénoncer les actes terroristes commis au nom de l'Islam. Un autre rassemblement est prévu à Lyon en fin de journée.

«Nous, musulmans de France, disons halte à la barbarie», a lancé vendredi le président du Conseil français du Culte musulman (CFCM) Dalil Boubakeur face à des centaines de personnes rassemblées devant la Grande mosquée de Paris en hommage à l'otage assassiné Hervé Gourdel. «Ce rassemblement, c'est l'expression forte et vivante de notre volonté d'unité nationale et de notre volonté inébranlable de vivre ensemble», a-t-il ajouté.

Partout en France les drapeaux sont en berne en cette fin de semaine, suite à l'appel lancé par l'Elysée vendredi matin.

106,137

Eine Religion unter Verdacht; Die Verlockung des Totalitären

Paul Berman

18 septembre 2014

DIE ZEIT

Zu lange ignorierten westliche Intellektuelle die islamistische Gedankenwelt. Doch Terrorismus ist eine geistige Waffe

VON PAUL BERMAN

9 aus einem Propagandavideo des IS 10 Kämpfer der Al-Kuds-Brigaden, militärischer Flügel des Palästinensischen Islamischen Dschihad, bei einem Begräbnis in Gaza, 2014

11 Ein deutscher Dschihadist wirbt im Internet für den IS Milizen der Al-Shabaab in Mogadischu, der Hauptstadt Somalias, mit Raketenwerfern Eine Unterstützerin von Hamas in Gaza hält ein Exemplar des Koran hoch

Vor 13 Jahren hatte Al-Kaida ihren großen Auftritt. Doch niemand begriff das Ausmaß der Gefahr. Der Westen hatte Panik vor der Panikmache, und in dieser Stimmung verharmlosten viele Intellektuelle die Anschläge auf das World Trade Center in New York zu einem Theaterdonner. In ihren Augen war Al-Kaida allenfalls eine Splittergruppe in Stile der RAF, aber keine elementare Bedrohung. Was die Welt wirklich bedrohe, sei die Überreaktion der Vereinigten Staaten. Diese sei es, die die islamische Welt in Brand setze. Das war nicht falsch - aber auch nicht die ganze Wahrheit. Was ist die andere Ursache für das Feuer?

Erschreckend, wie wenig Beachtung das islamistische Denken unter den Intellektuellen des Westens fand. Schon 1988 hatte Salman Rushdie die Doktrin weltweit zum Thema gemacht. Doch nur wenige Autoren folgten ihm. Es war üblich, den Islamismus als primitive Anthropologie zu sehen, als einen Fall für Spezialisten fürs Arabische. Dabei sind die Weltsprachen Englisch und Französisch auch Sprachen des Islams. Die islamistischen Ideen waren niemals primitiv. Und sie waren immer zugänglich für jeden halbwegs Gebildeten im Westen.

Die islamistische Bewegung erhob sich in den späten 1920er Jahren in Ägypten. Sie war antizionistisch und antikolonialistisch. Eine Auferstehung der Utopie aus dem Geist des Korans. Doch der tiefere Kern der Bewegung war philosophischer Natur. Denn der neue Islamismus kritisierte die Entfremdung des modernen Menschen. Seine Vordenker behaupten, es existiere eine muslimische Identität, die sich vollständig aus dem Koran herleiten lasse, und die westliche Kultur habe diese Identität besudelt. Schuld an dem Schmutz sei eine Verschwörung der Kreuzritter und Zionisten gegen den Islam. Die geistlichen Wegbereiter des militanten Islamismus glauben, dass durch Gebet und Gotteskrieg diese Verschwörung zerschlagen werden müsse. Die Durchsetzung der Scharia werde die Gesellschaft erneuern und die Entfremdung überwinden.

Natürlich haben sich auch die Islamisten im Laufe der Zeit in Fraktionen aufgespalten, auch entlang konfessioneller Grenzen, etwa in Sunniten und Schiiten. Doch der geistliche Führer der Muslimbrüder unserer Tage, Scheich Jussuf al-Karadawi, predigt nun die Einheit und eine behutsame Annäherung an die Scharia. Dafür ist er bereit, die Amputationsstrafen für fünf Jahre ruhen zu lassen. Aber nicht alle Islamisten haben Geduld für einen langsamen Einigungsprozess. Der "Islamische Staat" (IS) erregt gerade deshalb Aufmerksamkeit, weil er sich für die Körperstrafen des Korans begeistert.

Alle Islamisten sind sich indes einig, dass die kommende Revolution das islamische Weltreich errichten wird. Es mag auf unterschiedliche Weise imaginiert werden, aber über die Eroberung Spaniens und Italiens ist man sich einig.

Man kann die gesamte Bewegung mit der christlichen Apokalyptik vergleichen. Ich aber halte es für plausibler, den Islamismus als den dritten großen Totalitarismus zu sehen. Er folgt auf den stalinistischen Kommunismus und den Faschismus mit seinem Traum von der Wiedererrichtung des Römischen Reichs. Wie ihre totalitären Vorbilder in Europa betreiben Islamisten einen öffentlichen Kult des Todes. Darin übertreffen sie alles bisher Dagewesene, wenn ihnen auch die technischen Möglichkeiten der Diktaturen des 20. Jahrhunderts fehlen.

Wieso konnte der Dschihad so vorzüglich gedeihen? Wie kommt es, dass in den reichsten und friedlichsten Ländern der Erde junge Menschen - wohlhabend genug, Zugang zu Computern zu haben, und gebildet genug, sie zu benutzen - ihre Zeit damit verbringen, auf den Webseiten des Todes herumzustöbern, um als Mörder und Selbstmörder zu enden? Sie werden verlockt von einem apokalyptischen Traum, einer Faszination für das Totalitäre, das zur dunklen Seite der Moderne gehört.

Die Kritik am Islam als Religion gilt als irrational und bigott

Junge Menschen verschreiben sich einer Kombination aus Nihilismus und Eschatologie, die befriedigend sein kann, weil sie dem chronisch Unglücklichen Trost gewährt. Der Islamismus bietet eine Erklärung für das Unglücklichsein, das in der Entfremdung von der "wahren" Natur des Menschen liege. Die Ursache dieser Entfremdung sieht der Islamismus im Werk von Verschwörern. Er behauptet einen ewigen jüdischen Plan gegen Gott und die Menschen. Er entfaltet die Freuden des Abscheus. Er verheißt eine leuchtende Zukunft im wiedererrichteten Kalifat.

Und nebenbei bietet er seinen Jüngern ein kurzes, aber ruhmreiches Leben als Gotteskrieger. Es gipfelt im Märtyrertod und verspricht etwas weit Realeres als 72 Jungfrauen - nämlich Ruhm und Ansehen bei den anderen Dschihadisten, zumindest für die kurze bis Spanne zum Tod. Obendrein schwelgt der Dschihad in romantischen Kostümen, was schon immer nach dem totalitären Geschmack war. Statt der schwarzen Hemden der Mussolini-Faschisten, statt der braunen Hemden der Nazi-Schergen ist nun die schwarze Uniform des "Islamischen Staats" in Mode.

Am Islamismus ist eigentlich nur eines rätselhaft: Warum wollten die Intellektuellen im Westen niemals über die islamistische Theologie reden? Schlimmer noch: Warum ist eine Literatur entstanden, die sich einer ernsthaften Debatte widersetzt? Wer heute sagt, dass der Islamismus aus dem Islam kommt, gegen den erhebt sich sofort ein Chor wütender Kritiker und zieht ihn der "Islamfeindlichkeit". Die Kritik am Islam als Religion gilt als irrational, mittelalterlich und bigott. Auch wer sagt, dass das islamistische Denken der nicht islamischen Tradition der Nazis und der Ultra-Rechten Europas gleicht, wird ebenfalls als Islamfeind beschimpft.

Wer selbst Muslim ist und, wie Salman Rushdie, eine grundsätzliche Wut auf die Religion seiner Kindheit hat, wird noch schlimmer verleumdet. So erging es unzähligen muslimischen Schriftstellern und Gelehrten. Die Islamisten selbst predigen, dass die Islamfeindlichkeit eine große, den Islam bedrohende Macht sei, und allzu viele westliche Intellektuelle glauben das auch.

Offenbar fürchtet sich die intellektuelle Szene so sehr vor der Gewalt, dass sie deren ideologische Ursachen leugnet. Charlie Chaplin verspottete Hitler in seinem Film Der große Diktator und bekam Beifall. Rushdie verspottete den Ajatollah Chomeini in seinen Satanischen Versen und erntete eine Fatwa (also den Aufruf, ihn zu ermorden). Niemand wir es wagen, einen Roman zu schreiben, der den Kalifen des "Islamischen Staates" Abu Bakr al-Bagdadi, lächerlich macht. Und falls doch, werden die Verlage sich weigern, ihn zu drucken, und diese Weigerung mit Toleranz begründen: Man wolle den Islam nicht diskriminieren.

Und so fliegt die amerikanische Luftwaffe mit Unterstützung der Alliierten aus verschiedenen Ländern wieder gen Irak, und wahrscheinlich ist das gut so oder zumindest notwendig. Aber Terrorismus ist auch eine intellektuelle Waffe. Er sollte den Widerstand der Nachdenklichen herausfordern. Terrorismus, schrieb der französische Philosoph André Glucksmann einmal, ist unser philosophisches Problem Nummer eins. Man kann leider nicht behaupten, dass die intellektuelle Klasse seit den Anschlägen auf New York großen Mut bewiesen hätte, sich dem Problem Nummer eins zu stellen.

Aus dem Englischen von MYRIAM ALFANO

Paul Berman, 69, zählt zu den großen Publizisten Amerikas. Er schrieb "Terror und Liberalismus" und "Was man über den Islamismus nicht sagen darf"

Eine Religion unter Verdacht; Die neuen Religionskriege

Hamed Abdel-Samad

18 septembre 2014

[DIE ZEIT](#)

Eine Theologie der Gewalt breitet sich aus. Sie bedroht den Westen, aber vor allem die Mehrheit friedlicher Muslime

VON HAMED ABDEL-SAMAD

Müssen wir den Islam fürchten? Ja. Gerade wenn wir Muslime sind. Denn wir erleben eine neue Dimension des globalen Dschihad, eine Entfesselung der radikalsten Kräfte des Islams. Ob die militanten Islamisten ihn nun richtig auslegen oder nur für ihre politischen Zwecke missbrauchen, ändert nichts an der Gefahr, die derzeit vom Islam ausgeht.

Die politische Misere in den arabischen Staaten und der wachsende Extremismus machen eine Religion zur Zeitbombe. Zwar ist die Mehrheit der Muslime friedlich. Eine Minderheit jedoch sieht in der Gewalt die Erfüllung eines heiligen Versprechens.

Als die Milizen des Islamischen Staates (IS) vor wenigen Wochen im Irak aufmarschierten, veröffentlichten Anhänger eine Weltkarte des künftigen Kalifats: Jedes Territorium, wo derzeit Muslime leben oder früher lebten, soll innerhalb von fünf Jahren zum IS gehören - halb Asien, drei Viertel Afrikas, Teile Osteuropas und natürlich Andalusien. Wie soll das geschehen? Ein Kämpfer erklärte es: "Der Sieg des Islams wird nicht errungen, ohne dass Körperteile zerfetzt und Schädel zermalmt werden."

Eine entfesselte Brutalität soll den Lauf der Geschichte ändern und das Reich Gottes erzwingen. Das ist wahnwitzig. Und man mag einwenden: Eine Armee von 30 000 Mann wird das nicht schaffen. Doch Vorsicht! Die Gefahr geht nicht nur von dieser mörderischen Truppe aus, sondern auch von einer Idee. Das Kalifat ist als mental map ins kollektive Gedächtnis des Islams eingraviert: als Erinnerung an dessen militärische und wirtschaftliche Macht zwischen dem 7. und dem 11. Jahrhundert.

Der Prophet Mohammed zeichnete eine ähnliche Weltkarte. Er soll Briefe verschickt haben an den Kaiser von Byzanz, den Sassanidenkönig in Persien, den römischen Statthalter in Ägypten und den christlichen König von Abessinien: "Nimm den Islam an, dann bist Du sicher!" Kurz nach Mohammeds Tod standen viele dieser Gebiete unter islamischer Herrschaft.

Es ist ein Traum von Omnipotenz, der heute auf eine Ohnmacht trifft, wie sie viele Muslime verspüren. Diese Ohnmacht treibt Tausende junge Männer aus Europa nach Syrien und in den Irak. Nachdem die Arabellion mit ihrem Versprechen von Freiheit gescheitert ist, erhebt sich nun heiliger Zorn.

Seine Ursachen gehen zurück auf das Jahr 1924, als das Osmanische Reich zusammenbrach. Damals entstanden unabhängig voneinander zwei Bewegungen, die das islamische Kalifat wiederherstellen wollten: In Indien belebte der Gelehrte Abul Ala Maududi den Dschihad neu. Er wollte die britische Herrschaft brechen und die Umma, die Gemeinschaft aller Muslime, schaffen. Seine Ideen fanden in Indien, später in Pakistan und Afghanistan Widerhall. Die Ideologie der Taliban basiert bis heute auf Maududis Islamverständnis.

Fast zeitgleich entstand in der Provinzstadt Ismailia am Sueskanal die Muslimbruderschaft. Der Arabischlehrer Hassan al-Banna legte ihre Ziele fest: Die islamischen Gesellschaften seien von allen nichtislamischen Elementen zu reinigen, in einem zweiten Schritt sei das Kalifat wiederherzustellen. Heute sind die Muslimbrüder in mehr als siebenzig Staaten präsent.

Diese Ideen inspirierten zahlreiche militante Gruppen, die im Laufe der letzten Jahrzehnte Terroranschläge in der arabischen Welt, in Asien, Europa und den Vereinigten Staaten verübten. Die Globalisierung brachte die beiden Bewegungen einander näher. In den achtziger Jahren begegneten sich die Kinder und Enkel Al-Bannas und Maududis in Afghanistan und kämpften gegen die Russen. Nach dem Ende der Sowjetherrschaft legten die Islamisten ihre Waffen nicht nieder, sondern gründeten gemeinsam Al-Kaida.

Ihr verbindendes Credo lautet: Der Wille Gottes muss von den Gläubigen vollstreckt werden. So steht es im Koran: "Ihr seid die beste Gemeinschaft, die je von Menschen hervorgebracht wurde. Ihr gebietet das Rechte und verbietet das Verwerfliche!" Die Scharia-Polizei von Wuppertal zitiert diese Sure ebenso wie die Sittenwächter in Saudi-Arabien, im Iran, in Nordnigeria oder der indonesischen Provinz Banda Aceh. Sie sehen sich als Vollstrecker von Allahs Gesetz. Dass das religiöse Gesetz das oberste sei, wird nicht nur von Islamisten, sondern von vielen frommen Muslimen akzeptiert. Auch deshalb konnte der IS mit wenigen Tausend Kämpfern sogar Millionenstädte erobern.

Kommt eine islamistische Bewegung an die Macht, entsteht eine islamische Diktatur wie im Iran, in Afghanistan und im Sudan. Wird sie an der Macht gehindert, dann verwandelt sie sich in eine Terrororganisation wie Ansar al-Din in Mali, Ansar al-Scharia in Libyen oder die Islamische Heilsfront in Algerien.

"Wir brauchen ein Buch, das den Weg weist, und ein Schwert"

Auch im schiitischen Islam gibt es die Idee vom Reich Gottes auf Erden. Sie war der Motor der Islamischen Republik im Iran, die Ajatollah Chomeini 1979 errichtete. Auch die schiitischen Hisbollah-Milizen im Libanon berufen sich auf das Prinzip der geistlichen Herrschaft. Im religiös und ethnisch heterogenen Libanon war es zwar nicht möglich, einen Gottesstaat zu errichten. Deshalb entwickelte sich eine Mischform aus Staat im Staat und Terrormiliz. Ausgerechnet diese schiitische Bewegung war Vorbild für viele sunnitische Terrororganisationen, denn sie führte die ersten "erfolgreichen" islamistischen Selbstmordanschläge gegen westliche Einrichtungen durch. Am 23. Oktober 1983 wurden zwei mit Sprengstoff beladene Lkw von Hisbollah-Selbstmordattentätern in den amerikanischen Stützpunkt in Beirut gelenkt. 305 Menschen kamen ums Leben, darunter 241 US-Marines und 58 französische Fallschirmjäger. Der Anschlag inspirierte Islamisten weltweit, weil sich die USA danach aus dem Libanon zurückzogen. So wurde Hisbollah als der "Bezwinger Amerikas" berühmt.

Wenige Jahre später trat in den besetzten palästinensischen Gebieten Hamas in Erscheinung. Sie übernahm nicht nur die Ideologie von Hisbollah, sondern auch ihre Taktik: Selbstmordanschläge als Mittel der Politik. Dieses Konzept machte überall in der islamischen Welt Schule. Busse in Tel Aviv, die U-Bahn in London, Touristen in Luxor, Bars auf Bali, Botschaften in Kenia, ein jüdischer Tempel in Tunesien, das World Trade Center und das Pentagon in den USA. Dazu kommen Anschläge im Irak, in Afghanistan, Pakistan, Marokko und Ägypten - denen zahllose Muslime zum Opfer fielen.

Der Vormarsch der IS-Milizen zeigt eine neue Dimension des Dschihad. Bei seinem einzigen öffentlichen Auftritt sagte der selbst ernannte Kalif Abu Bakr al-Bagdadi in Mossul: "Ich verspreche euch nicht, was andere Herrscher ihren Untertanen versprechen: keine Sicherheit, keinen Wohlstand. Nein, ich verspreche euch, was Allah den Gläubigen im Koran versprach: dass Er sie zu seinen Stellvertretern auf Erden werden lässt." Al-Bagdadi rief die Gläubigen zum Kampf gegen die Ungläubigen auf: "Ein islamischer Staat kann nur bestehen, wenn das Gesetz Allahs vollstreckt wird. Dazu brauchen wir Macht und Stärke: ein Buch, das den Weg weist, und ein Schwert, das der Religion zum Sieg verhilft."

Das Schwert heißt jetzt IS, aber das Buch heißt immer noch Koran. Ein Blick auf die reale Weltkarte heute zeigt, dass der IS nur eine von vielen islamistischen Gruppen ist, die so denken.

Und wie sieht es in Asien aus? Auf die westliche Globalisierung gab es drei unterschiedliche Reaktionen. Die Asiaten waren kreativ. Die Araber reaktiv. Die Afrikaner passiv.

Von der Kreativität Asiens profitierten zunächst auch islamische Länder wie Malaysia und Indonesien, die nicht zuletzt wegen ihrer ethnischen und religiösen Vielfalt Säkularisierung und Modernisierung zuließen. Doch der Einfluss dieser islamischen Peripherien auf das arabische Zentrum des Islams blieb schwach. Umgekehrt importierten diese Länder die Ideologie des Dschihad aus den unruhigen Ländern des Nahen Ostens.

Natürlich wird der Islam auch von kriminellen Banden missbraucht, etwa von den Warlords in Afghanistan, die vom Drogenhandel leben. Ja, der Dschihad muss nicht fromm sein.

Aber seine Unerbittlichkeit entspricht dem Zorn der Unterprivilegierten. Besonders deutlich wird das in Afrika. Es ist der Erdteil, der von der Globalisierung nicht profitiert. China und der Westen beuten die Ressourcen des Schwarzen Kontinents aus, schotten jedoch ihre Märkte vor afrikanischen Exporten ab. Dennoch bleibt politischer Protest aus. Nur der radikale Islam nimmt den stummen Zorn der Afrikaner auf. Und auch hier dient der Traum vom Kalifat als Fluchtweg aus der bitteren Realität.

Das krasseste Beispiel ist Boko Haram. Anfangs beschränkte sich die Terrorgruppe auf Attacken gegen Polizeistationen und Militär. Aber als der Gründer Ustaz Mohammed Yusuf 2009 von Sicherheitskräften getötet wurde, intensivierte die Gruppe unter Abu Bakr Shekau ihre Anschläge. 2011 jagte ein Selbstmordattentäter das UN-Hauptquartier in der nigerianischen Hauptstadt Abuja in die Luft. Insgesamt wird die Zahl ihrer Opfer auf 10 000 geschätzt. Dennoch spielten westliche Terrorexperten die Gefahr herunter. Erst als Boko Haram mehr als 250 christliche Mädchen verschleppte, wurde die Gefahr im Westen wirklich wahrgenommen.

Unfreiheit beginnt mit dem Irrglauben: "So will es Gott, ich habe keine Wahl"

Inspiziert vom Islamischen Staat, hat Boko Haram jetzt ein eigenes Kalifat im Bundesstaat Borno ausgerufen. Nun umzingeln die Milizen die Millionenstadt Maiduguri. Im Nordnigeria hat es immer Islamisten gegeben, aber Boko Haram ist anders, sie haben Zellen überall im Lande. 280 000 Mitglieder sollen es sein. Global ist die Gruppe mit den Al-Shabaab-Milizen in Somalia vernetzt, mit Ansar al-Din in Mali und Islamisten in Eritrea und Kenia. Doch nun scheint der IS für die islamistischen Nigerianer interessanter als Al-Kaida zu sein.

Und so breitet sich der Terror im Namen Allahs aus: Der militante Islamismus überwindet alle ethnischen Differenzen und kulturellen Besonderheiten. Überall sind seine Weltbilder ähnlich, seine Methoden barbarisch. Früher kochte jede Dschihad-Gruppe ihr eigenes Süppchen, jetzt rücken sie näher aneinander und überbieten sich.

Der IS aber ist das neue Vorbild. Mit den militärischen und medialen Erfolgen des Kalifats geraten Gruppen wie Al-Kaida unter Zugzwang. Islamisten in Algerien und Pakistan lösen sich von Al-Kaida und bekennen sich zum IS. Al-Kaida kündigte die Gründung einer neuen Gruppe in Indien an. Die Bewegung braucht dringend einen neuen 11. September, um nicht endgültig in der Bedeutungslosigkeit zu versinken.

Müssen wir uns vor dem Islam fürchten? In der Feindschaft zwischen den islamistischen Gruppen, die denselben Gott anbeten, liegt die Chance, dass sie nicht mit vereinten Kräften noch größeres Unheil anrichten. Doch in der Uneinigkeit lauert auch die Gefahr, dass sie immer schwerer zu bekämpfen sind.

Islamisten konnten zwar bislang keine tragfähigen Staaten aufbauen, sie errichteten auf den Trümmern gescheiterter Staaten immer mehr Scharia-Enklaven. In Staaten, die noch halbwegs funktionieren, spalten Islamisten die Gesellschaft und lähmen Institutionen. Hinzu kommt die Demografie: 65 Prozent aller Muslime sind unterdreißig. Die Arbeitslosigkeit steigt besonders unter jungen Menschen rasant. Ihre Wut ist Öl ins Feuer der Radikalisierung. Und es sieht nicht danach aus, als sei das Potenzial dieser jungen Generation bald

ausgeschöpft. Denn die Probleme in der islamischen Welt wachsen schneller als die Kapazität, diese Probleme zu lösen. Wankenden Mächten springen nun die Islamisten zur Seite und bieten ihre Dienste an.

Unfreiheit beginnt mit dem Irrglauben "So will es Gott, und ich habe keine andere Wahl". Unterwerfung ist die wörtliche Übersetzung des arabischen Wortes "Islam". Zu viele Muslime glauben, dass Gott sie, ihre Taten und Gedanken überwache und jeden Fehltritt bestrafe. Die meisten Muslime halten sich zwar nicht an alle Gebote. Aber viele fühlen sich als Sünder und fürchten die Strafe Gottes. Ihr Wunsch, sich von der Sünde reinzuwaschen, treibt sie in die innere Abhängigkeit.

Eine der größten Leistungen der Moderne war, den Menschen von der Vorstellung eines strafenden Gottes befreit zu haben. Die Aufklärung versetzt uns in die Lage, uns von Unterwürfigkeit zu distanzieren. Das ist die Voraussetzung für kritisches Denken und Freiheit. Genau diese Distanzierung lehnen konservative Muslime aber ab. Und der Sinn des Lebens wird somit: Gott dienen und seinen Willen wollen. Dies schafft Unmündigkeit und verhindert jeden Fortschritt.

Die Welt sollte Angst vor dem militanten Islamismus haben wie vor dem Faschismus im 20. Jahrhundert. Aber keine Angst, die lähmt. Den Faschismus besiegte man mit konsequenter Kriegsführung. Die faschistische Ideologie musste erst eine vernichtende militärische und moralische Niederlage erleiden, sodass Widerstand keinen Sinn ergab. Danach war ein Marshallplan für die Besiegten notwendig. Auch das brauchen viele islamische Staaten heute.

Aber sie müssen sich auch selbst von der Theologie der Gewalt emanzipieren. Der Faschismus wäre niemals besiegt worden, wenn die Deutschen darauf bestanden hätten, dass nur Hitler und seine Schergen böse waren, ihre Rassenlehre aber in Ordnung war. Jetzt sind alle Muslime gefragt, sich von autoritären Denkweisen des Islams zu emanzipieren.

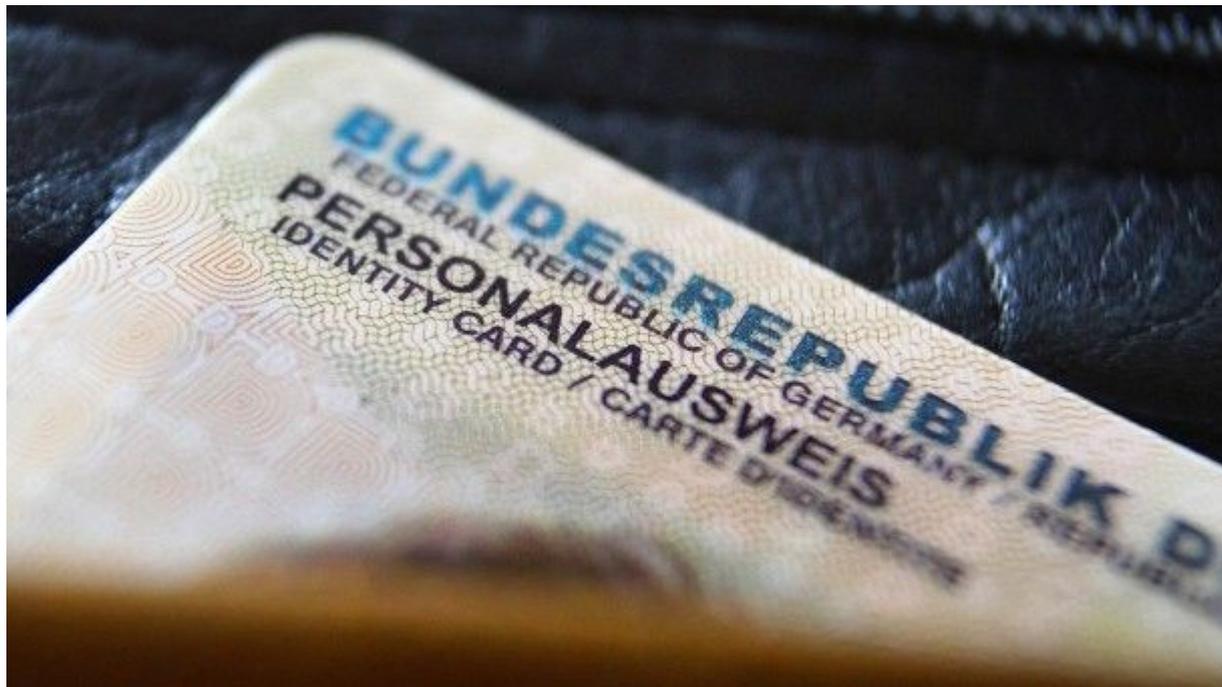
Natürlich hat der Islamismus nicht nur religiöse Ursachen. Aber wer die weltweit grassierende Theologie der Gewalt besiegen will, sollte zugeben: Sie hat mit dem Islam zu tun.

Hamed Abdel-Samad, 42, ist ein deutsch-ägyptischer Politologe. Zuletzt erschien von ihm "Der islamische Faschismus" (Droemer)

Ein „Dschihadistenstempel“ im Personalausweis - geht das?

Die Bundesregierung will Reisen von Islamisten einschränken - und erwägt dazu spezielle Markierungen in den Ausweisdokumenten potentieller „Gotteskrieger“. Doch aus der Opposition und von Juristen kommt scharfe Kritik.

02.10.2014, von ALEXANDER HANEKE UND ECKART LOHSE, BERLIN



© DPA  Eine Markierung im Personalausweis wäre ein „hochgradig diskriminierender Makel“, kritisiert der Berliner Strafverteidiger Sönke Hilbrans.

Oppositionspolitiker und Rechtsanwälte warnen davor, die Personalausweise von Dschihadisten durch Markierungen zu kennzeichnen. In der Bundesregierung wurden in den vergangenen Tagen Überlegungen angestellt, solche Markierungen einzuführen, um die Ausreise von potentiellen Dschihadisten in Richtung Syrien und Irak zu verhindern. An diesem Donnerstag will sich Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) zu seinen Plänen äußern, das kündigte er am Mittwoch in Berlin an.



© DPA  Die Sprecherin der Grünenfraktion für Innere Sicherheit, Irene Mihalic, sieht in den

Markierungen einen tiefen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte



Autor: Alexander Haneke, Jahrgang 1983, Redakteur in der Politik. Folgen:



Autor: Eckart Lohse, Jahrgang 1963, politischer

Korrespondent in Berlin. Folgen:

Die innenpolitische Sprecherin der Grünen, Irene Mihalic, sagte dieser Zeitung, solche Markierungen hätten eine stigmatisierende Wirkung und bedeuteten einen tiefen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte. Auch der Berliner Strafverteidiger und Vorstand des Republikanischen Anwaltsvereins Sönke Hilbrans wies darauf hin, dass ein „im Ausweis sichtbarer Dschihadistenstempel“ ein „hochgradig diskriminierender Makel“ sei.

Mihalic betonte daneben, dass der Nutzen, den solche Markierungen bringen, gering sei: „Experten der Sicherheitsbehörden bestätigen mir, dass eine Markierung des Personalausweis überhaupt keinen Mehrwert bringt. Es reicht völlig, wenn die Daten bei der Ausreisekontrolle hinterlegt sind.“ Auch Hilbrans sagte, „wo immer Ausweiskontrollen gemacht werden, lassen sich auch so bestehende Ausreiseverbote durchsetzen.“ Mihalic fordert statt dessen, den vorhandenen Rechtsrahmen auszuschöpfen. Die Bundesregierung müsse sich fragen lassen, „warum sie in einer sicherheitspolitisch so angespannten Lage die Haushalte der Sicherheitsbehörden kürzt“.

Mehr zum Thema

- Kampf um Kobane tobt trotz Luftangriffen
- Türkei will freie Hand für Militäreinsatz in Syrien
- Dschihadisten: Unionspolitiker wollen schärferes Strafrecht
- IS-Terror: Dschihadisten ermorden Menschenrechtlerin im Irak
- Amerikas Luftangriffe in Syrien: Harter Schlag mit genauem Timing

Die Koalition sucht unter wachsendem Druck nach Wegen, die ständig wachsende Zahl von Reisen radikaler Islamisten nach Syrien oder in den Irak und ihre Rückkehr nach Deutschland durch gesetzliche Schritte zu erschweren oder zu verhindern. Da beide Länder an die Türkei grenzen und für eine Reise von Deutschland dorthin der Personalausweis genügt, wird über eine Veränderung des Personalausweisgesetzes nachgedacht. Es gibt auch den Vorschlag, den Ausweis gegen ein Ersatzdokument zu tauschen, das die Identifikation ermöglicht, nicht aber das Verlassen Deutschlands.

106,146

Le « trou de la Sécu » expliqué en quatre points

Le Monde.fr | 01.10.2014 à 18h51 | Par Clément Martel (avec Caroline Félix)

Partager facebook twitter google + linkedin pinterest

La ministre de la santé, Marisol Touraine, a dévoilé lundi 29 septembre le projet de loi de financement de la sécurité sociale (PLFSS) pour 2015. L'un des principaux enjeux du texte est de rendre compte des mesures qui permettront de réduire le « trou de la Sécu », une nouvelle fois beaucoup plus important que prévu.

Lire : Coup de rabot généralisé sur les allocations familiales

1. Trop de dépenses pour pas assez de recettes

La Sécurité sociale est complexe, car elle mélange deux principes : celui d'une assurance (je cotise pour bénéficier de prestations) et celui de la solidarité (je cotise pour offrir à tous des prestations). Lorsqu'un salarié part à la retraite par exemple, il profite d'une pension générée par la cotisation des salariés actifs et de ce qu'il a lui-même cotisé durant sa vie active. Mais on peut bénéficier du revenu de solidarité active (RSA) sans avoir cotisé à cet effet.

Or, depuis une vingtaine d'années, le rapport masse salariale/bénéficiaires des prestations est en déséquilibre. En cause principalement : le départ en retraite de la génération de « baby-boomers » et le chômage. Ce déséquilibre a progressivement conduit à une dépense plus importante que les recettes générées par les cotisations, et donc à la formation du « trou de la Sécu ».

Aujourd'hui, avec un montant qui s'élève à 236,6 milliards d'euros en 2014, la dette sociale (déficit accumulé) représente 11,7 % de la dette publique française (qui atteint 2 000 milliards d'euros). Le déficit de la Sécurité sociale est principalement causé par le versement des prestations et les insuffisances des recettes, non pas par le coût de gestion (seulement 3 % du déficit).

2. Un déficit en baisse, mais moins que prévu 15,3 MILLIARDS D'EUROS

C'est le chiffre du déficit de la sécurité sociale pour 2014, au lieu des 9,8 milliards annoncés dans la loi de financement de la Sécurité sociale, en décembre 2013.

Le « trou de la Sécu » diminue chaque année depuis 2010 – un an après avoir plongé – ce dont s'est félicitée la ministre de la santé, Marisol Touraine, « *malgré une conjoncture économique très difficile* ». Mais depuis l'accession au pouvoir de François Hollande, les objectifs fixés n'ont jamais été respectés.

Le déficit baisse, en effet, mais selon la Cour des comptes, dans un rapport publié le 17 septembre, « *le retour à l'équilibre prévu pour 2017 est très incertain* ». Expliquant que la réduction du déficit a été assurée « *par des prélèvements supplémentaires plus que par des économies sur la dépense* », l'institution de la rue Cambon insiste sur « *l'enjeu crucial* » que représente le redressement des comptes sociaux.

3. La branche « maladie », principal poste de dépense

Afin de régulariser les dépenses de l'Assurance-maladie, un outil de pilotage a été créé en 1996 : l'Objectif national des dépenses d'assurance maladie (Ondam). Il s'agit du montant prévisionnel des

dépenses de l'Assurance-maladie en France, qui est voté chaque année par le Parlement. Une sorte de « règle d'or » pour la sécurité sociale, qui ne doit pas en principe dépasser cette frontière.

Et depuis 2010, l'Ondam n'est plus dépassé, la dépense de la Sécurité sociale étant en deçà de l'objectif voté par le Parlement. Cela ne signifie pas pour autant que les finances de la Sécu s'améliorent, les objectifs de l'Ondam n'étant pas forcément très ambitieux.

Réparti en quatre branches, le régime général de la Sécurité sociale (auquel s'ajoute le Fonds de solidarité vieillesse) voit son déficit grevé par la branche « maladie », principal poste de dépenses, selon les chiffres de la Commission des comptes de la Sécurité sociale.

Le maintien du déficit augmente évidemment la dette sociale, en partie remboursée par la Caisse d'amortissement de la dette sociale (Cades). Celle-ci est spécialement dédiée au remboursement de la dette :

4. Une série de mesures pour tenter d'inverser la tendance

A propos de la Sécurité sociale, la droite et la gauche ont traditionnellement deux méthodes différentes : la première préfère rogner sur les dépenses, tandis que l'autre active le levier des prélèvements.

Résorber « par le haut », ou pour tout le monde ?

Sous la présidence de Nicolas Sarkozy, le gouvernement a tenté de résorber ce « trou de la Sécu » en rognant sur les avantages des assurés : franchises sur les boîtes de médicaments et les actes médicaux, création d'une vignetteorange de remboursement à 15 % pour les médicaments à service rendu médical faible ou insuffisant.

Une réduction des dépenses que Marisol Touraine, alors dans l'opposition, n'avait pas manqué de pointer du doigt : « *On ne peut pas pérenniser l'Assurance-maladie avec des ajustements à la marge. Il faut lancer des mesures qui modifient réellement les comportements et pérenniser les ressources.* »

Un diagnostic pas simple à mettre en pratique, une fois au ministère, surtout dans un contexte de crise où la croissance atone et de chômage en hausse. La progression de la masse salariale devrait être nettement inférieure à la prévision (1,6 % pour 2014 contre 2,2 % prévu initialement), « *entraînant un affaïssement significatif des recettes de cotisations sociales et de CSG par rapport aux prévisions, mais également des recettes fiscales affectées à la Sécurité sociale* », explique le ministère.

Taxes farfelues

Résultat : le gouvernement compte sur les hauts revenus. Un milliard devait être récupéré grâce à l'abaissement du quotient familial, passant de 2 336 à 2 000 euros l'année dernière, puis à 1 500 cette année. En revanche, la tentative de l'instauration d'une taxe comportementale, avec l'« amendement Nutella » (qui prévoyait l'augmentation de 300 % de la taxe sur l'huile de palme) a échoué fin 2012, à cause d'une trop grande pression du groupe Ferrero et des pays producteurs.

Plusieurs « coups de rabot » ont été effectués par le ministère de la santé : deux milliards d'euros par le gel de la quasi totalité des retraites et des allocations en avril dernier. Lundi, la ministre de la santé a finalement renoncé à cette mesure pour 2015. Elle a toutefois annoncé de nombreuses coupes, à hauteur de 700 millions d'euros, dans la branche famille : baisse des aides de garde à l'enfant pour les familles les plus riches, la baisse de la prime à l'enfant à partir du deuxième et le partage du congé parental, entre autres.

En revanche, comme promis lors de la campagne de François Hollande, aucune réduction des dépenses n'a été opérée sur les remboursements des soins et des médicaments des patients.

Endspiel für Europa

Italien und Frankreich sitzen in der Schuldenfalle, die Konjunktur schwächelt, und die Geldpolitik ist am Ende. Jetzt geht es für Europa um alles.

02.10.2014, von **CHRISTIAN SCHUBERT**, **TOBIAS PILLER** UND **JOHANNES PENNEKAMP**



© AFP  Die Ruinen des Forum Romanum ziehen Touristen an, die wirtschaftliche Lage Italiens schreckt dagegen ab.

Der Appell der Bundeskanzlerin ist drastisch. „Es geht jetzt natürlich auch um die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union“, mahnte Angela Merkel am Mittwoch in Berlin vor Wirtschaftsvertretern. „Nur auf der Grundlage solider Haushalte“ sei nachhaltiges, langfristiges Wachstum möglich. Absprachen müssten in Europa eingehalten werden und Hausaufgaben gemacht, lautete die eindringliche Botschaft der CDU-Politikerin.



Autor: Christian Schubert, Jahrgang 1964, Wirtschaftskorrespondent in Paris. Folgen:



Autor: Tobias Piller, Jahrgang 1962,



Wirtschaftskorrespondent für Italien und Griechenland mit Sitz in Rom. Folgen:
Wirtschaft. Folgen:

Autor: Johannes Pennekamp, Jahrgang 1983, Redakteur in der

Der Zeitpunkt des Appells ist kein Zufall – die Adressaten sitzen in Rom und Paris. Denn sowohl aus Italien als auch aus Frankreich gab es am Mittwoch neue schlechte Nachrichten: Die Schuldenspirale dreht sich in beiden Ländern weiter, die ohnehin mageren Wachstumsaussichten in Italien rutschen ins Negative. All das führt zu einer Gesamtsituation, in der die Luft im Euroraum zunehmend dünn wird: Die Schwäche der beiden großen Volkswirtschaften strahlt weit über die Ländergrenzen hinaus, die Vertrauensindikatoren für die Konjunkturentwicklung sacken ab.

Selbst der früheren Wachstumslokomotive Deutschland droht zumindest vorübergehend die Luft auszugehen. Und die Mittel der Geldpolitik scheinen weitestgehend erschöpft. Die Europäische Zentralbank (EZB) pumpt immer mehr billiges Geld in die Welt – trotzdem sinkt die Inflation in Europa, Wachstumsimpulse bleiben aus. Am heutigen Donnerstag wird die EZB bekanntgeben, auch Kreditpakete mit „Ramsch“-Rating aufzukaufen.

Die Lage ist verfahren

Die Lage ist verfahren. Beispiel Italien: Ausgerechnet mit den ungünstigen Konjunkturdaten begründet die dortige Regierung, dass frühere Haushaltsziele nicht eingehalten werden. Ohne neue Schulden kein Wachstum, heißt es. Aber was, wenn trotz höherer Schulden kein Wachstum kommt? Die Regierung hatte noch im April gehofft, 2014 ein reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 0,8 Prozent zu erreichen, im kommenden Jahr sogar 1,3 Prozent. Zur Stützung der Konjunktur beschloss die damals neu angetretene Regierung des Ministerpräsidenten Matteo Renzi einen Einkommensteuerabschlag von bis zu 80 Euro im Monat für Kleinverdiener. Mittlerweile muss Renzi aber zugeben, dass Italiens Wirtschaft der erhoffte neue Schwung fehlt. Renzis Schatzminister legt jetzt seinen, Haushaltsdaten für 2014 einen Rückgang des BIP von 0,3 Prozent zugrunde und rechnet für das kommende Jahr nur noch mit einem realen Wachstum von 0,5 Prozent.

Schatzminister Pier Carlo Padoan sieht in dem Einbruch „außerordentliche Umstände“, die eine Abweichung von den Sanierungsplänen für den öffentlichen Haushalt rechtfertigten. Padoan begründet dabei die verdüsterten Aussichten für Italien nicht mit immer neuen Verzögerungen beim Programm an Strukturreformen, sondern mit einer „ernsthaften Verlangsamung“ der

internationalen Konjunktorentwicklung. Haushaltskorrekturen würde in dieser Lage nur eine „perverse Spirale“ mit weiterer Rezession und zusätzlicher Arbeitslosigkeit bedeuten.

Die Argumentation macht Padoan das Leben leichter: Nun sieht er Grund genug, das Haushaltsdefizit für 2015 zu vergrößern. Die bisher veröffentlichten Daten gingen davon aus, dass ohne weitere Kürzungen oder zusätzliche Ausgaben, nach geltender Rechtslage, das Defizit für 2015 bei 2,2 Prozent der Wirtschaftsleistung gelegen wäre. Nun steigt das Defizit auf 2,9 Prozent. Damit gewinnt der Minister Spielraum für zusätzliche Ausgaben: Die Differenz von 0,7 Prozent des BIP macht rund 11 Milliarden Euro aus. Gleichzeitig hat sich Padoan schon 2014 gegenüber den ursprünglichen Haushaltsplänen rund 5 Milliarden Euro an Zinsausgaben erspart und hofft für 2015 offenbar auf eine zusätzliche Einsparung von etwa 3 Milliarden Euro.

Frankreich und Italien sind die Großbaustellen in Europa

Schließlich hilft ihm die neue europäische Berechnungsmethode für das italienische Bruttoinlandsprodukt, das durch die Einbeziehung von illegalen Aktivitäten wie Schmuggel, Prostitution und Drogenhandel um rund 60 Milliarden Euro größer ausfällt. Auch aus diesem Grund fällt der Spielraum noch einmal um 2 Milliarden Euro größer aus. Padoan kann damit nicht nur Wünschen für zusätzliche Ausgaben nachkommen. Auch die für 2015 angekündigten Kürzungen bei den laufenden Ausgaben von 20 Milliarden Euro dürfen etwas sanfter ausfallen. Italienischen Medienberichten zufolge werden die effektiven Kürzungen bei 11 bis 12 Milliarden Euro liegen.

Das Ergebnis ist für die EU-Partner ernüchternd: Der eigentlich schon für 2013 versprochene Ausgleich des Haushalts lässt weiter auf sich warten. Nun plant Schatzminister Padoan mit einem ausgeglichenen Haushalt frühestens ab 2017 – was die EU-Kommission in Brüssel dazu sagt, scheint nebensächlich.

Frankreich ist die zweite Großbaustelle in Europa. Auch dort hat sich die Konjunktur eingetrübt, in diesem Jahr wächst die Wirtschaft nach Schätzung der Regierung nur um 0,4 Prozent. Deshalb verfehlen die Haushaltspolitiker auch dort ihre Schlüsselziele. Auch für das kommende Jahr rechnet die Regierung nur mit 1,0 Prozent Wachstum und für 2016 mit 1,7 Prozent – doch auch das sei noch zu optimistisch, findet der dem französischen Rechnungshof unterstellte Expertenrat für öffentliche Finanzen. Das Gremium äußerte sich am Mittwoch zu dem am gleichen Tag vorgestellten Haushaltsplan der Regierung für 2015.

Die Sozialisten bekräftigen darin ihre zuvor genannten Sparziele. Infolge der konjunkturbedingt schwachen Steuereinnahmen wollen sie nicht darüber hinausgehen – das erinnert an die italienische Argumentation. So steigt die Neuverschuldung Frankreichs in diesem Jahr von 4,3 auf 4,4 Prozent; 2015 soll sie nur auf 4,3 Prozent zurückfallen. Erst 2017 wollen die Franzosen die 3-Prozent-Grenze von Maastricht unterschreiten – zwei Jahre später als geplant. Die staatliche Gesamtverschuldung steigt bis 2016 daher auf den Rekordwert von 98 Prozent des BIP. „Wir stehen zur Haushaltssanierung, aber wir weisen harte Sparpläne zurück“, sagte Finanzminister Michel Sapin am Mittwoch.

Mehr zum Thema

- Kommentar: Die EZB steht dumm da
- Sinkende Inflation setzt Zentralbank unter Druck
- Frankreich spart an den Kindern

Noch mehr zu sparen hieße, eine Rezession einzuleiten, mit der die Sparziele erst recht unerreichbar würden. Die Regierung betont, dass sie wie angekündigt 2015 die Staatsausgaben um 21 Milliarden Euro kürzen werde. Bis 2017 sollen sich die Einsparungen sogar auf 50 Milliarden Euro addieren. Damit steigen die Staatsausgaben zwar immer noch infolge automatischer Erhöhungen zum Inflationsausgleich, doch sie beschränken sich real auf ein jährliches Plus von 0,2 Prozent.

„Keine Regierung in Frankreich hat das bisher geschafft“, sagte Sapin. Die europäischen Partner, allen voran Deutschland und die EU-Kommission, müssten die Sparanstrengungen Frankreichs anerkennen, forderte Sapin. Wirtschaftsvertreter in Deutschland warnen dennoch: „Wenn Frankreich nicht aus dem Abwärtsstrudel herausfindet, ist der Euro und damit Europa in Gefahr“, sagte der Präsident des Außenhandelsverbandes BGA, Anton Börner, am Mittwoch in Berlin.

Prêchi-prêcha Plenel

Eric Zemmour; ezemmour@lefigaro.fr

2 octobre 2014

Quand Edwy Plenel cherche à imiter Zola, cela donne une oraison laborieuse à la gloire des musulmans. Bons sentiments et mépris de l'histoire sont au rendez-vous.

« POUR LES MUSULMANS », Edwy Plenel, La Découverte, 130 p., 12 euros.

Tous les grands événements et personnages historiques se répètent pour ainsi dire deux fois (...), la première fois comme tragédie, la seconde fois comme farce. » Edwy Plenel connaît fort bien cette célèbre ouverture de Marx dans Le 18 Brumaire de Louis Bonaparte. Il n'a pas su pourtant résister à la tentation. En pleine affaire Dreyfus, Émile Zola avait lancé un vigoureux plaidoyer « pour les Juifs ». Plus d'un siècle plus tard, Edwy Plenel nous inflige une laborieuse oraison « pour les musulmans ». Mais le goût de la posture a été plus fort que la crainte du ridicule ; et le prêche culpabilisateur plus fort que la réalité historique. Car la situation des juifs de la fin du XIX^e siècle n'a rien à voir avec celle des musulmans dans la France de 2014. Au-delà du fait évident que les violences antijuives d'aujourd'hui sur notre sol sont perpétrées pour la plupart par des musulmans, ils ne jouent pas du tout le même rôle dans l'imaginaire collectif français. À l'époque, le Juif incarne l'argent, la réussite indécente, la destruction par le capitalisme des solidarités traditionnelles, héritées du catholicisme. L'angoisse que suscite le musulman est tout autre, relève d'abord du nombre (« le grand remplacement »), de la violence (des islamistes) et des libertés (pour les femmes, les homosexuels, etc.).

Plenel n'a cure de ces distinctions. Le musulman qu'il défend est un être abstrait, ni soumis au Coran ni à une histoire ; un individu qu'il imagine délié de son passé et de sa communauté. Un musulman imaginaire. L'Autre absolutisé, sanctifié, divinisé. Plenel se réfère aux Réflexions sur la question juive pour affirmer que le musulman n'existe que dans le regard de l'islamophobe ; mais il n'a pas retenu que Sartre lui-même avait reconnu qu'il s'était trompé, que le Juif pouvait se définir par lui-même, par ses traditions, sa religion, ses héros. Le musulman aussi. Mais derrière le musulman, Plenel défend le Noir, le Rom, toutes les minorités. Plenel, en homme de gauche à l'ancienne, veut nous faire croire que la fureur des « Français de souche » (expression à bannir) contre « les minorités » (l'inverse n'existe pas dans l'oraison de père Edwy) n'est qu'une guerre des pauvres machiavéliquement organisée par les riches pour qu'on les laisse s'engraisser en paix. N'en déplaise à Plenel, l'idéologie de la diversité et du multiculturalisme qu'il défend n'a de succès qu'au sein de la gauche bourgeoise et morale, qui peut se protéger derrière les digicodes et les bonnes écoles. Mais Plenel s'en moque. À l'antique sagesse, « À Rome, fais comme les Romains », il a substitué une nouvelle règle : « À Rome, exige les mêmes droits que les Romains, mais ne fais surtout pas comme eux. » Demeure à jamais l'Autre, mais obtiens les droits que le Même a conquis au prix de siècles de luttes.

Plenel a l'intuition juste que les combats autour de la laïcité ne sont que des rideaux de fumée qui dissimulent la vraie question de fond, celle de l'assimilation. Confusément, une majorité de Français, de droite mais aussi de gauche, ne reprochent pas à de nombreux musulmans de ne pas respecter les règles de la laïcité (bien que l'islam ait toujours ignoré la séparation entre public et privé, entre État et religion) mais de refuser de s'assimiler, de ne pas donner des prénoms « français » (c'est-à-dire chrétiens) à leurs enfants, quand ils ne choisissent pas délibérément un vêtement qui les distingue des occidentaux. Plenel encourage avec véhémence les musulmans à « refuser résolument l'injonction néocoloniale d'assimilation qui

entend contraindre une partie de nos compatriotes à s'effacer pour se dissoudre, à se blanchir en somme. Bref, qui ne les accepte que s'ils disparaissent ». Plenel aura tout fait pour que les Français détestent de plus en plus les musulmans. Pour lui, cette question de l'assimilation est l'ultime trace de notre complexe de supériorité colonial. Il commet là sa plus grosse erreur. L'assimilation est propre au génie français bien avant la colonisation. On francise les noms des artistes étrangers qui viennent à la Cour de Louis XIV ; on exige des cohortes d'Italiens, de Belges, de Polonais qui travaillent dans nos usines qu'ils fassent de même, qu'ils mangent comme nous, qu'ils traitent leurs femmes comme nous, qu'ils élèvent leurs enfants comme nous, qu'ils aiment nos grands écrivains et rient à nos blagues salaces. Ce sont les classes populaires qui transmettent cet art de vivre à la française. Le grand historien Fernand Braudel leur rend hommage : « C'est l'assimilation qui a permis l'intégration sans douleurs de générations d'immigrés. » Non pas l'intégration à la place de l'assimilation, comme le croit Plenel. Mais l'assimilation pour réussir l'intégration. Et quand on se plaint des ratés de l'intégration, la clef est dans ce refus de l'assimilation vanté depuis des décennies par Plenel et ses amis.

Mais il faut creuser la question coloniale chère à Plenel : cela signifie que pour lui, comme pour d'autres, le Français, même sur son sol, sera toujours un colonisateur ; et le descendant des colonisés, une victime à vie. Or c'est justement l'Autre (l'immigré) refusant de devenir le Même qui a un comportement de colonisateur, tandis que le Même (le fameux « Français de souche ») fuyant sur son propre territoire, pour chercher un endroit où il se sente encore en France, éprouve la cruelle sensation d'être à son tour colonisé.

Fantastique renversement de perspective qui laisse de marbre Plenel.

Lui qui entend poursuivre la lutte de Zola et des dreyfusards n'a pas lu le terrible ouvrage d'un historien franco-israélien, Simon Epstein, qui, listes de noms à l'appui, a démontré que la plupart des dreyfusards finirent leur carrière en 1940 dans la Collaboration, tandis que les anti-dreyfusards rejoignaient en rangs serrés la Résistance. C'est que les premiers, au-delà des premiers avocats du capitaine, les avaient rejoints par haine de l'armée et volonté d'abattre l'Église, internationalisme et pacifisme ; les seconds avaient été aveuglés par patriotisme et volonté de protéger l'armée. Un « paradoxe français » qui devrait faire réfléchir Edwy Plenel. S'il a le temps entre deux prêches.

Plenel aura tout fait pour que les Français détestent de plus en plus les musulmans. Pour lui, cette question de l'assimilation est l'ultime trace de notre complexe de supériorité colonial. Il commet là sa plus grosse erreur

106,152

France's Punch Drunk Unions

[The Wall Street Journal Asia](#)

Don't be alarmed if that train you're expecting in Paris shows up at the wrong station or fails to show up at all: The railway workers are exercising their human right to drink on the job. They'll sober up in a bit.

That, in so many words, was the position taken by the General Confederation of Labor, or CGT, and two other French unions that last week went on strike after two employees of the state railway network were suspended for two days without pay for drinking rum punch while operating train signals. Four others involved had received warnings and another two disciplinary cases were pending when the strike was called.

The rum-and-rail incident occurred last year at a signal post north of Paris, although online video of it emerged more recently amid efforts by the government to promote workplace sobriety. One operator admits to sending a train toward an already-occupied platform -- risking a potentially catastrophic accident. "Luckily the bloke spotted it," he says. "The rum's going to my head," says another operator. "It's a bit strange," chimes in a third.

Get caught drinking and driving in France and you'll face heavy fines, suspension of your license and even jail time. Get caught drinking while directing rail traffic, and the CGT will defend you against what the union calls the railway's "executive repression" of the eight employees.

French union extremism is hardly news, but this particular example comes at an opportune moment for President [Francois Hollande](#) and Prime Minister Manuel Valls, who are trying to reform the country's labor laws. Amid debates about ending the 35-hour work week and granting employers and workers greater flexibility to negotiate contract terms, protecting punch drunk workers symbolizes so much of what is wrong with the French economy. It's even difficult to fire workers for endangering public safety.

No one begrudges freely organized unions the ability to negotiate on behalf of their voluntary members. But in the matter of legal favoritism for unions, it's time for France to sober up.

Transition énergétique : 10 chiffres pour comprendre le débat

Le Monde.fr | 02.10.2014 à 09h58 • Mis à jour le 02.10.2014 à 14h00 | Par [Alexandre Pouchard](#)



C'était l'un des points phares des engagements du candidat Hollande en 2012. Le projet de loi sur la transition énergétique pour la croissance verte est examiné par l'Assemblée nationale à partir du 1^{er} octobre. Ayant vocation à faire de la législation française « *une des plus en avance d'Europe* » en la matière, selon la ministre de l'écologie, Ségolène Royal, le texte prévoit notamment la réduction du nucléaire dans la production d'électricité, une plus grande incitation à la rénovation des logements pour une meilleure isolation ou la diminution de la consommation d'énergie.

Lire nos explications : [Que contient la loi sur la transition énergétique ?](#)

Quelle énergie la France produit-elle chaque année ? Quelle part les énergies renouvelables représentent-elles ? Combien un ménage français paye-t-il chaque année pour l'énergie ? Passage en revue des principaux chiffres à connaître pour mieux appréhender le débat.

75 % La part du nucléaire dans la production totale d'électricité en France en 2012 avec 405 terrawatts-heure (TWh) produits sur 514 TWh. L'hydraulique, l'éolien et le photovoltaïque ont représenté cette année-là 16 % de de la production. Le projet de loi sur la transition énergétique prévoit un plafonnement du nucléaire à 50 % de la production d'électricité française d'ici à 2025.

Le parc nucléaire français, le deuxième plus important au monde, a une puissance de 63,2 gigawatts (GW), avec 19 centrales et 58 réacteurs.

53 % C'est la part des Français qui étaient « favorables à une sortie progressive du nucléaire en France » en septembre 2013, dans [un sondage BVA pour Le Parisien Magazine](#), contre 60 % en juin 2011, quelques mois après la catastrophe de Fukushima. Dans [ses « chiffres-clés de l'énergie » publiés en février 2014](#), le ministère de l'écologie assure de son côté, s'appuyant sur des enquêtes menées deux fois par an, que « 47 % des Français voient plutôt des avantages dans le nucléaire, contre 40 % qui y voient plutôt des inconvénients », ajoutant que « le pic d'opinions négatives qui a fait suite à l'accident de Fukushima en mars 2011 a été passager ».

139 millions de tonnes d'équivalent pétrole (Mtep, [unité d'énergie utilisée dans l'industrie](#)) : c'est la production nationale d'énergie en 2013, un nouveau record après celui de 2011. Une hausse « à [mettre au crédit des seules énergies renouvelables, qui ont produit 2,4 Mtep de plus qu'en 2012 \[pour un total de 24,8 Mtep\], répartis à parts égales entre filières électriques et filières thermiques](#) », [note le ministère de l'écologie](#). Les énergies renouvelables ne représentent toutefois que 17,8 % de la production totale nationale, quand le nucléaire pointe à 79,3 % avec 110,4 Mtep produits – une part qui diminue depuis trois ans.

28,8 TWh : La production d'électricité par énergie renouvelable en 2012 dans la région [Rhône-Alpes](#), la plus en avance dans ce domaine, loin devant [Provence-Alpes-Côte d'Azur](#) (10,3 TWh) et [Midi-Pyrénées](#) (10 TWh), [selon les chiffres du ministère de l'écologie](#). La région rhône-alpine bénéficie notamment des barrages dans les Alpes qui boostent sa production d'électricité d'origine hydraulique.

165 millions de Mtep : c'est la consommation d'énergie finale (au stade de son utilisation par le consommateur final) en France en 2013, toutes énergies confondues (le pétrole et le gaz représentant à eux deux 60 % de ce total).

Cette consommation était de 167 Mtep en 2012, une valeur de référence prise dans la loi sur la transition énergétique et qui doit [être](#) divisée par deux d'ici à 2050 (soit 83,5 Mtep). La part de la consommation des énergies fossiles doit, elle, [être](#) réduite de 30 % en 2030, tandis que celle des énergies renouvelables doit [être](#) portée à 23 % en 2020 et 32 % en 2030 (contre 16,1 % en 2012).

Energie primaire, énergie finale : la consommation d'énergie finale ne doit pas [être](#) confondue avec la consommation d'énergie primaire, qui a représenté 259,6 Mtep en 2013, et qui inclut à la fois la partie « finale » (c'est-à-dire effectivement consommée par les foyers) et l'énergie produite, mais qui est perdue lors de la transformation (les pertes de chaleur des centrales nucléaires, par exemple), le transport (l'électricité perdue dans les lignes à haute tension, par exemple) et la consommation par le secteur de l'énergie lui-même.

53,1 % Le taux d'indépendance énergétique de la France en 2013, selon l'Insee. Cet indice représente le rapport entre l'énergie primaire produite dans le pays et celle consommée. En clair, la [dépendance](#) de notre pays aux importations étrangères d'énergie. L'année dernière, le pays a produit 139,1 millions de tonnes équivalent pétrole (Mtep) et en a consommé 259,8 Mtep.

65,8 milliards d'euros : c'est la facture énergétique de la France en 2013, [calculée sur le ratio entre achat et vente d'énergie et de combustible à l'étranger](#). Cette facture a principalement été plombée par le pétrole (52 milliards d'euros) et le gaz (14,2 milliards d'euros), tandis que l'électricité a enregistré un excédent de 1,8 milliard d'euros grâce notamment aux exportations dans les pays voisins.

3 207 euros : dépense annuelle moyenne en énergie d'un ménage en France en 2013. La plus grande partie (1 335 euros) concerne les carburants, suivie ensuite de l'électricité (894 euros) et du gaz (477 euros).

142 000 emplois, en équivalent temps plein, dépendaient de l'industrie de l'énergie en 2012, soit 0,6 % de la population active. Ségolène Royal assure que la loi sur la transition énergétique permettra créer 100 000 emplois, tous secteurs confondus (y compris, par exemple, dans le bâtiment pour la rénovation des logements).

14 La position de la France au sein des vingt-sept Etats membres de l'Union européenne de l'époque pour la part des énergies renouvelables dans la consommation brute d'électricité. Avec 16,1 % en 2012, elle se situe bien loin de l'Autriche et la Suède, qui dominent le classement avec respectivement 68,3 % et 67,1 %.

Lire notre analyse : [La géopolitique de l'énergie expliquée en 7 graphiques](#)

Warnung vor der "totalen Wende"

In Thüringen greift die Linke nach der Macht. Für die Unterzeichner eines "Gewissensappells", zu denen auch Schriftsteller Reiner Kunze zählt, droht eine gesellschaftliche Konterrevolution.

Von [Günther Lachmann](#)Reporter



Vor ihm als Ministerpräsidenten warnt der Appell: Bodo Ramelow, Spitzenkandidat der Linken in ThüringenFoto: dpa

Während sich das öffentliche Interesse an der offensichtlich langwierigen [Koalitionsbildung in Thüringen](#) in Grenzen hält, warnt eine Gruppe von Professoren und Politikern, zu der sich auch die Schriftsteller Reiner Kunze und Udo Scheer gesellten, vor der Konterrevolution. "Jetzt soll ganz legal stattfinden, was die Kommunisten die Konterrevolution nannten: Die Befreiung durch die Revolution von 1989 soll in Thüringen revidiert werden. Und die Revolutionäre von damals sollen ihnen dabei behilflich sein! Verkehrte Welt!", schreiben sie in einem "Gewissensappell".

Hintergrund sind die Bemühungen der Linken um eine Koalition mit SPD und Grünen im Thüringer Landtag. Eine solche Koalition könnte mit [Bodo Ramelow](#) erstmals einen Linke-Politiker zum Ministerpräsidenten wählen. Das wollen die insgesamt 14 Unterzeichner des "Gewissensappells" unbedingt verhindern.

"Die Linke drängt zur Macht. Sie will die totale gesellschaftliche Wende", schreiben sie und empfehlen eindringlich die Lektüre des Parteiprogramms der Linken. Denn nach diesem Parteiprogramm beginne der "Kampf für eine bessere Welt und demokratischen Sozialismus mit der Veränderung der Gesellschaft", der "Veränderung der Eigentumsverhältnisse" und "der radikalen Erneuerung der Demokratie". Was das bedeute, sei aus dem 20. Jahrhundert nur allzu gut bekannt.

Verraten Sie nicht die Ziele von 1989 und bewahren Sie das Ansehen Ihrer Parteien

"Es müsste ein Aufschrei durchs Land gehen. Aber Thüringen verfällt in Agonie", sagte Mitunterzeichner Gottfried Meinhold der Welt. Er war von 1990 bis 1993 Prorektor der Universität Jena. Er ist der festen Ansicht, dass sich die Linke als stärkste Kraft an der Regierung anders verhalten wird als in der früheren Koalition mit der SPD, wo sie lediglich Juniorpartner war. "Sie wird die Kompromissbildung in ihre Richtung lenken", sagt Meinhold.

Zu den Mitunterzeichnern zählt auch der frühere thüringische Minister und stellvertretende Ministerpräsident Gerd Schuchardt von der SPD. Er hatte zuvor bereits in einem offenen Brief vor einer Beschädigung seiner Partei durch die Linke gewarnt. Die SPD sei "am Scheideweg" angekommen. "Seit 1996 warne ich intern und wiederholt auch öffentlich vor der sogenannten Rot-Rot-Option.

Erbe der untergegangenen SED-Diktatur

Die mehrfach umbenannte Partei, die aus der SED hervorging, ist für eine Mehrheit der Bürger keine normale Partei wie andere, sondern wird immer noch als Erbe der untergegangenen SED-Diktatur, die moralisch und wirtschaftlich bankrott war, gesehen", schreibt Schuchardt. "Und nun hat die SPD den Wählern allen Ernstes angeboten, gegebenenfalls einen Repräsentanten dieser Linkspartei zur Ministerpräsidentenschaft zu verhelfen. Da ist es schon erstaunlich, dass uns überhaupt noch 12,4 Prozent der Wähler ihre Stimme gegeben haben."

Er rief die SPD-Mitglieder dazu auf, "das Ansehen der Partei bei der Mehrheit der Thüringer Bürger, aber auch bundesweit zu wahren". Das Schicksal der Partei liege in ihrer Hand. "Die SPD ist eine stolze Partei mit großer Tradition. Und in dieser Tradition sehe ich neben vielen anderen großen Sozialdemokraten August Bebel, Kurt Schumacher und Willy Brandt, nicht aber Otto Grotewohl oder Oskar Lafontaine", schreibt Schuchardt.

Der Gewissensappell erinnert darüber hinaus an die Zwangsvereinigung von SPD und KPD im Jahr 1946. "Verraten Sie nicht die Ziele von 1989 und bewahren Sie das Ansehen Ihrer Parteien", rufen sie den Sozialdemokraten und Grünen zu. Sollten sich Linke, SPD und Grüne auf eine Koalition verständigen, liegt es an den SPD-Anhängern darüber zu entscheiden, ob die Regierung tatsächlich zustande kommt.

106,157

Quand l'économiste le plus populaire d'Allemagne fustige la France

INTERVIEW Vous ne comprenez pas l'intransigeance allemande sur l'euro et les déficits? Lisez cet entretien avec Hans-Werner Sinn et tout vous paraîtra plus clair.



Président du prestigieux institut économique de Munich IFO, star des talk show à la télé allemande, Hans-Werner Sinn est devenu le critique le plus féroce de la politique européenne depuis la crise de l'euro. A l'occasion de la sortie de son livre The Euro Trap (le piège de l'euro), il répond aux questions de Challenges
Après New York, Washington et Milan vous passez deux jours à Paris, où vous irez de conférences en rencontres.

Que vendez-vous ?

Mon nouveau livre "The Euro Trap" (ndlr, Le piège de l'euro), paru en août aux Etats-Unis et dans le monde anglophone, aux éditions Oxford University Press. Il va être traduit en d'autres langues, dont le français, je l'espère.

Quelle thèse y défendez-vous ?

J'y décris une histoire de l'euro qui montre que les problèmes de l'Europe du Sud sont nés d'un excès de crédit. Ces pays ont été shootés à l'argent frais, ce qui a fait monter les salaires plus rapidement que la productivité. Cela a augmenté les prix et a donc été au détriment de leur compétitivité. En Espagne, par exemple, les prix ont augmenté de 25% par rapport au reste de la zone euro, ce qui, sans la monnaie unique, aurait correspondu à une hausse de la peseta de 25%. Ça a porté un préjudice considérable à l'industrie ibérique.

Vous évoquez les problèmes du Sud. Incluez-vous la France dans ce Sud, qu'en Allemagne on appelle souvent les pays du Club Med ?

Bien sûr qu'elle en fait partie ! D'ailleurs son problème est que ses principaux clients sont en Europe du Sud. L'économie de la France a été frappée de plein fouet par la crise de l'euro.

La santé économique de la France vous inquiète-t-elle ?

Oui, elle me soucie beaucoup. La France n'a plus de croissance. Elle aussi a un taux de chômage des jeunes très élevé, et un taux de dépenses publiques est 57%, alors qu'en Allemagne il est passé, à force d'efforts et de réformes, de 49 à 44%. Autre sujet de préoccupation en France : son secteur public pléthorique. 25% des salariés sont employés dans la fonction publique, soit le double de l'Allemagne. Cette nationalisation des emplois a certainement préservé le bonheur privé des ménages, mais a mis en péril la compétitivité de l'économie.

Et l'Allemagne a, elle, sacrifié le bonheur privé ?

Je ne dirais pas cela. Ne vaut-il pas mieux que les salaires augmentent peu et que les salariés conservent leur emploi dans l'économie privée ?

Que vous inspire le tournant de Manuel Valls ?

Le Premier ministre a l'air de mettre davantage d'énergie que ses prédécesseurs à lancer des réformes. Reste à voir la mise en œuvre et les résultats. La France doit absolument se réformer, même si ses efforts ne porteront leurs fruits qu'à moyen terme. Il faut qu'elle tourne le dos aux habitudes de hausse de l'endettement, qui apporte un soulagement à court terme, mais qui a des conséquences dramatiques à long terme.

Craignez-vous un risque de contagion si la France allait encore plus mal ?

La contagion est partie de l'Europe du Sud pour gagner la France. Bien sûr, que si votre pays allait plus mal, cela aurait un impact sur l'économie allemande, et mettrait aussi en péril le projet européen. C'est pour cela qu'en Allemagne les gens s'inquiètent autant pour la santé de votre pays.

Vous en voulez aux pays du Sud et à la France, pourquoi ?

Bien sûr que non. Mais je suis désolé que ces pays, France comprise, aient fait pression, contre l'avis de la Deutsche Bundesbank (la banque centrale allemande) pour que l'on mette en œuvre des plans de sauvegarde en émettant de l'argent. Enormément d'argent a été injecté dans la partie méridionale de l'Europe, sans pour autant que la pression soit maintenue pour poursuivre de vraies réformes.

Vous êtes également critique vis-à-vis de la BCE, qui, dites-vous, se mue en "bad bank", pourquoi ?

La BCE fait tout, sauf de la politique monétaire. Elle a pris des mesures fiscales. D'ailleurs la cour constitutionnelle allemande a bien dit que la BCE était sortie de son mandat avec son programme d'OMT.

Vous martelez à longueurs de colonnes qu'un temps précieux et un argent fou ont été perdus ces dernières années.

La situation s'est tout de même améliorée en Europe depuis deux ans, non ?

Non. On a simplement calmé temporairement les marchés financiers, en résolvant les problèmes de dettes publiques par l'injection massive de fonds publics. Ce qui fait porter le risque sur le contribuable et a plombé la productivité de la zone euro. Des sommes énormes sont parties dans la consommation des pays du Sud et dans du béton, des projets immobiliers insensés.

Vous dites avoir été naïf au moment de l'arrivée de l'euro. Vous le regrettez ?

Oui, il y a 25 ans, j'ai salué l'arrivée de l'euro en tant qu'instrument d'intégration européenne. Je n'ai pas pris au sérieux les réticences des économistes plus âgés. Or, l'euro tel qu'il a été conçu a apporté des difficultés majeures en Europe du Sud, notamment du chômage de masse, et des dissensions entre pays européens d'une intensité que je n'avais jamais connue auparavant.

Quelle solution préconisez-vous ?

Pour garder l'euro, il faut un euro flexible, un euro qui respire. Il faut pouvoir y entrer, mais aussi en sortir. Si on ne peut en sortir, c'est une prison ! La sortie peut être temporaire. Il aurait mieux valu pour la Grèce qu'elle sorte de la monnaie commune en 2010. Depuis, elle a fait des progrès, certes, mais ses prix n'ont baissé que de 6% par rapport au reste de la zone euro, quand il aurait fallu qu'ils baissent de 30%, et les dettes ont continué à croître. Mais c'est aux Grecs de décider s'ils restent ou non dans la zone euro.

Vous débattiez ce mardi avec Jean Pisani-Ferry, commissaire général à la stratégie et ex patron du think tank européen Bruegel, qui lui aussi vient de publier un livre sur l'euro chez le même éditeur que vous. Qu'est-ce qui vous divise ?

Son ouvrage est titré "après la crise de l'euro". Or je pense que la crise est loin d'être finie. L'euro a déjà coûté une décennie à l'Europe et avant que l'économie réelle ait récupéré, elle va probablement lui coûter une nouvelle décennie.

Warum am 3. Oktober alle freihaben

Seit 1990 ist der 3. Oktober unser Nationalfeiertag. Doch was ist da eigentlich passiert? Nichts, könnte man sagen. Die ganz großen Aufregungen, die Revolution im Osten und der Mauerfall, das war doch alles schon vorbei.

03.10.2014, von REGINA MÖNCH



© WOLFGANG HAUT  Am 3. Oktober 1990 vor dem Reichstag in Berlin

Die Franzosen haben immer am 14. Juli ihren Nationalfeiertag. Zur Erinnerung an einen Angriff einfacher Leute auf eine Festung in Paris, den Sturm auf die Bastille, das Symbol ihrer großen Revolution. Für Deutschland hieße das: Der 9. November, an dem vor 25 Jahren die Mauer fiel, müsste unser Feiertag sein.



Autorin: Regina Mönch, Jahrgang 1953, Feuilletonkorrespondentin in Berlin. Folgen:

Nachgedacht wurde darüber. Doch dieses Datum erinnert eben auch und für immer an die finsterste deutsche Geschichte: 1938 brannten am 9. November die Synagogen, Juden wurden ermordet, ihre Geschäfte zerstört. An einem Tag, der mit dieser schrecklichen Erinnerung verbunden ist, sollte nicht etwas so Schönes gefeiert werden. Die Idee wurde verworfen. Über zwei andere Tage wurde auch noch nachgedacht. Der eine war der 17. Juni zur Erinnerung an den großen Volksaufstand in der DDR für eine Wiedervereinigung, den sowjetische Panzer 1953 niederwalzten. Er war in Westdeutschland bis 1990 ein Feiertag. Warum er dann abgeschafft wurde, ist ein deutsches Rätsel, jedenfalls gibt es keine vernünftige Erklärung dafür. Franzosen würde so etwas nie einfallen.



Dann wäre da noch der 18. März. Der erinnert an eine gescheiterte deutsche Revolution im Jahr 1848. Außerdem fanden am 18. März 1990 in der nur noch kurz existierenden DDR die ersten freien Wahlen seit dem Kriegende 1945 statt. Das wäre doch was? Aber es gefiel offenbar denen nicht, die das entscheiden durften, und der Vorschlag wurde verworfen. Ich glaube, so etwas Unordentliches wie eine Revolution darf in unserem ordentlichen Land irgendwie kein Grund zum Feiern sein, nicht mal eine erfolgreiche.

Im Herbst vor 25 Jahren

So kam wahrscheinlich der 3. Oktober in die erste Wahl. Aber an diesem Tag zog 1990 wieder Ordnung ein im ganzen Land, nach immerhin mehr als einem ganzen Jahr ziemlicher Unordnung, zumindest im Osten. Im Sommer 1989 verließen, zum Beispiel, Hunderttausende Menschen die DDR. Sie packten die Koffer und die Kinder ins Auto, schnitten Grenzzäune durch, besetzten Botschaften und gingen in den Westen. In die freie Welt ohne Mauern, mit ehrlichen Zeitungen und besseren Schulen und vielem mehr. Sie hatten genug vom Sozialismus, der ungemütlich, grau und ziemlich freudlos war.

Diese Fluchten waren zwar verboten, die DDR existierte ja noch, aber das interessierte nur noch die Beamten und eine Regierung, die nichts mehr geregelt bekam und die niemand mehr ernst nahm. Eine Abstimmung mit den Füßen nennt man das. Jede Woche gingen damals so viele weg, wie eine mittelgroße Stadt Einwohner hat. Wer blieb, gründete Parteien, ging nicht nur montags demonstrieren und stürzte schließlich die verhasste Regierung. Ein ganzes Land war im Aufruhr. Und dann fiel in Berlin die Mauer. Nicht allen war

gleich klar, dass sich die DDR und die deutsche Teilung damit endgültig erledigt hatte. Aber es war so, andernfalls hätte man ja all die glücklichen Menschen, die sich damals auf den Straßen umarmten und tagelang feierten, wieder einsperren müssen. Weil das natürlich nicht in Frage kam, begannen die Verhandlungen für die Wiedervereinigung.

Das deutsche Grundgesetz ist schuld

Nicht, dass alle das gleich wollten. Vor allem in Westeuropa, in Paris und in London war man ziemlich skeptisch. Und in Moskau? Die DDR gehörte zum sowjetischen Imperium, im Land standen Hunderttausende schwer bewaffnete sowjetische Soldaten. Aber Moskau schwieg vorerst, ratlos und unsicher. Dass Menschen so deutlich den Kommunismus ablehnten, konnte man dort nicht begreifen. Und dann gab es noch das deutsche Grundgesetz, unsere Verfassung, in deren Artikel 23 seit 1949 (damals wurde die Teilung Deutschlands besiegelt) unter anderem stand, dass es „zunächst“ nur für die Bundesrepublik (nicht für die DDR) gilt, aber auch: „In an anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.“ Also trat die DDR bei. Das klingt bürokratisch und langweilig, und bürokratisch war es auch, aber es war für Millionen Menschen vor allem eine großartige Sache, die wichtigste in ihrem Leben.

Ein gigantischer Vertrag wurde ausgehandelt, es ging um Geld und Eigentum, eine Armee (die der DDR) musste aufgelöst werden, Steuergesetze mussten her. Zwei Schulsysteme mussten zu einem einheitlichen werden und vieles mehr. Es ist ein viele Hundert Seiten dickes Vertragspaket und so etwas braucht seine Zeit. Unzählige Behörden mussten es prüfen, die Abgeordneten lesen. Dann war es endlich fertig und verabschiedet und trat am 29. September als „Einigungsvertrag“ in Kraft. Die DDR war nun Geschichte und Deutschland wieder ein Land.

Und wie kommt nun der 3. Oktober 1990 ins Spiel? Es war nicht einmal ein Sonntag, an dem sowieso alle Zeit gehabt hätten zum Feiern. Es war ein Mittwoch, aber es war der erste freie Termin, nachdem alle europäischen Außenminister darüber informiert worden waren, dass auch Moskau nichts mehr gegen die Wiedervereinigung hatte. Naja, ein aufregender Feiertag ist daraus nie geworden. Vergessen die Minister, auch wenn das wichtig war. Machen wir also einfach das Beste daraus, denken zum Beispiel an all die Revolutionen, die dazu geführt haben, die vergeblichen und die erfolgreichen, die von 1848 oder 1953 und den Fall der Mauer. Ohne die wäre jeder 3. Oktober einfach nur ein Datum unter anderem geblieben.

Scharfe Kritik an EZB-Kauf von „Ramschnpapieren“

Die EZB will mindestens zwei Jahre lang verbrieft Kredite von Banken kaufen. Ökonomen sehen Risiken für den Steuerzahler.

03.10.2014, von PHILIP PLICKERT



© AP  EZB-Präsident Mario Draghi am Donnerstag in Neapel

Deutsche Ökonomen und Politiker haben überwiegend kritisch auf die Entscheidung der Europäischen Zentralbank reagiert, über mindestens zwei Jahre hinweg Kreditverbriefungen von Banken zu kaufen. Der haushaltspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Norbert Barthle, sagte der F.A.Z.: „Die EZB muss aufpassen, dass sie nicht zur Wertpapiermüllkippe Europas wird.“ Verbriefungen wie ABS (Asset Backed Securities) seien zwar nicht grundsätzlich zu verteufeln, aber die EZB müsse sehr genau schauen, was sie in ihre Bilanz hole.



Autor: Philip Plickert, Jahrgang 1979. Redakteur in der Wirtschaft, zuständig für „Der Volkswirt“. Folgen:

Der Präsident des Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, griff die Zentralbank noch schärfer an: Sie überschreite ihr Mandat. „Die EZB wird damit vollends zu einer Bail-out-Behörde und einer Bad Bank Europas“, sagte Sinn in München. Auch der Berliner Ökonom Jörg Rocholl äußerte sich skeptisch: Es sei eine schlechte Nachricht für den deutschen Steuerzahler. Zudem sei „völlig unklar, ob die Maßnahmen tatsächlich zu einer besseren Kreditversorgung führen werden“, sagte das Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Bundesfinanzministeriums.

EZB-Präsident Mario Draghi hat am Donnerstag in Neapel **neue Details zum Kaufprogramm angekündigt**. Der Kauf von Covered Bonds (Pfandbriefen) soll in der zweiten Oktoberhälfte beginnen, die ersten ABS will die Zentralbank im vierten Quartal dieses Jahres kaufen. Sie will vorrangig die weniger riskanten „Senior Tranchen“ der Verbriefungen kaufen. Papiere minderer Qualität (Mezzanine) will die Notenbank nur kaufen, wenn staatliche Garantien für potentielle Ausfälle vorliegen. Deutschland lehnt das ab. Mit dem umstrittenen Programm will die EZB Geschäftsbanken Freiräume für neue Kredite verschaffen und hofft, damit die Wirtschaft zu beleben und die Inflationsrate anzuheben. Eine zu lange zu niedrige Inflation sei eine Gefahr, betonte Draghi. Auch ABS-Papiere griechischer und zyprischer Banken wird die Notenbank kaufen, obwohl diese nicht die Mindestratingnote BBB – für Sicherheiten erfüllen und somit als „Ramschnpapiere“ gelten. Allerdings müsste sich Griechenland an das Reform- und Sparprogramm halten. „Ohne Programm gibt es keine Käufe“, sagte Draghi. Die EZB werde nur einfache Papiere kaufen. Zugleich rief er die Regierungen zu Strukturreformen auf. Die Euroländer sollten den Stabilitätspakt einhalten, zugleich aber dessen „Flexibilität“ nutzen.



© DPA  „Die EZB wird vollends zu einer Bail-out-Behörde und einer Bad Bank Europas“:

Hans-Werner Sinn

Gefragt nach dem Umfang der Käufe, sagte Draghi, eine präzise Summe sei schwierig zu nennen. „Das Universum der potentiellen Käufe ist bis zu eine Billion, das heißt aber nicht, dass wir das alles kaufen werden“, sagte er. Sollte die Inflationsrate länger als erwartet zu niedrig bleiben, sei der EZB-Rat einstimmig dafür, weitere unkonventionelle Maßnahmen zu ergreifen. Bundesbank-Präsident Weidmann hat allerdings gegen den ABS-Kauf gestimmt, weil er kritisiert, dass damit die Ausfallrisiken von privaten Banken auf die Allgemeinheit übertragen würden.

Dies ist auch die Hauptkritik der deutschen Politiker. Barthle sagte, er verstehe zwar, dass die EZB unter Handlungsdruck stehe. Er bezweifle aber, dass die beschlossenen Maßnahmen die Kreditvergabe der Banken spürbar ankurbeln würden.

Der AfD-Vorsitzende Bernd Lucke nannte das Kaufprogramm eine „Verzweiflungstat“, weil alle anderen geldpolitischen Maßnahmen nichts genutzt hätten. Die EZB überschreite ihr Mandat, wenn sie riskante Unternehmenskredite kaufe und die Risiken den Steuerzahlern auflade. Der Grünen-Finanzexperte Sven Giegold hingegen sagte, man solle die Zentralbank nicht allzu sehr kritisieren. „Die dramatische Arbeitslosigkeit in den Krisenländern, die an der Deflation schrammende Preisentwicklung, die Popularität von Le Pen, Lucke und den anderen Möchtegern-Totengräbern des Euro erfordern beherztes Handeln“, sagte Giegold der F.A.Z. Draghi sei der einzige Entscheidungsträger in Europa, der die Dringlichkeit der Situation richtig einschätze.

Mehr zum Thema

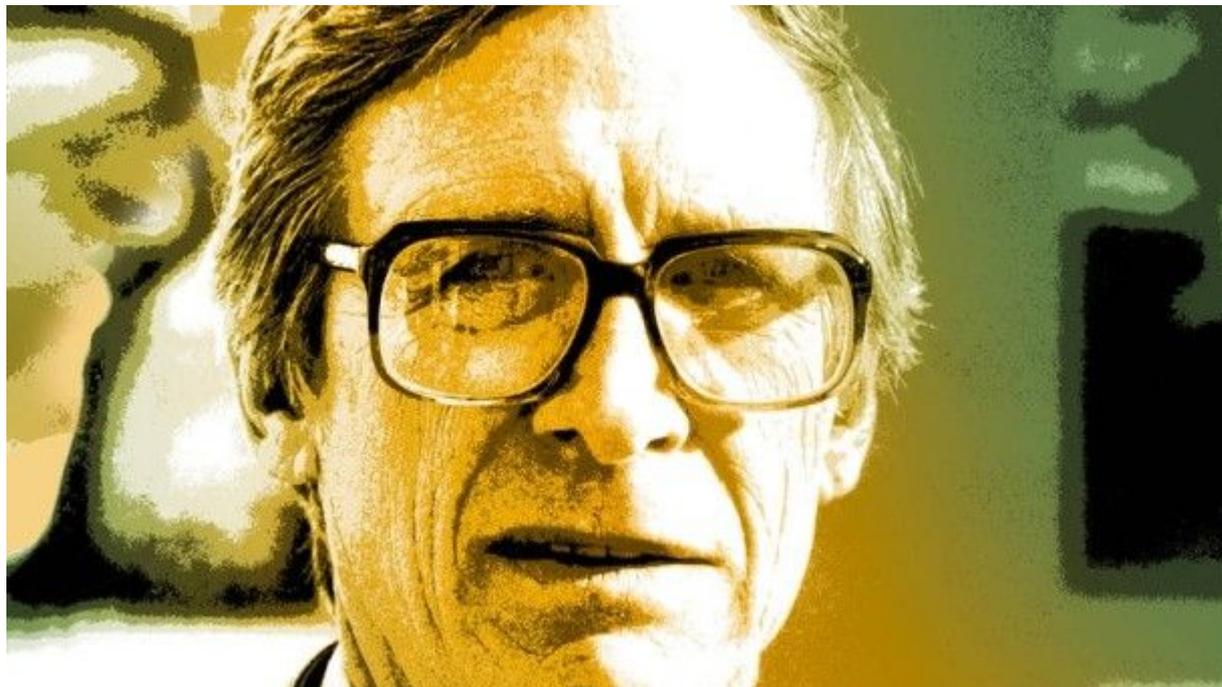
- EZB kauft zwei Jahre lang Bankkredite
- Was kauft die EZB da?
- Kommentar: Die Mittel der EZB sind erschöpft

Bankanalysten reagierten überwiegend skeptisch auf Draghis Ankündigung. „Damit dürften in Südeuropa kaum mehr Kredite vergeben werden, doch könnte die EZB versucht sein, über die Ausweitung ihrer Bilanzsumme den Euro weiter zu schwächen“, sagte Jan Holthusen von der DZ Bank. Der Eurowechselkurs ist vom Höhepunkt bei fast 1,40 Dollar im Frühjahr zuletzt unter 1,26 Dollar gesunken. Viele Ökonomen erwarten, dass die EZB nicht beim Ankauf der ABS und Pfandbriefe stehenbleiben wird. Ein kurzfristiger Effekt auf die Kreditvergabe sei nicht vorstellbar, sagte Cyrus de la Rubia, Chefvolkswirt der HSH Nordbank. Er glaube, das jetzt verkündete Kaufprogramm sei nur ein Zwischenschritt hin zu einem umfassenden Staatsanleihekaufprogramm.

Der Philosoph des Fairplay

John Rawls hat eine liberale Theorie der Gerechtigkeit entworfen, mit der er das Denken revolutionierte. Mit nur einem monumentalen Werk setzte er einen tiefgreifenden Wandel durch. Aus unserer Serie „Die Weltverbesserer“.

03.10.2014, von OTFRIED HÖFFE



© GAMMA/LAIF  John Rawls (1921-2002)

Selten gelingt es einem einzigen Werk, die philosophische Szene von Grund auf zu verändern. Während andere Umwälzungen aus gemeinsamen Anstrengungen hervorgehen, setzte vor mehr als 40 Jahren der Harvard-Professor John Rawls mit seinem monumentalen Werk „Eine Theorie der Gerechtigkeit“ (1971) einen so tiefgreifenden Wandel durch, dass seither die Geschichte der Politischen Philosophie den lapidaren Titel trägt: von Platon zu Rawls.

Rawls' Theorie der Gerechtigkeit, nicht etwa die zupackende Programmschrift eines begnadeten Schriftstellers, vielmehr ein „gelehrter Wälzer“, wird in mehr als zwei Dutzend Sprachen übersetzt und erfährt eine intellektuelle Diskussion von geradezu industriellem Ausmaß. Zufällig ist dieser Erfolg nicht. Die Theorie der Gerechtigkeit, vielleicht sogar der wichtigste Text zur Politischen Ethik des 20. Jahrhunderts überhaupt, ist mit einem langen Atem verfasst. Vorphilosophische Anregungen reichen weiter zurück. Der ungewöhnlich bescheidene, zugleich hochdisziplinierte Rawls wächst in einer wohlhabenden Südstaatenfamilie auf. Sein Vater ist Anwalt, seine aus einer angesehenen deutschstämmigen Familie stammende Mutter ist politisch hoch engagiert. Rawls war sich bewusst, in dieser Weise unverdiente Privilegien zu genießen, was zu seiner nie ausgesprochenen Lebensmaxime führte: „La noblesse et le talent obligent.“ Zu Deutsch: Adel und Talent verpflichtet.

Er wendet sich unmittelbar Sachfragen zu

Rawls' veritabler Paradigmenwechsel beginnt bei der Aufgabe der philosophischen Ethik: Er wendet sich unmittelbar Sachfragen zu. Soweit denn doch normative Fragen erörtert wurden, waren sie vom Utilitarismus geprägt, dessen Stammvater Jeremy Bentham die Menschenrechte zu „Unsinn auf Stelzen“ erklärte. Nach Rawls hingegen besitzt jeder Mensch unveräußerliche Rechte. Ihretwegen tritt er dem utilitaristischen Prinzip vom „größten Glück der größten Zahl“ mit dem Gedanken der „Gerechtigkeit als Fairness“ entgegen. Danach sollen sowohl die Gewinne als auch die Lasten der gesellschaftlichen Kooperation so verteilt werden, dass jeder Einzelne einen möglichst großen Vorteil erzielt.

Schon der Philosoph, mit dem sich Rawls am stärksten verbunden fühlt, Immanuel Kant, sieht den Sinn eines Gemeinwesens nicht im gelingenden Leben selbst. Nicht beauftragt, seine Mitglieder glücklich zu machen, ist der Staat auf Zwecke des Rechts, auf Freiheitssicherung durch Gesetze, beschränkt. Weniger dezidiert, aber ähnlich erwartet Rawls von den Gerechtigkeitsgrundsätzen nicht ein glückliches Leben. Ihren Gegenstand bilden nämlich gesellschaftliche Grundgüter (social primary goods), die (erstens) im Unterschied zu natürlichen Grundgütern wie Kraft, Intelligenz und Ideenreichtum überhaupt Gesellschaft bedingen und (zweitens) für jede Art von Lebensplan unabdingbar sind, deshalb sogar für pluralistische Gesellschaften eine Gemeinsamkeit darstellen. Darüber

hinaus soll man (drittens) ein Maximum der jeweiligen Grundgüter suchen. Die für die Glücksvoraussetzungen zuständigen Gerechtigkeitsgrundsätze lauten nun: „Erster Grundsatz: Jedermann hat gleiches Recht auf das umfangreichste Gesamtsystem gleicher Grundfreiheiten, das für alle möglich ist. Zweiter Grundsatz: Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten müssen folgendermaßen beschaffen sein: (a) Sie müssen unter der Einschränkung des gerechten Spargrundsatzes den am wenigsten Begünstigten den größtmöglichen Vorteil bringen, und (b) sie müssen mit Ämtern und Positionen verbunden sein, die allen gemäß fairer Chancengleichheit offenstehen.“

Elementare Grundrechte bilden einen festen Bestandteil

Von diesen beiden Gerechtigkeitsgrundsätzen sind der erste Grundsatz und der zweite Teil des zweiten Grundsatzes unstrittig. Elementare Grundrechte bilden einen festen Bestandteil unserer geschriebenen oder gelebten Verfassungen. Und die Offenheit der Ämter und Positionen wird von Demokratien seit langem gepflegt. Anders verhält es sich mit dem Grundsatz 2 (a), dem Unterschiedsprinzip. Soweit es lediglich um die Realisierungsbedingungen von Grundrechten geht, etwa um ein angemessenes Existenzminimum, handelt es sich um den ebenfalls wenig strittigen, nämlich freiheits- und demokratiefunktionalen Kern der Sozialstaatlichkeit. Gegen die Forderung, die Schlechtestgestellten möglichst gut zu stellen, bleibt aber Skepsis zurück. Ein Rawls'scher Sozialstaat sieht paternalistischer aus, als es unstrittige Gerechtigkeitsüberzeugungen zulassen.

Noch in einer anderen Weise macht sich Rawls um die Wirtschaftswissenschaften verdient. Bei der Begründung der Gerechtigkeitsprinzipien greift er auf die Entscheidungs- und Spieltheorie zurück. Mit ihrer Hilfe wird die klassische Vertragstheorie eines John Locke, Rousseau und vor allem Kant weit gründlicher durchkonstruiert: Rawls stellt eine Liste alternativer Ansätze für gesellschaftliche Grundprinzipien auf und wählt dann die Option aus, die den größten Nutzen für jeden Einzelnen erwarten lässt. Auf diese Weise werden überraschenderweise die genannten Gerechtigkeitsgrundsätze aus einem aufgeklärten Selbstinteresse abgeleitet. Rawls will ausdrücklich moralische Urteile durch rationale Klugheitsurteile ersetzen. Das Ersetzen ist freilich nur unter einer idealen, selber schon gerechtigkeitsbestimmten Bedingung möglich: Das Selbstinteresse agiert unter dem von Justitia-Darstellungen bekannten „Schleier des Nichtwissens“ („veil of ignorance“).

Otfried Höffe ist emeritierter Professor für Philosophie an der Universität Tübingen
Quelle: F.A.S.



Brighelli : déferlante de voiles à l'université

Le Point - Publié le 03/10/2014 à 15:08

À la Sorbonne, à l'IUT de Saint-Denis, à l'IEP d'Aix-en-Provence et partout ailleurs, les voiles islamiques se multiplient, ce qui n'est pas sans créer des frictions.



Interdit en

primaire, au collège et au lycée, le port du voile est autorisé à l'université, déplore Jean-Paul Brighelli. © PATRICE MAGNIEN/20 MINUTES/SIPA

Par JEAN-PAUL BRIGHELLI

La métaphore est une figure délicate à employer. Par exemple, un voile peut-il être un "cheval de Troie de l'islamisme", comme l'a affirmé Jean-Charles Jauffret, agrégé d'histoire et spécialiste de l'histoire militaire coloniale ? En tout cas, l'étudiante de l'IEP (Institut d'études politiques) d'Aix à qui il s'adressait l'a mal pris, ainsi qu'un certain nombre de ses camarades (mais pas tous, et j'y reviendrai). "Porter ce voile, c'est aussi ma liberté", a-t-elle lancé avec un sens évident de la contradiction interne - personne n'arrivera jamais à me faire comprendre qu'un enfermement puisse être en quelque manière une liberté, sauf à faire l'hypothèse d'un syndrome de Stockholm généralisé, ou d'une dépendance à l'opium du peuple, comme disait un barbu célèbre du XIXe siècle.

Et la véhémence de ces jeunes filles à affirmer leur "liberté" est le signe même de leur aliénation. "Elle est totalement manipulée", précise d'ailleurs l'enseignant interviewé par France Télévisions, qui a soigneusement trié les élèves passant à l'antenne. "Elle me fait pitié." *La Provence*, qui doit tenir compte de son lectorat, a immédiatement déploré "l'amère expérience" de l'étudiante "issue de la diversité", comme on dit euphémistiquement. La direction de l'IEP, bien obligée de suivre la lettre de la loi, joue l'apaisement.

Mettre les voiles

J'essaie d'en sourire, mais le cœur n'y est pas. La loi de 2004 qui interdisait les signes religieux ostensibles dans les collèges et les lycées s'est arrêtée à la porte des universités - alors même qu'elle s'applique aux classés prépas, qui sont par définition dans l'enceinte d'un lycée, bien que les élèves soient généralement aussi majeurs que leurs homologues de fac.

Une loi pleine de bonnes intentions, mais la droite alors au pouvoir n'a pas osé en tirer les conséquences ultimes : l'enseignement ne fait qu'un, la laïcité ne se divise pas, de la maternelle à l'université. J'irai même plus loin : les hôpitaux ont-ils vocation à soigner des fantômes, et les maires à marier des silhouettes ?

Deux mois après la loi Jospin qui, en 1989, autorisait fort imprudemment le droit des élèves à la libre expression éclatait à Creil la première affaire de voile.

Depuis, Fatima, Leïla et Samira ont fait des émules, à Creil et ailleurs. La loi de 2004 a ralenti le processus, sans oser y mettre un terme. Toute demi-mesure est une mesure pour rien.

Marseille, terre d'islam

J'ai passé mon enfance à Marseille dans les années 1960 - grande période d'immigration. Et je tiens à le dire : pendant toutes ces années, je n'ai jamais vu une seule femme voilée dans les cités où j'habitais moi-même. Pas une. Je me rappelle précisément mon ébahissement d'enfant devant les cheveux cuivrés au henné des Algériennes du 13e arrondissement. Étaient-elles pour autant de mauvaises musulmanes ? Je ne le crois pas, et leur pudeur ne tenait pas à l'exhibition de leur crinière (il faut être sérieusement cintré pour voir dans la "toison moutonnant jusque sur l'encolure" chère à Baudelaire un écho du poil pubien : voir ce qu'en dit l'écrivain algérien Mohamed Kacimi). Les voiles qui déferlent depuis plus de vingt ans sont parallèles à la montée d'un islam de conquête - hier celui du GIA ou du FIS, aujourd'hui celui de l'EIIL. Rien à voir avec la foi : c'est de stratégie (du grec *stratos*, armée) qu'il faut parler. De conflit de civilisations.

Depuis mon retour à Marseille (2008), je marche dans une ville où les voiles volent à chaque coin de rue, où les filles non couvertes, surtout si elles sont européennes et qu'elles s'habillent court, sont injuriées et parfois agressées par des jeunes gens élevés dans l'impunité de leurs désirs et de leurs certitudes. Il est loin le temps où les

poètes arabes développaient dans *Les Mille et Une Nuits* et ailleurs des modèles raffinés de séduction, au point d'influencer les chantes de la *fine amor* médiévale. Où les sorties scolaires, grâce aux suggestions imbéciles de Benoît Hamon (le diable nous préserve des bonnes consciences qui croient bien faire !), sont des casse-tête de plus en plus complexes. Où chaque reculade d'un gouvernement de bons apôtres qui ont cru se concilier le vote immigré (stratégie développée par Terra Nova en 2012 et mise à mal par des mesures ultérieures, comme l'a souligné Christophe Guilluy dans son livre sur la France qui gronde) devient l'occasion d'une avancée de la cinquième colonne des vrais croyants...

Une offensive généralisée ?

Les frictions désormais se multiplient. À l'IUT de Saint-Denis, le directeur Samuel Mayol se fait menacer sévèrement parce qu'il a mis fin aux agissements d'un escroc, et qu'il a demandé à une organisation islamiste de bien vouloir partager le local mis à la disposition des associations, où elle entreposait des tapis de prière. À la Sorbonne, une enseignante explique-t-elle à une étudiante voilée que l'ostentation de sa foi risque de gêner son insertion professionnelle ? La voici accusée d'islamophobie, et la présidence de l'université est obligée de faire des excuses. À la fac d'Aix, c'est par dizaines que les jeunes femmes voilées investissent les cours, et manifestent lorsque le contenu ne leur paraît pas conforme à leurs rites. Montée générale du communautarisme, dénoncent Malika Sorel et les autres membres du Haut Conseil à l'intégration interviewés ici même. Et il faut l'angélisme de Jean-Louis Bianco pour dire que parler de ces questions fait aux intégristes une "incroyable publicité" : la publicité de la superstition, c'est chaque jour, à chaque coin de rue.

Je ne me fais aucune illusion : ce n'est pas Najat Vallaud-Belkacem (qui, en tant que ministre chargée aussi des universités, a tout pouvoir pour le faire) qui lèvera l'ambiguïté d'une loi qui autorise des jeunes filles manipulées à imposer partout leurs étranges certitudes. Mais il faut savoir : soit nous sommes une République laïque et nous nous donnons les moyens de faire respecter cette laïcité, n'en déplaise aux idiots utiles (et inutiles...) des commissions bruxelloises, alors même que divers arrêts rendus par la Cour de justice européenne et commentés par la Cour de cassation rendent parfaitement licite l'application stricte par la France d'une laïcité sans concession. J'ai une parfaite indifférence en matière de religions, chacun peut en privé adorer ce qu'il veut, mais je voudrais vivre dans un vrai espace de liberté - et la liberté ne consiste pas à s'engloutir sous la nuit, mais, conformément à l'enseignement du XVIIIe siècle, à faire toute la lumière. Sur le tableau de Delacroix, *La Liberté guidant le peuple* n'est pas voilée - elle a même les seins nus, et c'est très bien ainsi.

Rekord-Einnahmen bei den Kirchen

Nach jüngsten Schätzungen erwarten die Bistümer und Landeskirchen für 2014 elf Milliarden Euro Einnahmen aus der Kirchensteuer – so viel wie noch nie. Aus den Kirchen heißt es unter anderem, das Geld werde „dringend gebraucht“.

05.10.2014



© F.A.S.  Geldsorgen plagen die Gotteshäuser nicht. Andere haben sie zur Genüge.

Die Kirchen in Deutschland werden im Jahr 2014 so viel Geld einnehmen wie nie zuvor. Wie die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (F.A.S.) berichtet, wird das Kirchensteueraufkommen nach den Rekordjahren 2012 und 2013 im laufenden Jahr noch einmal kräftig steigen, voraussichtlich um vier bis fünf Prozent. Die Katholische Kirche kann nach den jüngsten Steuerschätzungen der Bundesregierung mit zusätzlichen 250 Millionen Euro rechnen. Die Evangelische Kirche erwartet gut 200 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr; sie wird erstmals mehr als fünf Milliarden Euro durch die Kirchensteuer einnehmen. Beide Kirchen zusammen kommen nach den Prognosen auf knapp elf Milliarden Euro, berichtet die F.A.S.

43 Prozent Steigerung seit 2005

Grund für den Geldsegen ist nicht die kirchliche, sondern die konjunkturelle Entwicklung. Während die Kirchen sich fast überall auf der Welt durch Spenden finanzieren müssen, ziehen in Deutschland die Finanzbehörden die Kirchensteuer ein und leiten sie dann weiter. Steigt das Aufkommen der Lohn-, Einkommen- und Kapitalertragsteuer, steigt das Kirchensteueraufkommen automatisch mit. Zwar haben die beiden großen Kirchen in Deutschland in den vergangenen Jahren viele Mitglieder verloren, und auch die Zahl der kirchlich Aktiven geht stark zurück. Doch noch ändert das nichts am finanziellen Aufschwung: Zum vierten Mal in Folge wird im laufenden Jahr mehr Geld in die Kasse kommen als im Vorjahr. Allein seit 2010 sind die Kirchensteuereinnahmen um mehr als 17 Prozent gestiegen, seit 2005 sogar um 43 Prozent.

Die Evangelische Kirche in Deutschland nahm im vergangenen Jahr 4,8 Prozent mehr ein als im Vorjahr, 2014 rechnet sie noch einmal mit einem Zuwachs von mehr als vier Prozent. Der Finanzchef der EKD Thomas Begrich sagte der F.A.S.: „Von einem Rekord möchte ich nicht gern sprechen, denn inflationsbereinigt liegen wir noch unter dem Niveau von 1994. Außerdem wird das Geld dringend gebraucht.“ Wie bei den Katholiken schlagen auch bei der EKD stetig steigende Personalkosten zu Buche. Hinzu kommt die Angst vor einer finanziell ungewissen Zukunft. Spätestens von 2017 an rechnen die Kirchen mit hohen Einnahmeausfällen, wenn eine immer größere Zahl von Kirchenmitgliedern der geburtenstarken Jahrgänge aus dem Berufsleben ausscheidet und in der nachwachsenden Generation immer weniger Leute kirchlich gebunden sind.

Quelle: F.A.S.

106,169

Die Linke, gefangen im Unrechtsstaat DDR

In Thüringen könnte es bald die erste Koalition unter Führung der Linkspartei geben. Doch Rot-Rot-Grün scheint weit entfernt. Der Begriff "Unrechtsstaat" steht einer Einigung im Weg.

Von Claus Christian Malzahn



Unrechtsstaat? Nicht für Gregor Gysi: "Wir sind uns einig, diese Bezeichnung nicht zu verwenden"Foto: dpa

Eigentlich ist Gregor Gysi bei seinen Genossinnen und Genossen landauf und landab ein gern gesehener Gast. Doch wenn sein Name in Thüringen fällt, ziehen die sozialistischen Funktionäre im Freistaat im Moment die Augenbrauen hoch. "Nicht gerade hilfreich", klagt der thüringische Fraktionschef Bodo Ramelow über Gysi. Die Parteivorsitzende der Linken in Thüringen, Susanne Hennig-Welsow, wird noch deutlicher: "Jede Äußerung von außen brauchen wir nicht."

In Erfurt klären Linke, Sozialdemokraten und Grüne gerade in Marathonsitzungen, ob sie eine Koalition bilden und Bodo Ramelow nach 24-jähriger CDU-Herrschaft zum Ministerpräsidenten wählen können. Der gebürtige Hesse und ehemalige Gewerkschaftsfunktionär wäre der erste Linke, der in der Bundesrepublik das hohe Amt bekleidet. Das wäre nicht zuletzt auch für das ehemalige SED-Mitglied Gregor Gysi, der seine Partei nach der Wende mit Beharrlichkeit und Chuzpe über Wasser hielt, ein Triumph. Doch das ehrgeizige Regierungsprojekt, von Anhängern und Gegnern als "R2G" abgekürzt – zweimal Rot, einmal Grün –, könnte durchaus noch scheitern.

Ein Wort steht im Weg. In der Präambel zum möglichen Koalitionsvertrag hatten sich die Verhandlungspartner auf Drängen der Thüringer Grünen auf eine Formulierung verständigt, die in weiten Teilen der Linken umstritten ist.

Die DDR sei "in der Konsequenz ein Unrechtsstaat" gewesen, heißt es dort. Doch in einem Interview mit der in Ostdeutschland verbreiteten "Super Illu" reagierte Gysi vergangene Woche ungnädig. Unrechtsstaat? Das sei "selbstverständlich nicht die Formulierung von Bodo Ramelow", erklärte der Berliner Rechtsanwalt – und setzte noch einen Satz drauf: "Wir sind uns einig, diese Bezeichnung nicht zu verwenden."

Genossen intervenierten wütend

Gysi blieb nicht der einzige Genosse, der wütend intervenierte. Sie könne "diesen Kampfbegriff nicht akzeptieren", erklärte ausgerechnet die linke Thüringer Landtagsabgeordnete Ina Leukefeld. In den 80er-Jahren hatte sie als "IM Sonja" Jugendliche und Ausreisewillige in der DDR bespitzelt.

Gesine Lötzs, stellvertretende Fraktionschefin der Linken im Bundestag, schaltete sich ebenfalls in die Debatte ein. "Ja, in der DDR wurden Gesetze gebrochen", erklärte sie, "Menschenrechte verletzt und Oppositionelle schikaniert und verfolgt." Das sei unbestritten und schlimm. "Doch kann man deshalb von einem Unrechtsstaat sprechen?"

Auf Twitter wurden nicht nur Lötzs Einlassungen zur Lachnummer. "Ja, es ist groß, grau, hat einen Rüssel und trompetet. Aber ob es deshalb ein Elefant ist?", lautete ein Kommentar. Doch vor allem den Thüringer Grünen ist nicht mehr zum Lachen zumute. "Es darf keinerlei Relativierung des DDR-Unrechts geben!", fordert Anja Siegesmund, Fraktionschefin der Grünen im Landtag – und stellt klar: "Für eine Regierungsbeteiligung werden wir uns nicht verbiegen." Auf die Präambel des Koalitionsvertrags will sie sich nicht zuletzt wegen mehrerer geplanter Projekte zum DDR-Opferschutz und zur Aufarbeitung des SED-Regimes "verlassen können".

Das wird freilich immer schwerer. Ausgerechnet im Jubiläumsjahr der friedlichen Revolution und des Mauerfalls wird deutlich, dass die Linke ihre DDR-Hypothek noch immer nicht abgestottert hat. "Aus dieser Koalition wird für uns nichts Gutes entstehen", warnt der ehemalige Bürgerrechtler Werner Schulz, der die Grünen seit 1990 immerhin 24 Jahre im Bundes- und Europaparlament vertreten hat. Ramelow wolle unbedingt an die Macht, doch sein Umgang mit dem SED Regime sei einfach "zu kokett".

Ramelow rudert schnell zurück

Tatsächlich ruderte Ramelow schnell wieder zurück, nachdem ihm alte Genossen die ungeliebte Vokabel um die Ohren hauten. Die Tinte unter der Präambel war noch nicht trocken, als er erklärte, die Vokabel "Unrechtsstaat" sei bloß eine "Protokollnotiz". Spielen die Linken ein

doppeltes Spiel, um endlich an die Macht zu kommen? Darauf deutet nicht zuletzt eine Bemerkung von Gregor Gysi aus der vergangenen Woche hin.

Denn plötzlich revidierte Gysi sein Interview mit "der Super Illu" – wenigstens zum Teil. Die DDR sei "zwar kein Unrechtsstaat gewesen, aber auch kein Rechtsstaat", bemerkte er feinsinnig. Viel erstaunlicher aber war, wie Gysi dann auf den Unmut der Thüringer Genossen reagierte, die ihm Einmischung von außen in einer sensiblen Phase der Sondierung mit SPD und Grünen vorgehalten hatten.

Seine ablehnende Bemerkung zum "Unrechtsstaat" sei keineswegs ein Alleingang, sondern "mit Bodo Ramelow abgesprochen gewesen, um die linke Basis nicht zu verärgern", erklärte er einem Reporter dieser Zeitung am Rande einer privaten Veranstaltung.

Die Linken mögen solche Verrenkungen für Dialektik halten, in Thüringen schütteln Grüne und Sozialdemokraten zunehmend den Kopf. Ein Verdacht macht sich breit: Gysi und Co. können gar nicht anders, weil sie in ihrer eigenen Geschichte gefangen sind.

"Die Linkspartei hat es nie geschafft, sich von der DDR als Unrechtssystem zu distanzieren. Daran hat auch die Fusion mit der westdeutschen Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit im Jahre 2007 nichts geändert. "Nach unserem Rechtsempfinden ist vieles, das dort geschehen ist, Unrecht gewesen", sagte Oskar Lafontaine im Frühjahr 2009. Doch nach solchen Äußerungen folgte regelmäßig der Verweis auf die Rolle der Blockparteien in der DDR. Soll heißen: Warum stellt man uns an den Pranger, wenn die anderen genauso viel Dreck am Stecken haben.

Die Blockflöten-Geschichte der Thüringer

Tatsächlich gäbe es auch in der Thüringer CDU Anlass, sich der eigenen Blockflöten-Geschichte zu stellen. Immerhin war mit dem Ministerpräsidenten Dieter Althaus jahrelang jemand CDU-Ministerpräsident, der noch im Mai 1989 als Lehrer für "hervorragende Leistungen bei der kommunistischen Erziehung" vom SED-Staat belobigt worden war. Allerdings käme in der Ost-CDU heute wohl kaum jemand auf die Idee, der These zu widersprechen, die DDR sei ein Unrechtsstaat gewesen.

Viele ehemalige SED-Genossen sehen in dieser Kategorisierung der DDR aber eine Abwertung ihrer eigenen Lebensgeschichte. Das dürfte auch bei Gregor Gysi so sein. Als Vorsitzender der DDR-Anwaltskammer war er Teil des DDR-Justizsystems.

Der Begriff "Unrechtsstaat" geht eben an die Substanz. Er unterstreicht, dass die Willkür im realen Sozialismus nicht im Vergehen von Einzeltätern begründet lag. "Das Unrecht war organisiert und diente der Herrschaft der SED", sagt Werner Schulz. Wer den Begriff ablehne, habe seine "historischen Hausaufgaben nicht gemacht".

Dazu hatte die Linke in den vergangenen 25 Jahren freilich ausreichend Gelegenheit. Zu Beginn der 90er-Jahre wurde in der PDS sogar relativ offen über den Stalinismus und das SED-Regime diskutiert. Doch bereits vier Jahre nach der deutschen Einheit vereinbarte der Sozialdemokrat Reinhard Höppner mit den ehemaligen Staatskommunisten das "Magdeburger Modell". Die PDS wählte Höppner zum Ministerpräsidenten und tolerierte seine rot-grüne Minderheitsregierung.

Keine Aufarbeitung in der PDS

Doch der Preis für Höppners Machtübernahme war hoch. Eine schonungslose Aufarbeitung der DDR-Geschichte innerhalb der PDS fand kaum noch statt. Denn die Genossen hatten in Sachsen-Anhalt den Eindruck bekommen: Die Sozis nehmen uns auch ohne Kotau. Es folgten rot-rote Koalitionen in Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Sie erwiesen sich sogar als relativ stabil; Streit um die DDR-Geschichte gab es so gut wie nie. Hatten die PDS-Genossen dort den "Unrechtsstaat" geschluckt?

Nein, denn der Begriff tauchte gar nicht auf. Im Jahre 1998 schloss Harald Ringstorff für seine SPD die bundesweit erste rot-rote Koalition auf Landesebene mit der PDS. Was die Präambel des Koalitionsvertrages zum Thema DDR sagt, ist so unscharf und knapp, dass man meint, die Gedanken der Koalitionäre lesen zu können: Da müssen wir durch, aber so schnell und so unkonkret, wie es nur geht.

Gewunden hebt der kurze Passus an: "SPD und PDS respektieren Unterschiedlichkeiten in ihren politischen Auffassungen und ihrer Programmatik sowie ihre unterschiedlichen Traditionen und ihre jeweilige Verantwortung für die Entwicklung in Deutschland." Noch Fragen? Nö, nicht in Schwerin.

Als Klaus Wowereit (SPD) sich 2002 mit den Stimmen der PDS zum Regierenden Bürgermeister wählen ließ, wurde dem Koalitionsvertrag immerhin ein umfangreiches historisches Vorwort vorangestellt. Dort findet sich der Satz: "Die Distanzierung der PDS von den Unrechtstaten der SED und dem Mauerbau waren wichtige Schritte zur Aufarbeitung der unheilvollen Geschichte der SED". Unrechtstaten ja – aber Unrechtsstaat? Fehlanzeige.

Keine Verklärung der Diktatur – versprochen

Auch die Präambel zur rot-roten Koalition in Brandenburg 2009 geht zwar auf das leidige Thema ein. Erst im Jahre 1989 hätten die DDR-Bürger "Freiheit, Demokratie und Pluralismus, die soziale Marktwirtschaft und den Rechtsstaat" erkämpft. Was aber bedeutet: Vorher war das alles nicht da. Doch Unrechtsstaat? Wieder nichts. Beide Parteien versprechen: "Eine Verklärung der SED-Diktatur wird es mit dieser Koalition nicht geben."

Doch mit der Vokabel "Diktatur" konnte die SED ebenso gut leben wie heute die Linke. Natürlich sei die DDR eine Diktatur gewesen, denn "sie hat sich selber definiert als Diktatur des Proletariats". Über so eine Titulierung werden sich alte SED-Genossen kaum beklagen. Erst 2009, als die Thüringer Grünen mit am Verhandlungstisch in Erfurt sitzen, wurde um den "Unrechtsstaat" gestritten – weil die Grünen darauf bestanden. Am Ende entschied sich die SPD für eine Koalition mit der Union. Die Linke in Thüringen schaltete wieder auf Oppositionsmodus, eine Fortsetzung der Debatte fand nicht statt.

Wie die Regierungsbildung in Erfurt nun ausgeht, ist dennoch völlig offen. Zwar haben die Sondierer von Grünen, Linken und SPD den Zwist um den "Unrechtsstaat" vergangene Woche offiziell beendet. Die Präambel würde "in jedem Wort, in ihrem Inhalt und als Papier in Gänze" stehen, versicherte die Linken-Chefin Hennig-Welsow.

Das Papier mag stehen, aber stehen auch die Genossen dazu? "Die Präambel gehört zum Koalitionsvertrag. Über das ganze Paket müssen auch die Linken am Ende abstimmen", sagt Anja Siegesmund von den Grünen.

Also auch darüber, ob man die DDR nun auch bei den Linken endlich so nennen kann, wie sie wirklich war.

106,172

Thomas Müller und die Logik der Superstars

Bestseller-Autor Thomas Piketty kritisiert die wachsende Ungleichheit bei der Vermögensverteilung. Er übersieht dabei, wie sich der Arbeitsmarkt für Toptalente mit der Globalisierung verändert hat.

Von [Olaf Gersemann](#) Ressortleiter Wirtschaft, Finanzen, Immobilien



Der war drin: Bayern-Star Thomas Müller beim Spiel gegen Paderborn. Sein Marktwert ist doppelt so hoch wie der des ganzen SC Paderborn 07. Foto: Bongarts/Getty Images

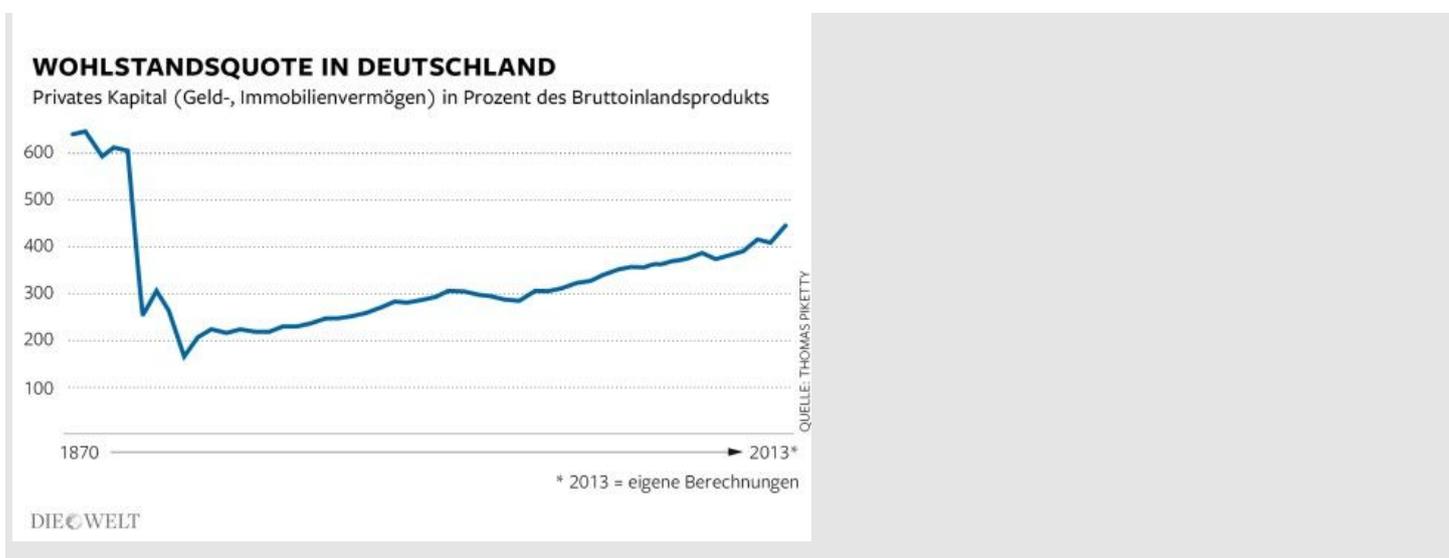
"Und jetzt schleichst du!" Das waren die Worte des damaligen FC-Bayern-Chefs Walter Fembeck, wenn er in den 60er-Jahren Spielern wie [Franz Beckenbauer](#) die Lohntüte über den Tresen warf. Nur wenige Hundert Mark im Monat bekam selbst die Crème de la Crème, einschließlich aller Prämien.

Dann kam, nach und nach, eine neue Technologie über den Fußball: das Bewegtbild. Und dies veränderte den Sport radikal. Dazu zählen, neben vielem anderem, die Gehälter. Ein gutes Dutzend Kicker des aktuellen Bayern-Ensembles bekommt fünf Millionen Euro oder mehr im Jahr überwiesen – als Grundgehalt. Fembeck, Beckenbauer und all die anderen Experten hätten es in den Anfangsjahren der Bundesliga gewiss für undenkbar gehalten, dass jemals solche Summen gezahlt werden würden.

Thomas Piketty hat daher in einem Punkt durchaus recht. In dem internationalen Bestseller "Das Kapital", der kommende Woche auf Deutsch erscheint, formuliert der französische Ökonom seine wichtigste Erkenntnis gleich am Anfang so: Man solle "misstrauisch" sein gegenüber allem "ökonomischen Determinismus in Bezug auf Ungleichheiten bei Vermögen und Einkommen".

Was dann folgt, leider, sind mehr als 500 Seiten, auf denen Piketty zu begründen versucht, warum die Entwicklung der Vermögensverteilung im Laufe der Zeit eben doch vorherbestimmt ist: Sie werde der Tendenz nach zusehends ungleicher und bedrohe die demokratische Gesellschaft – solange die Politik nicht beherzt einschreite.

Warum die Reichen immer reicher werden



Das Vermögen in Deutschland übertrifft bei weitem die Wirtschaftsleistung.

Piketty sagt, dass der Zinssatz, der sich mit Ersparnissen ("Kapital") erzielen lässt, auf lange Sicht der Tendenz nach höher ist als das Wirtschaftswachstum – was niemand bestreitet, unter Experten ist dies sogar Konsens. Piketty aber leitet daraus einen vermeintlichen "zentralen Widerspruch des Kapitalismus" ab: dass nämlich die angehäuften Vermögen (der wenigen) tendenziell schneller wachsen als die laufenden Einkommen (der vielen).

Dies kann theoretisch durchaus sein, hat aber keineswegs den Gesetzesrang, den Piketty unterstellt – im Gegenteil. Denn damit die Folgerung stimmt und die Vermögen den Einkommen wirklich enteilen, müssten sämtliche Erträge aus Ersparnissen wiederum gespart werden. Es dürften keine Sportwagen davon finanziert werden, keine Urlaubsreisen und keine Wohltätigkeiten und auch nicht die Ausbildung der Kinder. Das ist, gelinde gesagt, realitätsfern.

Dieser grobe Schnitzer wäre nicht weiter schlimm, würde Piketty nicht der Politik zugleich eine beinahe unumschränkte Potenz zuweisen, im Guten wie im Schlechten. Dass sich besonders in den USA eine Spitzengruppe nicht nur bei den Vermögen absetzt, sondern auch bei den Einkommen, sei "größtenteils" der Deregulierungspolitik und den Steuersenkungen der Reagan-Ära geschuldet. Dementsprechend glaubt Piketty auch, mit einer saftigen Vermögensbesteuerung und Spitzensätzen von 70 oder 80 Prozent bei der Einkommensteuer der Entstehung eines neuen Geldadels entgegenwirken zu können.

Das Publikum will, sobald es die Wahl hat, nur noch die Spitzenkräfte kicken sehen

Hier wird es gefährlich, weil einseitig. Soweit sich das oberste Hundertstel oder gar das oberste Tausendstel tatsächlich finanziell vom Rest abgesetzt hat – in den angelsächsischen Ländern ist dieser Trend eindeutiger als in den kontinentaleuropäischen –, dürfte ein ganzes Bündel von Faktoren am Werk gewesen sein. Zwei davon, und das wird von Piketty samt seinen Kritikern weitgehend ignoriert, sind die Globalisierung und der technologische Fortschritt. Sie haben den Arbeitsmarkt für Toptalente grundlegend verändert.

Zum Beispiel auch den für Fußballer. In den 60er-Jahren, damals, als Franz Beckenbauer noch Lohntüten bekam, bedienten selbst Bundesliga-Kicker lokale Märkte. Der FC Bayern München musste die Gehälter im Wesentlichen aus dem Verkauf von Tickets finanzieren. Die Ausbreitung des Fernsehens aber, der Aufstieg der privaten Fernsehsender und schließlich das Internet machten aus dem Markt erst einen deutschen, dann einen europäischen und inzwischen einen globalen.

Das Publikum jedoch will, sobald es die Wahl hat, nur noch die Spitzenkräfte kicken sehen. Das Champions-League-Finale, bei dem 2013 die Bayern Borussia Dortmund bezwangen, sahen 24 Millionen Menschen in Deutschland – und 360 Millionen weltweit. Demgegenüber hat ein gewöhnliches Amateurliga-Spiel heute nicht mehr Zuschauer als vor Jahrzehnten.

Von einer "Ökonomik der Superstars" hat der amerikanische Forscher Sherwin Rosen in diesem Zusammenhang gesprochen. Denn Ähnliches ist in anderen Berufen zu beobachten, bei Musikern etwa, bei Entertainern und Schauspielern. Und bald wohl auch bei Wissenschaftlern – dank der neuen, interaktiven Onlinestudiengänge, die es möglich machen, bei Harvard-Koryphäen zu studieren, ohne Höxter oder Hanau verlassen zu müssen.

Alle Megatrends der vergangenen Jahrzehnte haben die Anforderungen an die Topentscheider in größeren Unternehmen nur wachsen lassen

Die finanziellen Folgen sind handfeste: Einige wenige Stars verdienen immer höhere Summen, während es dem Rest ihrer jeweiligen Profession nicht besser ergeht als früher – und oft sogar schlechter. Der Marktwert von Bayern-Star Thomas Müller ist aktuell mehr als doppelt so hoch wie der des kompletten Kaders von Bundesliga-Aufsteiger SC Paderborn 07.

Das "Winner-takes-all"-Phänomen lässt sich in abgewandelter Form auch in der Wirtschaft beobachten. Globalisierung des Wettbewerbs, rapider technischer Fortschritt, beschleunigter Strukturwandel: Alle Megatrends der vergangenen Jahrzehnte haben die Anforderungen an die Topentscheider in größeren Unternehmen nur wachsen lassen.

Es ist daher im wohlverstandenen Eigeninteresse von Aktionären wie Belegschaften, wenn sich Konzerne nur mit den Besten zufriedengeben, die auf dem sich zusehends globalisierenden Arbeitsmarkt für Manager zu finden sind. Dass von den gut 180 Vorständen, die die 30 Dax-Konzerne zusammen beschäftigen, inzwischen mehr als jeder vierte einen ausländischen Pass hat, ist kein Zufall.

Ein "Schleich di" imponiert heute keinem Star mehr

Dies alles erklärt sicher nicht in Gänze, warum vor allem die Gehälter der obersten 0,1 Prozent auf der Einkommensskala so stark gestiegen sind. Manche Spitzendotierung in Chefetagen wird gewiss weniger der Qualifikation oder der erwarteten Leistung geschuldet sein als vielmehr guten Beziehungen. Aber soweit die "Superstar-Ökonomik" am Werk ist, stellt sich die Frage, was der Staat tun kann. Und vor allem: Ob er überhaupt versuchen soll, etwas zu tun.

Was passieren würde, wenn Piketty seinen Willen bekommt, kann man sich nämlich vorstellen: Bei drohenden Einbußen beim Netto würden die "Superstars" zum Ausgleich Aufschläge auf das Brutto verlangen und zumindest zum Teil auch bekommen. Oder sie würden – globalisiert, wie ihr Arbeitsmarkt ist – ins Ausland entschwinden. Wenn sich, wie in Frankreich, zwei Drittel der Fußball-Nationalmannschaft hohen Steuern durch Auswanderung entzieht, mag man das für egal halten. Aber was, wenn auch die besten Manager und Wissenschaftler gehen, die besten Techniker und Ingenieure?

So viel Determinismus sei erlaubt: Die Zeiten, da sich Mitglieder von Leistungseliten mit einem "Schleichst di" nach Hause schicken ließen, mögen schöne, vordergründig gerechtere gewesen sein. Aber zurück kommen sie nicht mehr.

106,174

Cazeneuve aux musulmans : "Vous n'êtes pas comptables des actes terroristes"

Le Point - Publié le 04/10/2014 à 12:52 - Modifié le 04/10/2014 à 12:59

Le ministre de l'Intérieur a visité samedi la mosquée de Carpentras, où 4 000 fidèles étaient réunis pour l'Aïd-el-Kébir, plus grande fête de l'islam.



Le ministre de l'Intérieur Bernard Cazeneuve, le 30 septembre

2014. © Pascal Fayolle / Sipa

SOURCE AFP

Le ministre de l'Intérieur Bernard Cazeneuve a assuré samedi aux musulmans de France qu'ils ne devaient pas "se sentir comptables des actes de terroristes qui sont de véritables barbares", après l'assassinat d'un humanitaire britannique par le groupe État Islamique (EI).

"À vous tous qui êtes ici rassemblés dans la tolérance et les valeurs de la république, (...) je veux dire que vous n'avez pas à vous sentir comptables ou coupables d'actes de terroristes qui sont de véritables barbares et qui encore ce matin ont assassiné un humanitaire britannique", a déclaré Bernard Cazeneuve qui visitait la mosquée de Carpentras pour l'Aïd-el-Kébir.

Le ministre s'est exprimé devant des responsables et des fidèles de la mosquée et des représentants des cultes catholique et juif et des autorités civiles dans une salle de l'édifice religieux où 4 000 fidèles étaient réunis pour l'Aïd-el-Kébir, la plus grande fête de l'islam.

"Le combat contre le terrorisme sera implacable"

"Je sais que les actes terroristes qui sont perpétrés par-delà nos frontières, et que certains voudraient perpétrer à l'intérieur même de notre pays, n'ont rien à voir avec le message que portent les musulmans de France et n'ont rien à voir avec le message que porte votre religion. Je dirais même que c'est dans l'ignorance des principes, des textes, de l'esprit de votre religion que le terrorisme peut prospérer", a-t-il ajouté.

"Le combat contre le terrorisme sera implacable, il sera sans trêve ni pause, parce que les actes qui sont commis sont d'une grande barbarie, d'une grande cruauté et que ces actes n'ont rien à voir avec l'islam", a ensuite poursuivi le ministre devant la presse. "Votre présence est un signe d'amitié auquel nous sommes très sensibles", lui avait auparavant répondu le président de la mosquée de Carpentras et du conseil régional du culte musulman, Khalid Belkhadir.

Bernard Cazeneuve a également assuré avoir "donné des instructions très claires à tous les préfets" pour qu'une plainte soit déposée "à chaque fois qu'une insulte, qu'une attaque, est proférée à l'encontre d'un lieu de culte ou d'une communauté, convoquant la haine de l'autre et l'intolérance.

157 Commentaires

Sonic07le 05/10/2014 à 09:01 [Signaler un contenu abusif](#)

Faites profil bas

Les terroristes sont musulman, tuent au nom de l'islam et votre communauté n'est pas la plus intégrée qu'il soit.

Alors s'il vous plaît rangez vos signes religieux à la maison et faites profil bas

dufulele 05/10/2014 à 09:00 [Signaler un contenu abusif](#)

LA REGLE ELASTIQUE...

Cette règle édictée ou imposée par ce ministre devrait s'appliquer pour nous qui pourrions alors dire " les français ne sont pas comptables de la mauvaise gestion du pays par la gauche "... Et pourtant, remarquons que c'est bien les français qui en payent les conséquences... Autre exemple, nos amis allemands on payés les conséquence du nazisme et ça dure encore... ; Donc je ne suis pas du tout d'accord avec ce ministre et considère que cette culture doit faire le ménage dans ses rangs et ne pas jouer à... "Ponce Pilate " en s'en lavant les mains et disant... " c'est pas nous... " .

R.A.S.le 05/10/2014 à 08:44 [Signaler un contenu abusif](#)

J'ai honte de mon pays

Honte de ces politicards que je n'ai pas élus et qui sont censés représenter la France.

Les voir se contorsionner ainsi devant ce qu'il leur reste d'électorat me donne la nausée.

Au fond, je crois que même si les bouchers moyen-orientaux avaient décapité soeur Emmanuelle, nous aurions droit au même cinéma.

DAESH 2EN1le 05/10/2014 à 07:12 [Signaler un contenu abusif](#)

Donc durant 39-45 le peuple Allemand n'était en aucun cas comptable.

Des actes abominables des nazis.

Le peuple Allemand se contentait juste de lever le bras.

Le peuple musulman se contente juste de faire la prière.

mainonle 05/10/2014 à 06:13 [Signaler un contenu abusif](#)

Rien d'etonnant

Venant d'un homme qui a déclaré que s'il n'était pas ministre il aurait été manifester en faveur des terroristes du hamas !

Paracelsele 05/10/2014 à 05:34 [Signaler un contenu abusif](#)

Ah ?

L'islam n'est tolérant que contraint !